



# STADTPUNKTE

Josef Schmee (Herausgeber)

## WIENER HERAUSFORDERUNGEN

Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnung und Einkommen

13



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



Josef Schmee (Herausgeber)

# WIENER HERAUSFORDERUNGEN

**Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnung und Einkommen**

Der direkte Weg zu unseren Publikationen:

E-Mail: [stadt@akwien.at](mailto:stadt@akwien.at)

Bestelltelefon: +43-1-50165 3047

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22

Hersteller: Arbeiterkammer Wien

Verlags- und Herstellungsort Wien

© 2015 bei AK-Wien

ISBN: 978-3-7063-0515-0

Bei Verwendung von Textteilen wird um Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares an die AK Wien, Abteilung Kommunalpolitik, ersucht.

# VORWORT

Der vorliegende Band der Reihe „Stadtunkte“ der kommunalpolitischen Abteilung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien versteht sich als „Reader“ zu langfristigen Wandlungsprozessen und aktuellen Herausforderungen der Wiener Stadtwirtschaft. Das Wirtschaftsgefüge der europäischen Großstädte verändert sich rasch im Zuge fortschreitender Globalisierung. Generell führt dies in ganz Europa zu stärkerer regionaler Spezialisierung: In den Städten konzentrieren sich jene Aktivitäten, für die die räumliche Ballung der wirtschaftlichen Akteure und die Verfügbarkeit hochwertigen Humankapitals den entscheidenden Standortfaktor darstellen. Dagegen wandern Aktivitäten, für deren Wirtschaftlichkeit vor allem komparative Kostenvorteile ausschlaggebend sind, an die europäische Peripherie. Städtische Strukturen in den hochentwickelten Industriestaaten – ohne besondere Skill-Intensität – scheiden aus dem Standortwettbewerb um kapital- und arbeitskostenintensive Produktionen zunehmend aus. Mittels eines interdisziplinären Zugangs wird die Entwicklung der Wiener Stadtwirtschaft untersucht, um damit zu einer komplexen Analyse des Ist-Zustandes zu gelangen.

Dieser „Reader“ wendet sich an all jene Personen, wie Betriebsräte und Funktionäre, die sich institutionell mit der Situation der Wiener Stadtwirtschaft täglich auseinandersetzen. Der Dank des Herausgebers gilt den Autoren, die durch fundierte Analysen am Zustandekommen dieser Untersuchung engagiert mitgewirkt haben.

Josef Schmee

Wien, Jänner 2015

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>Peter Mayerhofer: Stadtwirtschaft im Wandel: Strukturelle Veränderungen und sektorale Positionierung Wiens im nationalen und internationalen Vergleich .....</b>	<b>5</b>
1. Strukturwandel und Spezialisierung: Einige Erkenntnisse aus der Literatur.....	5
2. Strukturwandel in Wien: Umfang und Charakteristik.....	8
3. Richtung des Strukturwandels: Positionierung in wissensintensiven Branchen und Funktionen	13
4. Konsequenzen des Wandels: Aus- und Weiterbildung als zentrale Herausforderung .....	19
Literaturverzeichnis.....	23
<b>Peter Huber: Neue soziale Risiken am Wiener Arbeitsmarkt.....</b>	<b>26</b>
1. Einleitung.....	26
2. Strukturelle Besonderheiten des Wiener Arbeitsmarktes.....	28
2.1 Arbeitskräfteangebot: Demographie, Wanderung und Offenheit des Arbeitsmarktes .....	28
2.2 Arbeitskräftenachfrage: Strukturwandel, Tertiärisierung und Atypisierung .....	30
3. Spezifika der Arbeitsmarktsituation Wiens .....	33
3.1 Mismatch, Langzeitarbeitslosigkeit, Langzeitbeschäftigungslosigkeit und die Struktur der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung .....	33
3.2 Reaktion auf Änderungen im wirtschaftlichen Umfeld.....	37
3.3 Umschlagsdynamik .....	39
4. Zusammenfassung und Diskussion .....	40
Literaturverzeichnis.....	43
<b>Martin Schürz: Wien ist anders? – Einkommens- und Vermögensverteilung .....</b>	<b>46</b>
1. Einleitung.....	46
2. Vermögenszusammensetzung Wien und Restösterreich .....	48
3. Vermögensverteilung Wien .....	49
4. Vermögensunterschiede und Haushaltsstruktur .....	51
5. Unterschiedliche Notwendigkeiten von Vermögenskomponenten .....	52
6. Sparen und Ausgaben – ähnlich in Wien und Restösterreich.....	54
7. Erbschaften in Wien seltener und niedriger - Einkommensungleichheit in Wien höher.....	55
8. Schlussfolgerungen .....	56
Literaturverzeichnis.....	58
<b>Michael Mesch: Die Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien 2001-2012 .....</b>	<b>60</b>
1. Einleitung.....	60
2. Spezialisierung und wirtschaftsstruktureller Wandel in hochrangigen urbanen Zentren .....	60
3. Berufsstruktureller Wandel der Beschäftigung in Wien – generelle Tendenzen.....	64
3.1 Berufe nach ÖISCO-08 .....	65
3.2 Datenquelle Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung .....	67
3.3 Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung 2001-12 .....	67

4. Branchenstrukturwandel als Ursache berufsstruktureller Verschiebungen .....	75
5. Brancheninterner Strukturwandel als Ursache berufsstrukturellen Wandels .....	81
6. Zusammenfassung: Berufsstrukturwandel als Indikator für die Richtung der urbanwirtschaftlichen Spezialisierung .....	87

<b>Peter Moser: Urban Knowledge – Produktion von Stadtwissen am Beispiel der Wohnungsbedarfsprognose für Wien 2011-2025 .....</b>	<b>92</b>
1. Der Wohnungsbedarf als Politikum .....	93
2. Der Forschungsauftrag .....	96
2.1 Aufgabenstellung .....	96
2.2 Rahmenbedingungen .....	97
2.3 Durchführungsstruktur .....	98
3. Wissen – was und wie .....	98
3.1 Know-that .....	98
3.2 Know-how .....	103
4. Die Produktion .....	104
4.1 Quantitative Bestandsveränderungen 2001 bis 2011 .....	105
4.2 Wandel der Wohnungsnutzung 2001 bis 2011 .....	106
4.3 Wohnungsmarkt und Haushaltsgründung .....	109
5. Resümee – Kein Schluss .....	111
Literaturverzeichnis .....	112

<b>Andreas Weigl: Die „Gastarbeiter“-Wanderung nach Wien – Versuch eines Resümees .....</b>	<b>114</b>
1. Eine Ära geht zu Ende .....	114
2. Die Wirkungen der Gastarbeiterwanderung auf den Wiener Arbeitsmarkt .....	117
3. Nach der „Gastarbeit“ .....	122
4. Die zweite (und dritte) Generation .....	124
5. Fazit .....	129
Literaturverzeichnis .....	132

<b>Kurt Puchinger: Die Agglomeration Wien: Entwicklung, Chancen und Risiken .....</b>	<b>135</b>
1. Das Management einer städtischen Agglomeration ist eine große politische und weniger eine planerische Herausforderung .....	135
2. Die wesentlichen am Standort Wien wirksam werdenden Trends .....	136
2.1 Europäische Integration und ihre Gefährdung durch wieder auflebende, oft radikale Nationalismen .....	136
2.2 Bevölkerungswachstum, Demographie und der wachsende Widerspruch zwischen der funktionellen Region und den administrativen Grenzen .....	137
2.3 Der Markt entdeckt die Umwelt und die altersgerechte Lebensqualität für sich und sägt weiter an der Daseinsvorsorge .....	139
3. Die lange Perspektive für die Metropolregion Wien .....	140
3.1 Standort in Europa, der Donauregion und CENTROPE .....	140
3.2 Wissensbasierte Entwicklung (Lissabon Strategie) .....	140

3.3	Siedlung in der Agglomeration .....	141
4.	Politische Entscheidungserfordernisse mit langfristiger Wirkung.....	142
4.1	Infrastruktur und Siedlungsentwicklung.....	142
4.1.1	ÖV Netzentwicklung zugunsten Straßenbahntangentialen und Parallelführungen .....	142
4.1.2	NO-Umfahrung: eine wesentliche Wachstumsinfrastruktur .....	143
4.1.3	Konzentration auf die Stadterweiterungsgebiete: Seestadt Aspern, Bahnhof Wien, Nordbahnhof, Nordwestbahnhof, Aspanggründe und Rothneusiedl .....	143
4.1.4	Signalwirkung im Sportstättenbereich durch Verwirklichung des Viola Parks und Rapid- Stadions.....	144
4.2	Flächenmanagement und Flächenvorsorge sind entscheidend für planerische Handlungsspielräume.....	144
4.2.1	Maßnahmen zur Sicherung von Grundstücken für den geförderten Wohnbau .....	144
4.2.2	Betriebsflächen sinnvoll erhalten und den öffentlichen Raum aufwerten .....	145
4.3	Regionale Steuerungs- und Verwaltungsstrukturen.....	146
4.3.1	Neustrukturierung der PGO (Planungsgemeinschaft Ost) zu einem Instrument der Metropolenpolitik .....	146
4.3.2	Übernahme einer Führungsrolle in der Donaoraumstrategie, Ausrichtung der Jahreskonferenz 2014.....	146
5.	Ausblick .....	147
	<b>Stadtpunkte .....</b>	<b>150</b>

# EINLEITUNG

Der Beginn des 21. Jahrhunderts wird als signifikanter demografischer Meilenstein in die Geschichte eingehen: Erstmals leben weltweit mehr Menschen in Städten als außerhalb. Lag der Anteil der Stadtbevölkerung um 1900 noch bei rund 13 Prozent, so stieg dieser bis 1950 auf 29 Prozent und erreicht heute rund 50 Prozent. Diese Zahlen zeigen recht deutlich auf, wie massiv der Trend zur Urbanisierung war und ist. Städte prosperierten über viele Jahrzehnte hinweg, haben an wirtschaftlicher Bedeutung zugelegt und sind zu den Triebfedern des Wachstums in ganzen Regionen, ja sogar ganzer Nationalstaaten geworden. Hinter diesem Trend zur Urbanisierung steht jedoch kein geradliniger Prozess, sondern sind vielmehr radikale Veränderungen zu beobachten, bei denen es Gewinner und Verlierer gibt. Erfolgsfaktoren städtischer Entwicklung unterliegen einem starken Wandel und gerade in den letzten beiden Jahrzehnten haben sich die Herausforderungen massiv verändert. Mit den Stichworten Verschärfung des Standortwettbewerbs, Ökonomisierung aller Lebensbereiche, räumliche Entmischung der Stadtfunktionen, flexible Spezialisierung des Massenkonsums, Internationalisierung, Suburbanisierung, soziale Polarisierung und Ausgrenzung, Pluralisierung der Lebensstile und Milieus, Veränderung der demografischen Struktur und die Krise der öffentlichen Haushalte (insbesondere hervorgerufen durch die Krise seit 2008) lassen sich der Strukturwandel und die sich ändernden Rahmenbedingungen für städtische Entwicklungsprozesse zusammenfassen. Aufgrund dieser aufgezeigten Entwicklungsstränge ist die Frage nach der städtischen Attraktivität wieder prominent auf die Agenda von Städteplanerinnen und –planern gelangt. Vor allem die unter dem Schlagwort Globalisierung – beileibe kein neuer ökonomischer Begriff – bekannten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Phänomene sowie das Herausbilden der sogenannten „wissensbasierten Gesellschaft“ haben dazu geführt, dass sich Städte neu positionieren müssen. Der vorliegende Wien-Reader hat es sich zur Aufgabe gemacht, anhand einiger ausgewählter wirtschafts- und gesellschaftspolitischer städtischer Bereiche die Entwicklung von Wien in den letzten Jahrzehnten aufzuzeigen, um so interessierten Menschen einen fundierten Überblick über die Stadtentwicklung zu geben.

Im ersten Beitrag von Peter Mayerhofer geht es um die strukturellen Veränderungen und die sektorale Positionierung Wiens im nationalen und internationalen Vergleich. Angesichts von technologischem Fortschritt und Globalisierung sind beständige Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur integraler Bestandteil der Entwicklung von Städten und Regionen. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts haben sich die Transportkosten für Industriegüter schrittweise auf etwa ein Zehntel reduziert, auch die Handelbarkeit vieler Dienstleistungen über Distanz hat dank neuer Informations- und Kommunikationstechnologien erheblich zugenommen. Unternehmen (und Branchen) können ihre Produkte damit zunehmend am jeweils optimalen Standort produzieren und über interregionalen Handel absetzen – eine Entwicklung, die in den letzten Jahrzehnten mit der Liberalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs auch eine stark internationale Dimension angenommen hat. Die einzelnen Regionen spezialisieren sich in dieser Entwicklung zunehmend auf jene (und nur jene) Produkte und Branchen, für die sie günstige Standortvorteile mitbringen. Die sektorale Arbeitsteilung nimmt also auf räumlicher Ebene zu. Insgesamt zeigt Wien ein Spezialisierungsprofil, das im Vergleich zu den Bundesländern, aber auch den anderen Zentren der europäischen Städtehierarchie vergleichsweise stark auf technologie- und wissensintensive Branchen sowie solche im Dienstleistungsbereich ausgerichtet ist. Strukturpolitisch wird es angesichts der Ausrichtung Wiens jedenfalls sinnvoll sein, konsequent und kontinuierlich an der weiteren Verbesserung der Standortbedingungen für innovations- und wissensbasierte Branchen und Funktionen zu arbeiten. Dies bedeutet weitere Investitionen in ein schlagkräftiges regionales Innovations- und Forschungssystem, moderne Infrastrukturen und eine hochrangige Einbindung in internationale (Personen-)Verkehrs- und Telekommunikationsnetze, sowie einen konsequenten Einstieg in den

internationalen Wettbewerb um Hochqualifizierte. Vor allem aber werden konsequente Maßnahmen im regionalen Aus- und Weiterbildungssystem notwendig sein.

Peter Huber untersucht in seinem Beitrag die neuen sozialen Risiken am Wiener Arbeitsmarkt. Ganz allgemein sind die Bedingungen am Wiener Arbeitsmarkt durch eine Vielzahl an Besonderheiten geprägt. Insbesondere wirken sich hier die wesentlichen sozialen Veränderungen wie Tertiärisierung, Prekarisierung und Globalisierung, aber auch die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen und die geänderten Familienstrukturen stärker auf die Arbeitsmarktentwicklung als in anderen Bundesländern aus. Dagegen schritt die Alterung der Bevölkerung (hohe Zuwanderung sowohl aus dem In- und Ausland) in Wien langsamer voran. Diese unterschiedliche Entwicklung bedingt auch, dass sich die gegenwärtigen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen in Wien erheblich von jenen der übrigen Bundesländer unterscheiden. Der augenfälligste dieser Unterschiede ist dabei sicherlich das zunehmende Auseinanderklaffen der Qualifikationsstruktur von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage, welches im Zusammenspiel mit mannigfachen Verdrängungsprozessen unter Arbeitskräften mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau zu einer steigenden Mismatch-Arbeitslosigkeit aber auch zu hohen Arbeitslosenquoten der Geringqualifizierten beiträgt. Dieser Mismatch stellt dabei offensichtliche Herausforderungen an das Wiener Bildungssystem, wobei aufgrund des hohen Anteils an zuwandernden Arbeitskräften, neben dem Erstausbildungssystem hier vor allem auch das betriebliche und private Weiterbildungssystem gefordert sind. Abgesehen von der offensichtlichen Gruppe der Geringqualifizierten lassen sich aber auch noch andere Zielgruppen ableiten, deren Wichtigkeit am Wiener Arbeitsmarkt höher ist als im übrigen Österreich. Dies sind insbesondere die Gruppen der AlleinerzieherInnen (bzw. –verdienerInnen) und der prekär bzw. atypisch Beschäftigten, die sich überdies in vielen Bereichen überschneiden. Während gerade bei der ersteren Gruppe die Voraussetzungen Wiens – aufgrund der höheren Dichte an Ganztageskinderbetreuungseinrichtungen – zumindest hinsichtlich der Kinderbetreuung besser sind als in anderen Regionen, gilt es bei letzterer Gruppe vor allem, ihre Heterogenität zu berücksichtigen. Insbesondere atypische Beschäftigungsformen sind nämlich nicht für alle davon betroffenen Personen ein unerwünschter Zustand, sondern – zumindest der Intention nach – eher eine Durchgangsphase, die mit der Perspektive einer Änderung in Zukunft in Kauf genommen wird, oder in gewissen Lebensumständen eine Erwerbstätigkeit ermöglichen. Schlussendlich wird aufgezeigt, dass auch das Arbeitsvermittlungssystem in Wien ebenfalls vor besonderen Herausforderungen steht. Abgesehen von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Umlandregionen in allen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik, besteht hier einerseits ein größerer Unterschied zwischen den am Arbeitsmarkt angebotenen und den nachgefragten Qualifikationen als anderswo, andererseits besteht auch eine steigende Zahl an Vermittlungsfällen. Die Entwicklung von Langzeitbeschäftigungs- und –arbeitslosigkeit deutet hier darauf hin, dass die kurzfristige Vermittlung von Arbeitslosen auf offene Stellen und die Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit hier ein geringeres Problem darstellt als die langfristige Integration von Arbeitskräften in Beschäftigung.

Martin Schürz geht in seinem Beitrag der Frage nach, ob die Einkommens- und Vermögensverteilung in Wien anders ist als im restlichen Österreich. Es wird der Stadt-Land Unterscheidung in der Ressourcenausstattung auf einer breiteren Basis nachgegangen: Wie unterscheiden sich die privaten Haushalte in Wien von jenen im restlichen Österreich im Hinblick auf Vermögen, Verschuldung, Erbschaften, Einkommen und Ausgaben? Im Herbst 2012 hat die Österreichische Nationalbank Daten zur Nettovermögensverteilung in Österreich veröffentlicht. In Österreich gab es vorher keine Erhebung auf Haushaltsebene, die Vermögen, Schulden, Einkommen und Ausgaben der Haushalte gemeinsam erfasst hätte. Insgesamt zeigen sich viele Ähnlichkeiten zwischen Wien und dem restlichen Österreich bei den Ressourcen privater Haushalte. Beträchtliche Unterschiede ergeben sich beim Erben und dem Nettovermögen. Der starke Unterschied beim Medianvermögen und in den Portfoliozusammensetzungen zwischen dem restlichen Österreich und Wien geht zurück auf Einkommensunterschiede (relativ kleine Unterschiede), Konsumausgaben (relative geringe Unterschiede); das Sparverhalten liefert keinen Indikator zur Erklärung der Differenzen. Erhebliche Unterschiede bestehen beim Erben und in der Erbschaftshöhe. Kumuliert ergibt sich ein erheblicher Unterschied im Median des Nettovermö-

gens. Auch gibt es Unterschiede in der Zusammensetzung und in den Funktionen des Vermögens zwischen Wien und dem restlichen Österreich, wobei diese bei regionalen Vergleichen zu berücksichtigen sind. Auch die Struktur der Haushalte unterscheidet sich stark. Insbesondere der Anteil an Einpersonenhaushalten ist höher als im restlichen Österreich. Die Vermögensausstattung dieser Single-Haushalte spiegelt aber eine Vielzahl an einander teils widersprechenden Entwicklungen wider. Ein Ginikoeffizient von 0,86 für die Vermögensverteilung in Wien ist hoch. Auch der Ginikoeffizient von 0,44 für die Einkommensverteilung ist vergleichsweise beträchtlich. Zwar wird er durch institutionelle Spezifika (wie sozialer Wohnbau) und kleinere Haushalte tangiert, doch nicht relativiert. Der soziale Wohnbau wirkt positiv primär auf einkommensschwächere Haushalte. Jedoch in einer Wohlfahrtsbetrachtung steht er in keinem direkten Substitutionsverhältnis zum privaten Vermögen. Die beträchtliche Vermögenskonzentration in Wien ist in der von der Österreichischen Nationalbank herausgegebenen Untersuchung untererfasst.

Die Entwicklung der Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien im letzten Jahrzehnt ist Untersuchungsgegenstand von Michael Mesch. Diese verschob sich deutlich zugunsten der hoch qualifizierten Angestelltenberufe. Bereits rund die Hälfte der Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ist den Angestelltenberufen mit mindestens Maturaniveau (Führungskräfte, akademische Berufe, technische und nicht-technische Fachkräfte) zuzuordnen. Getragen wurde die Beschäftigungsdynamik in diesem Berufssegment vorwiegend von der Entwicklung im Bereich der akademischen Berufe: Die betreffende Erwerbspersonenzahl verdoppelte sich während des Beobachtungszeitraums nahezu, und ihr Anteil stieg von 15% auf 23%. Neben dem sehr ausgeprägten Strukturwandel zugunsten der akademischen Berufe sind im Bereich der Angestelltenberufe zwei weitere Haupttendenzen auszumachen: eine Verschiebung zugunsten der mittel qualifizierten, überwiegend interaktiven Angestelltenberufe und eine Verlagerung zulasten der mittel qualifizierten Büroangestellten, deren kognitive Routinetätigkeiten verstärkt der Standardisierung und Automatisierung unterlagen. Entsprechend der in Wien schon sehr weit fortgeschrittenen Deindustrialisierung verringerten sich auch der Beschäftigungsanteil der mittel qualifizierten Fertigungsberufe und jener der Hilfskräfte, wobei sich die Zahl der Ersteren kaum änderte, jene der Letzteren aber signifikant fiel. Änderungen der berufsbezogenen Qualifikationsstruktur der Beschäftigung ergeben sich zum einen aus dem Strukturwandel zwischen Branchen, zum anderen aus dem brancheninternen Berufsstrukturwandel. Die Analyse des Branchenstrukturwandels innerhalb des Wiener Dienstleistungssektors, auf den rund 83% der Erwerbspersonen entfallen, bringt eine eindeutige Gesamttendenz zutage: Während die vier tertiären Branchengruppen mit sehr hoher bis mittlerer Qualifikation der Beschäftigten jeweils Anteile an der Gesamtheit der Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien gewannen, verloren die beiden Branchengruppen mit mittel niedriger bzw. niedriger Qualifikation der Arbeitskräfte jeweils deutlich an Gewicht. In Wien fand somit in den 2000er Jahren eine signifikante Verschiebung der Branchenstruktur der Beschäftigung in Richtung auf wissens- und humankapitalintensive Marktdienstleistungen statt und auf ebensolche öffentliche Dienstleistungen (Bildungswesen, Gesundheitswesen etc.), welche für die Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Herausforderungen von entscheidender Bedeutung sind.

Mit der Produktion von Stadtwissen am Beispiel der Wohnungsbedarfsprognose für Wien von 2011 – 2025 beschäftigt sich der Beitrag von Peter Moser. Wer heute an den einschlägigen amtlichen Stellen im Internet über diese Wohnungsbedarfsprognose etwas erfahren möchte, erhält als Antwort: „Kein Suchergebnis“. Das ist kein Zufall. Es ist auch nicht auf eine Schwäche der verwendeten Suchmaschinen zurückzuführen. Im Gegenteil, die Nicht-Veröffentlichung ist kommunalpolitisch verordnet und wird von der Kommunaladministration folgsam exekutiert. Hinter der simplen Kernfrage, wie viele Wohnungen die Stadt wohl brauchen wird, bleiben politisch und ökonomisch relevante Impulse aber nicht lange verborgen: Es geht um die Dotierung des Wohnbauförderungsbudgets bzw., falls erforderlich, um andere Formen der Wohnbaufinanzierung, es geht um Budgets für die Wohnbaulandbeschaffung, um das knappe und immer teurer werdende Gut „Boden“, um wirtschafts- und beschäftigungspolitische Maßnahmen und die städtische Wertschöpfung, die mit der Bau- und Sanierungstätigkeit verknüpft sind; es geht darüber hinaus auch um Mietrechtsregelungen, die die Mobilität im Wohnungsbe-

stand betreffen. Die Arbeit an der Prognose reduziert sich nicht auf das Ermitteln eines Neubauerfordernisses. Sie impliziert die intensive Beschäftigung mit allen Aspekten der Wohnungsversorgungspolitik der Stadt. Wer plausibel argumentiert sagen will, wie viele Wohnungen die Stadt brauchen wird, muss auch ebenso glaubhaft sagen können, wie viele Wohnungen es in der Stadt schon gibt, wie viele davon bewohnt werden, wie viele verloren gehen, wie viele Haushalte umziehen usw. usf. Wenn man auf diese Fragen keine plausiblen Antworten hat, wenn es zu dieser komplexen Thematik kein Wissen in Wien gibt, so der Autor in seinem Beitrag, dann haben Lobbyisten aller Art ein leicht zu beschallendes Terrain vor sich. Wo nichts gewusst wird, muss alles geglaubt werden. Die Politik in Wien instrumentalisiert die (noch vorhandene) Reputation der Wissensproduzenten in der Gesellschaft, entzieht ihnen jedoch gleichzeitig das sozialwissenschaftliche Fundament. Forschungsarbeit wird durch Expertenmeinung und Expertinnenannahmen ersetzt. Eine Widerlegung oder Untermauerung ist mangels empirischer Erhebungsarbeit nicht oder nur marginal möglich. Der Zweifel, der offene, transparente Diskurs, der nachvollziehbare Disput als kreativer Faktor der Generierung von Stadtwissen wird einer fragwürdigen Auftragsgefälligkeit geopfert.

Der Beitrag von Andreas Weigl hat die Gastarbeiterwanderung nach Wien zum Thema. So weist er darauf hin, dass die kurzfristigen positiven Wirkungen der Gastarbeiterwanderung für den Wirtschaftsstandort Wien offenkundig sind. Zum einen gelang es dank dieser Wanderungsbewegung, das hohe Wachstumsniveau der Wirtschaftswunderjahre so entscheidend zu verlängern, dass die Folgen der folgenden Rezession sich in bescheidenen Grenzen hielten, zum anderen erlaubte die Zuwanderungswelle von 1989-1991 die volle Ausnützung der deutschen Wiedervereinigungskonjunktur. Arbeitsmarktpolitische Alternativen bestanden in beiden Fällen kaum oder wären jedenfalls kurzfristig kaum umsetzbar gewesen. Die mittelfristigen Folgen sind unzweifelhaft ambivalent zu beurteilen und vielschichtig. Während die Versorgung älterer und alter Angehöriger der ersten Generation mit Bezug auf kultursensible Betreuungsangebote zukünftig mit überschaubarem Aufwand verbessert werden kann und auf ein entwickeltes Sozial- und Gesundheitssystem aufbaut, erweisen sich die Probleme im Bildungsbereich als hartnäckiger. Bei allen Versäumnissen, die in diesem Bereich in der Vergangenheit passiert sind, ist darauf hinzuweisen, dass auch bei der autochthonen Bevölkerung bis in die Gegenwart der Bildungsstand der Eltern ein entscheidendes Diskriminierungskriterium darstellt. Für die traditionell muslimisch geprägte Bevölkerung der ersten und zweiten Generation ist es daher wichtig, möglichst eine große Palette zielgruppengerechter Hilfestellungen anzubieten. Gleichzeitig ist es erforderlich, in aller Offenheit festzuhalten, dass gewisse Rahmenbedingungen in Österreich unverrückbar sind. Dies sind vor allem die Grundwerte einer rechtsstaatlichen und demokratischen Rechtsordnung und insbesondere die Grund- und Menschenrechte, die Rolle von Mann und Frau, der Zugang zu Bildung und Meinungsfreiheit. Bei diesen Überlegungen ist natürlich auch die Wechselseitigkeit von Integrationsprozessen in Betracht zu ziehen.

Im letzten Beitrag von Kurt Puchinger geht es um die Entwicklung der Agglomeration Wien. Die politischen Veränderungen in Europa haben Wien in eine hervorragende Position gebracht. Aus einer Randlage wurde eine europäische Zentrallage mit Nähe zu den stark wachsenden Märkten Osteuropas. Die Bewältigung der Herausforderungen, die durch zunehmend komplexe Siedlungs- und Lebensstrukturen entstehen, bedarf einer Politik der Metropolregionentwicklung, die durch Kooperation und Effizienzsteigerung ohne Qualitätsverlust die erforderlichen Einsparungen gleichsam als Abfallprodukt zustande bringt und damit gleichzeitig die Gestaltungsspielräume der Politik erhöht und in der Lage ist, nachhaltige Impulse für Wachstum und Prosperität auszusenden. Wien ist eine Stadt der Möglichkeiten und Chancen, neue (Geschäfts-)Ideen zu realisieren und produktiv zu wirtschaften. Die Vielzahl unterschiedlicher Unternehmen erfordert auch eine Vielfalt verfügbarer Unternehmensstandorte, seien es Hochhäuser oder auch Standorte in traditionellen Gründerzeitgebieten. Oftmals sind aber diesen Bedarfen durch „Wohnzonenfestsetzungen“ harte Grenzen gesetzt.

# PETER MAYERHOFER:<sup>1</sup>

## STADTWIRTSCHAFT IM WANDEL: STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN UND SEKTORALE POSITIONIERUNG WIENS IM NATIONALEN UND INTERNATIONALEN VERGLEICH

### 1. STRUKTURWANDEL UND SPEZIALISIERUNG: EINIGE ERKENNTNISSE AUS DER LITERATUR

Angesichts von technologischem Fortschritt und Globalisierung sind beständige Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur integraler Bestandteil der Entwicklung von Städten und Regionen. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts haben sich die Transportkosten für Industriegüter schrittweise auf etwa ein Zehntel reduziert (Glaeser – Kohlhase, 2004), auch die Handelbarkeit vieler Dienstleistungen über Distanz hat dank neuer Informations- und Kommunikationstechnologien erheblich zugenommen (Eichengreen – Gupta, 2013). Unternehmen (und Branchen) können ihre Produkte damit zunehmend am jeweils optimalen Standort produzieren und über interregionalen Handel absetzen – eine Entwicklung, die in den letzten Jahrzehnten mit der Liberalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs auch eine stark internationale Dimension angenommen hat<sup>2</sup>). Die einzelnen Regionen spezialisieren sich in dieser Entwicklung zunehmend auf jene (und nur jene) Produkte und Branchen, für die sie günstige Standortvorteile mitbringen. Die sektorale Arbeitsteilung nimmt also auf räumlicher Ebene zu.

Gleichzeitig ermöglichen Fortschritte in den IK-Technologien eine zunehmende Fragmentierung der Wertschöpfungskette innerhalb der Branchen: Produktionsprozesse werden unter Effizienzgesichtspunkten in aufeinanderfolgende Phasen bzw. Funktionen zerlegt, die voneinander getrennt durch unterschiedliche Akteure ("funktionale Fragmentierung"; über Out-sourcing von Teilfunktionen an eigenständige Anbieter) und/oder an unterschiedlichen Standorten ("räumliche Fragmentierung"; international als Off-Shoring) abgewickelt werden (Romero et al., 2009). Unternehmensfunktionen bzw. Produktionsteile werden damit (auch) räumlich getrennt und am jeweils "besten" Standort angesiedelt (Hall, 1993; Arndt – Kierzkowsky, 2001)<sup>3</sup>). Empirisch vielfach belegt ist dies für die räumliche Trennung von

---

<sup>1</sup> Peter Mayerhofer: Studium der Wirtschaftspädagogik und der Volkswirtschaftslehre an der Johannes Kepler-Universität Linz. 1986-1990 Assistent und Lehrbeauftragter am Institut für Volkswirtschaftslehre der JKU. Seit 1990 am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung; Forschungsbereich Strukturwandel und Regionale Entwicklung. Lehraufträge für Stadt- und Regionalökonomie an der TU Wien (2005-2012) und Donau-Universität Krems (2014). Forschungsinteressen liegen im Bereich der Regional- und Stadtökonomie, dem Zusammenhang von Strukturwandel und regionaler Entwicklung, Fragen der regionalen Wettbewerbsfähigkeit sowie den räumlichen Effekten von Integrationsprozessen.

<sup>2</sup> In den letzten 30 Jahren hat der internationale Handel weltweit doppelt so rasch zugenommen wie das weltweite Bruttoinlandsprodukt (in der Periode 2000-2008 dreimal so rasch). Das Wachstum internationaler Direktinvestitionen war wiederum doppelt so hoch wie jenes des internationalen Handels, und damit viermal so hoch wie jenes der Weltproduktion (Capello et al., 2011).

<sup>3</sup> Im Außenhandel kommt dies in einer deutlichen Zunahme des intra-industriellen Handels mit Zwischenprodukten (Jones – Kierzkowsky, 2005), sowie in einer vertikalen Handelsspezialisierung mit unterschiedlichen Produktionsstufen in unterschiedlichen Ländern bzw. Regionen (Hummels et al., 1998, 2001) zum Ausdruck.

dispositiven Funktionen und der eigentlichen Produktion (Chandler, 1977; Kim, 1999; Bade et al., 2003). Auch innerhalb dieser Funktionsgruppen nimmt die Fragmentierung aber zu, etwa zwischen Produktionsteilen nach Skill- bzw. Lohnkostensensitivität, oder zwischen dispositiven Funktionen nach Aufgabenstellung (Baldwin, 2006; Capello et al., 2011). In räumlicher Perspektive wird die genannte Spezialisierung nach Produkten bzw. Branchen ("sektorale Arbeitsteilung") damit durch eine Spezialisierung nach Funktionen ("funktionale Arbeitsteilung"; Hall, 1993; Duranton – Puga, 2005) ergänzt, die ökonomische Basis der Regionen verengt sich also – bei zunehmender Verflechtung des Produktionssystems – auf bestimmte Branchen, aber auch auf bestimmte Funktionen in der Wertschöpfungskette (innerhalb der Branchen).

Für die einzelne Region sind diese Triebkräfte kaum beeinflussbar, eine Anpassung daran also weitgehend zwingend. Tatsächlich zeigen neuere empirische Arbeiten, dass das Wachstum von Ländern und Regionen von der Fähigkeit (mit) bestimmt wird, sich durch strukturellen Wandel an Veränderungen im gesamtwirtschaftlichen Rahmen anzupassen (Laursen, 1998; Aiginger, 2000; Audretsch et al., 2000). Neben dieser Fähigkeit zum Strukturwandel werden regionales Wachstum und damit Beschäftigung aber auch dadurch bestimmt sein, wohin der strukturelle Wandel führt, welche Spezialisierung eine Region also in der intra- bzw. internationalen Arbeitsteilung einnehmen kann.

Zwar erwartet hier die neoklassische Theorie kaum dauerhafte Effekte der Spezialisierung auf das Wachstum (Krugman – Obstfeld, 1991), weil danach bei Freihandel zwar (sektorale) Spezialisierungen nach komparativen Vorteilen (also regionalen Unterschieden in der Faktorausstattung) entstehen, diese aber mit einem Ausgleich der Faktorproportionen (und damit der Faktorpreise) einher gehen (Ohlin, 1933; Samuelson, 1948, 1949). Allerdings wirken diese Ausgleichsmechanismen auf regionaler Ebene kaum, sodass das neoklassische Ergebnis "sektorneutralen" Wachstums für diese Ebene angezweifelt werden kann<sup>4</sup>). Jedenfalls gilt dies, wenn die (unrealistische) Annahme konstanter Skalenerträge (und fehlender Transportkosten) aufgegeben wird: In diesem Fall können Branchen geographisch konzentriert sein, weil sie (externe) Größenvorteile aus der Ballung von Aktivitäten beziehen. Die Nähe zu anderen Unternehmen (Marshall, 1994; Porter, 1990; Krugman – Venables, 1995), Kunden (etwa Fujita et al., 1999; Krugman, 1991) oder Hochqualifizierten (Audretsch-Feldman, 1996; Rosenthal – Strange, 2003) ermöglicht Agglomerationsvorteile<sup>5</sup>), die wiederum temporäre Renten und damit letztlich unternehmerische und (aggregiert) regionale Wachstumsvorteile erlauben. Da diese Agglomerationsvorteile in der Tendenz selbstverstärkend sind – Ballungsvorteile ziehen weitere Akteure an, die wiederum die Ballung (und ihre Vorteile) verstärken – können einmal erreichte Spezialisierungen in solchen Bereichen auch dauerhafte Vorteile im Standortwettbewerb begründen ("history matters"; Krugman, 1991a; Boschma – Martin, 2007).

In der Tendenz werden Spezialisierungen auf Basis von Agglomerationsvorteilen und Wissens-Spillovers damit größere Potentiale für hohe regionale Einkommen und Entwicklungsvorteile bieten als solche (nur) auf Basis natürlicher Vorteile (wie Rohstoffe oder geographischer Lage) oder der Ressourcenausstattung (etwa der Bodenverfügbarkeit; Storper, 2010). Die Besonderheiten urbaner Räume (wie Wien) in Hinblick auf Faktorausstattung (komparative Vor- und Nachteile) und Verdichtung (Ballungsvor- und -nachteile) sollten dabei durchaus Vorteile bieten:

So finden flächenintensive Aktivitäten in urbanen Räumen wegen der begrenzten Verfügbarkeit des Faktors Boden kaum Standortvorteile vor, was sektoral die (kapitalintensive) Industrie benachteiligt,

---

<sup>4</sup> Grundlage für einen Faktorpreisausgleich ist die vollständige Flexibilität von Preisen und Löhnen nach unten. Sie ist auf regionaler Ebene kaum denkbar, weil Lohnbildungsprozesse vorwiegend auf nationaler Ebene angesiedelt sind. Auch sind die Importpreise regional homogen, und ein Ausgleich über den Wechselkursmechanismus steht Regionen nicht zur Verfügung. Für Spezialisierung und Wettbewerbsfähigkeit dürften daher auf regionaler Ebene stärker absolute Vorteile als komparative Vorteile ausschlaggebend sein (Camagni, 2002; Capello et al., 2011).

<sup>5</sup> Agglomerationsvorteile können aus der gemeinsamen Nutzung unteilbarer Güter und Faktoren ("sharing"), aus geringeren Suchkosten ("matching"), und aus verstärkten Wissens-Spillovers ("learning") in verdichteten Räumen entstehen (Duranton – Puga, 2004).

und funktional eine Spezialisierung auf dispositive Funktionen in der Wertschöpfungskette (im Gegensatz zur eigentlichen Produktion) begünstigt. Ähnlich bringen verdichtungsbedingte Ballungskosten im Verkehr Standortnachteile für das Handling von Massengütern und damit industrielle Massenproduktion bzw. Logistik hervor. Letztlich werden in Hinblick auf den Faktor Arbeit die typischerweise höheren Lohnkosten in Städten Nachteile für Branchen mit standardisierten Produktionsprozessen bedeuten, auch sollte eine Spezialisierung auf höherwertige (bzw. wertschöpfungsintensive) Funktionen in der Wertschöpfungskette die Folge sein.

Andererseits sollte die meist bessere Ausstattung von Metropolen mit hoch qualifizierten Arbeitskräften (Glaeser – Saitz, 2004) Branchen und Funktionen mit hoher Skill-Intensität begünstigen. Gleichzeitig unterstützt sie die zentrale Rolle urbaner Räume in Innovationsprozessen, die über Agglomerationsseffekte aus der hohen Diversität von Branchen und Firmen in Städten (Jacobs, 1969), ihrer Offenheit für externes Wissen (Simmie, 2001), und vielfältige Kontaktvorteile für Wissensproduktion und -spillovers (Henderson, 2005) vorangetrieben wird. Dies bringt sektoral Standortvorteile für technologieorientierte Produktionsbranchen und wissensintensive Dienstleistungen, sowie funktional für forschungsintensive Teilproduktionen sowie solche in frühen Phasen des Produktzyklus. Nicht zuletzt werden Metropolen wegen ihrer hohen Informationsdichte und dem großen Marktpotential Vorteile für alle "kontaktintensiven" Aktivitäten bieten, darunter nicht zuletzt unternehmensnahe Dienste sowie (funktional) Entscheidungs- und Kontrollfunktionen in der Wertschöpfungskette (Davis – Henderson, 2008).

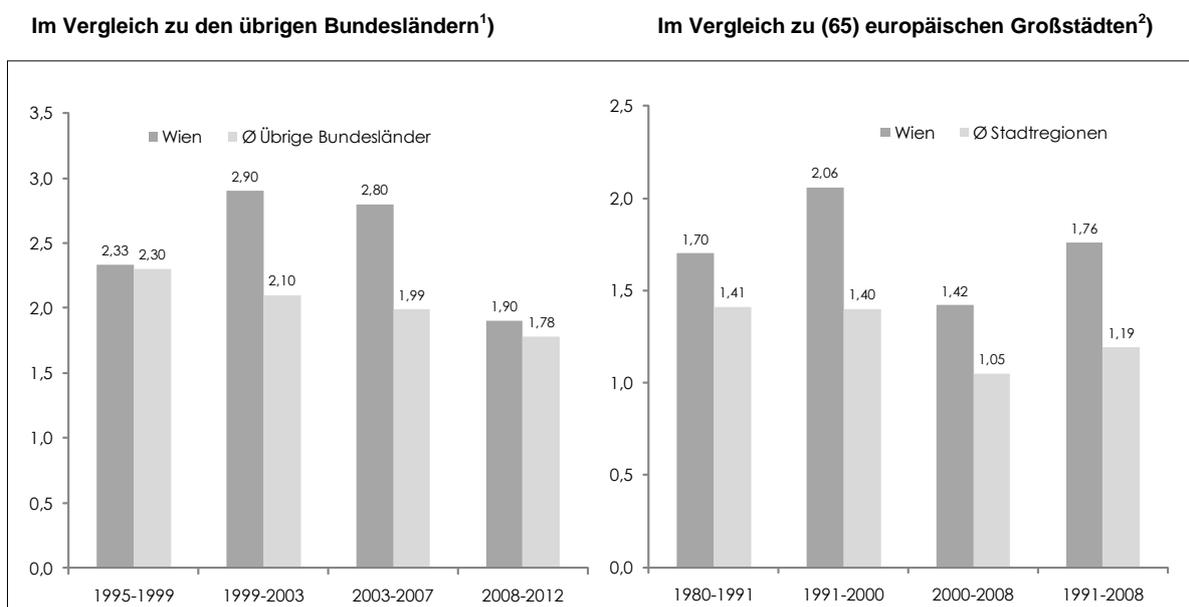
Insgesamt werden die Standortvorteile Wiens damit den Standortbedingungen einer Metropole entsprechend vor allem bei humankapitalintensiven (bzw. lohnkosten- bzw. bodenextensiven) Aktivitäten mit Agglomerationsvorteilen liegen. Funktional wäre eine Spezialisierung auf höherwertige und innovationsorientierte (bzw. dispositive) Funktionen in der Wertschöpfungskette zu erwarten, sektoral eine Solche auf wissensintensive Dienste, Branchen mit großer Bedeutung von (regionaler) Kaufkraft und Kontaktvorteilen, sowie (vereinzelt) technologie- und forschungsintensive Industriebranchen.

Eine solche strukturelle Ausrichtung wäre unter Entwicklungsaspekten wie gezeigt günstig, ist aber nur durch beständigen Strukturwandel und technologisches Up-grading dauerhaft zu halten: Mit der Routinisierung der Fertigungsprozesse im Zuge der "Alterung" von Produkten und Diensten im Produktlebenszyklus nehmen urbane Ballungsvorteile tendenziell ab (Vernon, 1966; Duranton – Puga, 2001; Neffke et al., 2011), vor allem einkommensstarken Städten gehen damit laufend Produktionen durch die Abwanderung an kostengünstigere Standorte verloren (Norton – Rees, 1979). Gerade urbane Wirtschaftsstrukturen befinden sich damit in beständiger Anpassung (Saxenian, 1994): Neue Aktivitäten werden entwickelt und ersetzen wegfallende Ausrichtungen. Gleichzeitig werden traditionelle Spezialisierungen durch Innovation erneuert, nicht zuletzt (auch) durch funktionale Spezialisierung auf komplexe Produktionsteile bzw. Produktvarianten hoher Qualität innerhalb der Branchen. Der Erfolg dieser Anpassungsprozesse ist nicht zuletzt durch institutionelle Faktoren am Standort bestimmt (Pritchett, 1997; Rodrik, 2007). Aktivitäten der regionalen Wirtschaftspolitik, namentlich der Innovations- und Wettbewerbspolitik, sind also für die langfristige Spezialisierung (und damit den ökonomischen Erfolg) einer Region durchaus (mit) entscheidend.

## 2. STRUKTURWANDEL IN WIEN: UMFANG UND CHARAKTERISTIK

Wendet man sich angesichts dieser Bedeutung von Strukturwandel und Spezialisierung für die regionale Entwicklung einer empirischen Analyse der strukturellen Wandlungsprozesse in Wien zu, so zeigt sich zunächst, dass der mittelfristige Strukturwandel in der Stadtwirtschaft im nationalen wie internationalen Vergleich durchaus erheblich war.

**Abbildung 1: Intensität des Strukturwandels in Wien im Vergleich Index of Compositional Structural Change**



Rang 4 (3)3) Rang 1 (1) Rang 1 (2) Rang 4 (2)

Q: Cambridge Econometrics; AMS; BMASK; Erwerbskarrierenmonitoring; WIFO-Berechnungen. – 1) Basis: Unselbständige Standardbeschäftigte in (60) ÖNACE2003 2-Steller-Branchen (1995-2007) bzw. (88) ÖNACE2008 2-Steller-Branchen (2008-2012). 2) Basis: Erwerbstätige in (15) VGR-Sektoren. 3) Nur Marktbereich in Klammer.

Dies lässt eine vergleichende Analyse auf Basis eines von den Vereinten Nationen entwickelten Strukturwandelmaßes<sup>6</sup>) erkennen, die für die österreichischen Bundesländer auf detaillierte Beschäftigteninformationen des Hauptverbandes, und für ein breites Sample von (65) Großstadtregionen in Europa auf Daten zu den Erwerbstätigen in (15) VGR-Sektoren aufbauen kann (Abbildung 1).

Danach war die Intensität des strukturellen Wandkels in Wien im nationalen Vergleich (Abbildung 1, links) in den ersten Jahren nach Österreichs EU-Beitritt jener in den übrigen Bundesländern weitgehend vergleichbar (1995-1999; Rang 4 unter den Bundesländern). Um die Jahrtausendwende beschleunigte sich die Geschwindigkeit des Strukturwandels aber (nur) in Wien nochmals deutlich und

<sup>6</sup> Der abgebildete "Index of Compositional Structural Change" ist definiert als 
$$ISC_i = \frac{1}{t} * \sum_{j=1}^m |b_{ijt} - b_{ij0}|$$

mit  $b$  dem Anteil an den Beschäftigten,  $i$  der Region,  $j$  dem Wirtschaftsbereich und 0,  $t$  den Beobachtungszeitpunkten. Die Werte des Indikators sind umso höher, je stärker sich die sektoralen Beschäftigtenanteile im untersuchten Zeitraum verändern.

blieb in der Folge bis zum Ende der Hochkonjunktur 2007/08 unverändert hoch. Wien war damit über eine Dekade das Bundesland mit dem mit Abstand intensivsten strukturellen Wandel. Dies änderte sich erst mit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die vor allem die "Industriebundesländer" im Westen und Süden in Mitleidenschaft zog. Auch in dieser Phase blieb die Geschwindigkeit struktureller Anpassungsprozesse in Wien aber höher als im Durchschnitt der Bundesländer<sup>7</sup>).

Nun dürfte dies (auch) mit den größeren Anforderungen an die strukturelle Anpassungsfähigkeit in Zusammenhang stehen, welche Großstädte – wie oben argumentiert – wegen ihrer Ausrichtung auf produktzyklisch "junge" Produkte und die beständige Abwanderung "reifer" Aktivitäten vorfinden. Bemerkenswerter als der raschere Strukturwandel Wiens im Bundesländervergleich ist daher die Tatsache, dass ganz Ähnliches auch für einen Vergleich mit den anderen Großstädten in Europa gilt (Abbildung 1; rechts): Auch gegenüber dem Durchschnitt der (65) größten Städte in Europa war die Geschwindigkeit sektoraler Wandlungsprozesse in Wien schon in den 1980er Jahren hoch. In den 1990er Jahren beschleunigte sich der Umbau der Branchenstruktur (nur) in Wien nochmals deutlich, was mit Österreichs EU-Integration, aber auch mit der Öffnung der Grenzen zu den angrenzenden ost-mitteleuropäischen Ländern erklärt werden kann – Einschnitte, die erhebliche Veränderungen auf Unternehmens- und Branchenebene nach sich zogen (Mayerhofer, 2006; Mayerhofer et al., 2007). In den Folgejahren bis zum Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beruhigten sich diese Wandlungsprozesse, blieben aber stärker als im Durchschnitt des Städtesystems. Insgesamt ist der Strukturwandel in Wien damit seit Beginn der 1990er Jahre um fast die Hälfte (!) rascher verlaufen als im Durchschnitt der europäischen Großstadtreionen, Anpassungsprozesse an ein sich veränderndes ökonomisches Umfeld waren also hier auch im internationalen Vergleich massiv.

### Übersicht 1: Absolute und relative Spezialisierung Wiens im Vergleich Marktbereich; Erstrangige Metropolregionen bzw. Österreich

	Absolute Spezialisierung (HHL <sub>it</sub> -Index)			Relative Spezialisierung (Krugman-Index)		
	Wert	gegenüber den Bundesländern Rang (von 9)		Wert	Rang (von 9)	
1995	0,250	4		0,342	3	
1999	0,256	4		0,360	3	
2003	0,269	3		0,392	2	
2007	0,285	1		0,397	2	
2008	0,202	6		0,437	1	
2012	0,207	6		0,431	1	
		gegenüber erstrangigen Metropolregionen <sup>2)</sup>				
	Wert	Rang (von 45)		Wert	Rang (von 45)	
2010	0,173	17		0,324	39	

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Eurostat; WIFO-Berechnungen. – 1) Basis: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse in (1995-2007) 60 bzw. (2008-2012) 88 NACE-2-Steller-Abteilungen. 2) Basis: Erwerbstätige in 80 NACE-2-Steller-Abteilungen.

Dabei hat sich die grundlegende Charakteristik der Wiener Wirtschaftsstruktur im Rahmen dieses Wandels deutlich verändert. Dies lässt Übersicht 1 erkennen, in der gezeigt wird, inwieweit Wiens Branchenstruktur im nationalen bzw. internationalen Vergleich eher spezialisiert oder diversifiziert ist ("absolute Spezialisierung"), und ob die regionale Wirtschaft in ihrer sektoralen Ausrichtung den Vergleichsregionen ähnelt, oder aber durch ausgeprägte Besonderheiten gekennzeichnet ist ("relative

<sup>7</sup> Der Wert des Strukturwandelindikator für die Periode 2008-2012 ist mit jenen der früheren Perioden nicht vergleichbar, weil die Umstellung der ÖNACE-Branchenklassifikation im Jahr 2008 zu einer Erhöhung der Zahl der unterschiedenen Branchen geführt hat. Nach rudimentären Berechnungen mit einem branchenzahlgewichteten Indikator dürfte die Intensität des Wandels nach der Krise in Wien weitgehend unverändert geblieben sein, während sie sich in den übrigen Bundesländer deutlich erhöht hat.

Spezialisierung").

Dabei misst der  $HHI_{KH}$ -Index<sup>8</sup>) als Maß für die absolute Spezialisierung die Abweichung der jeweiligen Branchenstruktur von der Gleichverteilung der Beschäftigten über die Branchen, zeigt also im Wesentlichen, inwieweit in Wien bzw. den Vergleichsregionen relevante Branchenkonzentrationen (und damit Spezialisierungen) vorhanden sind. Dagegen misst der Krugman-Index<sup>9</sup>) die Abweichung der Branchenstruktur Wiens von der "Normstruktur" der Bundesländer bzw. der europäischen Großstädte, und lässt damit Aussagen zur Ähnlichkeit der Wiener Wirtschaft zur nationalen bzw. internationalen Vergleichsgruppe zu.

Hier zeigt sich zunächst (oberes Panel, links), dass die (absolute) Spezialisierung der Wiener Wirtschaft im Zeitablauf zugenommen hat (HHI-Index steigt an). Die ökonomische Basis der Stadt verengt sich also – wie in Abschnitt 1 erwartet – tatsächlich zunehmend auf Branchen mit Wettbewerbsvorteilen, wobei dieser Trend in Wien stärker gewesen sein könnte als in den übrigen Bundesländern (Rang Wien im HHI-Index nimmt ab<sup>10</sup>)). Jedenfalls kann die Wiener Wirtschaft im nationalen Rahmen nicht (mehr) als besonders diversifiziert gelten, was übrigens auch in internationaler Perspektive (unteres Panel, links) gilt: Im Vergleich zu den (45) erstrangigen Metropolregionen in Europa<sup>11</sup>) ist die (absolute) Spezialisierung in Wien zuletzt deutlich überdurchschnittlich, die Stadt findet sich hier gemessen am HHI-Index auf Rang 17 der erfassten Metropolen.

Dabei entfernt sich die sektorale Ausrichtung Wiens im Zuge dieser verstärkten (absoluten) Spezialisierung offenbar immer weiter von der österreichischen "Normstruktur", gemessen am Krugman-Index nimmt ihre Ähnlichkeit mit der Wirtschaftsstruktur der übrigen Bundesländer im Zeitverlauf stark ab (oberes Panel, rechts). Parallel dazu dürfte sich die regionale Branchenstruktur an jene der anderen erstrangigen Metropolregionen in Europa angenähert haben, jedenfalls ist sie zuletzt der "Durchschnittsstruktur" der (45) europäischen Metropolen so ähnlich wie in kaum einer anderen europäischen Großstadt (Rang 39 im Krugman-Index). "Wien ist anders", der eingängige Slogan der Wiener Tourismuswerbung, gilt also für die Wirtschaftsstruktur Wiens zwar (zunehmend) gegenüber den österreichischen Bundesländern, nicht aber gegenüber den anderen Großstädten in Europa.

Wesentlicher Grund dafür sind ohne Zweifel verstärkte De-Industrialisierungs- bzw. Tertiärisierungsprozesse, die aus den spezifischen Standortbedingungen urbaner Räume folgen (Abschnitt 1) und daher als übergeordnetes Charakteristikum den Strukturwandel in Wien, aber auch den anderen großen Metropolregionen in Europa in besonderer Weise prägen (Abbildung 2).

<sup>8</sup> Der Hirschman-Herfindahl Index wird in der modifizierten Form von Keeble und Hauser als  $HHI_{KH} = \sqrt{\sum_{i=1}^I b_i^2}$  mit  $i = 1 \dots I$  der Branche und  $b_i^2$  dem quadrierten Beschäftigtenanteil der Branche berechnet. Er nimmt bei völlig diversifizierter Struktur (gleiche Beschäftigtenanteile in allen Branchen) den Wert  $1/I$  an und steigt mit der Spezialisierung auf einzelne Branchen bis zu einem Maximum von 1 (Konzentration der Beschäftigten in einer Branche) an.

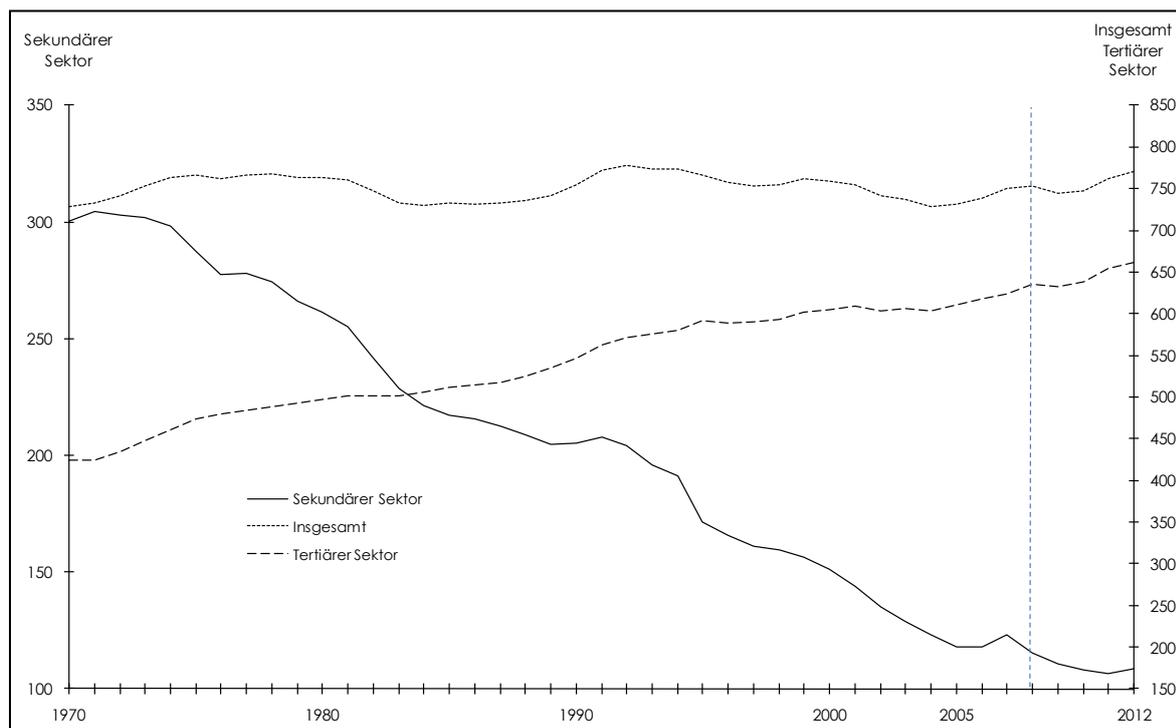
<sup>9</sup> Der Krugman-Spezialisierungsindex berechnet als Standardmaß für die relative Spezialisierung in der Form  $K = \sum_{i=1}^I |b_i - \bar{b}_i|$  mit  $\bar{b}_i$  dem Beschäftigtenanteil der Branche  $i$  in der Referenzgruppe (hier: den übrigen Bundesländern bzw. 45 erstrangigen Metropolregionen) den Anteil der Beschäftigten, der zwischen den Branchen verschoben werden müsste, um die Branchenstruktur der Referenzgruppe zu erreichen. Bei identer Branchenstruktur mit der Vergleichsgruppe (keine relative Spezialisierung) nimmt der Indikator den Wert 0 an, höhere Werte bedeuten zunehmende Unterschiede zur Referenzgruppe (Maximum  $\frac{2(I-1)}{I}$ ).

<sup>10</sup> Aussagen sind hier aus statistischen Gründen nur mit großer Vorsicht zu treffen. Konstruktionsbedingt (Quadrierung der Beschäftigtenanteile) gewichtet der HHI-Index "große" Wirtschaftsbereiche vergleichsweise stark. Da die bis 2008 verwendete Branchenklassifikation (ÖNACE 2003) im Tertiärbereich vergleichsweise wenige Unterteilungen kennt, führt dies im Fall von Wien (als stark tertiärisierter Region) zu hohen Indexwerten. Die nach 2008 gültige Branchenklassifikation ÖNACE 2008 nimmt im Dienstleistungsbereich eine stärkere Differenzierung vor, niedrigere Werte des HHI sind die Folge.

<sup>11</sup> Das Sample erstrangiger Metropolregionen umfasst die europäischen Hauptstädte sowie alle übrigen Großstädte mit mehr als 1,5 Mio. Einwohner/innen. Daten dazu können in aussagekräftiger sektoraler Disaggregation aus der Structural Business Statistics – Datenbank von Eurostat gewonnen werden, die aber als Kompilation der nationalen Leistungs- und Strukturhebungen im Längsschnitt kaum interpretierbar ist. Unsere Analyse beschränkt sich hier daher auf den aktuellen Rand (2010).

So hat die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Wiens Dienstleistungssektor nach Daten des Hauptverbandes in den letzten gut 4 Jahrzehnten um etwa 238.000 oder fast 60% zugelegt, die Bedeutung des sekundären Sektors (Bergbau, Sachgütererzeugung, Bauwesen, Energieversorgung) als Arbeitgeber hat dagegen dramatisch abgenommen. Seit 1970 sind rund zwei Drittel der Arbeitsplätze in Wiens Sachgüterproduktion (-192.000) verloren gegangen, zuletzt beschäftigt der sekundäre Sektor nur noch 14%, die Industrie im engeren Sinn nur noch 6,8% der unselbständig Beschäftigten am Standort.

**Abbildung 2: Beschäftigungsentwicklung der großen Wirtschaftssektoren in Wien  
Unselbständig Standardbeschäftigte in 1.000**



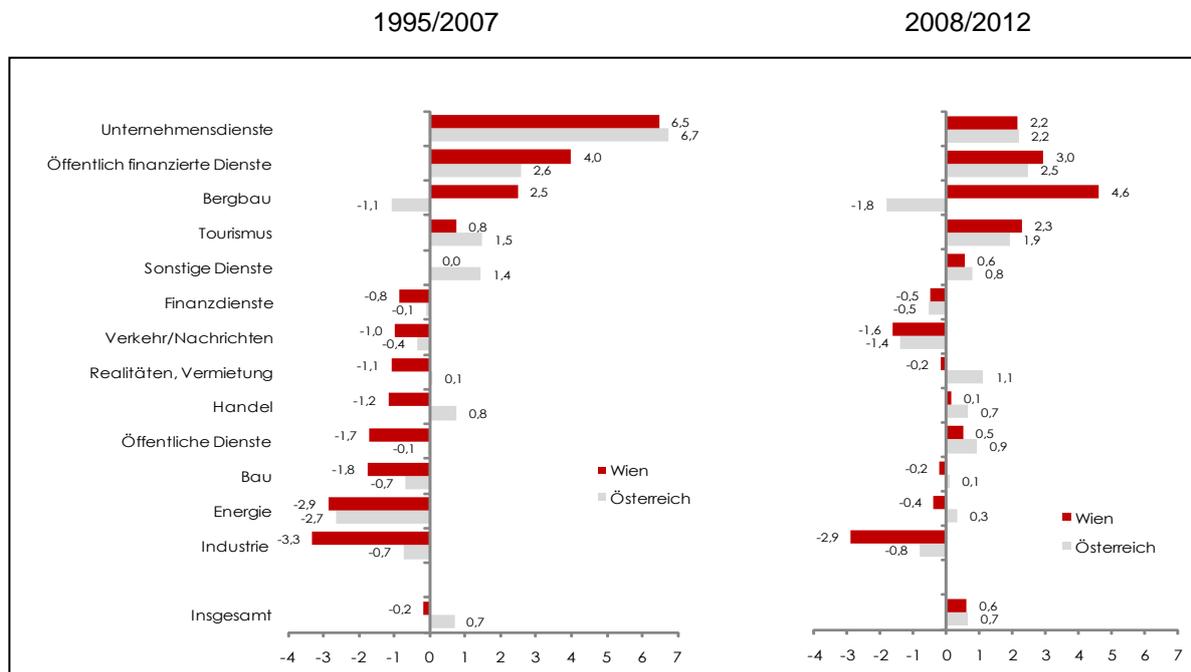
Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Nun ist ein relevanter Tertiärisierungsprozess in der Beschäftigung gemeinsames Merkmal praktisch aller hoch entwickelten Länder und damit auch Österreichs, was nachfrage- wie angebotsseitige Gründe hat<sup>12</sup>). In Wien verläuft der Prozess aber – wie in den meisten großen Metropolen<sup>13</sup>) – vor allem in Hinblick auf den Abbau produzierender Bereiche rasch und beschränkt sich auf der Aktivseite auf ein nur schmales Spektrum dynamischer Dienstleistungsbereiche (Abbildung 3).

<sup>12</sup> Vgl. dazu etwa Cuadrado-Roura (2013), für Österreich und Wien Mesch (2005) bzw. Mayerhofer (2007).

<sup>13</sup> Im Durchschnitt der (45) erstrangigen Metropolregionen in Europa hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in der Sachgütererzeugung bis 2010 auf rund 63% des Wertes des Jahres 1991 reduziert, in allen EU-Regionen waren 2010 noch 72% der Erwerbstätigen des Jahres 1991 in der Industrie tätig. In Wien lag dieser Wert zuletzt bei 58,5%, die De-Industrialisierung war also hier marginal höher als in den vergleichbaren europäischen Großstädten (Mayerhofer – Fritz, 2013).

**Abbildung 3: Branchendynamik in Wien im nationalen Vergleich**  
**Entwicklung der Standardbeschäftigten nach Wirtschaftszweigen; durchschnittliche jährliche Veränderung in %**



Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. – Insgesamt ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienler.

Sieht man vom Wiener Bergbau als weitgehend unbedeutendem und regional durch Verwaltungseinheiten dominiertem Bereich ab, konzentrieren sich Beschäftigungszuwächse in Wien seit 1995 auf der Ebene der (aggregierten) Wirtschaftsabteilungen allein auf unternehmensbezogene Dienstleistungen, öffentlich finanzierte Dienste, den Tourismus und (marginal) die sonstigen (persönlichen) Dienstleistungen. Dabei sind vor allem die beiden erstgenannten Bereiche dynamisch und verantworten das Gros der regionalen Arbeitsplatzgewinne. Alle anderen Bereiche – darunter auch "große" Dienstleistungsbereiche wie distributive Dienste, Finanzdienste und die öffentliche Verwaltung – verlieren dagegen in Wien mittelfristig Beschäftigung. Dabei war der Abbau durchgängig stärker als in Österreich, sodass sich – bei (migrationsbedingt) gleichzeitig besonderer demographischer Dynamik – die relative Arbeitsmarktposition Wiens erheblich verschlechtert hat<sup>14</sup>). Besonders deutlich haben in dieser Entwicklung aber die produzierenden Bereiche (Bau, Energie, Industrie) Beschäftigung verloren. Vor allem die Industriebeschäftigung schrumpft seit Mitte der 1990er Jahre mit einer Halbwertszeit von kaum mehr als 20 Jahren, eine Entwicklung, die sich jedoch seit Mitte der 2000er Jahre abzuschwächen scheint (Mayerhofer, 2014).

<sup>14</sup> Die Arbeitslosenquote in Wien ist in nationaler Rechnung von 1996 bis 2012 von 7,8% auf 9,5% angestiegen, während sie in Österreich zu beiden Zeitpunkten 7,0% betrug. Zuletzt bildete Wien damit das Schlusslicht unter den Bundesländern (1996 Rang 6).

### 3. RICHTUNG DES STRUKTURWANDELS: POSITIONIERUNG IN WISSENSINTENSIVEN BRANCHEN UND FUNKTIONEN

Dabei wird dieser übergeordnete De-Industrialisierungs- bzw. Tertiärisierungsprozess tatsächlich durch einen klaren Strukturwandel zu humankapital- und technologieintensiven Branchen überlagert, wie er aufgrund der spezifischen Standortbedingungen in urbanen Räumen zu erwarten war (Abschnitt 1). Evidenz dazu liefert eine Auswertung von disaggregierter Branchendaten (234 ÖNACE-3-Steller des Marktbereichs) nach Branchentypologien, die vom WIFO in Hinblick auf die im Produktionsprozess eingesetzten Inputs ("Faktorintensität") und die zur Leistungserbringung notwendigen Humankapitalanforderungen ("Skill-Intensität") mithilfe statistischer Clusteranalysen erarbeitet wurden (Peneder, 1999, 2001; Mayerhofer – Palme, 2001)<sup>15</sup>. Sie zeigt für Sachgütererzeugung und Dienstleistungsbereich sehr ähnliche Grundtendenzen (Übersicht 2).

**Übersicht 2: Bedeutung und Entwicklung unterschiedlicher Branchengruppen in Wien**  
**Basis: unselbständige Standardbeschäftigte in NACE(3-Steller)-Gruppen, 2012**

	Sachgütererzeugung				Dienstleistungsbereich			
	Beschäftigte Anteil in %	Regionale Konzentration Ö=100	Veränderung p.a. in %		Beschäftigte Anteil in %	Regionale Konzentration Ö=100	Veränderung p.a. in %	
			2000/2006	2007/2012			2000/2006	2007/2012
<i>Faktorintensität</i>								
Technologieintensiv (softwareintensiv)	24,2	201,7	-2,4	+2,5	30,0	124,9	+1,2	+2,5
Arbeitsintensiv high-skill	2,2	95,2	+0,3	+7,4	6,6	155,7	-0,2	-1,0
Werbeintensiv	28,8	133,8	-3,1	-2,4	-	-	-	-
Mainstream	25,5	78,6	-2,5	-4,7	15,7	86,5	+0,4	+0,5
Arbeitsintensiv low-skill	14,2	64,4	-4,1	-3,3	38,4	78,5	+0,4	+1,8
Kapitalintensiv	5,2	52,8	-3,2	-2,3	9,3	163,3	-1,4	-0,7
<i>Skill-Intensität</i>								
Hohe Qualifikation	13,4	102,4	+0,6	+0,6	9,1	165,3	+1,1	+2,2
Mittlere Qualifikation – angestelltenorientiert	46,7	199,1	-2,7	-2,3	30,0	133,4	+1,1	+0,7
Mittlere Qualifikation – facharbeiterorientiert	22,3	73,8	-3,4	-2,2	39,0	79,0	-0,3	+2,0
Niedrige Qualifikation	17,6	56,4	-5,1	-2,7	22,0	96,6	+0,2	+1,0
Insgesamt	100,0	100,0	-2,9	-2,0	100,0	100,0	+0,3	+1,4

Q: AMS, bmask, AMDB–Erwerbskarrierenmonitoring, WIFO–Berechnungen.

In der Sachgütererzeugung (linkes Panel) zeigt sich hier in einer Branchengliederung nach Faktorintensität im (allerdings kleinen) Bereich arbeitsintensiver Branchen mit hohen Qualifikationsanforderungen in den 2000er Jahren sogar ein klarer Beschäftigungsaufbau, auch technologieintensive Bran-

<sup>15</sup>) Datenbasis ist eine konsistente Rückrechnung der Individualdaten des Hauptverbandes in neuer Branchengliederung (ÖNACE-2008) bis zum Jahr 2000, die allerdings durch die Zurechnung von Daten über Mitversicherte ab 2007 einen Strukturbruch enthält. In der Übersicht ist die Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Branchentypen daher getrennt für die Perioden 2000-2006 und 2007-2012 ausgewiesen.

chen konnten ihren Mitarbeiterstand – trotz erheblicher Verluste aus einzelwirtschaftlichen Problemen in den frühen 2000er Jahren – über die gesamte Periode zumindest halten. Damit nahmen diese technologisch "starken" Gruppen eine deutlich günstigere Entwicklung als die übrigen Branchentypen, die sämtlich Arbeitsplätze einbüßten. Ähnliche Entwicklungsunterschiede lassen sich nach der Skill-Orientierung der Produktionsprozesse erkennen: Auch danach stellten seit der Jahrausendwende nur Industriebranchen, die verstärkt hoch qualifizierte Mitarbeiter/innen einsetzen, zusätzliche Arbeitsplätze bereit. In allen anderen Industriegruppen ging Beschäftigung verloren, besonders stark in jenen mit dominierendem Einsatz mittlerer, facharbeiterorientierter sowie (vor allem) niedriger Qualifikationen. Insgesamt geht die Redimensionierung der Wiener Sachgütererzeugung also mit einer Spezialisierung auf technologie- und wissensorientierte Branchen einher: Zuletzt ist Wien im nationalen Vergleich gemessen am Lokationsquotienten<sup>16)</sup> rund doppelt so stark auf technologieintensive Industriebranchen spezialisiert als Österreich (LQ 201,7), auch Branchen mit einer Ausrichtung auf hohe (102,4) und vor allem mittlere (Angestellten-)Qualifikationen (196,7) sind in Wiens Industrie relativ stärker vertreten als in der Gesamtwirtschaft. Dagegen erreichen kapitalintensive Industriebranchen (LQ 52,8) und solche mit niedrigen Qualifikationsanforderungen (LQ 56,4) – den regionalen Gegebenheiten in Flächenverfügbarkeit und Lohnniveau entsprechend – in Wien nur noch den halben nationalen Be-

satz. Im dynamischeren Dienstleistungsbereich (rechtes Panel) geht der strukturelle Wandel in eine ähnliche Richtung. Auch hier legen mittelfristig vor allem softwareintensive Branchen sowie Branchen mit hohen und mittleren (angestelltenorientierten) Qualifikationen zu, und auch hier lassen sich für diese humankapitalorientierten Branchen klare regionale Spezialisierungen im nationalen Rahmen orten. Im Unterschied zur Industrie findet sich im Tertiärbereich aber auch ein in seiner Beschäftigungswirkung durchaus relevantes und leicht wachsendes Segment von Branchen mit niedrigen Skill-Anforderungen. Es korrespondiert in der Typologie nach Faktorintensität mit einer ähnlichen Entwicklung der Branchengruppe "arbeitsintensiv low-skill", die hier sogar den größten Teilbereich des Wiener Tertiärsektors bildet. Inhaltlich sind dies traditionelle (persönliche und distributive) Dienste, aber auch dynamische Segmente im sozialen (Pflegedienste) und unternehmensnahen (Reinigungs-, Sicherungsdienste) Bereich. Hier werden wohl auch in Zukunft Beschäftigungschancen für gering qualifizierte Arbeitskräfte am Standort zu finden sein, wenngleich mit dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen im Dienstleistungshandel mit den angrenzenden neuen Mitgliedstaaten auch hier ein neues Wettbewerbsregime eingesetzt hat.

Jedenfalls ist die sektorale Ausrichtung auf das technologische Spitzensegment in Wien angesichts dieses Wandels auch im Vergleich der europäischen Großstädte mittlerweile weit vorangekommen. Dies kann anhand einer von Eurostat vorgeschlagenen Klassifikation von "Spitzentechnologie"-Branchen<sup>17)</sup> gezeigt werden, wobei auch Aussagen zur Entwicklung der Spezialisierung seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise möglich sind (Abbildung 4).

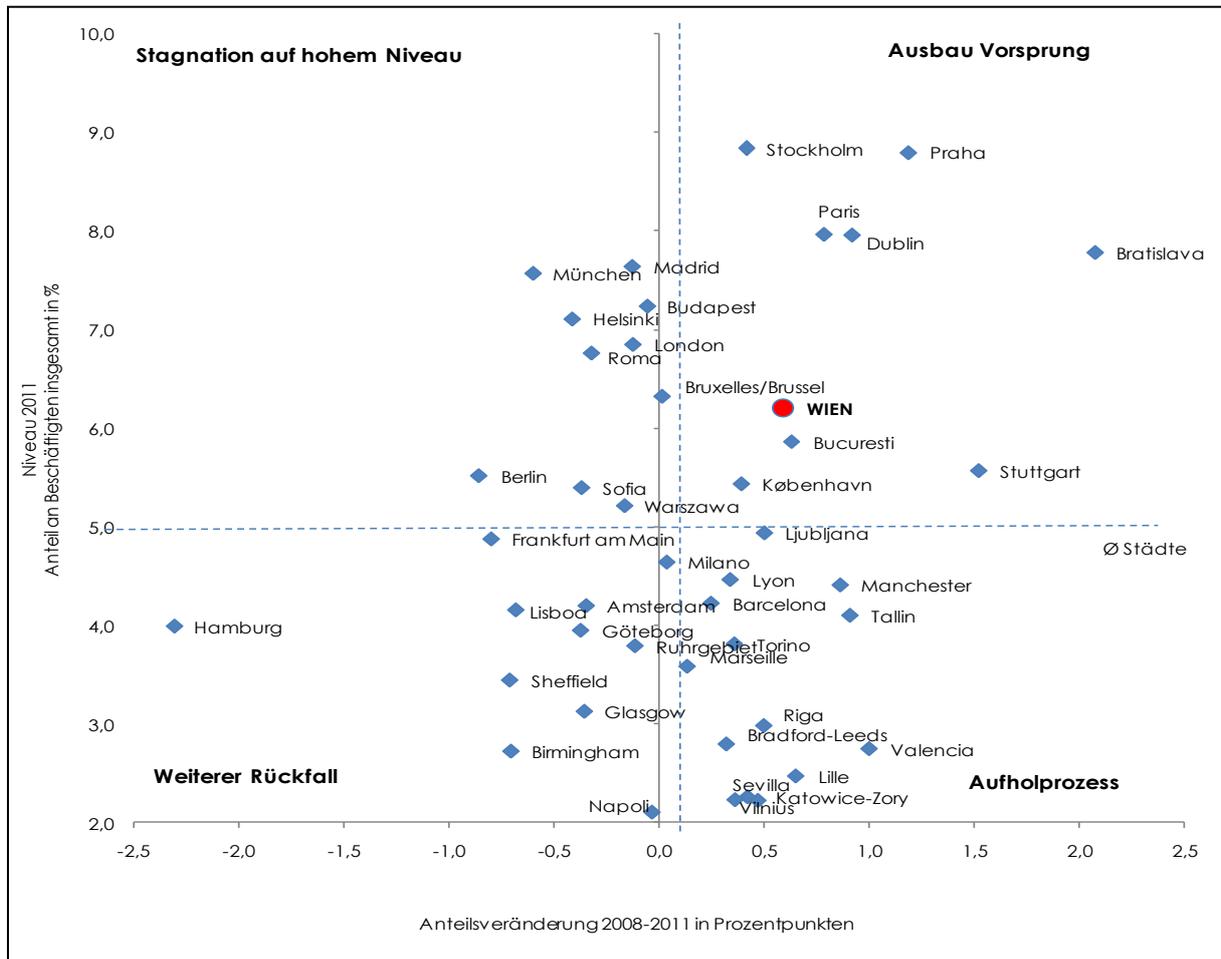
<sup>16)</sup> Der Lokationsquotient wird in der Form

$$LQ_{ij} = \frac{B_{ij}}{\sum_{i=1}^n B_{ij}} : \frac{\sum_{j=1}^m B_{ij}}{\sum_{i=1}^n \sum_{j=1}^m B_{ij}} * 100$$

mit  $B$  dem Aktivitätsindikator (hier: Beschäftigte);  $j$  der Branche (hier: Branchentypen) und  $i$  der Region (hier: Wien bzw. Österreich) als Quotient aus dem Anteil einer Branche in der Stadt und dem Anteil derselben Branche im Vergleichsraum (hier: Österreich) gebildet. Als relatives Konzentrationsmaß nimmt der LQ bei einer dem Vergleichsraum entsprechenden sektoralen Konzentration der betrachteten Aktivität den Wert 100 an. Werte > 100 weisen auf regionale Spezialisierungen, Werte < 100 auf einen Minderbesatz der entsprechenden Branche in der Stadt hin.

<sup>17)</sup> Eurostat klassifiziert unter den Industriebranchen die NACE-Abteilungen 21 (Pharmazeutische Erzeugnisse), 26 (Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse) sowie die Gruppe 30.3 (Luft- und Raumfahrt) als "spitzentechnologisch". Dazu kommen die wissensintensiven Dienstleistungsbereiche 59 bis 63 (Filmproduktion, Telekommunikation, Informationsdienste) sowie 72 (F&E).

**Abbildung 4: Stand und Entwicklung von Spitzentechnologiesektoren**  
**Beschäftigte in wissensintensiven Diensten und Industriebranchen im Hochtechnologiese-**  
**gment 2008-2011**



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Abgrenzung auf Nuts 2-Ebene.

Danach nimmt Wien im Besitz mit Branchen im technologischen Spitzensegment im Vergleich der (45) erstrangigen Metropolregionen mit 6,2% der Beschäftigten zuletzt (2011) immerhin Rang 13 ein. Dabei hat sich diese Position wegen der auch im internationalen Vergleich geringen Betroffenheit Wiens von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (*Bierbaumer-Polly et al., 2012*) in den letzten Jahren noch verbessert. Die Stadt ist also selbst im (anspruchsvollen) Vergleich der hochrangigen Metropolen Europas (Ø 5,0%) mittlerweile verstärkt auf Branchen im technologischen Spitzensegment ausgerichtet, wozu vor allem Branchen im Dienstleistungsbereich, kaum aber hochtechnologische Industriebranchen beitragen (*Mayerhofer – Fritz, 2013*).

Insgesamt zeigt Wien damit am aktuellen Rand ein Spezialisierungsprofil, das im Vergleich zu den Bundesländern, aber auch den anderen Zentren der europäischen Städtehierarchie vergleichsweise stark auf technologie- und wissensintensive Branchen sowie solche im Dienstleistungsbereich ausgerichtet ist. Dies lässt Übersicht 3 erkennen, in der auf klein granulierter Branchenebene Lokationsquotienten zu den (45) erstrangigen europäischen Metropolen und den österreichischen Bundesländern gebildet wurden, was Spezialisierungen Wiens im Städtesystem, aber auch in Österreich auf der Ebene der einzelnen Branchen sichtbar macht.

Hier lässt ein Vergleich der Auswertungen für Produzierenden Bereich (linkes Panel) und (marktmäßige) Dienstleistungen (rechtes Panel) zunächst erkennen, dass Wiens Spezialisierung im Tertiärsektor nicht auf einige wenige (aber dominierende) Branchen, sondern auf ein strukturell breites Fundament aufbaut. Während in Wien nur für 6 der 28 unterscheidbaren Branchen des Produzierenden Bereichs

bzw. für 4 der 22 Industriebranchen eine Spezialisierung gegenüber den Metropolregionen und/oder Österreich identifiziert werden kann, ist dies im Tertiärbereich für die große Mehrheit der Branchen (86%) der Fall.

Im Produzierenden Bereich sind es dabei nur die Pharmaindustrie (LQ 157,4 bzw. 154,0), die Installation von Maschinen (144,4 bzw. 129,8) sowie die Energieversorgung (127,9 bzw. 111,6), für die auf internationaler wie nationaler Ebene Spezialisierungen sichtbar werden. Zudem findet sich im Vergleich der Großstädte noch für Elektroindustrie und die Herstellung sonstiger Waren (darunter medizinische Geräte) eine relevante regionale Ballung. Alle anderen Produktionsbranchen sind im Vergleich zu den erstrangigen europäischen Stadtregionen und (meist noch deutlicher) zu Österreich gering besetzt. Vor allem Industriebranchen im Low- und midtech-Bereich (Leder/Schuhe, Textilien, Bekleidung) sowie solche mit hoher Flächen- bzw. Umweltintensität (Metallerzeugung, Glas/Keramik) sind in der ökonomischen Basis der Stadt kaum noch bedeutend.

### Übersicht 3: Internationale Spezialisierung der Wiener Stadtwirtschaft Lokationsquotienten im Vergleich zu den erstrangigen europäischen Metropolregionen bzw. Österreich; Erwerbstätige 2010 bzw. unselbständig Standardbeschäftigte 2012

Sachgüterproduktion				Dienstleistungen			
Nace Rev.2	Bezeichnung	LQ Staat-regionen=100	LQ Österreich=100	Nace Rev.2	Bezeichnung	LQ Staat-regionen=100	LQ Österreich=100
<b>Spezialisierung gegenüber Metropolregionen und Österreich</b>				<b>Spezialisierung gegenüber Metropolregionen und Österreich</b>			
C21	Herst. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	157,4	154,0	J63	Informationsdienstleistungen	298,1	258,5
C33	Reparatur und Installation von Maschinen	144,4	129,8	M72	Forschung u. Entwicklung	188,7	203,2
<b>D</b>	<b>ENERGIEVERSORGUNG</b>	<b>127,9</b>	<b>111,6</b>	M70	Verwaltung u. Führung v. Untern.; Untern.beratung	188,5	209,1
<b>Spezialisierung nur gegenüber Metropolregionen</b>				<b>Spezialisierung nur gegenüber Metropolregionen</b>			
C27	Herst. v. elektrischen Ausrüstungen	218,5	95,6	J60	Rundfunkveranstalter	186,0	312,5
C32	Herst. v. sonstigen Waren	112,0	83,0	N79	Reisebüros, -veranstalter u. Erbr. Sonst.Reserv. DL	153,8	135,2
F43	Vorb. Baustellenarbeiten, Bauinstallation	104,5	82,6	M73	Werbung u. Marktforschung	146,2	223,9
<b>Spezialisierung nur gegenüber Österreich</b>				<b>M ERBR. V. FREIB., WISS. U. TECHN. DIENSTLEISTUNGEN 137,9 168,3</b>			
-				M69	Rechts- u. Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	133,1	176,8
<b>Keine Spezialisierung gegenüber Metropolregionen und Österreich</b>				<b>J INFORMATION U. KOMMUNIKATION 132,7 241,1</b>			
<b>F</b>	<b>BAUGEWERBE/BAU 97,0 81,7</b>			I56	Gastronomie	130,9	137,0
E38	Beseitigung v. Abfällen; Rückgewinnung	89,1	34,9	<b>L GRUNDSTÜCKST- U. WOHNUNGSBAU 129,0 221,5</b>			
F41	Hochbau	86,9	86,6	N81	Gebäudebetr.; Garten- u. Landschaftsbau	123,8	159,5
F42	Tiefbau	85,1	96,1	J59	Herst., Verl. u. Vertr. v. Filmen u. Fernsehpr.; Kinos	115,6	260,3
C11	Getränkeherstellung	82,6	48,5	J62	Erbr. v. DL der Informationstechnologie	115,0	234,1
C18	Herst. v. Druckerzeugnissen	78,6	79,4	J58	Verlagswesen	114,7	231,7
C17	Herst. v. Papier, Pappe	69,6	38,0	G46	Großhandel (o. Handel mit Kfz u. -rädern)	111,5	107,6
C26	Herst. v. DV-geräten, elektr. u. opt. Erzeugn.	68,6	66,6	J61	Telekommunikation	111,0	291,9
<b>E</b>	<b>WASSERVERSORGUNG; ENTSORGUNG 65,0 28,3</b>			M71	Architektur- u. Ing.büros; techn., phy. u. chem. U.	109,0	124,5
<b>C</b>	<b>HERSTELLUNG VON WAREN 60,5 40,4</b>			<b>Spezialisierung nur gegenüber Metropolregionen</b>			
C10	Herst. v. Nahrungsmitteln	56,9	46,8	<b>I GASTGEBERBE/BEHERBERGUNG U. GASTRONOMIE 128,5 94,6</b>			
C30	Sonstiger Fahrzeugbau	52,7	89,2	I55	Beherbergung	118,8	50,7
C31	Herst. v. Möbeln	46,6	16,0	H49	Landverkehr u. Transport in Rohrfernleitungen	111,6	95,1
C20	Herst. v. chemischen Erzeugnissen	45,0	46,9	<b>G HANDEL; INSTANDHALTUNG U. REPARATUR V. KFZ 102,2 90,2</b>			
C25	Herst. v. Metallerzeugnissen	37,2	24,2	M75	Veterinärwesen	101,2	65,5
C16	Herst. v. Holz-, Korb- u. Korkwaren	36,5	12,0	<b>Spezialisierung nur gegenüber Österreich</b>			
C28	Maschinenbau	36,0	21,7	N77	Vermietung v. beweglichen Sachen	97,8	143,9
C29	Herst. v. Kraftwagen und -teilen	30,3	37,6	<b>N ERBR. V. SONST. WIRTSCHAFTL. DIENSTLEISTUNGEN 94,1 132,6</b>			
C22	Herst. v. Gummi-, Kunststoffwaren	27,3	19,7	M74	Sonstige freiber., wiss. u. techn. Tätigkeiten	90,1	172,7
C14	Herst. v. Bekleidung	20,4	29,5	H53	Post-, Kurier- u. Expressdienste	84,1	100,4
C23	Herst. v. Glas und Glaswaren, Keramik	19,0	9,4	N78	Vermittlung u. Überlassung v. Arbeitskräften	83,6	104,3
C13	Herst. v. Textilien	15,9	16,7	N82	Erbr. v. wirt. DL für Untern. u. Privatpers.o. n. g.	68,4	232,6
C15	Herst. v. Leder und Schuhen	8,9	13,6	N80	Wach- u. Sicherheitsdienste sowie Defekteilen	58,6	168,9
<b>B</b>	<b>BERGBAU U. GEWINNUNG V. STEINEN U. ERDEN 8,2 17,7</b>			H50	Schifffahrt	17,3	157,2
C24	Metallerzeugung und -bearbeitung	6,5	2,8	<b>Keine Spezialisierung gegenüber Metropolregionen und Österreich</b>			
				G47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	98,4	92,0
				<b>H VERKEHR U. LAGEREI 93,8 85,6</b>			
				G45	Handel mit Kfz; Instandhaltung u. Reparatur v. Kfz	90,9	70,2
				H52	Lagererei sowie Erbr. v. sonst. DL für den Verkehr	89,4	69,1
				H51	Luftfahrt	7,0	84,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Eurostat, Structural Business Statistics, WIFO-Berechnungen.

Im Dienstleistungsbereich ist bemerkenswert, dass unter den hier zahlreichen Wiener Stärkefeldern komplexe, wissensintensive Dienste einen besonderen Stellenwert einnehmen. So zeigen zum Einen alle Teilbranchen des Bereichs Information und Kommunikation (NACE-Abschnitt J) teils deutliche internationale wie nationale Spezialisierungen, allen voran die eigentlichen Informationsdienste, deren regionale Konzentration in Wien mit einem gegenüber den Vergleichsstädten dreifachen bzw. Österreich 2½-fachen Beschäftigtenbesatz besonders groß ist. Zum anderen sind auch die Teilbranchen der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienste (Abschnitt M) durchgängig in Wien spezialisiert, wobei mit Ausnahme der Ingenieurbüros, deren Nachfrage stark vom industriell-gewerblichen Sektor abhängig ist, vor allem die wissensintensiven Teilbranchen hervorstechen. So ist der Bereich Forschung und Entwicklung (LQ 188,7 bzw. 203,2) in Wien (relativ) fast doppelt so stark vertreten wie im Durchschnitt der europäischen Metropolen, was Rang 5 in einer von München, Berlin und London angeführten Städtehierarchie nach der F&E-Spezialisierung bedeutet. Eine ähnlich mar-

kante regionale Konzentration ist in der Unternehmensberatung evident (LQ 188,5 bzw. 209,1), klare regionale Stärken in Werbung und Marktforschung sowie Rechts-/ Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung kommen hinzu.

Ergänzt werden diese klaren Spezialisierungen bei wissensintensiven Diensten, welche nicht zuletzt Inputs für die Unternehmen liefern und damit für die Steuerung komplexer Unternehmensstrukturen und die Effizienz der regionalen Betriebe von Bedeutung sein sollten, durch Solche in Immobilienwirtschaft und Großhandel sowie (im Städtevergleich) Landverkehr und Tourismus. Regionale Konzentrationen bei Unternehmensdiensten mit geringeren Qualifikationsanforderungen (v.a. Abschnitt N) sind dagegen zwar auf nationaler Ebene, nicht aber im Vergleich der europäischen Großstädte evident.

Inwieweit diese damit auch im internationalen Vergleich klare Spezialisierung Wiens auf wissens- und damit humankapitalintensive Branchen mit einer ähnlich pointierten funktionalen Spezialisierung auf höherwertige Funktionen in der Wertschöpfungskette (innerhalb der Branchen) einhergeht, kann im internationalen Vergleich datenbedingt nicht überprüft werden. Im Vergleich der Bundesländer lassen Daten aus dem nationalen Mikrozensus zur Berufsstruktur in den Wiener Branchen eine solche Vermutung aber durchaus zu (Übersicht 4).

So sind Beschäftigte in der Wiener Wirtschaft um fast die Hälfte öfter in akademischen Berufen tätig als in Österreich (LQ 149,3). Auch Leitungsberufe (122,0) sowie solche auf Matura-Niveau (109,8) finden sich in Wien vermehrt, während Berufe mittleren Qualifikationsniveaus (87,2) sowie Anlernberufe (88,2) seltener sind. Dabei zeigt sich dieses Phänomen für beide großen Wirtschaftssektoren und (hier nicht abgebildet) nahezu alle ihre (Teil-)Branchen, kommt aber im sekundären Sektor noch stärker zum Ausdruck - wohl (auch) deshalb, weil die Fragmentierung der Wertschöpfungskette hier schon weiter fortgeschritten ist. So sind etwa WissenschaftlerInnen im produzierenden Sektor in Wien um zwei Drittel häufiger als in Österreich, in der Wiener Industrie nehmen sie gar einen doppelt so hohen Anteil ein. Dagegen finden sich Hilfsarbeitskräfte mit maximal Pflichtschulabschluss in Wiens Produktionsbereichen seltener (LQ 75,6), und generell sind Produktionsberufe hier relativ schwächer vertreten als Dienstleistungsberufe. Insgesamt unterscheiden sich die Berufe in den Wiener Branchen damit von jenen in den österreichischen Branchen in einer Weise, die mit einer tendenziellen Spezialisierung der Wiener Unternehmen auf höherwertige Funktionen in zunehmend fragmentierten Wertschöpfungsketten durchaus vereinbar scheint.

#### Übersicht 4: Berufsstruktur in den Wiener Wirtschaftssektoren Basis Beschäftigte 2010

	Alle Branchen	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor	Industrie	
<b>Beschäftigten-anteil in % Österreich = 100</b>					
<b>BHG: Berufshauptgruppen:</b>					
1 Leitungsfunktionen	6,5	122,0	125,5	122,8	132,5
2 WissenschaftlerInnen	15,1	149,3	165,5	132,2	195,9
3 TechnikerInnen mit Matura	5,8	100,1	109,1	118,5	112,5
4 Sonst. Berufe mit Matura	17,2	113,6	114,6	102,7	128,3
5 Bürokräfte, kaufm. Tät.	16,7	113,6	110,1	106,2	107,5
6 Dienstleistungsberufe	14,4	94,6	91,6	82,7	113,2
7 Handwerksberufe	9,8	63,2	98,7	73,3	81,2
8 Maschinenbedienerinnen	4,4	67,2	74,9	74,0	79,6
9 Hilfsarbeitskräfte	10,0	88,2	75,6	93,2	92,1
<b>Skill-Levels:</b>					
Akademische Berufe (2)	15,1	149,3	165,5	132,2	195,9
Maturaniveau (3-4)	23,0	109,8	111,1	105,5	118,3
Lehr-/Fachschulabschluss (5-8)	45,3	87,2	96,3	88,7	86,7
Max. Pflichtschule (9)	10,0	88,2	75,6	93,2	92,1
Keine Zuordnung (1)	6,5	122,0	125,5	122,8	132,5

Q: Statistik Austria; Mikrozensus, WIFO-Berechnungen.

## 4. KONSEQUENZEN DES WANDELS: AUS- UND WEITERBILDUNG ALS ZENTRALE HERAUSFORDERUNG

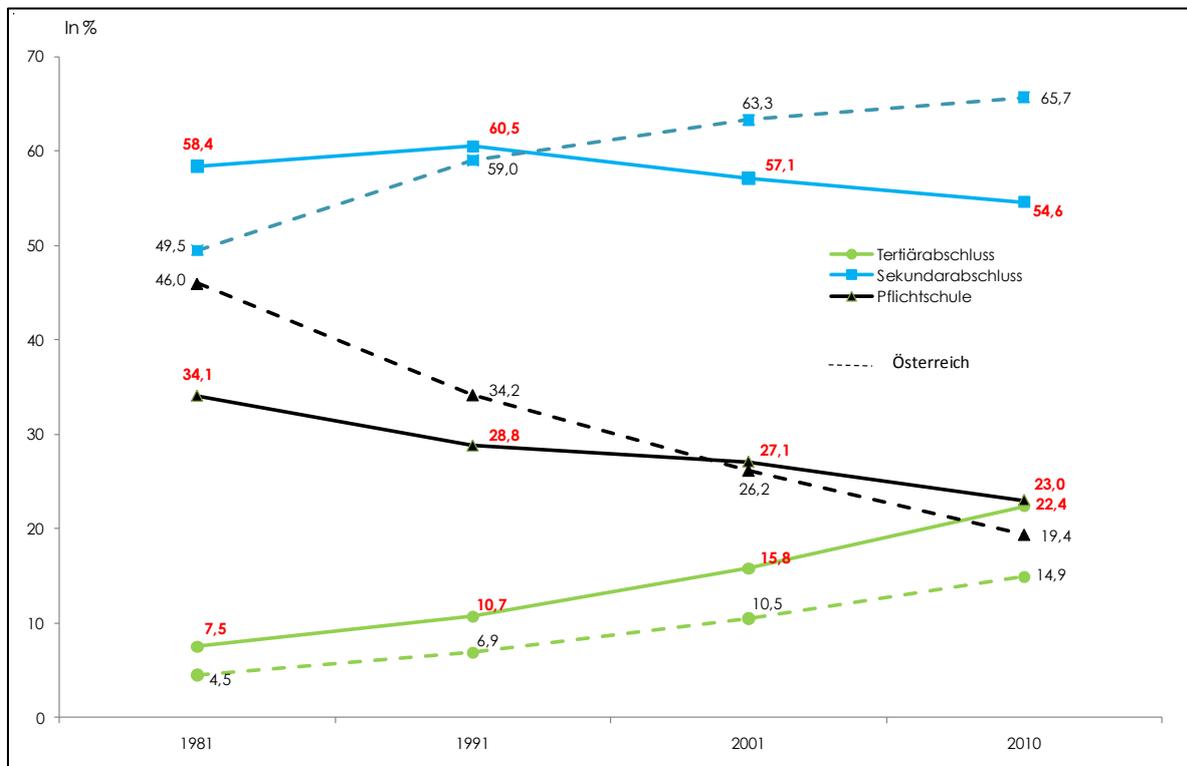
Insgesamt hat unsere Analyse damit gezeigt, dass der in Wien in den letzten Dekaden durchaus heftige strukturelle Wandel zu einer sektoralen wie funktionalen Spezialisierung geführt hat, die den Charakteristika einer Stadtregion mit hohem ökonomischen Entwicklungsniveau und den daraus folgenden Standortvorteilen für humankapitalintensive (bzw. lohnkostenextensive) Aktivitäten mit Agglomerationsvorteilen angemessen ist. Die Stadt stellt sich als nationales, aber auch europaweit sichtbares Dienstleistungszentrum mit klarem Schwerpunkt auf komplexe und wissensintensive Angebote dar, Spezialisierungen in öffentlich finanzierten Diensten sowie (punktuell) technologieintensiven Segmenten der Industrie kommen hinzu. Dabei ermöglicht die funktionale und sektorale Ausrichtung der Stadt (mit Schwerpunkt auf dispositive Funktionen bzw. wissensintensive Unternehmensdienste) mit ihrer Bedeutung für die Steuerung und Kontrolle von Produktionsnetzen im Raum im Verein mit der geographischen Lage eine durchaus wichtige Rolle als überregionales Zentrum im zentraleuropäischen Großraum. Diese Positionierung scheint – neben ihrer Kongruenz mit den Standortbedingungen einer Großstadt – auch positiv, weil sie großteils auf Agglomerationsvorteilen (statt natürlichen bzw. Ressourcenvorteilen) beruht. Dies stützt die gute regionale Einkommensposition, weil (nur) aus Agglomerationsvorteilen Renten entstehen, und unterstützt die mittelfristige Persistenz der erlangten Spezialisierungen, weil bei externen Größenvorteilen aus der Ballung einschlägiger Unternehmen etablierte

Zentren mit hoher Angebots- und Informationsdichte Wettbewerbsvorteile gegenüber neuen Wettbewerbern haben.

Strukturpolitisch wird es angesichts der gezeigten Ausrichtung Wiens jedenfalls sinnvoll sein, konsequent und kontinuierlich an der weiteren Verbesserung der Standortbedingungen für innovations- und wissensbasierte Branchen und Funktionen zu arbeiten. Dies bedeutet weitere Investitionen in ein schlagkräftiges regionales Innovations- und Forschungssystem, moderne Infrastrukturen und eine hochrangige Einbindung in internationale (Personen-)Verkehrs- und Telekommunikationsnetze, sowie einen konsequenten Einstieg in den internationalen Wettbewerb um Hochqualifizierte. Vor allem aber werden konsequente Maßnahmen im regionalen Aus- und Weiterbildungssystem notwendig sein, um die gezeigte strukturelle Positionierung Wiens in Hinblick auf die Verfügbarkeit der dazu notwendigen Humanressourcen abzusichern, und gleichzeitig möglichst vielen Wiener/innen eine Teilhabe an den daraus folgenden Beschäftigungs- und Einkommenschancen zu erlauben.

**Abbildung 5: Entwicklung des Qualifikationsniveaus in Wien und Österreich**

In % der erwerbsfähigen Bevölkerung (25-64 Jahre)



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Tatsächlich hält die Verbesserung der Wiener Bildungsstruktur mit dem gezeigten rasanten Strukturwandel zu wissens- und damit humankapitalintensiven Aktivitäten derzeit kaum Schritt (Abbildung 5). Zwar hat sich der Anteil von Personen mit Tertiärausbildung in Wiens erwerbsfähiger Bevölkerung in den beiden letzten Dekaden von (1991) nur 10,7% auf zuletzt 22,4% verdoppelt, was angesichts erheblicher Defizite im Vergleich der europäischen Großstädte<sup>18)</sup> auch notwendig war. Gleichzeitig ist der Anteil der Erwerbepersonen mit höchstens Pflichtschulabschluss aber nur sehr schwach zurückgegangen, sodass die Stadt (bei pointiert skill-intensiver Beschäftigungsnachfrage) zuletzt den zweithöchsten Anteil Geringqualifizierter unter den Bundesländern aufweist (23,0%; Österreich 19,4%).

<sup>18)</sup> Der Anteil der Hochqualifizierten (ISCED 5 und 6) unter den Beschäftigten lag in Wien 2012 nicht höher als im Durchschnitt der EU-Regionen und niedriger als im Durchschnitt der (45) hochrangigen europäischen Metropolregionen (Mayerhofer - Fritz, 2013).

Nicht zuletzt wegen dieser geringen "Aufwärts-Mobilität" niedrig Qualifizierter ist Wien auch das einzige Bundesland, in dem der Anteil von Personen mit sekundärer Ausbildung mittelfristig abgenommen hat – eine Erosion mittlerer und höherer Fachqualifikationen, die (auch) in Wien das Rückgrat des Arbeitskräftepotentials bilden.

Insofern ist der persistent hohe Anteil Geringqualifizierter in Wien (auch) ein Problem der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, Konsequenzen für den regionalen Arbeitsmarkt und individuelle Kosten für die Bildungsbenachteiligten kommen hinzu: So liegt die Arbeitslosenquote Geringqualifizierter in Wien 2012 mit 18,6% bei den Frauen und 24,4% bei Männern bei steigender Tendenz deutlich höher als in Österreich (13,2% bzw. 16,0%), ihre Arbeitslosigkeit ist damit rund doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Wiener Arbeitnehmer/innen und etwa vier Mal so hoch wie bei Wiener Akademiker/innen. Dies, obwohl auch die Erwerbsquote Geringqualifizierter ungleich niedriger ist als bei anderen Bevölkerungsgruppen (OECD, 2012). Österreichweit lag sie 2010 bei nur 60,5% und damit um fast 30 Prozentpunkte niedriger als bei Personen mit tertiärem Abschluss (87,5%), was zusammen mit individuell deutlich niedrigeren Einkommen<sup>19)</sup> auch ein ungleich höheres Armutsrisiko impliziert.

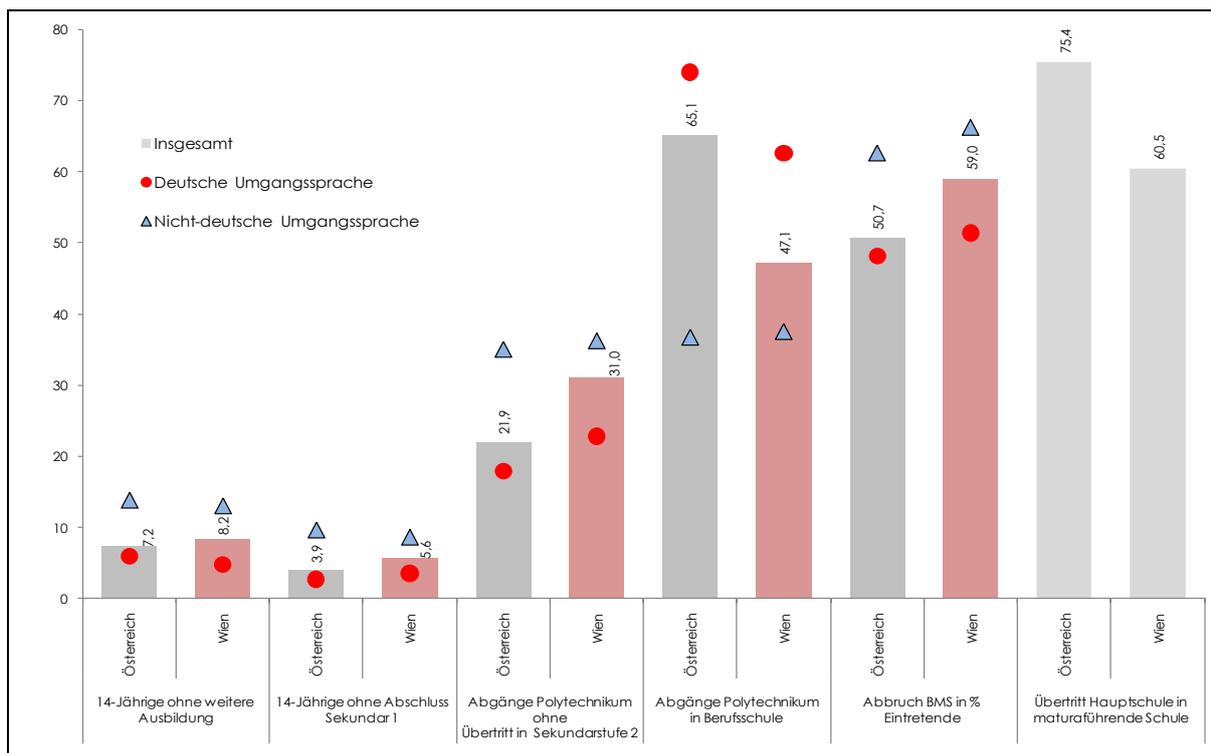
Damit sollte das bildungspolitische Ziel, den Anteil Geringqualifizierter weiter zu senken, nicht zuletzt wegen des gezeigten Strukturwandels mit tendenziell rückläufiger Nachfrage nach diesen Qualifikationen einen zentralen Stellenwert einnehmen. Gerade in Wien mit seiner stark durch internationale Zuwanderung geprägten demographischen Entwicklung wird dieses Ziel freilich nur mit einem Ausbildungssystem umsetzbar sein, das es jedem Schüler bzw. jeder Schülerin unabhängig von sozialer und/oder ethnischer Herkunft erlaubt, sein/ihr intellektuelles Potential auszuschöpfen. Übertrittsdaten an den wesentlichen Schnittstellen des Bildungssystems lassen hier schon derzeit erhebliche Probleme erkennen (Abbildung 6).

Nachteile für Jugendliche mit nicht-deutscher Umgangssprache zeigen sich hier schon am Übergang von der Volksschule zur weiterführenden Schule, weil der Übertritt in eine Hauptschule bzw. neue Mittelschule in Wien (anders als in allen anderen Bundesländern) nur noch für diese Gruppe die Regel ist (58,9%, deutsche Umgangssprache 41,9%), und ein anschließender Übertritt von der Hauptschule in eine maturaführende Schule in Wien weniger häufig stattfindet. In der Folge liegt der Anteil der 14-Jährigen ohne Abschluss der Pflichtschule in Wien bei nicht-deutscher Umgangssprache ungleich höher (8,6%, andere 3,5%), auch treten nicht-deutschsprachige Abgänger/innen einer Polytechnischen Schule öfter nicht in einen Ausbildungsgang der Sekundarstufe II über (36,2% bzw. 22,8%). Hier sind vor allem Unterschiede im Übergang in die Berufsschule – und damit in das duale System – enorm (nicht-deutsche Umgangssprache 37,5%; andere 62,6%), und letztlich ist auch die insgesamt erschreckend hohe Abbruchrate in der beruflichen mittleren Schule (59,0%) verstärkt durch das Scheitern nicht-deutschsprachiger Schüler/innen bedingt (66,2%).

---

<sup>19)</sup> Nach Daten des *Rechnungshofs* (2012) lag der Median der Bruttojahreseinkommen bei Vollzeitbeschäftigung für Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss 2011 bei € 30.224 (Männer) bzw. € 24.297 (Frauen). Dies bedeutet einen Einkommensrückstand von etwa einem Viertel gegenüber Absolventen/innen mittlerer Schulen, Akademiker/innen waren im Median um mehr als 90% besser bezahlt als Geringqualifizierte.

**Abbildung 6: Übertrittsdaten an wesentlichen Schnittstellen des Bildungssystems**



Q: Statistik Austria.

All dies ist eine Vergeudung von Talenten und kann jene ökonomischen Vorteile ernstlich gefährden, welche für Wien als deutlich wachsende und vergleichsweise "junge" Stadt aus der demographischen Entwicklung in einem durch Alterung und rückläufigem Erwerbspotential geprägten europäischen Umfeld grundsätzlich zu erwarten sind. Kern begleitender Maßnahmen zum strukturellen Wandel in Wien müssen damit weitere Investitionen, aber auch Reformen im regionalen Aus- und Weiterbildungsbe-  
 reich sein – zur Sicherung der Grundlagen einer auch weiter wissensbasierten Wirtschaftsentwicklung im Bereich der Humanressourcen, aber auch, um eine verstärkte Polarisierung der Beschäftigungs- und Einkommenschancen im Zuge dieser Entwicklung zu vermeiden. Dabei wären verbliebene Defizite bei Hochqualifizierten anzugehen, aber auch das Ziel zu verfolgen, eine weitere Senkung des Anteils gering qualifizierter Erwerbspersonen in die Wege zu leiten und damit verbunden eine solide Versorgung mit mittleren beruflichen Qualifikationen sicher zu stellen.

Die Breite dieser Zielsetzung und die Komplexität ihrer Umsetzung erfordern mehr als einige wenige punktuelle Maßnahmen. Nötig ist nichts weniger als eine breite Qualifizierungsoffensive, die alle relevanten Träger des Aus- und Weiterbildungssystems einbezieht und versucht, wesentliche Weichen an den Schnittstellen des Bildungssystems in Richtung einer Verbesserung der regionalen Qualifikationsstruktur (neu) zu stellen. Dies wäre der wohl entscheidende Schritt, um die – durchaus günstige – strukturelle Positionierung Wiens im nationalen wie internationalen Kontext auch für die Zukunft abzusichern.

# LITERATURVERZEICHNIS

- Aiginger, K., "Speed of Change", Paper presented for the Competitiveness Report 2000, WIFO, Wien, 2000.
- Arndt, S.W., Kierzkowski, H., "Fragmentation. New Production Patterns in World Economy", Oxford University Press, Oxford, 2001, S. 1-16.
- Audretsch, D.B., Carree, M.A., Van Stel, A.J., Thurik, A.R., "Impeding Industrial Restructuring: the Growth Penalty", CEPR Discussion Paper, 2648, 2000.
- Audretsch, D.B., Feldman, M.P., "Innovation in Cities: Science-based Diversity, Specialization and Localized Competition, European Economic Review, 43, 1999, S. 409-429.
- Bade, F.-J., Laaser, C.-F., Soltwedel, R., "Urban Specialization in the Internet Age – Empirical Findings for Germany", Kiel Institute of World Economics Working Paper, 1215, Kiel, 2003.
- Baldwin, R., "Globalisation: The great Unbounding", Prime Minister's Office, Economic Council of Finland, 2006.
- Boschma, R.A., Martin, R., "Constructing an evolutionary Economic Geography", Journal of Economic Geography, 7(5), 2007, S. 537-548.
- Camagni, R., "On the Concept of territorial Competitiveness: Sound or misleading?", Urban Studies, 39(13), 2002, 2395-2411.
- Capello, R., Fratesi, U., Resmini, L., "Globalization and Regional Growth in Europe. Past Trends and Future Scenarios", Advances in Spatial Science, Springer, Berlin, 2011.
- Chandler, A.D., "The Visible Hand: The managerial Revolution in American Business", Belknap, Cambridge, 1977.
- Couadrado-Roura, J.R. (ed.), "Service Industries and Regions: Growth, Location and Regional Effects", Springer-Verlag, Heidelberg, New York, 2013.
- Davis, J. C., Henderson, J.V., "The Agglomeration of Headquarters," Regional Science and Urban Economics, 38(5), 2008, S. 445-460.
- Duranton, G., Puga, D., "Nursery Cities: Urban Diversity, Process Innovation and the Life Cycle of Products", American Economic Review, 91(5), 2001, 1454-1477.
- Duranton, G., Puga, D., "Micro-Foundations of Urban Agglomeration Economies", in Henderson, J.V., Thisse, J.-F. (eds.), Handbook of Regional and Urban Economics, Vol.4, Elsevier, Amsterdam, 2004.
- Duranton, G., Puga, D., "From sektoral to functional Urban Specialization", Journal of Urban Economics, 57(2), 2005, S. 343-370.
- Eichengreen, B., Gupta, P., "The two Waves of Service Sector Growth", Oxford Economic Papers, 65(1), 2013, 96-123.
- Fujita, M., Krugman, P., Venables, A.J., "The Spatial Economy: Cities, Regions and International Trade", MIT Press, Cambridge, MA., 1999.
- Glaeser, E.L., Kohlhase, J.E., "Cities, Regions and the Decline of Transport Costs", Papers in Regional Science, 83, 2004, 197-228.

- Glaeser, E., Saitz, A., "The Rise of the Skilled City", Brookings-Wharton Papers on Urban Affairs, 2004. S. 47-105.
- Hall, P.A., "Forces shaping Urban Europe", Urban Studies, 30(6), 1993, S. 883-898.
- Henderson, J.V., "Urbanization and Growth", in Aghion, P., Durlauf, S. (eds.), Handbook of Economic Growth, Elsevier, Amsterdam, 2005, S. 1543-1591.
- Hummels, D., Ishii, J., Yi, K.-M., "The Nature and Growth of Vertical Specialization in World Trade", Journal of International Economics, 54, 2001, S. 75-96.
- Hummels, D., Rapaport, D., Yi, K.-M., "Vertical Specialization and the changing Nature of World Trade", Economic Policy Review, June, 1998, S. 79-97.
- Jacobs, J., "The Economy of Cities", Random House, New York, 1969.
- Jones, R.W., Kierzkowski, H., "International Fragmentation and the New Economic Geography", The North American Journal of Economics and Finance, 16, 2005, S. 1-10.
- Kim, S., "The Rise of multiunit Firms in US Manufacturing. Explorations", Economic History, 36(4), 1999, S. 360-386.
- Krugman, P., "Geography and Trade", MIT Press, Cambridge, MA., 1991.
- Krugman, P. (1991a), "Increasing Returns and Economic Geography", Journal of Political Economy, 99, 1991, S. 483-499.
- Krugman, P., Obstfeld, M., "International Economics: Theory and Policy", Harper Collins, New York, 1991.
- Krugman, P., Venables, A.J., "Globalization and the Inequality of Nations", The Quarterly Journal of Economics, 110(4), 1995, S. 857-880.
- Laursen, K., "How Structural Change differs, and why it matters (for Economic Growth)", DRUID Working Paper, 98-25, 1998.
- Marshall, A., "Principles of Economics. An introductory Volume", 8th Edition, MacMillan, London, [1890] 1994.
- Mayerhofer, P., "Wien in einer erweiterten Union", Lit-Verlag, Wien, 2006.
- Mayerhofer, P., "De-Industrialisierung in Wien (?). Zur abnehmenden Bedeutung der Sachgütererzeugung für das Wiener Beschäftigungssystem: Umfang, Gründe, Wirkungsmechanismen", WIFO-Studie, Wien, 2007.
- Mayerhofer, P., Palme, G., "Sachgüterproduktion und Dienstleistungen: Sektorale Wettbewerbsfähigkeit und regionale Integrationsfolgen", Teilprojekt 6/1 in Dies. (Koord.), PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung, WIFO-Studie, Wien, 2001.
- Mayerhofer, P., Palme, G., Sauer, C., "Urbane Wirtschaftspolitik unter neuen Rahmenbedingungen. Strategien für eine wachstumsorientierte Förderpolitik für Wien", WIFO-Studie, 2007.
- Mayerhofer, P., Fritz, O., Pennerstorfer, D., "Dritter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens", WIFO-Studie, Wien, 2010.
- Mayerhofer, P., Fritz, O., "Wiens Stadtwirtschaft: Internationale Spezialisierungschancen, zentrale Wirtschaftsbereiche", WIFO-Studie, Wien, 2013.
- Mayerhofer, P., „Wiens Industrie in der wissensbasierten Stadtwirtschaft: Wandlungsprozesse, Wettbewerbsfähigkeit, industriepolitische Ansatzpunkte“, WIFO-Studie, Wien, 2014.

- Mesch, M. (Hg.), "Der Wandel der Beschäftigungsstruktur in Österreich", LIT-Verlag, Wien, 2005.
- Neffke, F., Henning, M., Boschma, R., Lundquist, K.-J., Olander, L.-O., "The Dynamics of Agglomeration Externalities along the Life Cycle of Industries", *Regional Studies*, 45, 2011, 49-65.
- Norton, R.D., Rees, J., "The Product Cycle and the spatial Deconcentration of American Manufacturing", *Regional Studies*, 13(2), 1979, 141-151.
- OECD, "OECD Employment Outlook 2012", OECD, Paris, 2012.
- Ohlin, B., "Interregional and International Trade", Harvard University Press, Cambridge, MA., 1933.
- Peneder, M., "Intangible Investment and Human Resources. The new WIFO Taxonomy of Manufacturing Industries", WIFO Working Papers, 114/1999, WIFO, Wien, 1999.
- Peneder, M., "Entrepreneurial Competition and Industrial Location. Investigating the structural Patterns and intangible Sources of competitive Performance", Edward Elgar, Cheltenham, 2001.
- Porter, M., "The Competitive Advantage of Nations", MacMillan, London, 1990.
- Pritchett, L., "Divergence, big Time", *Journal of Economic Perspective*, 11(3), 1997, 3-17.
- Rechnungshof, "Bericht des Rechnungshofs über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung 2010 und 2011 gemäß Art.1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungs-gesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997", Wien, 2012.
- Rodrik, D., "'One Economics, many Recipes', Globalization, Institutions and Economic Growth", Princeton University Press, Princeton, NJ., 2007.
- Romero, I., Diezenbacher, E., Hewings, G.J.D., "Fragmentation and Complexity: Analyzing Structural Change in the Chicago Regional Economy", *Revista de Economia Mundial*, 23, 2009, S. 263-282.
- Rosenthal, S.S., Strange, W.C., "Geography, Industrial Organization, and Agglomeration", *Review of Economics and Statistics*, 85(2), 2003, S. 377-393.
- Samuelson, P.A., "International Trade and the Equalisation of Faktor Prices", *Economic Journal*, 58, 1948, S. 163-184.
- Samuelson, P.A., "International Factor-Price Equalisation once again", *Economic Journal*, 59, 1949, S. 181-197.
- Simmie, J. (ed.), "Innovative Cities", Spon Press, London, New York, 2001.
- Storper, M., "Why does a City grow? Specialisation, Human Capital or Institutions?", *Urban Studies*, 47(10), 2010, S. 2027-2050.
- Vernon, R., "International Investment and International Trade in the Product Cycle", *Quarterly Journal of Economics*, 80, 1966, 190-207.

# PETER HUBER:<sup>20</sup> NEUE SOZIALE RISIKEN AM WIENER ARBEITSMARKT

## 1. EINLEITUNG

In der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Literatur besteht zunehmende Übereinstimmung darüber, dass die rasanten technologischen und sozialen Veränderungen des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts wie zum Beispiel der technologische Wandel, die zunehmende Alterung der Bevölkerung, die Globalisierung, die zunehmende Tertiärisierung und auch Atypisierung der Arbeitswelt aber auch die geänderten persönlichen Rahmenbedingungen, die durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen, geänderte Familienstrukturen und neue Konsumgewohnheiten geschaffen wurden, abgesehen von zusätzlichen Chancen auch neue soziale Risiken geschaffen haben.

So hat sich die Arbeitskräftenachfrage in den meisten industrialisierten Ländern (getrieben durch Auslagerungsprozesse aus der Sachgüterproduktion und geänderte Konsumgewohnheiten) in den letzten Jahrzehnten merklich in Richtung der Dienstleistungen verschoben. Dies hat unter anderem zu einem merklich anderen Verhalten des Niedriglohnssektors geführt. Während die niedrig qualifizierten Arbeitskräfte im Niedriglohnssektor in früheren Zeiten zumeist in der Industrie arbeiteten und somit mit langfristigen Produktivitäts- und damit auch Lohnsteigerungen rechnen konnten, sind ähnlich hohe Produktivitäts- und damit auch Lohnzuwächse in vielen Bereichen des traditionellen Dienstleistungssektors kaum zu erreichen (z. B. *Clasen-Cegg*, 2006).

Gleichzeitig haben der technologische Wandel und Globalisierungstendenzen die Arbeitskräftenachfrage auch innerhalb der einzelnen Wirtschaftssektoren immer stärker in Richtung der Hochqualifizierten verschoben und gerade Bereichen mit niedrigen Qualifikationen und Löhnen zu einer wachsenden Zahl an prekären, fragmentierten und/oder atypischen Beschäftigungsverhältnissen geführt (z.B. *Eppel – Leoni* 2013). Das traditionelle Beschäftigungsmodell der Industriearbeiterschaft, dem das herrschende Sozialversicherungsmodell zugrunde liegt, gilt damit für eine immer größere Zahl an Arbeitskräften nicht mehr (*Bonoli*, 2007). Zwar bieten diese atypischen Beschäftigungsformen einer Reihe von Personen, die ansonsten wohl gänzlich aus dem Arbeitsmarkt gefallen wären, eine Beschäftigungschance. Dennoch stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob es den in diesen Beschäftigungsverhältnissen Arbeitenden langfristig gelingen kann eine adäquate soziale Absicherung (zum Beispiel für die Pensionsvorsorge) zu erhalten (*Mayrhuber et al.*, 2012).

Ähnlich kam es auch auf der Arbeitskräfteangebotsseite zu erheblichen Verschiebungen. Insbesondere sind hier die in den letzten Jahrzehnten gestiegene Frauenerwerbsbeteiligung sowie der starke Anstieg des Angebots an ausländischen Arbeitskräften zu erwähnen. Ersteres, hatte als primären positiven Effekt eine stärkere wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen zur Folge. Gleichzeitig kam

---

<sup>20</sup> Peter Huber ist Regionalreferent am österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung und arbeitet dort zu Arbeitsmarktthemen und zu Fragen der europäischen Integration. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien besuchte er den postgradualen Lehrgang des Instituts für höhere Studien und arbeitete dort als Forschungsassistent. 1999 wechselte er an das WIFO. Im Verlauf seiner Karriere unterrichtete er unter anderem an der Wirtschaftsuniversität Wien, der Universität Innsbruck wie auch an der Palacky Universität Olmouc und an der Gregor Mendel Universität Brno.

es aber zu keiner Angleichung der Belastung mit unbezahlter Hausarbeit zwischen Männern und Frauen. Resultat waren verstärkte Doppelbelastungen weiblicher ArbeitnehmerInnen und ein, mit einer zunehmenden Erosion traditioneller Familienstrukturen verbundener, Anstieg der AlleinerzieherInnen und -verdienerInnen in prekären Einkommensverhältnissen (*Eppel - Leoni*, 2011). Die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte führte hingegen zu zunehmenden Herausforderungen bei der Integration von ArbeitnehmerInnen mit anderem kulturellen Hintergrund und anderer Sprache in den Arbeitsmarkt.

Städte waren bei vielen dieser Entwicklungen (zum Beispiel Globalisierung, Tertiärisierung und Zuwanderung) Vorreiter, oder wichen (wie zum Beispiel der Alterung der Bevölkerung) deutlich von der Entwicklung anderer Regionen ab. Darüber hinaus unterscheiden sich städtische Arbeitsmärkte aber durch ihre – aufgrund intensiver Pendelbeziehungen mit dem Umland, der Zuwanderung, den immer wieder auftretenden Unternehmensverlagerungen und Zuströmen von ausländischen Direktinvestitionen – größere Offenheit und ihre höhere Arbeitsplatzdichte von anderen Regionen (*Bartik - Eberts*, 2006). Aufgrund ihrer Offenheit stellen sich in Stadtregionen Fragen der regionalen Zusammenarbeit in der Arbeitsmarktpolitik als wesentlich dringlicher dar als anderswo. Aufgrund der hohen Arbeitsplatzdichte bieten Städte einerseits – wegen der großen Zahl an Arbeitsplätzen auf kleinem Raum – oftmals gute Bedingungen für Arbeitssuchende. Andererseits birgt diese hohe Dichte aber immer auch die Gefahr von Segregation und Dualisierungstendenzen am Arbeitsmarkt, da hier durch die Interaktion von Wohn- und Arbeitsortentscheidungen auf kleinem Raum zusätzliche Möglichkeiten zur Aus- bzw. Abgrenzung unter sozialen Gruppen entstehen.

Diese Besonderheiten von Arbeitsangebot und -nachfrage in Städten führen auch zu spezifischen Herausforderungen an die sozialen Sicherungssysteme und die städtische Arbeitsmarktpolitik. Ziel dieses Artikels ist es anhand eines kurzen und selektiven Literaturüberblicks die Besonderheiten des Wiener Arbeitsmarktes herauszuarbeiten und die daraus resultierenden spezifischen Arbeitsmarktprobleme zu diskutieren.<sup>21)</sup> Wien ist dabei eine besonders interessante Fallstudie, weil Wien es aufgrund seiner Lage an der Grenze zu den ehemaligen Ländern des COMECON besonders stark von den geänderten Rahmenbedingungen des internationalen Standortwettbewerbes und der Globalisierung betroffen war, und sich außerdem gerade in Wien die Arbeitslosenquoten mit dem Einsetzen der oben beschriebenen Prozesse besonders erhöhten.<sup>22)</sup> Dadurch lässt sich das Zusammenspiel von Arbeitskräfteangebots- und -nachfrageseitigen Entwicklungen in städtischen Räumen anhand dieses Beispiels besonders gut illustrieren.

---

<sup>21)</sup> Der Vergleich zu anderen Bundesländern wird vor allem aufgrund seiner wirtschaftspolitischen Relevanz gewählt. Während aus regionalökonomischer Sicht ein Vergleich mit anderen europäischen Großstädten vorzuziehen wäre (siehe *Mayerhofer* (2010) für einen solchen Vergleich), verdeutlicht dieser, die spezifischen Standortbedingungen Wiens und die daraus resultierenden unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten.

<sup>22)</sup> In Wien war die Arbeitslosenquote bis in die 1980er Jahre geringer als im österreichischen Durchschnitt. In den 80er Jahren erhöhte sie sich allerdings fortlaufend und liegt seit 1987 durchgängig über dem österreichischen Durchschnitt. Seit 2002 ist sie – mit der kurzen Unterbrechung des Krisenjahres 2009 und des unmittelbaren Nachkrisenjahre 2010 – sogar die höchste unter allen österreichischen Bundesländern.

## 2. STRUKTURELLE BESONDERHEITEN DES WIENER ARBEITSMARKTES

### 2.1 Arbeitskräfteangebot: Demographie, Wanderung und Offenheit des Arbeitsmarktes

Wien unterscheidet sich hinsichtlich all der oben genannten Arbeitskräfteangebots- und -nachfrageseitigen Faktoren von allen übrigen Bundesländern in Österreich. Auf der Angebotsseite sind hier zunächst Besonderheiten der Familien- und Haushaltstrukturen zu nennen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße der Wiener Haushalte lag laut Statistik Austria im Jahr 2012 in Wien bei 1,99 Personen (in Österreich aber bei 2,45) und der Anteil der alleinerziehenden Familien (Ein-Eltern Familien mit Kindern unter 15 Jahren) an der lag bei 7,8%, während sie in Österreich bei 5,2% lag. Dementsprechend sind in Wien auch die AlleinerzieherInnen, die durch eine geringere Erwerbsbeteiligung und höhere Armutsgefährdung geprägt ist (*Zartler et al., 2011*) eine arbeitsmarktpolitisch relevantere Zielgruppe als in den meisten anderen Bundesländern. Dies ist insbesondere für das Ziel der Verringerung der Zahl der so genannten Working Poor von Bedeutung. Zu diesen zählen laut *Riesenfelder et al. (2011a)* in Wien mittlerweile (2008) beinahe 10.000 Personen.<sup>23</sup> Rund 13% dieser Working Poor sind AlleinerzieherInnen.

Das herausragende und in der Literatur am häufigsten diskutierte demographische Merkmal des Arbeitskräfteangebots in Wien ist aber die Altersstruktur der Wohnbevölkerung. Wien ist mittlerweile durch eine deutlich jüngere Bevölkerung als im übrigen Österreich gekennzeichnet. Insbesondere die 20 bis 39-Jährigen sind hier überrepräsentiert (Abbildung 1) und Wien ist auch das einzige Bundesland Österreichs, in welchem nach vorliegenden Bevölkerungsprognosen der Anteil der jungen Bevölkerung bis ins Jahr 2025 noch zunehmen wird. Damit ist Wien von der Alterung der Bevölkerung deutlich weniger stark betroffen als alle anderen österreichischen Bundesländer (*Lassnig et al., 2008; Huber, 2010; Mayerhofer et al., 2010*). Eine Konsequenz dieser demographischen Entwicklung ist, dass sich in Wien im Vergleich zum übrigen Österreich recht unterschiedliche Anforderungen an die Entwicklung der öffentlichen Bildungsinfrastruktur aber auch der Betreuungsinfrastruktur für Ältere und Kinder ergeben.<sup>24</sup>)

Die Hauptursache für die jüngere Bevölkerung in Wien ist die Zuwanderung. Diese wird sowohl durch die Binnenwanderung als auch durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte getrieben. Im Jahr 2011 waren laut Daten von Statistik Austria 30,6% der in Wien wohnhaften Personen im Ausland geboren, während es im Bundesdurchschnitt nur 15,7% waren. Abgesehen vom höheren Anteil der im Ausland Geborenen zeigen sich hier auch erhebliche Unterschiede in der Geburtsland- und Bildungsstruktur und auch der Aufenthaltsdauer der ausländischen Arbeitskräfte. Insbesondere ist die Geburtslandstruktur der im Ausland geborenen in Wien deutlich breiter gefächert als im übrigen Österreich. Auch sind in Wien wohnhaften MigrantInnen (mit einem AkademikerInnenanteil von über 20%) etwas besser ausgebildet als im übrigen Österreich, obwohl auch hier rund 30% nur einen Pflichtschulabschluss haben (*Huber - Nowotny 2011*). Die Bildungsstruktur der im Ausland geborenen Bevölkerung

---

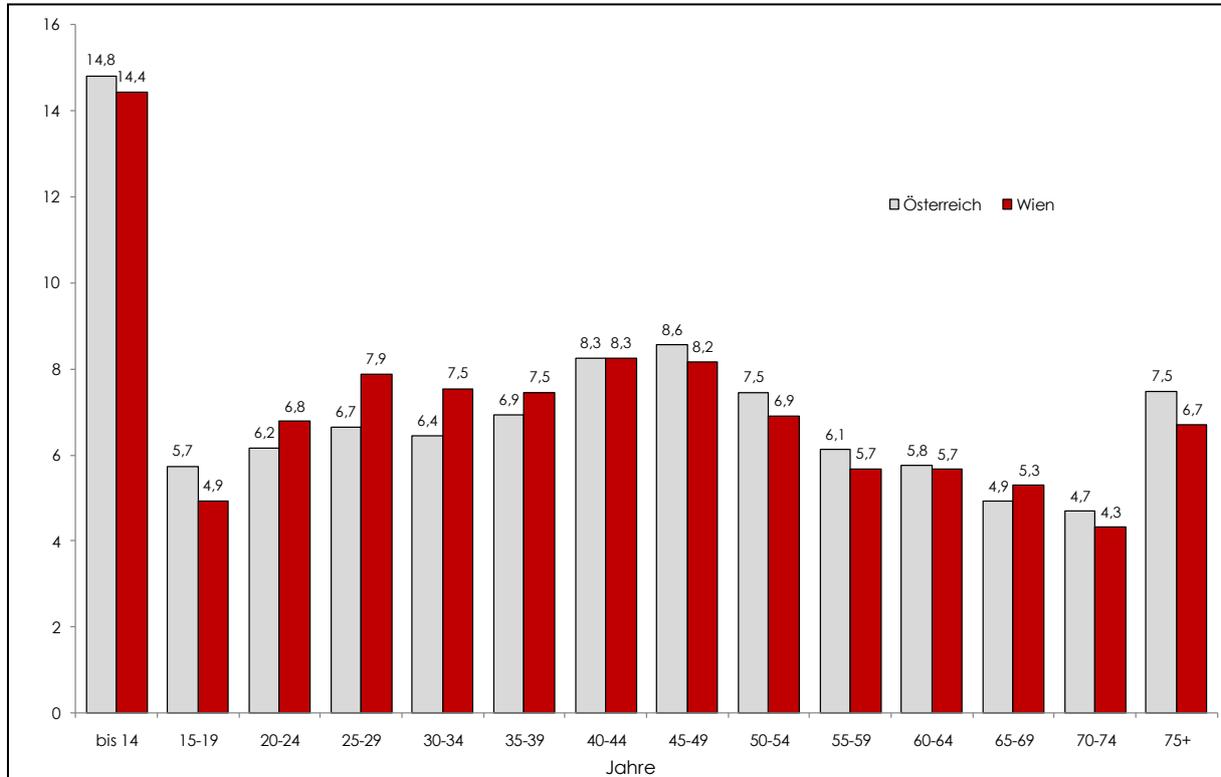
<sup>23</sup>) Dies entspricht einer Verdoppelung gegenüber 2001

<sup>24</sup>) So gehen einschlägige Prognosen zum Beispiel davon aus, dass in Wien im nächsten Jahrzehnt mit dem stärksten Anstieg der Nachfrage nach höheren Schulen gerechnet werden kann (z.B. *Schlögl et al., 2008*).

in Wien ist daher im Vergleich zum übrigen Österreich vor allem stärker bi-polar. Einem hohen AkademikerInnenanteil steht auch ein hoher Anteil an PflichtschulabsolventInnen gegenüber.<sup>25)</sup>

**Abbildung 1: Altersstruktur der Bevölkerung Wiens und Österreichs 2012**

Anteil an der Bevölkerung in %



Q: Statistik Austria.

Obwohl einige internationale Studien (z.B. *Brunow – Brenzel, 2012; Niebuhr, 2010*) zeigen, dass eine erhöhte Diversität durchaus auch positive Auswirkungen auf die Innovationskraft und das Wachstum einer Region haben können, deuten Studien zur Situation von MigrantInnen in Wien (*Biffi et al., 2008; Mandl et al., 2005; Littig, 2008; Enzenhofer et al., 2007; Riesenfelder et al., 2011; Huber – Nowotny, 2011*) auf eine nicht unproblematische Arbeitsmarktintegration der MigrantInnen hin. Eine Fülle von Benachteiligungen sowohl der ersten als auch der zweiten Generation der ZuwanderInnen sind hinsichtlich Einkommen, Beschäftigungschancen, Anerkennung von Qualifikationen und Bildungsbeteiligung evident. So lag die Arbeitslosenquote der ausländischen Arbeitskräfte (nach nationaler Messmethode) im Jahr 2012 in Wien bei 12,9% (gegenüber 8,6% für InländerInnen). Im österreichischen Durchschnitt war die Arbeitslosenquote der AusländerInnen 9,8% gegenüber 6,5% bei den InländerInnen. Ähnlich sind auch die Erwerbstätigenquoten der im Ausland Geborenen sowie von Personen mit Migrationshintergrund<sup>26)</sup> in Wien – ebenso wie im gesamten Bundesgebiet – durchwegs niedriger als unter den im Inland Geborenen (Abbildung 6).

Neben der Zuwanderung aus dem Ausland ist Wien auch eine Zuwanderungsregion innerhalb Österreichs und vor allem auch eine Einpendelregion. Die Wanderungen aus den und in die anderen Bundesländer tragen dabei ebenfalls zur Verjüngung der Bevölkerung Wiens bei. Laut österreichischer Wanderungsstatistik verlagerten im Jahr 2011 rund 31.600 Personen ihren Hauptwohnsitz von einem

<sup>25)</sup> Dies hängt unter anderem auch mit der diverseren Geburtslandstruktur der im Ausland geborenen Bevölkerung in Wien zusammen, da ZuwanderInnen aus verschiedenen Ländern sehr unterschiedliche Bildungsstrukturen aufweisen (*Huber – Nowotny, 2011*).

<sup>26)</sup> Dies sind Personen, deren beiden Elternteile im Ausland geboren sind.

anderen Bundesland nach Wien, während rund 30.100 Personen aus Wien wegzogen (Statistik Austria, 2012). Der Migrationssaldo war daher insgesamt leicht positiv. Allerdings ist dies nur auf das Wanderungsverhalten der 15 bis 29-Jährigen zurückzuführen. In diesen Altersgruppen wanderten netto rund 7.000 Personen zu während der Wanderungssaldo in allen anderen Altersgruppen negativ war. Bei den nach Wien (sowohl aus dem In- und Ausland) zuwandernden Bevölkerungsschichten handelt es sich also zumeist um junge Personen.

Bei der in den letzten Jahren ebenfalls deutlich gestiegenen Zahl der aus Wien abwandernden Personen handelt es sich hingegen zumeist um wohlhabendere Personen (*Bauer-Wolf et al.*, 2003) mit einem höheren Bildungsstand (*Lassnig et al.*, 2008). Viele dieser aus Wien abwandernden Arbeitskräfte bleiben dem Wiener Arbeitsmarkt allerdings weiterhin als EinpendlerInnen erhalten. Laut einer Studie von *Riesenfelder* (2011) pendelten im Jahr 2009 rund 317.500 Arbeitskräfte (oder 37% der Beschäftigten am Arbeitsort) nach Wien ein, während rund 192.000 (oder 26% der Beschäftigten am Wohnort) aus Wien in andere Bundesländer auspendelten. Allerdings deutet hier einiges eher auf einen Verlust an Humankapital durch Pendelbewegungen hin. Laut *Riesenfelder* (2011) sind 15,1% der EinpendlerInnen nach Wien AkademikerInnen, während 32,3% der AuspendlerInnen aus Wien einen abgeschlossenen Hochschulabschluss haben. Aus Wien pendeln damit mehr AkademikerInnen (62.000) als ein (48.000). Einpendler sind hingegen zu 47,4% Personen mit mittlerer (Lehr- oder BMS-) Ausbildung, während der Anteil dieser Personen an den AuspendlerInnen nur 30,9% beträgt (*Riesenfelder*, 2011).<sup>27)</sup>

Insgesamt ist die Wiener Bevölkerung auch im Durchschnitt besser ausgebildet als im österreichischen Durchschnitt: Die Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte führte aber in Wien – nicht zuletzt aufgrund der Zuwanderung – zu einem etwas schwächeren Strukturwandel als im übrigen Österreich. In Gesamtösterreich wirkte sie sich im Zeitraum 1995 bis 2011 vor allem auf den Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren<sup>28)</sup> mit maximal Pflichtschulabschluss aus. Dieser sank laut Daten der Arbeitskräfteerhebung von Statistik Austria von 33% auf 26%. Auf der anderen Seite gab es einen Anstieg in allen anderen Bildungskategorien, insbesondere bei den LehrabsolventInnen und den AkademikerInnen (von 5% auf 11%).<sup>29)</sup> In Wien war dieser Strukturwandel insbesondere bei den Geringqualifizierten langsamer. Der Anteil der PflichtschulabsolventInnen sank im Zeitraum zwischen 1995 und 2012 von 27% auf 23%. Der Anteil der AkademikerInnen erhöhte sich – vor allem zu Lasten des Rückganges der Personen mit Lehrausbildung – von 11% auf 18%.

## 2.2 Arbeitskräftenachfrage: Strukturwandel, Tertiärisierung und Atypisierung

Auf der Arbeitskräftenachfrageseite war Wien hingegen in den letzten Jahrzehnten durch erhebliche Tertärisierungstendenzen geprägt (siehe dazu Mayerhofer in diesem Band). Mitte der 1990er Jahren arbeiteten noch 15% der unselbständig Beschäftigten in der Sachgüterproduktion. 2012 waren es nur noch 8% (Abbildung 1) und selbst unter den in der Wiener Sachgüterproduktion Beschäftigten, arbeiteten 2006 bereits 59,6% in Dienstleistungsberufen (*Mayerhofer*, 2007). In Österreich ging der Anteil der in der Sachgüterproduktion Beschäftigten im selben Zeitraum hingegen nur um 4,4 Prozentpunkte zurück, auch arbeiteten 2006 nur 44,8% der in der Sachgüterproduktion Beschäftigten in Dienstleis-

<sup>27)</sup> Ähnliche Resultate finden sich auch in *Fritz et al.* (2006).

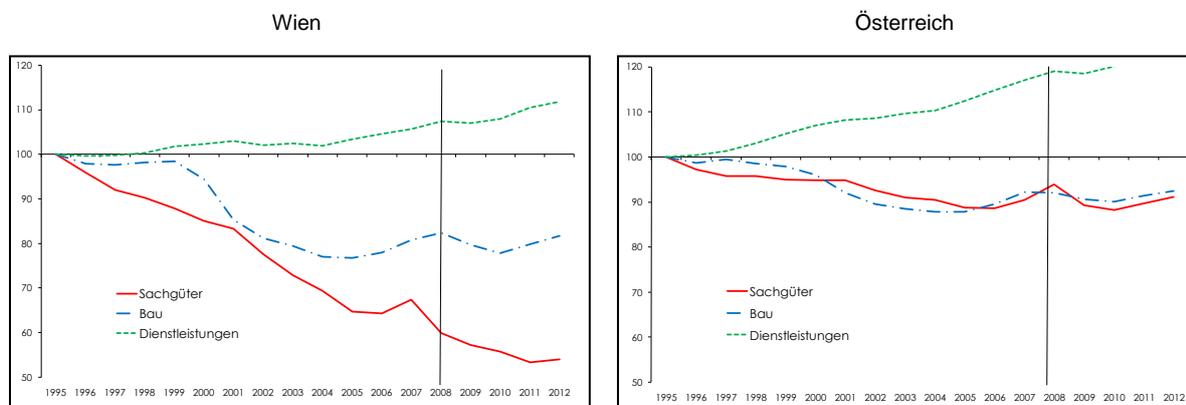
<sup>28)</sup> Für ähnliche Zahlen für die 25 bis 44 jährigen siehe den Beitrag von Mayerhofer in diesem Band.

<sup>29)</sup> Eischränkend ist hier zu bemerken, dass einerseits die rasante Entwicklung bei den AkademikerInnen durch den Ausbau der Fachhochschulen unterstützt wurde und es andererseits 2004 zu einer Umstellung der Arbeitskräfteerhebung gekommen ist, was die Vergleichbarkeit der Daten verringert.

tungsberufen. Der Wiener Arbeitsmarkt ist daher in weiten Teilen durch Dienstleistungsbranchen und -berufe geprägt.

## Abbildung 2: Sektorale Beschäftigungsentwicklung in Wien und Österreich 1995 - 2012

1995 = 100



Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Eine Konsequenz dieser Tertiärisierung der Arbeitskräftenachfrage ist eine hohe Teilzeitbeschäftigung. Laut Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung 2011 waren in Wien 25,7% aller Arbeitskräfte teilzeitbeschäftigt. Dies war gemeinsam mit Tirol die höchste Teilzeitquote unter den Bundesländern Österreichs.<sup>30)</sup> Ähnlich ist auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten, die in Wien traditionell immer eine geringere Rolle spielte als im restlichen Bundesgebiet, in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Im Jahr 2012 wuchs die Zahl der geringfügig Beschäftigten in Wien mit +5,6% mehr als doppelt so rasch als im österreichischen Durchschnitt. Damit lag der Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen Beschäftigten 2012 (mit 8,4%) erstmalig in der Geschichte über dem österreichischen Durchschnitt (von 8,3%).

Dieser rasche Anstieg der atypischen Beschäftigungsformen in Wien wurde in einer Reihe von Studien analysiert. In der wohl umfassendsten untersuchen *Kaupar et al.* (2005) verschiedene Formen der atypischen Arbeit. Nach ihren Ergebnissen sehen die geringfügig Beschäftigten in Wien zu einem großen Teil (von rund 34%) diese Beschäftigungsform als eine Durchgangsphase, die sie mit der Perspektive einer Änderung in Zukunft in Kauf nehmen, oder als eine Möglichkeit ihre persönlichen Freiheitsspielräume zu nutzen. Allerdings finden sich rund 18% der geringfügig Beschäftigten in Wien in einer sehr prekären finanziellen Situation. Weitere 16% empfinden die Arbeitsbedingungen in dieser Beschäftigungsform als belastend, sehen aber nur wenige Perspektiven, um aus dieser Situation zu entkommen. Ähnlich liegt der Anteil der Beschäftigten, die durch eine hohe Zufriedenheit und gute finanzielle Absicherung gekennzeichnet ist, bei den Freien DienstnehmerInnen bei rund 33%, während der Anteil der Personen mit einer prekären finanziellen Situation bei 13% und jener der resignativen Beschäftigten bei 16% liegen.

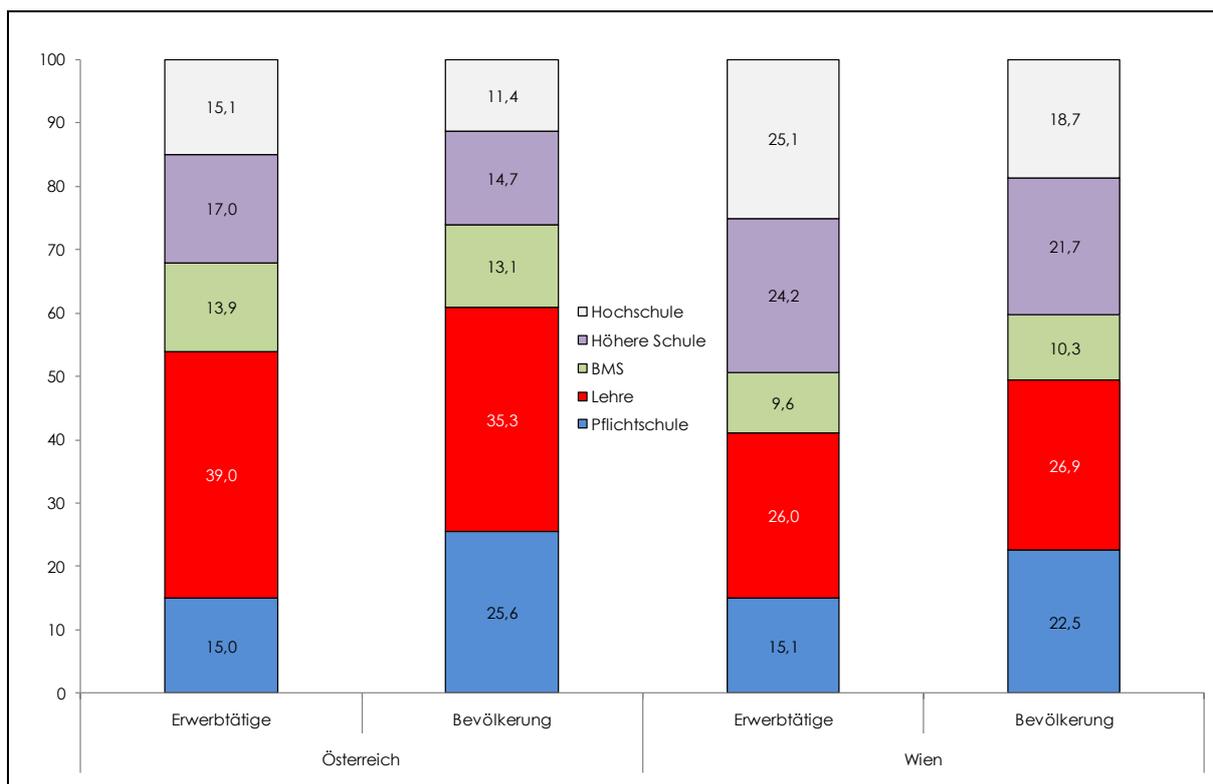
Insgesamt sind die persönlichen Lebensumstände der atypisch Beschäftigten in Wien somit durch eine große Heterogenität geprägt, die oftmals durch sehr unterschiedliche Motivlagen zur Aufnahme einer solchen Arbeit bedingt sind. Dies wird auch durch Studien belegt, die im Unterschied zu *Kaupar et al.* (2005) stärker auf das am Arbeitsmarkt beobachtbare Verhalten der atypisch Beschäftigten abstellen. So arbeiteten laut *Huber - Mayerhofer* (2005) rund ein Fünftel der geringfügig Beschäftigten,

<sup>30)</sup> Auffallend an der Teilzeitbeschäftigung am Wiener Arbeitsmarkt ist dabei die im Österreichvergleich deutlich ausgewogenere Geschlechterstruktur. Während laut Arbeitskräfteerhebung von Statistik Austria 2011 mittlerweile 44% der Frauen in Österreich angeben teilzeitbeschäftigt zu sein, waren es in Wien bei den Frauen nur 38,4%. Unter den Männern waren hingegen in Wien 14,0% teilzeitbeschäftigt, während es im österreichischen Durchschnitt 8,9% waren.

die nur diese Erwerbsform als Basis ihres Arbeitseinkommens hatten, mehr als 4 Jahre durchgängig in dieser Erwerbsform. Dies weist auf potentielle sozialpolitische Probleme hin. Dagegen lag die Beschäftigungsdauer bei weiteren 40% der geringfügig Beschäftigten bei unter einem Jahr und stellte somit eine Übergangssituation zwischen dem atypischen und typischen Arbeitsmarkt dar. Die Tertiärisierung auf Sektor-Ebene wurde dabei durch noch stärkere Nachfrageverlagerungen auf der darunterliegenden Branchenebene begleitet (siehe Mayerhofer in diesem Band), die durch ein starkes Kommen und Gehen unter den ArbeitgeberInnen begleitet war. Laut *Huber* (2007) wurden in Wien im Zeitraum 1995 bis 2005 (nach Niederösterreich) anteilmäßig die zweitmeisten Unternehmen in Österreich gegründet, wobei aber die Überlebensquote der neu gegründeten Kammermitglieder in Wien die niedrigste unter allen Bundesländern ist und Wien auch überdurchschnittliche Schließungsquoten aufweist. Diese Kombination aus hohen Gründungs- und Stilllegungsraten auf Unternehmensebene ist auch für die Erklärung der Arbeitslosigkeit in Wien relevant. Erstens trägt dies zu einem hohen Umschlag an Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsplätzen (siehe dazu unten) bei. Zweitens sind gerade die durch Betriebsschließungen erfassten Arbeitskräfte eine von Arbeitslosigkeit besonders stark betroffene Gruppe. Laut *Huber* (2007) sinkt die Beschäftigungswahrscheinlichkeit einer Person, die von einer Betriebsschließung erfasst wird, ein Quartal nach dem schließungsbedingten Beschäftigungsverlust stärker ab als unter Personen, die ihren Arbeitsplatz aus anderen Gründen verloren.<sup>31)</sup>

**Abbildung 3: Bildungsstruktur der Bevölkerung und der Erwerbstätigen in Wien und Österreich**

Anteile in %



Q: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung 2011.

Darüber hinaus führte dieser Branchenstrukturwandel aber auch zu auffälligen Verschiebungen in der Berufs- und Qualifikationsstruktur der Beschäftigten Wiens. Im Vergleich zu Österreich ist in Wien

<sup>31)</sup> Überdies ist die Betriebsstruktur in Wien durch eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Großbetrieben mit mehr als 250 Beschäftigten gekennzeichnet. Dieser steht aber auch eine überdurchschnittlich große Zahl an Kleinst- bzw. Einpersonenernehmen gegenüber. Dies hat ebenfalls Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation in Wien, da kleine Betriebe oftmals unsicherere und überdies auch schlechter bezahlte Arbeitsplätze anbieten als Großbetriebe.

dabei der Anteil der Beschäftigten mit Lehrabschlüssen – aufgrund der erheblich stärkeren Tertiärisierung der Wirtschaftsstruktur – deutlich geringer als im übrigen Österreich, während der AkademikerInnenanteil unter den Beschäftigten höher ist. Die Unterschiede im Anteil der Geringqualifizierten und der Hilfsarbeitskräfte an den Beschäftigten zwischen Wien und Österreich fallen hingegen eher gering aus. Hier liegt der Anteil an den Beschäftigten in Wien mittlerweile sogar etwas über dem Bundesdurchschnitt. Der Anteilsverlust in der Lehre und der Anteilsgewinn der AkademikerInnen waren dabei in Wien in den letzten eineinhalb Jahrzehnten deutlich stärker ausgeprägt als im übrigen Österreich. Eher weniger stark ausgeprägt ist der Anteilsverlust bei den gering qualifizierten Beschäftigten mit maximal Pflichtschulabschluss.

Der Strukturwandel der Beschäftigung nach Qualifikationen, wird durch zwei Prozesse getrieben. Erstens verändert der Branchenstrukturwandel in Richtung der Branchen mit höherer Skill-Intensität auch die Beschäftigungsstruktur in Richtung höher qualifizierter Beschäftigung. Zweitens erhöht die zunehmende funktionale Spezialisierung der Stadtwirtschaft auf stärker dispositive und generell skill-intensive Unternehmensfunktionen die Bedeutung von qualifizierten Berufen innerhalb der Branchen. Dies erhöht ebenfalls die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften. Eine Shift-Share Zerlegung der Anteilsunterschiede in der Bildungsstruktur zwischen Wien und dem Übrigen Österreich, zeigt dabei, dass gerade in jenen Qualifikationssegmenten, in denen die größten Unterschiede zwischen Wien und Österreich bestehen (also bei LehrabsolventInnen, AkademikerInnen und AbsolventInnen der AHS), der letztere Effekt dominiert. Mehr als 70% der Abweichungen in der Beschäftigtenstruktur zwischen Wien und Österreich in diesen Bildungsgruppen ist auf Unterschiede in der Berufsstruktur innerhalb der Branchen zurückzuführen. Auch im Zeitvergleich sind Verschiebungen der Berufsstruktur innerhalb von Branchen die wichtigste Erklärung für die Verschiebung der Qualifikationsstruktur. Daher sind daher sowohl im Vergleich mit dem übrigen Österreich als auch im Zeitvergleich Änderungen (bzw. Unterschiede) in der Berufsstruktur innerhalb von Branchen wichtiger für das Verständnis der Verschiebungen und Eigenheiten der Wiener Bildungsstruktur als Änderungen (bzw. Unterschiede) im lokalen Branchenbesatz.<sup>32</sup>

### 3. SPEZIFIKA DER ARBEITSMARKTSITUATION WIENS

#### 3.1 Mismatch, Langzeitarbeitslosigkeit, Langzeitbeschäftigungslosigkeit und die Struktur der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung

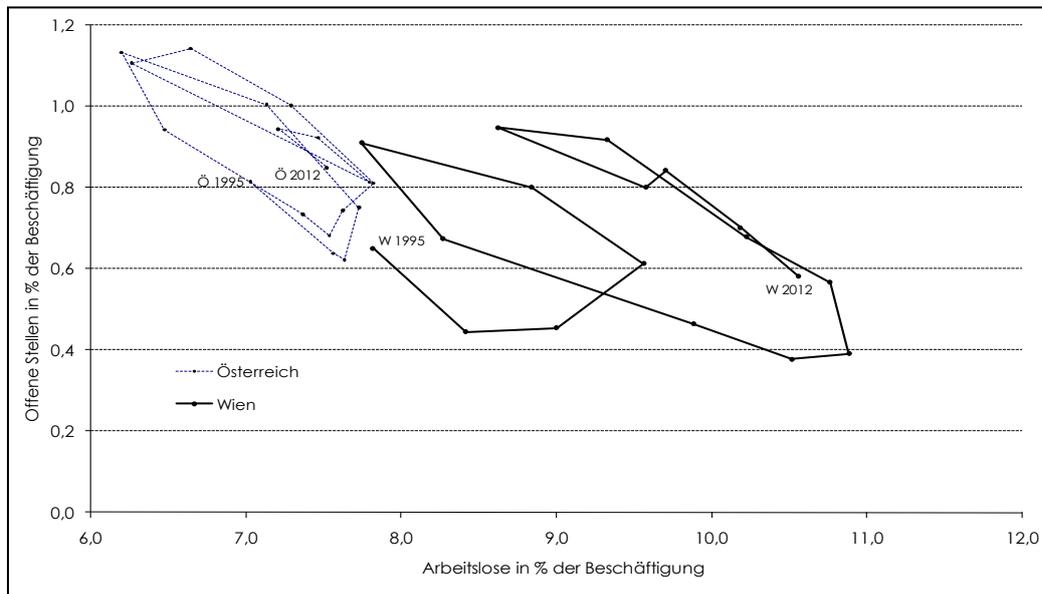
Die Spezifika des Arbeitskräfteangebots und der –nachfrage Wiens und der erhebliche Strukturwandel äußern sich auch in den gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarktindikatoren. Vor allem in den letzten Jahren zeigen sich hier zunehmende Diskrepanzen zwischen der Struktur der offenen Stellen (also der Arbeitskräftenachfrage) und der Struktur der Arbeitslosen. Diese führen, wie in Abbildung 4 gezeigt, unter anderem zu einem verstärkten gleichzeitigen Auftreten von offenen Stellen und Arbeitslosigkeit (also einer Verschiebung der Beveridge-Kurve nach rechts oben).<sup>33</sup> Bei einer gegebenen Zahl an of-

<sup>32</sup> Ein dritter Effekt, der daraus resultiert, dass bestimmte Berufsgruppen innerhalb einer Branche mit höher qualifizierten Personen besetzt werden, erweist sich hingegen als empirisch weitgehend irrelevant.

<sup>33</sup> Die Beveridge Kurve stellt die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote der offenen Stellen-Rate gegenüber. Je weiter diese Kurve recht oben liegt desto mehr Arbeitslosigkeit herrscht bei einer gegebenen Offenen Stellen-Rate und desto höher ist

fenen Stellen sind daher im Durchschnitt heute in Wien mehr Menschen arbeitslos als noch vor 10 Jahren.

**Abbildung 4: Die Beveridge-Kurve in Wien und Österreich**



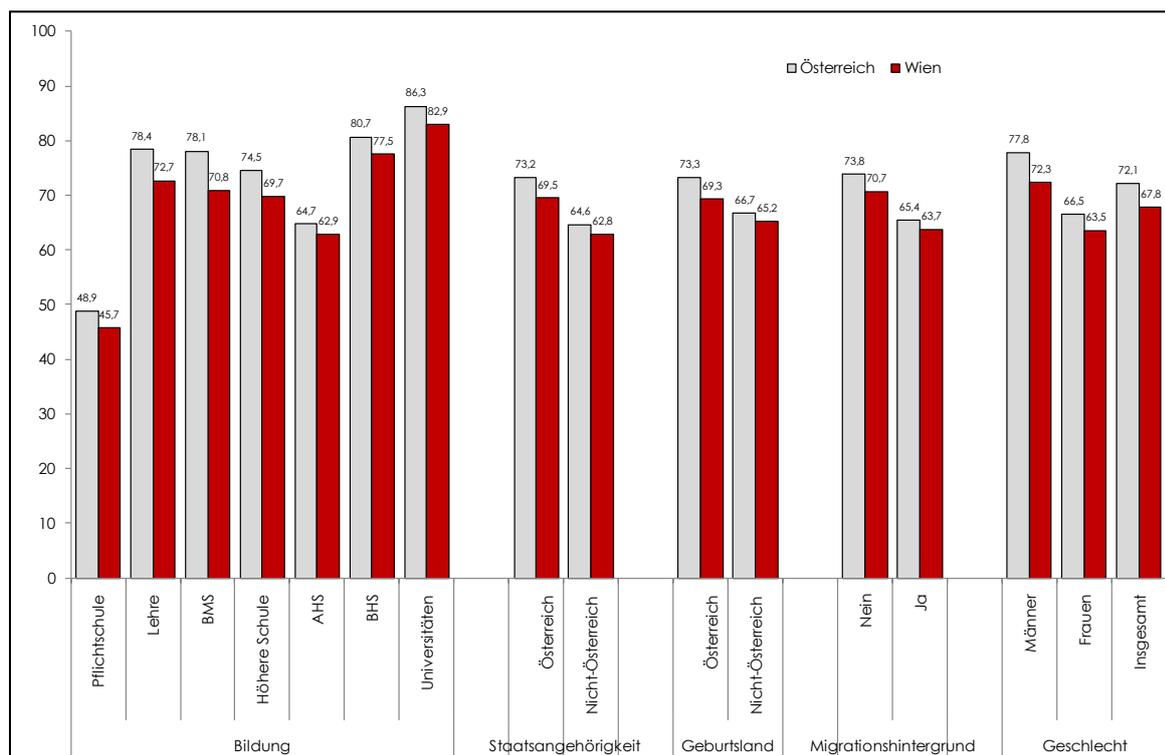
Q: AMS, HV, WIFO-Berechnungen.

Dieser Anstieg der so genannten „Mismatch-Arbeitslosigkeit“ kann dabei mehrere Gründe haben. So können ArbeitgeberInnen und Arbeitssuchende in verschiedenen Regionen gelegen sein, sodass ein regionaler Mismatch entsteht oder es könnte für Arbeitslose unattraktiv sein, eine offene Stelle anzunehmen, d.h. der gebotene und der erwartete Lohn für eine Arbeit fallen auseinander. Auch Informationsdefizite können für ein mangelndes Matching verantwortlich sein, wofür im Wesentlichen Defizite im Vermittlungssystem verantwortlich gemacht werden können. Letztlich können die Qualifikationsanforderungen (sowohl in Bezug auf formale Ausbildungsvoraussetzungen, als auch auf andere geforderte Persönlichkeitsmerkmale wie z.B. Berufserfahrung, körperliche Leistungsfähigkeit) der offenen Stellen und der Arbeitslosen auseinander fallen.

Von diesen Erklärungsansätzen scheinen in Wien vor allem Mechanismen des qualifikationsspezifischen Mismatch schlüssig. Nach Ergebnissen von *Riesenfelder (2008)* zu Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt bestehen in Wien teilweise erhebliche Abweichungen zwischen den Qualifikations-, Berufs- und Branchenprofilen von Arbeitssuchenden und offenen Stellen. So verzeichnet die Bundeshauptstadt bei stetig kleiner werdender Nachfrage einen hohen Stellenandrang im Pflichtschulbereich. Demgegenüber stellt sich die Situation im Facharbeitersegment (mittleres Qualifikationsniveau) entspannter dar. Ein erheblicher Mismatch findet sich auch bei Hilfsberufen, Reinigungs- und Büroberufen, sowie Fremdenverkehrs- und Verkehrsberufen.

die Mismatch-Arbeitslosigkeit.

**Abbildung 5: Arbeitslosenquote nach demographischen Merkmalen in Wien und Österreich (2011)**

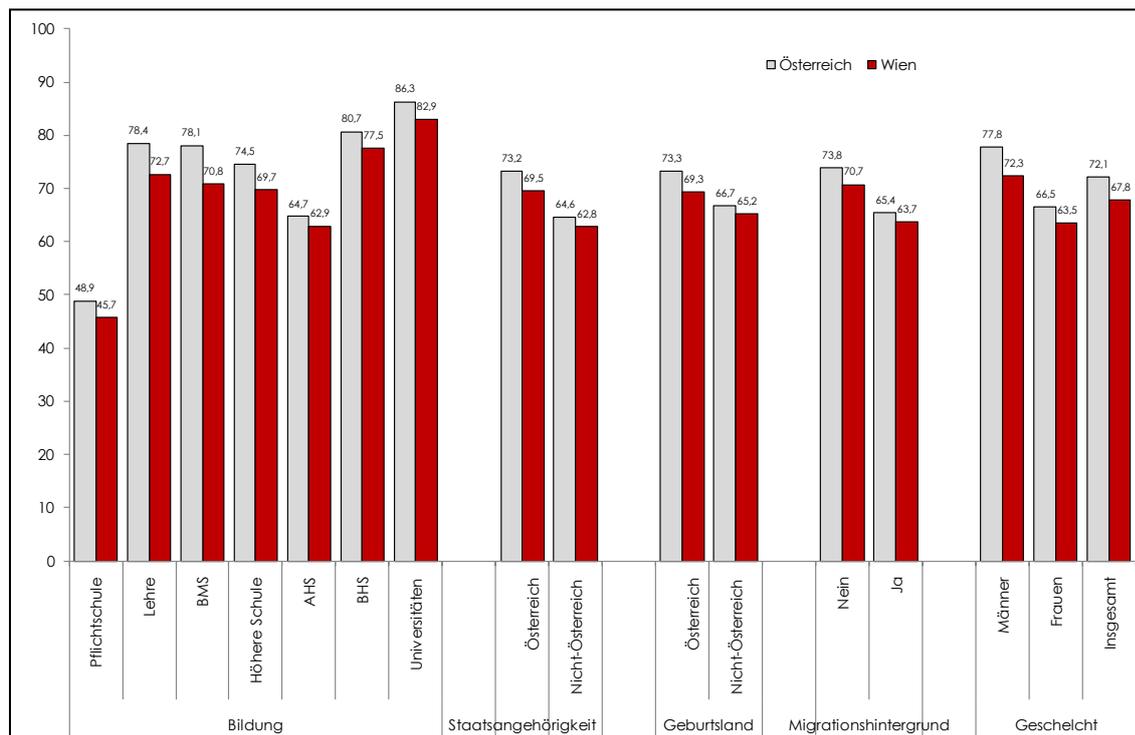


Q: Arbeitskräfteerhebung 2011: Anmerkung Arbeitslosenquote = Arbeitslosenquote in % des Arbeitskräfteangebotes am Wohnort.

Neben diesem Mismatch zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen besteht auch ein weiterer zwischen dem Qualifikationsprofil der auf offene Stellen Vermittelten und den durch sie besetzten offenen Stellen. Laut *Riesenfelder* (2008) ergriffen in den Jahren 2004 bis 2006 zwei Drittel der erfolgreich vermittelten AkademikerInnen und noch mehr Personen mit AHS-Niveau, sowie mehr als die Hälfte der Arbeitsuchenden mit BHS-Ausbildung ein Stellenangebot, welches laut Stellenprofil unter dem Qualifikationsniveau der Arbeitsuchenden einzuordnen ist.<sup>34</sup> Diese Tendenz zur überqualifizierten Beschäftigung erhöht den Druck auf ungelernete Fachkräfte am Arbeitsmarkt weiter, da sie dazu führt, dass ungelernete Fachkräfte selbst auf Arbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen durch Besserqualifizierte substituiert werden.

<sup>34</sup> Diese Untersuchung stellt allerdings nur auf vermittelte ab. Dies bedeutet eine Einschränkung, weil viele AkademikerInnen ihren Arbeitsplatz ohne Intervention des Arbeitsmarktservice finden.

**Abbildung 6: Erwerbstätigenquote nach demographischen Merkmalen in Wien und Österreich (2011)**



Q: Statistik Austria, Arbeitserhebung 2011. – Anmerkung Arbeitslosenquote = Arbeitslose in % des Arbeitskräfteangebotes am Wohnort.

Die Konsequenzen der geringen Nachfrage nach gewissen Berufen und Qualifikationen, aber auch des Qualifikationsmismatches auf dem Arbeitsmarkt spiegeln sich auf makro-ökonomischer Ebene auch in einer im Österreichvergleich deutlich anderen Struktur der Arbeitslosigkeit aber auch in zunehmenden Schwierigkeiten Arbeitskräfte langfristig in Beschäftigung zu bringen. Hinsichtlich der Struktur der Arbeitslosigkeit sind dabei vor allem gering qualifizierte und jugendliche Arbeitskräfte besonders betroffen. So liegt die Arbeitslosenquote aller in Abbildung 5 dargestellten demographischen Gruppen in Wien mittlerweile höher als in Österreich. Allerdings sind die Unterschiede insbesondere für junge und niedrig qualifizierte in Wien wohnhafte Arbeitskräfte besonders hoch. Unter den 15 bis 24-Jährigen lag die Arbeitslosenquote in Wien im Jahr 2011 bei 15,7% und bei den PflichtschulabsolventInnen bei 16,8%. Etwas geringer sind hingegen die Unterschiede in den Erwerbstätigenquoten. Sie sind in Wien allerdings ebenfalls durchgängig etwas geringer als im österreichischen Durchschnitt, wobei sich hier bei den Männern sowie bei Lehr- und BMS-AbsolventInnen größere Unterschiede (von mehr als 5 Prozentpunkten zu Lasten Wiens) ergeben.

Hinsichtlich der Dauer der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zeigen sich vor allem bei der Langzeitbeschäftigungslosigkeit Probleme. Während die Langzeitarbeitslosigkeit in Wien in den letzten Jahren sogar zurückgegangen ist und – nicht zuletzt aufgrund der konsequenten Erfassung von Arbeitslosen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik – in Wien mit 547 Langzeitarbeitslosen im Jahr 2012 sehr gering ist, lag die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen<sup>35)</sup> im Jahresdurchschnitt 2012 bei 32.684 Personen oder 4,2% der Beschäftigten am Arbeitsort Wien. Damit war die Langzeitbeschäftigungslosigkeit in Wien anteilmäßig auch deutlich höher als im österreichischen

<sup>35)</sup> Personen werden als Langzeitbeschäftigungslose gezählt, wenn die Nettodauer der registrierten Arbeitslosigkeit, Lehrstellensuche und Schulungsteilnahme 365 Tage überschreitet, wobei Unterbrechungen von weniger als 62 Tagen nicht berücksichtigt werden. Erst nach einer Unterbrechung von 62 Tagen oder mehr gilt die Beschäftigungslosigkeitsepisode als durchbrochen.

Durchschnitt, wo nur 2,2% der Beschäftigten langzeitbeschäftigungslos waren. Männer sind dabei von Langzeitbeschäftigungslosigkeit stärker betroffen als Frauen.

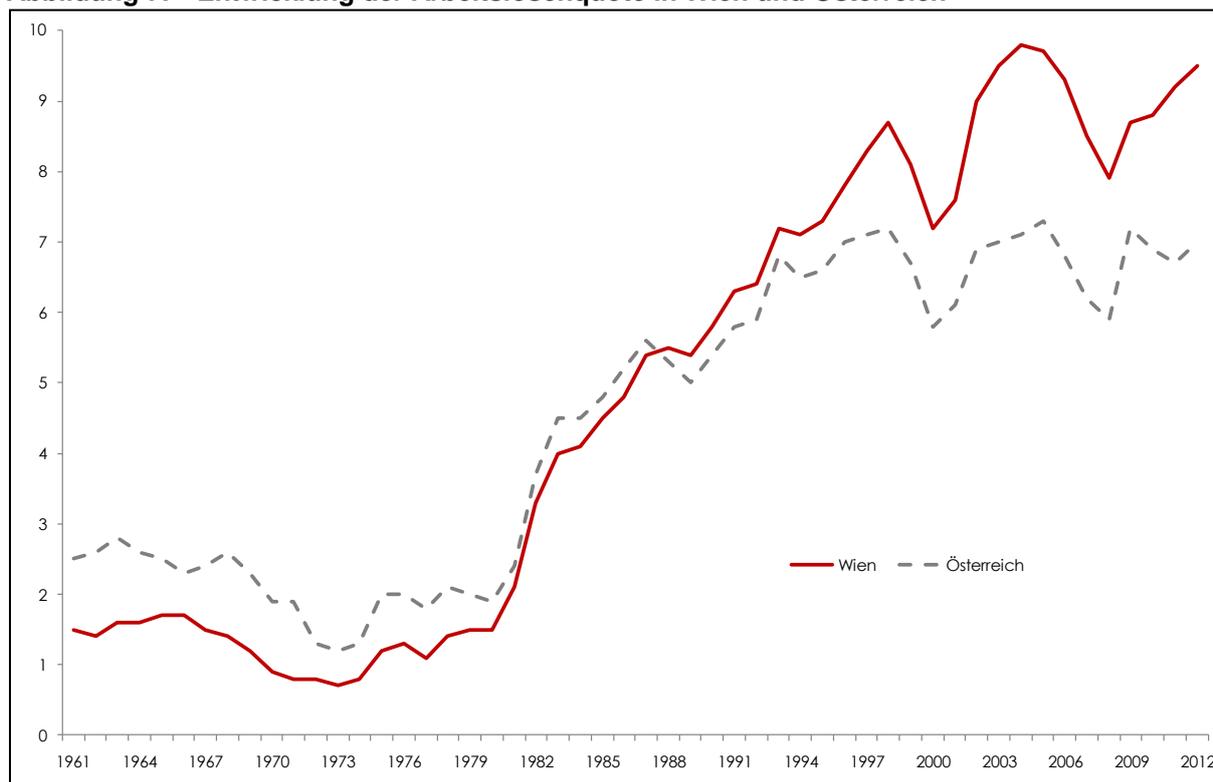
### Übersicht 1: Entwicklung der Langzeitbeschäftigungslosigkeit in Wien und Österreich 2007 – 2012

	Insgesamt		Frauen		Männer	
	Wien	Österreich	Wien	Österreich	Wien	Österreich
2007	30.011	63.311	11.956	28.988	18.055	34.323
2008	24.841	54.416	9.754	24.558	15.087	29.858
2009	24.883	58.205	9.828	25.706	15.054	32.499
2010	29.308	73.903	11.747	31.738	17.561	42.165
2011	30.492	73.629	12.509	32.609	17.983	41.020
2012	32.684	76.358	13.424	34.224	19.260	42.134
	In % der unselbständig Beschäftigten					
2007	3,9	1,9	3,1	1,9	4,6	1,9
2008	3,2	1,6	2,6	1,6	3,9	1,6
2009	3,3	1,7	2,6	1,6	3,9	1,8
2010	3,8	2,2	3,1	2,0	4,6	2,4
2011	3,9	2,2	3,3	2,0	4,6	2,3
2012	4,2	2,2	3,5	2,1	4,8	2,3

Q: BMWA-Sonderauswertung, HV, WIFO-Berechnungen. – Jahresdurchschnittsbestände.

## 3.2 Reaktion auf Änderungen im wirtschaftlichen Umfeld

Aufgrund seiner strukturellen Besonderheiten reagiert der Wiener Arbeitsmarkt auch recht anders auf die kurz- und mittelfristigen Schwankungen der Wirtschaftslage. Während – relativ zu den meisten anderen Bundesländern – saisonale Schwankungen der Arbeitslosigkeit in Wien, aufgrund des geringeren Besatzes an saisonalen Branchen und eines für den Städtetourismus üblichen Ganzjahrestourismus, eine untergeordnete Rolle spielen, zeigt sich eine deutlich asymmetrische Betroffenheit von konjunkturellen Schwankungen. In den frühen Phasen eines konjunkturellen Abschwungs reagiert die Arbeitslosigkeit in Wien mit einiger Verzögerung gegenüber den anderen Bundesländern. In den darauf folgenden Aufschwungphasen gelingt es in Wien – im Gegensatz zu den anderen österreichischen Bundesländern – allerdings nicht die Arbeitslosigkeit wieder zu senken. Die Arbeitslosigkeit ist in Wien daher deutlich persistenter als in den anderen Bundesländern. Dies lässt sich wohl am besten durch die Reaktion der Arbeitslosenquote seit der Wirtschaftskrise 2009 verdeutlichen. Während die Arbeitslosenquote im eigentlichen Krisenjahr 2009 in Wien deutlich weniger (um 0,8 Prozentpunkte) stark anstieg als im übrigen Österreich (+1,3 Prozentpunkte) kam es im übrigen Österreich in den Folgejahren zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote um 0,5 (2011) beziehungsweise 0,2 (2012) Prozentpunkte gegenüber 2009, während es in Wien die Arbeitslosenquote auch in den Folgejahren weiter anstieg (Abbildung 7).

**Abbildung 7: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Wien und Österreich**

Q: AMS, HV, WIFO-Berechnungen.

Die Ursachen für diese hohe Persistenz der Arbeitslosigkeit sind laut eingehenderen Analysen (z.B. *Huber*, 2009) vor allem eine hohe Persistenz von Beschäftigungsverlusten bei gleichzeitig sehr dynamischer Reaktion des Arbeitskräfteangebotes. In Wien ist demnach ein unerwarteter Beschäftigungsrückgang in einem Jahr im Vergleich zu den anderen österreichischen Bundesländern in den Folgejahren nur mehr sehr schwer wieder wettzumachen. Beschäftigungsverluste sind in der Stadt daher ebenfalls deutlich persistenter als im übrigen Österreich. Demgegenüber ist das Arbeitskräfteangebot aufgrund der Zuwanderung aber auch der engen Pendelverflechtungen mit dem Umland deutlich weniger persistent, da insbesondere PendlerInnen zwar unmittelbar nach einem Beschäftigungsverlust – aufgrund der Erfassung als Arbeitslose in anderen Bundesländern – rein statistisch aus dem Arbeitskräfteangebot aus Wien herausfallen, aber nach diesem Verlust doch relativ rasch wieder versuchen in Wien einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Schlussendlich unterscheiden sich in Wien auch die so genannten Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsschwellen. Dies sind jene Wachstumsraten der Wertschöpfung, mit denen im Durchschnitt der Jahre die Wertschöpfung wachsen müsste, um ein Steigen der Beschäftigung (Beschäftigungsschwelle) beziehungsweise einen Rückgang der Arbeitslosigkeit (Arbeitslosigkeitsschwelle) zu ermöglichen. Laut *Huber* (2009) war in Wien demnach im Durchschnitt der letzten 20 Jahre aufgrund des hohen Produktivitätswachstums ein Wertschöpfungswachstum von 1,8% notwendig, um einen Beschäftigungszuwachs zu generieren. Gleichzeitig liegt die Arbeitslosigkeitsschwelle höher als in allen anderen Bundesländern. In Wien müsste nach den Erfahrungen der letzten 20 Jahre ein Wertschöpfungswachstum von (nominell) 4,3% erreicht werden, um einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu bewirken.<sup>36</sup> Diese im Bundesländervergleich sehr hohe Arbeitslosigkeitsschwelle ist dabei ebenfalls auf die Offenheit des Arbeitsmarktes gegenüber PendlerInnen zurückzuführen. Diese führt dazu, dass viele

<sup>36</sup> Einschränkung ist hier festzuhalten, dass sich diese Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsschwellen seit der Krise 2009, sowohl in Österreich als auch in Wien, deutlich verschoben haben dürften, da die Beschäftigung seither auch bei sehr viel niedrigeren Wachstumsraten gestiegen ist.

der im Aufschwung neu geschaffenen Arbeitsplätze Personen zu Gute kommen, die in anderen Bundesländern wohnen.

### 3.3 Umschlagsdynamik

Gleichzeitig unterscheidet sich auch die Dynamik der Nettoströme am Arbeitsmarkt zwischen Wien und Österreich. Diese deutet auf eine zunehmende Instabilität der Beschäftigungsverhältnisse in Wien hin. Insbesondere kam es am Wiener Arbeitsmarkt gerade in den letzten Jahren zu einem deutlichen Anstieg der Zu- und Abgänge in die und aus der Arbeitslosigkeit. In den Jahren 1995 bis 2012 stieg der Zugang zur Arbeitslosigkeit pro Jahr von 1,3% des Arbeitskräfteangebotes auf 3,9%. Damit wandelt sich der Wiener Arbeitsmarkt, der aufgrund der geringeren Saisonalität traditioneller Weise durch eine unterdurchschnittliche Umschlagsdynamik gekennzeichnet war, zu einem Arbeitsmarkt mit einer überdurchschnittlichen Turbulenz. Der strukturelle Wandel, der auch zu einem höheren Umschlag an Unternehmen und Arbeitsplätzen geführt hat, bedingt somit auch einen höheren Umschlag auf Seiten der Arbeitskräfte.

Diese Erhöhung ist dabei in Wien in allen Berufsgruppen stärker ausgeprägt als in Österreich. Besonders stark war der Anstieg in der Dynamik – im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt – in den Dienstleistungsberufen und in den Handels- und Verkehrsberufen. Innerhalb dieser Berufsgruppen waren vor allem Ein- und Verkäufer, Handelsvertreter, Reinigungsberufe und Berufe in Gastgewerbe (Hoteliers, Gastwirte und andere Hotel- und Gaststättenberufe) vom Anstieg in der Umschlagsdynamik betroffen (Huber, 2008).

#### Übersicht 2: Zu und Abgänge aus und in die Arbeitslosigkeit in Wien und Österreich 1995 - 2012

	Zugänge		Abgänge	
	in % des Arbeitskräfteangebotes		in % der Arbeitslosen	
	Wien	Österreich	Wien	Österreich
1995	1,29	1,69	19,12	27,04
1996	1,32	1,67	18,59	25,47
1997	1,36	1,74	17,22	25,83
1998	1,38	1,75	16,60	26,16
1999	1,55	1,83	21,73	30,32
2000	1,66	1,81	26,50	34,34
2001	1,85	2,01	26,11	34,48
2002	1,88	2,01	23,76	32,04
2003	2,01	2,06	23,36	32,16
2004	2,09	2,09	24,99	32,97
2005	2,29	2,18	27,17	33,65
2006	2,36	2,18	30,44	37,42
2007	2,39	2,11	33,75	39,32
2008	2,44	2,13	36,92	41,03
2009	2,72	2,34	36,91	36,79
2010	2,80	2,32	37,92	38,85
2011	2,74	2,23	35,13	37,95
2012	2,88	2,25	35,68	36,56

Q: AMS, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Detaillierte Studien zur Heterogenität betrieblicher Wachstumsprozesse und dem Umschlag der Arbeitskräfte am Wiener Arbeitsmarkt (*Huber – Mayerhofer, 2005; Huber et al., 2002*) zeigen überdies, dass Wien auch ein Bundesland ist, in dem zum einen binnen eines Jahres besonders viele Arbeitsplätze und Arbeitskräfte umgeschlagen werden. Dies bedeutet, dass in Wien innerhalb des selben Jahres sowohl viele Arbeitsplätze neu entstehen aber auch viele vernichtet werden und dementsprechend auch anteilmäßig mehr Arbeitskräfte ein Beschäftigungsverhältnis aufnehmen aber auch beenden als im übrigen Österreich. Ein Teil der Erklärung hierfür ist der höhere Anteil an Dienstleistungsarbeitsplätzen und die größere Zahl an kleinen Unternehmen. Wie zu erwarten haben sowohl in Österreich wie in Wien gerade Dienstleistungsunternehmen große Umschlagsraten sowohl bei Arbeitsplätzen als auch bei Arbeitskräften, auch fällt der Arbeitsplatzumschlag monoton mit der Betriebsgröße.

Allerdings waren zumindest im Zeitraum 1995 bis 2002 viele der schrumpfenden Betriebe in Wien durch große Beschäftigungsveränderungen geprägt als im übrigen Österreich. Zwar leisteten Beschäftigerbetriebe mit kleinen Beschäftigungsveränderungen sowohl bei Arbeitsplatzschaffung und -vernichtung den größten Beitrag. Allerdings trugen Beschäftigerbetriebe mit Beschäftigungsrückgängen von mehr als 250 Personen binnen eines Jahres im Zeitraum 1995 bis 2003 mehr als 18% zum gesamten Verlust an Arbeitsplätzen in schrumpfenden Betrieben bei, im übrigen Österreich waren dies nur 9,9%. Große und stark schrumpfende Beschäftigerbetriebe waren damit zumindest in diesem Zeitraum ein spezifisches Problem des Wiener Arbeitsmarktes.

Darüber hinaus ist die Persistenz betrieblichen Wachstums (unter anderem aufgrund des hohen Dienstleistungsbesatzes, der großen Zahl an kleinen und neugegründeten Unternehmen und der großen Zahl an Betriebsschließungen) in Wien deutlich geringer als im übrigen Österreich: Wenn in Wiener Beschäftigerbetrieben in einem Jahr neue Arbeitsplätze geschaffen werden, geht ein größerer Anteil in den nächsten Jahren wieder verloren als in anderen Bundesländern. Wenn dagegen in einem Wiener Beschäftigerbetrieb in einem Jahr Arbeitsplätze vernichtet werden, werden in diesem Beschäftigerbetrieb in den Folgejahren in vergleichsweise geringerem Ausmaß neue Arbeitsplätze geschaffen.

## 4. ZUSAMMENFASSUNG UND DISKUSSION

Die Bedingungen am Wiener Arbeitsmarkt sind demnach durch eine Vielzahl an Besonderheiten geprägt. Insbesondere wirkten sich hier die wesentlichen sozialen Veränderungen des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts, vor allem aber die Tertiärisierung, Prekarisierung und Globalisierung, aber auch die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen und auch geänderten Familienstrukturen früher und auch stärker auf die Arbeitsmarktentwicklung aus als in anderen Bundesländern. Dagegen schritt die Alterung der Bevölkerung – aufgrund einer anhaltend hohen Zuwanderung sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland – hier merklich langsamer voran.

Diese unterschiedliche Entwicklung bedingt auch, dass sich die gegenwärtigen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen in Wien erheblich von jenen der übrigen Bundesländer unterscheiden. Der augenfälligste dieser Unterschiede ist dabei sicherlich das zunehmende Auseinanderklaffen der Qualifikationsstruktur von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage, welches im Zusammenspiel mit mannigfachen Verdrängungsprozessen unter Arbeitskräften mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau zu einer steigenden Mismatch-Arbeitslosigkeit aber auch zu hohen Arbeitslosenquoten der Ge-

ringqualifizierten beiträgt. Dieser Mismatch stellt dabei offensichtliche Herausforderungen an das Wiener Bildungssystem, wobei aufgrund des hohen Anteils an zuwandernden Arbeitskräften, neben dem Erstausbildungssystem<sup>37)</sup> hier vor allem auch das betriebliche und private Weiterbildungssystem gefordert sind.

Allerdings stellen die strukturellen Besonderheiten des Wiener Arbeitsmarktes hier ebenfalls spezifische Aufgaben. Hinsichtlich der betrieblichen Weiterbildung ergeben sich diese aus der Tatsache, dass viele der Wiener Betriebe Klein- und Kleinstunternehmen sind. Diesen fehlen nach den Ergebnissen der meisten Studien oftmals die organisatorischen und personellen Voraussetzungen zur Durchführung von betrieblichen Weiterbildungen. Damit dürfte das Potential an Weiterbildungsaffinen Unternehmen in Wien geringer sein als in anderen Bundesländern.<sup>38)</sup> Darüber hinaus wirkt aber auch die hohe Arbeitsplatzdichte und der hohe Arbeitskräfteumschlag in Wien als ein Hemmnis für betriebliche Weiterbildung, da Betriebe in einem dichten Arbeitsmarkt mit hohem Umschlag verstärkt damit rechnen müssen, dass ihnen Arbeitskräfte, in deren Ausbildung sie investieren, abgeworben werden.<sup>39)</sup> Auf Seite der privaten Weiterbildung bestehen diese Einschränkungen vor allem aufgrund der – wegen mangelnder Informationen aber auch oftmals schlechter Erfahrungen mit dem Bildungssystem – geringen Weiterbildungsbeteiligung der gering Qualifizierten. Dementsprechend wichtig sind in Wien effiziente, trägerunabhängige Bildungsberatungsangebote und hochwertige Akkreditierungssysteme, in denen Mindeststandards zur Sicherung der Qualität der Weiterbildung gesetzt werden. Zudem sind Weiterbildungsförderungsangebote, die auf die organisatorischen Barrieren bei Kleinbetrieben (und die Informationsdefizite bei Geringqualifizierten) Rücksicht nehmen, notwendig.

Abgesehen von der offensichtlichen Gruppe der Geringqualifizierten lassen sich aus der vorangegangenen Betrachtung aber auch noch andere Zielgruppen ableiten, deren Wichtigkeit am Wiener Arbeitsmarkt höher ist als im übrigen Österreich. Dies sind insbesondere die Gruppen der AlleinerzieherInnen (bzw. -verdienerInnen) und der prekär bzw. atypisch Beschäftigten, die sich überdies in vielen Bereichen überschneiden. Während gerade bei der ersteren Gruppe die Voraussetzungen Wiens – aufgrund der höheren Dichte an Ganztageskinderbetreuungseinrichtung – zumindest hinsichtlich der Kinderbetreuung besser sind als in anderen Regionen, gilt es bei letzterer Gruppe vor allem ihre Heterogenität zu berücksichtigen. Insbesondere atypische Beschäftigungsformen sind nämlich nach den Ergebnissen der meisten Studien nicht für alle davon betroffenen Personen ein unerwünschter Zustand, sondern – zumindest der Intention nach – eher eine Durchgangsphase, die mit der Perspektive einer Änderung in Zukunft in Kauf genommen wird, oder in gewissen Lebensumständen eine Erwerbstätigkeit ermöglichen. Aus sozial- und arbeitsmarktpolitischer Sicht problematisch werden diese Erwerbsverhältnisse allerdings dort, wo es den von diesen Verhältnissen erfassten Personen nicht gelingt eine andere Arbeitsform zu finden bzw. mit diesen Erwerbseinkommen langfristig ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Dementsprechend wichtig ist es daher hier am Wiener Arbeitsmarkt einerseits die steigende Zahl an atypisch Beschäftigten gleichberechtigt mit Standardbeschäftigten an betrieblichen Leistungen (wie Weiterbildung aber auch Sozialleistungen) teilhaben zu lassen und andererseits durch ein entsprechendes Übergangsmanagement den Übergang zwischen alternativen Beschäftigungsformen zu erleichtern.

Schlussendlich zeigen gerade die Analysen zu Mismatch und Umschlag, dass das Arbeitsmarktvermittlungssystem in Wien ebenfalls vor besonderen Herausforderungen steht. Abgesehen von der

---

<sup>37)</sup> Unter den vielen möglichen Maßnahmen in diesem Bereich sind hier vor allem Maßnahmen zur Vermeidung eines frühzeitigen Bildungsabbruches zu erwähnen, da gerade diese Gruppe in späteren Lebensphasen einen erhöhten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Interventionsbedarf hat (siehe *Landauer*, 2011 und 2011a, für eine Analyse und Handlungsempfehlungen).

<sup>38)</sup> Diese Erwartung kann auch durch empirische Ergebnisse gestützt werden. So gaben in einer repräsentativen Befragung im Jahr 2007 rund 46% der Wiener Beschäftigterbetriebe (zumeist Klein- und Kleinstbetriebe) an, über einen Zeitraum von 4 Jahren keine Weiterbildung angeboten zu haben (*Huber*, 2008).

<sup>39)</sup> Siehe *Brunello - Gambrotto* (2007) für internationale Evidenz für diesen Effekt und *Bauer et al.* (2010) für eine Untersuchung zu Wien.

Notwendigkeit einer überregionalen Zusammenarbeit mit den Umlandregionen in allen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik, besteht hier einerseits ein größerer Unterschied zwischen den am Arbeitsmarkt angebotenen und nachgefragten Qualifikationen als anderswo, andererseits bedeutet die Erhöhung des Umschlages eine steigende Zahl an Vermittlungsfällen. Die Entwicklung von Langzeitbeschäftigungs- und -arbeitslosigkeit deutet hier darauf hin, dass die kurzfristige Vermittlung von Arbeitslosen auf offene Stellen und die Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit ein geringeres Problem darstellt als die langfristige Integration von Arbeitskräften in Beschäftigung. Angesichts der substantiellen Unterschiede in der Qualifikation der Arbeitslosen und den Anforderungen der ArbeitgeberInnen wären zur Erreichung dieses Ziels wohl langfristige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die etwa auf den Erwerb eines Bildungsabschlusses zielen, sinnvoller als kurzfristige Maßnahmen, die den Arbeitslosen Teil- oder Zusatzqualifikationen vermitteln.

# LITERATURVERZEICHNIS

- Bartik, T.J., Eberts, R.W., Urban labor Markets, in Arnott R.J., Mc Millen D.P. A Companion to Urban Economics, Blackwell Publishing Ltd, London, 2006.
- Bauer, F., Hochholzer, R., Huber, P., Arbeitskräfteumschlag, Arbeitsmarktdichte und betriebliche Weiterbildung. Erste Ergebnisse anhand des Wiener Beschäftigungs- und Qualifizierungsmonitors, WIFO Working Papers 367/2010, 2010.
- Bauer-Wolf, S., Roth, M.C.M., Baumfeld, L., Riesenfelder, A., Stadt-Umland Migration Wien – Erforschung zielgruppenspezifischer Interventionspotentiale, ÖAR Regionalberatung GMBH und L&R Sozialforschung OEG, Wien, 2003.
- Biff, G., Bock-Schappelwein, J., Steinmayr, A., Riesenfelder, A., Migrantinnen und Migranten auf dem Wiener Arbeitsmarkt, Studie des WIFO und Lechner, Reiter & Riesenfelder Sozialforschung OEG im Auftrag des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (WAFF), Wien, 2008.
- Bonoli, G., "Time matters: Postindustrialization, New Social Risks and Welfare State Adaption in Advanced Industrial Democracies", Comparative Political Studies, 40, 2007, S. 495-520.
- Brunello, G., Gambarotto, F., Do Spatial Agglomeration and Local Labor Market Competition Affect Employer-Provided Training? Evidence from the UK, Regional Science and Urban Economics, 37(1), 2007, pp. 1-21.
- Brunow, S., Brenzel, H., The effect of a culturally diverse labour supply on regional income in the EU, Empirica, 39(4), 2012, S. 461-485.
- Challupner, G., Felix, C., Ordubadi, A., Analyse der KundInnengruppe "Jugendliche mit Migrationshintergrund" am Wiener AMS Jugendliche, AMS – Wien, Wien, 2007.
- Clasen, J., Cleg, D., New labour market risks and the revision of unemployment protection systems in Europe, in Esping-Andersen K, Bonoli G. (Hrsg.) The politics of postindustrial welfare states, London, Routledge, 2006.
- Dustmann, C., Glitz, A., Vogel, T., Employment, wages, and the economic cycle: Differences between immigrants and natives, European Economic Review 54, 2010, S. 1-17.
- Enzenhofer, E. et al., Ethnische Ökonomien – Bestand und Chancen für Wien – Endbericht, L&R Sozialforschung, Wien 2007.
- Fritz, O., Huber, P., Mayerhofer, P., Analyse der Wiener Pendlerströme, in Mayerhofer P. et al (Hrsg.) Bericht zur Wiener Wirtschaft. Konjunkturbericht 1. Halbjahr 2005, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2006.
- Huber, P., Individuelle Auswirkungen des Arbeitsplatzverlustes in der Wiener Sachgüterproduktion – Analyse anhand von Unternehmensschließungen, WIFO, Wien, 2007.
- Huber, P., Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen Teilbericht 2: Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt, WIFO-Monographien, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2010.
- Huber, P., Mayerhofer, P., Aktuelle Probleme des Wiener Arbeitsmarktes, WIFO, Wien, 2005.

- Huber, P., Nowotny, K., Der Arbeitsmarkt für ausländische Arbeitskräfte in Wien – Struktur und Entwicklung 2008/2010 in Mayerhofer P. et al (Hrsg.) Bericht zur Wiener Wirtschaft. Konjunkturbericht Frühjahr 2011, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2011.
- Kaupa, I., Kein, C., Kreiml, T., Riesenfelder, A., Steiner, K., Weber, M., Wetzels, P., Neue Erwerbsformen in Wien, LIT Verlag, Wien, 2008.
- Landauer, D., (2011), Frühe BildungsabbrecherInnen in Wien: Teil 1 Struktur, Analyse und Handlungsbedarf, Wien, 2011.
- Landauer, D., (2011a), Frühe BildungsabbrecherInnen in Wien: Teil 2 AMS Kursverhalten-Antritte, Abbrüche Beendigungen, Wien, 2011.
- Lasnigg, L., Leitner, A., Vogtenhuber, S., Wagner, E., Qualifizierung als Standortfaktor Modul 1: Arbeitsangebot, Institut für Höhere Studien, Wien, 2008.
- Leoni, T., Eppel, R., Women's Work and Family Profiles over the Lifecourse and their Subsequent Health Outcomes. Evidence for Europe, WWWforeurope Working Paper no 28, WIFO, Wien, 2013.
- Leoni, T., Eppel, R., New Social Risks Affecting Children. A Survey of Risk Determinants and Child Outcomes in the EU, WIFO Working Papers 386/2011, WIFO, Wien, 2011.
- Littig, B. et al., Erfolgsfaktor Qualifikation für WienerInnen mit Migrationshintergrund: Eine Bedarfsanalyse bei Unternehmen, Institut für höhere Studien, Wien, 2008.
- Mandl, I. et al., Endogenes Arbeitskräftepotential für die Internationalisierung Wiener Unternehmen, Einsatz von Personen mit Ost- und südosteuropäischen Migrationshintergrund für grenzüberschreitende Aktivitäten, KMU-Forschung Austria, Wien, 2005.
- Mayerhofer, P., De-Industrialisierung in Wien(?) Zur abnehmenden Bedeutung der Sachgütererzeugung für das Wiener Beschäftigungssystem: Umfang, Gründe, Wirkungsmechanismen, WIFO-Monographien, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2007.
- Mayerhofer, P., Fritz, O., Pennerstorfer, D., Dritter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens, WIFO-Monographien, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2010.
- Mayerhofer P., Huber P., Schönfelder S., Fritz O., Kunnert A. , Pennerstorfer D., Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen Teilbericht 5: Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen, WIFO-Monographien, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2010.
- Mayrhuber, Ch., Bock-Schappelwein, J., Rückert, E., Neue soziale Risiken in Österreich im europäischen Vergleich, WIFO-Monographien, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2012.
- Niebuhr, A., Migration and Innovation: Does Cultural Diversity Matter for Regional R&D Activity?, Papers in Regional Science 89(3), 2010, S. 563-585.
- Riesenfelder, A., Qualifikationsstandort Wien – Modul 3 Endbericht, L&R Sozialforschung, Wien. 2008.
- Riesenfelder, A., PendlerInnenstudie Wien, L&R Sozialforschung, Wien, 2011.
- Riesenfelder, A., Schelepa, S., Wetzels, P., Beschäftigungssituation von Personen mit Migrationshintergrund, L&R Sozialforschung, Wien, 2011.
- Riesenfelder, A., Schelepa, S., Matt, I., (2011a) Working Poor in Wien, L&R Sozialforschung, Wien, 2011.

Schlögl, P., Schmid, K., Standortfaktor Qualifikation Modul 4: Bildungsangebote und –träger, Öibf und Ibw, Wien, 2008.

Statistik Austria, Wanderungsstatistik 2011, Wien, Eigenverlag, 2012.

Steinmeyer, A., Die Bildungssituation der zweite Generation in Wien, ÖIF-Dossier No. 3, Österreichischer Integrationsfonds, Wien, 2009.

Zartler, U., Beham, M., Kromer, I., Leitgöb, H., Weber, Ch., Friedl, P., (Hg.): Alleinerziehende in Österreich. Lebensbedingungen und Armutsrisiken. Sozialpolitische Studienreihe. Band 7. Wien: BMASK, 2011.

MARTIN SCHÜRZ:<sup>40</sup>

# WIEN IST ANDERS? – EINKOMMENS- UND VERMÖGENSVERTEILUNG

## 1. EINLEITUNG

Im ersten Wiener Reichtumsbericht wurde die Vermögensverteilung in Wien beschrieben (siehe Fessler et al. 2012c). Das wesentliche Ergebnis war, dass sich in Wien die Vermögensverteilung noch ungleicher darstellt als in Restösterreich. Der Ginikoeffizient der Nettovermögensverteilung liegt in Österreich bei 0,76 und in Wien bei 0,80.

In diesem Beitrag wird der Stadt–Land Unterscheidung in der Ressourcenausstattung auf einer breiteren Basis nachgegangen. Wie unterscheiden sich die privaten Haushalte in Wien von jenen im Rest Österreich in Hinblick auf Vermögen, Verschuldung, Erbschaften, Einkommen und Ausgaben? Die Datenanalyse erfolgt deskriptiv und auf einer relativ aggregierten Ebene, da die Stichprobenanzahl relativ gering ist.

Im Herbst 2012 hat die Österreichische Nationalbank Daten zur Nettovermögensverteilung in Österreich veröffentlicht (siehe [www.hfcs.at](http://www.hfcs.at)). Der Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems (HFCS) wurde harmonisiert in 15 Ländern des Euroraums von den jeweiligen Notenbanken durchgeführt. Der HFCS ist eine Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum der Haushalte. In Österreich gab es vorher keine Erhebung auf Haushaltsebene, die Vermögen, Schulden, Einkommen und Ausgaben der Haushalte gemeinsam erfasst hätte. Die nun erstmals veröffentlichten detaillierten Daten ermöglichen daher ein erstes Bild zu den Finanzen privater Haushalte.

Beim HFCS handelt es sich aber um eine freiwillige Haushaltserhebung. Dies bedeutet, dass der obere Rand der Verteilung, die Reichen, und das Finanzvermögen - konzentriert bei den Reichen - nur unzureichend abgedeckt werden. Die Antwortverweigerungen bei jenen Vermögenskomponenten (Aktien, Anleihen, Unternehmensbeteiligungen), die meist gerade reiche Menschen haben, sind hoch. Dies führt zu beträchtlichen Unterfassungen. Bei einem Vergleich des aus der Stichprobe hochgerechneten Aggregats mit den Makrodaten gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung (GFR) zeigt sich folglich eine beachtliche Differenz (siehe Andreasch/Lindner 2013). Zwar erfassen die Finanzvermögenswerte in der GFR neben dem Vermögen der Haushalte im HFCS auch jenes von Personen in institutionalisierten Haushalten (Pflegeheime, Krankenhäuser, Gefängnisse, etc.) und auch jenes von selbständig Erwerbstätigen, und teilweise liegen andere Definitionen zu Grunde, trotzdem indiziert die Differenz, dass die Vermögenspositionen der Reichen in der HFCS Stichprobe untererfasst wurden. Zudem wurde im HFCS Austria 2010 auch kein oversampling (Spezialstichprobe der Vermögenden) vorgenommen. Schätzungen auf Basis der HFCS-Daten zur Vermögensverteilung bilden daher stets nur eine Untergrenze der tatsächlichen Ungleichverteilung (siehe auch Schürz 2012). Gini-Koeffizienten und Top-Anteile der Reichen wären jedenfalls in Wirklichkeit höher.

Vermögen erfüllt unterschiedliche Funktionen:

---

<sup>40</sup> Martin Schürz, Ökonom, Reichtums- und Vermögensforscher; Lektor an der WU und der FH des BFI

- (1) Einkommenserzielungsfunktion: Vermögen erbringt Einkommen in Form von Dividenden, Mieten, Pachten, Zinsen oder ausgeschütteten Gewinnen.
- (2) Nutzenfunktion: Sachvermögen kann für Produktions- und Konsumzwecke verwendet werden.
- (3) Sicherungsfunktion: Vermögen kann in Notfällen verwendet werden.
- (4) Weitergabefunktion: Vermögen kann vererbt und verschenkt werden.
- (5) Machtfunktion: Größere Vermögen verleihen gesellschaftlichen Status und politisch-ökonomische Macht.

Welche Funktion dominiert, hängt insbesondere von der Höhe des Vermögens ab, d.h. die Funktionen von privatem Vermögen unterscheiden sich zwischen Arm und Reich. Reiche Menschen können auf Basis ihres Vermögens Macht ausüben, während arme Menschen ihre Ersparnisse für Notfälle verwenden müssen. Vermögensungleichheit darf daher weder mit Einkommensungleichheit verwechselt werden, noch vorab mit Ungerechtigkeit gleichgesetzt werden, sondern muss in einem gesellschaftlichen Rahmen verortet werden, der auf die konkreten Lebensbedingungen achtet. Dies bedeutet für einen Vergleich von Wien und Restösterreich, dass Vorsicht bei Interpretationen geboten ist.

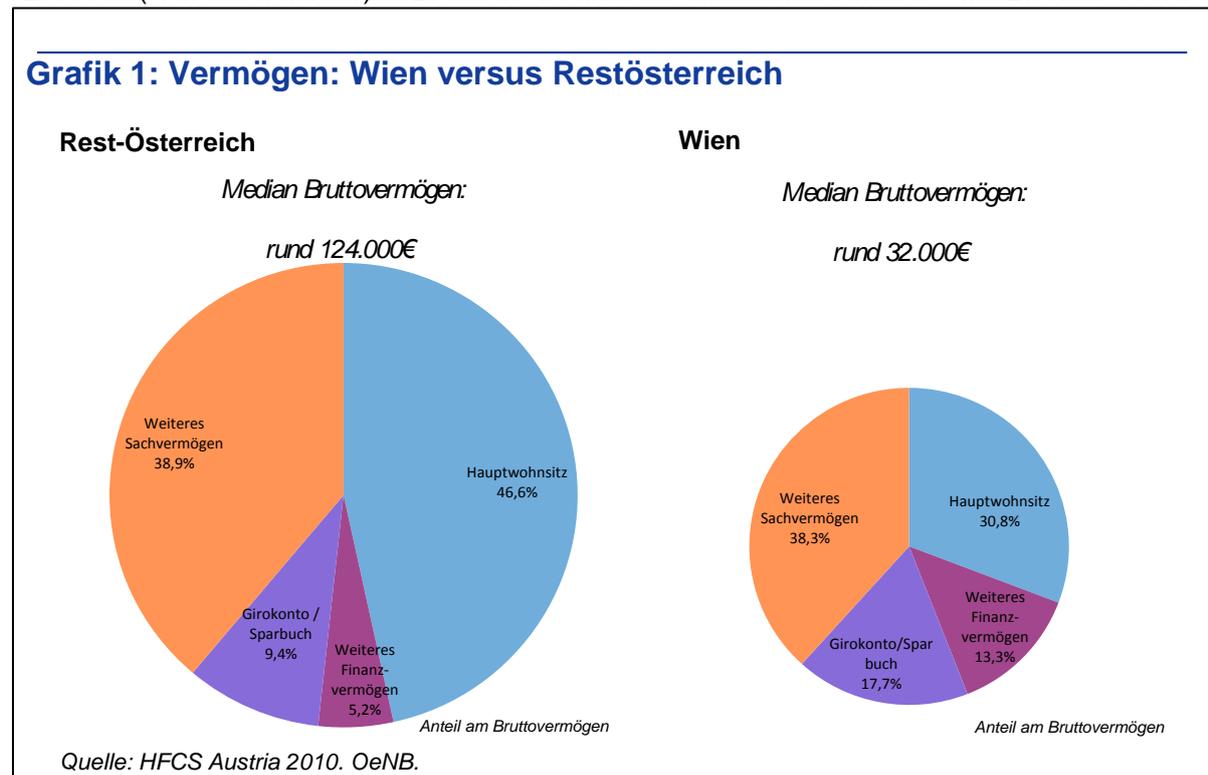
Privates Vermögen muss nicht für alle Menschen ein wichtiges Thema sein. Solange ihr Einkommen hinreichend ist und wichtige soziale Rahmenbedingungen gegeben sind, ist Vermögen in seiner Bedeutung nachgelagert. Ein funktionierender Wohlfahrtsstaat, ein effektives Gesundheitssystem, Vollbeschäftigung und eine hinreichend bezahlte und sichere Arbeit sind die entscheidenden Eckpfeiler für soziale Sicherheit und bilden damit für die große Gruppe der Nicht-Reichen eine Art Substitut für Vermögen. Vermögen ist daher in gewisser Weise subsidiär und wird für viele Menschen erst wichtig, wenn diese drei Säulen nicht tragen. Gibt es keine sozialen Wohnbauten, so müssen einkommensschwache Menschen eher Immobilieneigentum erwerben (länger bei den Eltern wohnen) und Verschuldung eingehen. Und existieren keine öffentlichen kostenfreien Schulen und Universitäten, so werden die notwendigen Ressourcen eine unüberwindbare Hürde für den Bildungsaufstieg einkommensarmer Schichten darstellen. Bei Armen kann die notwendige Reserve nicht aus privater Vorsorge kommen, da ihr niedriges Einkommen die Sparfähigkeit begrenzt. Erst in der Mitte erfüllt das Sparen – meist nachgelagert in Form der Kreditrückzahlung für den Immobilienerwerb – eine effektive Vorsorgefunktion. Und bei den Reichen passiert das Sparen gleichsam aus den nicht konsumierten Vermögenserträgen.

Die Vermögensverteilung unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der Einkommensverteilung (Davies/Shorrocks 2000, Davies et. al. 2007, Davies 2009). Fast alle Menschen beziehen ein Einkommen, sie besitzen jedoch nicht notwendigerweise Vermögen. Die Vermögensverteilung ist statistisch schwerer zu erfassen als die Einkommensverteilung, denn oft fehlen Daten aus administrativen Quellen wie zum Beispiel dem Steuerregister. Und die Vermögensungleichheit ist weit größer als jene der Einkommensungleichheit.

Auf Basis der Daten im HFCS werden im Folgenden, Informationen zu den materiellen Ressourcen (Vermögen und Einkommen) der Wiener Haushalte dargestellt. Die leitende Forschungsfrage lautet: unterscheiden sich die privaten Haushalte in Wien von jenen in Restösterreich in ihrer Ressourcenausstattung? Die Beantwortung dieser Frage erlaubt, zu überlegen auf welcher Ebene Ungleichheitsfragen überhaupt zu thematisieren sind, auf regionaler oder nationaler Ebene? Die einschränkende Vorbemerkung lautet aber, dass es sich beim HFCS Austria 2010 um Querschnittdaten handelt, die eine Momentaufnahme der Finanzen privater Haushalte ermöglichen, aber eine dynamische Betrachtung – Veränderung über die Zeit – nicht erlauben (siehe Andreasch et al. 2013).

## 2. VERMÖGENSZUSAMMENSETZUNG WIEN UND RESTÖSTERREICH

In Restösterreich liegt der Median des Bruttovermögens bei rund 124.000 €, in Wien hingegen nur bei 32.000€ (siehe Grafik 1). Die Unterschiede sind auf den ersten Blick beachtlich.



Das Finanzvermögen macht einen deutlich größeren Anteil am gesamten Bruttovermögen in Wien aus als in Restösterreich. Hingegen ist der Anteil der Vermögenswerte im Hauptwohnsitz in Restösterreich beträchtlich höher (46,6%) als in Wien (30,8%). Nach der Höhe des Vermögenswertes betrachtet, stellt selbstgenutzter Immobilienbesitz die wichtigste Anlageform dar. Privates Immobilienvermögen ist am Land viel wichtiger als in der Stadt.

Tabelle 1 zeigt die durchschnittlichen Portfolios von drei Vermögensgruppen (Perzentile: 0-20, 21-80 und 81-100). Die Haushalte in diesen Vermögensgruppen sind in Bezug auf ihr Vermögensvolumen und -zusammensetzung sehr heterogen. Vom typischen Wiener Haushalt zu sprechen wäre daher verfehlt. Bei den unteren 20% ist fast kein Vermögen vorhanden. Relativ betrachtet finden sich höhere Beträge beim Finanzvermögen als beim Sachvermögen. Beim Nettovermögen resultiert ein negativer Betrag. In der Mitte hingegen ist die Aufteilung zwischen Sach- und Finanzvermögen fast gleichwertig. Das Nettovermögen liegt bei fast 50.000 Euro. Bei den Top-20-Prozent hingegen dominieren die Sachvermögensbeträge, wobei es in erster Linie die Hauptwohnsitze im Eigentum sind. Das Nettovermögen erreicht im Durchschnitt 650.000 Euro.

Demnach zeigt sich in der Gesellschaft unten eine quasi-vermögenslose Welt, am Land und insbesondere in der Mitte eine Welt des Eigenheims und erst oben bei den Vermögenden gewinnt ein diversifiziertes Portfolio an Bedeutung. Notwendigerweise erfüllt das Vermögen für diese drei Vermögensgruppen völlig unterschiedliche Ziele.

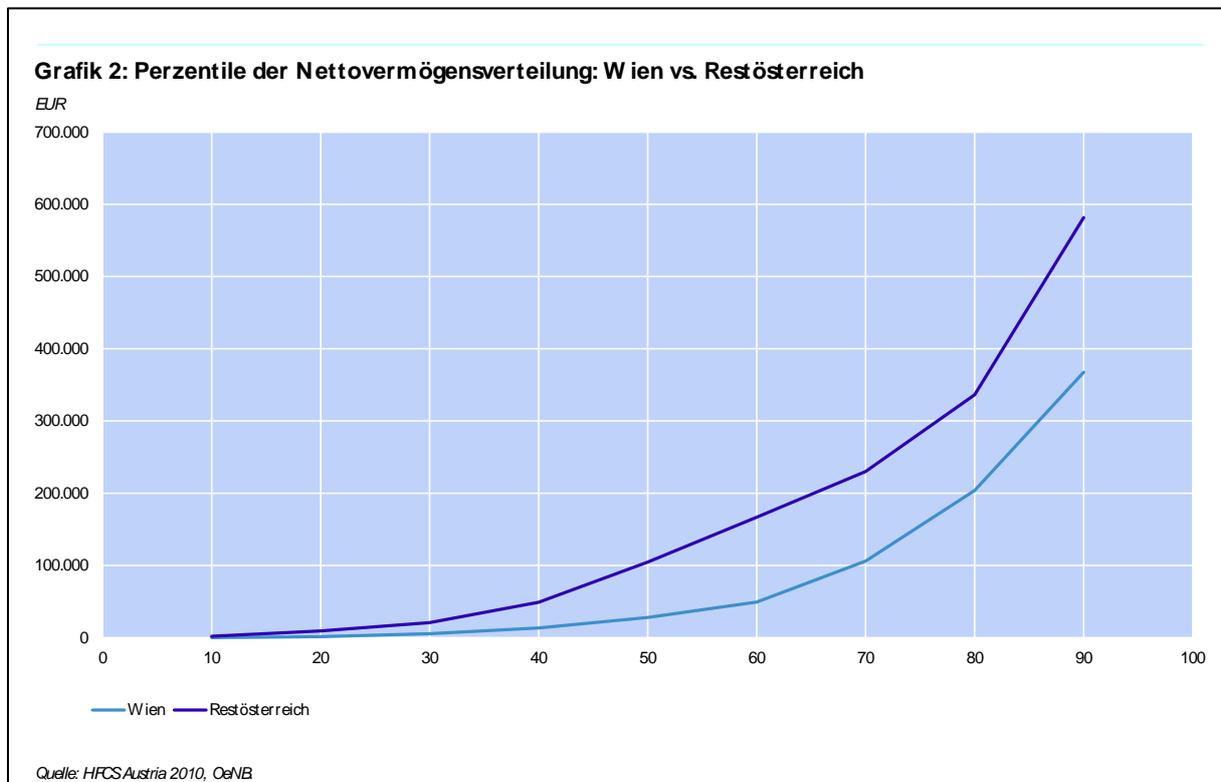
Tabelle 1: Durchschnittliche Portfolios verschiedener Vermögensgruppen in Wien

		0-20	21-80	81-100
Sachvermögen	+	185	28.424	504.073
Finanzvermögen	+	734	27.048	179.458
Bruttovermögen	=	918	55.471	683.531
Verschuldung	-	1.785	5.976	33.435
Nettovermögen	=	-867	49.495	650.095

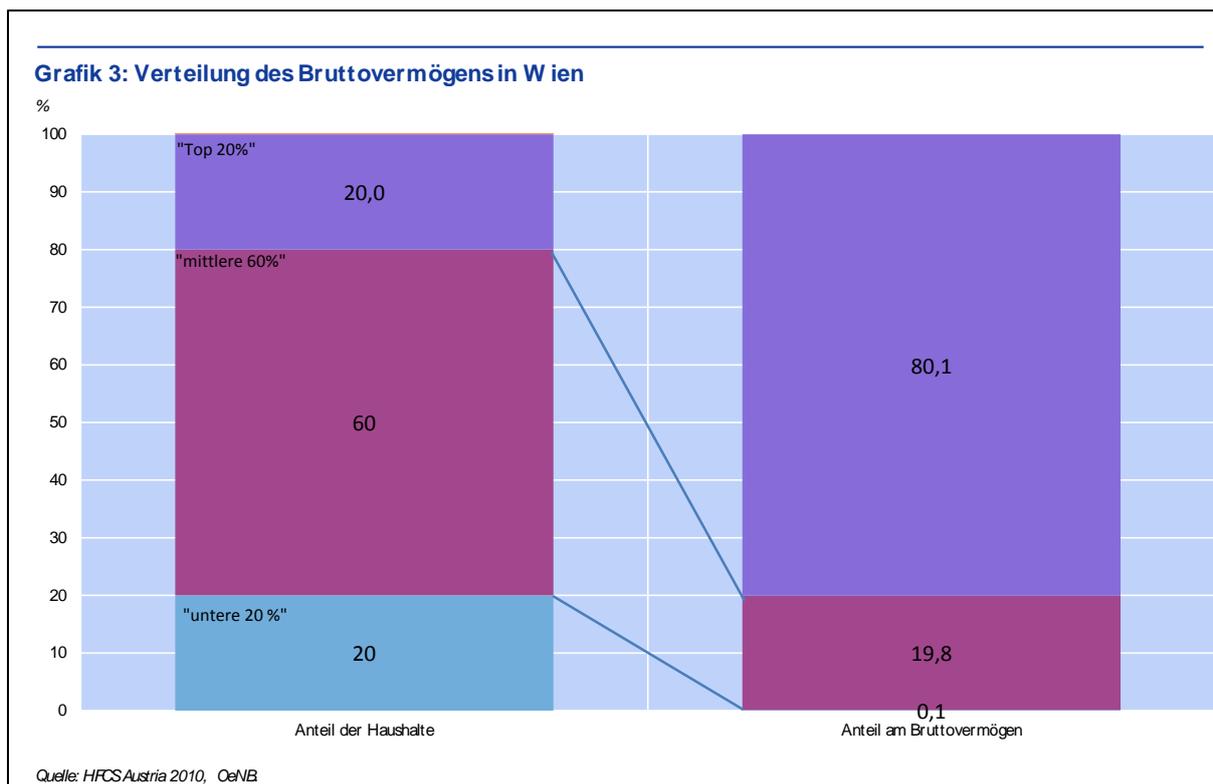
Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

### 3. VERMÖGENSVERTEILUNG WIEN

Privatvermögen ist konzentriert auf die obersten Perzentile. Doch gerade am rechten Ende der Verteilung ist die Unsicherheit hinsichtlich der Genauigkeit der Ergebnisse der Erhebung hoch. Die Mehrheit der Haushalte in Wien hat fast kein Vermögen und das obere Drittel hat fast 92% vom gesamten Vermögen.



Generell liegt die Höhe des Nettovermögens in Wien, wenn Perzentile verglichen werden, deutlich unter jener des Nettovermögens in Restösterreich (siehe Grafik 2).



Die Vermögensungleichheit in Wien wird vor allem durch die Ungleichheit bei der Sachvermögensverteilung getrieben (Ginikoeffizient von 0.84). Das Eigentum am Hauptwohnsitz bildet den zentralen Unterschied für die Vermögensausstattung in Wien gegenüber Restösterreich. Während in Restösterreich rund 56% der Haushalte ihren Hauptwohnsitz ihr Eigen nennen, sind es in Wien weniger als 20%. Wiener Haushalte verfügen etwas häufiger über weiteres Immobilienvermögen außerhalb ihres Hauptwohnsitzes. Dies sind vergleichsweise häufiger Schrebergärten und Zweitwohnsitze.

Die vorgefundenen Vermögensunterschiede zwischen Stadt und Land liegen zudem teils schlicht an der Untersuchungseinheit in der Vermögenserhebung. Der Fokus dieser Erhebung liegt nämlich auf Haushalten. Dies ist methodisch zwar sinnvoll, bei einem Vergleich aber problematisch, denn letztlich ginge es bei Wohlstandsvergleichen stets um Personen. Vergleicht man aber Haushalte, so dürfen jedenfalls nicht die Vermögen von Haushalten unterschiedlicher Haushaltsgrößen miteinander verglichen werden (siehe Andreasch/Fessler/Schürz 2013).

Welche Rolle Vermögen innerhalb des Haushalts (Intra-Haushaltsallokation) spielt, lässt sich auf Basis der HFCS-Daten nicht sagen. Vielfach wird Vermögen gemeinsam genutzt (etwa Immobilien oder Kraftfahrzeuge), aber andererseits gibt es insbesondere beim Finanzvermögen, nur Personen zurechenbare Vermögenskomponenten. Die interessante Frage nach Vermögensdifferenzen zwischen Männern und Frauen ist demnach nur schwer zu beantworten. Zu unterscheiden ist zwischen einem rechtlichen und einem nutzungsorientierten Eigentumsverständnis.

## 4. VERMÖGENSUNTERSCHIEDE UND HAUSHALTSSTRUKTUR

Am Land leben in Haushalten manchmal mehrere Generationen zusammen. Solche Haushaltstypen weisen daher tendenziell auch mehr erwachsene Bezieher von Erwerbseinkommen auf. Dies führt dann zu einem höheren Haushaltseinkommen und einer höheren Haushaltsvermögenposition. Solche Unterschiede besagen demnach nur etwas über unterschiedliche Haushaltsstrukturen, aber nichts über ärmere oder reichere Bundesländer.

In Wien gibt es deutlich mehr Single-Haushalte. Mehr als 80% der Haushalte in Wien bestehen aus Ein- oder Zweipersonen. Während in Restösterreich nur rund 35% der Haushalte aus einer Person bestehen, ist dies in Wien bei 51,2% der Haushalte der Fall. Korrigiert man um diesen höheren Anteil an kleinen Haushalten dann werden die Unterschiede zwischen Wien und dem Rest von Österreich beträchtlich geringer. Bis zu 50% der Differenz der Vermögenswerte zwischen Wien und Restösterreich können allein durch unterschiedliche Haushaltsgrößen erklärt werden.

	Gesamtösterreich	Wien	Restösterreich
1 Person	38,7	51,2	34,9
2 Personen	34,7	29,8	36,2
3 Personen	11,3	8,1	12,2
4 Personen	8,9	6,5	9,6
5 und mehr Personen	6,5	4,4	7,2

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Doch was bedeutet die Dominanz von Singlehaushalten in städtischen Gebieten? Einerseits reflektiert sie das geringere Angebot an Miet- und Sozialwohnungen am Land, welches junge Menschen dazu zwingt, länger bei ihren Ursprungsfamilien zu wohnen. Andererseits spiegelt sich darin ein gesellschaftlicher Trend der Individualisierung. Die Anschaffungs- und Lebenshaltungskosten für Einpersonenhaushalte sind jedenfalls höher. Kleinere Wohnungen sind relativ betrachtet teurer. Durch höhere Mietkosten wird auch die private Vermögensbildung erschwert. Zudem können verschiedene gesellschaftliche und individuelle Entwicklungen zusammenlaufen. Der Zuzug vom Land in die Stadt (Studium, Erwerbsarbeit,...), Veränderungen in der mittleren Lebensphase (Heirat, Kinder, Übersiedeln in Eigenheime an der Peripherie von Wien, ...) und solche im Alter (Scheidungen, Todesfälle, Pflege-notwendigkeiten) bereiten ein komplexes Feld von teils gegenläufigen Entwicklungen bei der Gruppe der Singlehaushalte auf. Mehrpersonenhaushalte zerfallen in Single-Haushalte und aus Single-Haushalten entwickeln sich Mehrpersonenhaushalte. Haushaltszusammensetzungen ändern sich über die Zeit und dies macht das Konzept in einer Querschnittsbetrachtung problematisch.

## 5. UNTERSCHIEDLICHE NOTWENDIGKEITEN VON VERMÖGENSKOMPONENTEN

Tabelle 3 zeigt die unterschiedlichen Formen der Hauptwohnsitznutzung, gegliedert nach Eigentum, Miete und unentgeltlicher Nutzung. Es zeigt sich in Wien im Vergleich zu Restösterreich ein ausgeprägter Unterschied innerhalb der Gruppe der Eigentümer und Mieter. Während die Anteile der Haushalte in Genossenschaftswohnungen in etwa gleich hoch sind, zeigt sich, dass jene Haushalte, die in Wien nicht im Eigentum stehen, relativ zu Restösterreich besonders häufig in den Kategorien Landes- oder Gemeindewohnung (rund 28% in Wien versus 7% in Restösterreich) oder Mietwohnung (rund 33% in Wien versus 15% in Restösterreich) zu finden sind.

		Wien in %	Restösterreich
Eigentum	Vollständig	18,3	53,1
	Teilweise	1,5	3,2
Miete	Genossenschaftswohnung	15,8	15,7
	Landes- oder Gemeindewohnung	27,9	7,0
	Mietwohnung	32,9	14,5
Unentgeltlich		3,7	6,5

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Unterscheiden wir die Mieter und Eigentümer nach den drei Vermögensgruppen (siehe Tabelle 4), dann zeigt sich, dass bei den untersten 20% der Vermögensverteilung keine Eigentümer dabei sind und auch bei der großen Gruppe in der Mitte der Vermögensverteilung (von 21 - 80) nur 10% im Eigentum wohnen. In diesen beiden Gruppen konzentrieren sich auch die Gemeindebaummieter.

		0-20 in %	21-80	80-100
Eigentum	Vollständig	0,0	10,0	61,8
	Teilweise	0,0	0,5	6,0
Miete	Genossenschaftswohnung	7,1	19,7	12,7
	Landes- oder Gemeindewohnung	45,2	30,0	3,9
	Mietwohnung	40,3	36,8	13,3
Unentgeltlich		7,4	3,0	2,3

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Für Wohlstandsvergleiche wären die privaten und öffentlichen Vermögenskomponenten zu gewichten. Ein wissenschaftlicher Konsens darüber, wird kaum zu erreichen sein, aber eine gesellschaftspoliti-

sche Diskussion darüber wäre nützlich zur Klärung von Präferenzen in einer Gesellschaft. Der soziale Wohnbau in Wien bildet ein starkes Substitut für den Mangel an Sachvermögen bei einkommensschwachen Gruppen.

Über 80% der Eigentümer ihres Hauptwohnsitzes finden sich in Wien in der Vermögensgruppe der Top-20-Prozent. Umgekehrt wohnen mehr als 45% der Haushalte in der untersten Vermögensgruppe (0-20) in Gemeindewohnungen. Hingegen leben in den Top-20-Prozent über zwei Drittel der Haushalte im Eigentum. Die Mieteranteile sinken über die Vermögensgruppen beträchtlich. Eigentum ist eine Wohnvariante, die Haushalten mit niedrigem Vermögen in Wien verschlossen ist.

Der niedrigen Eigentumsrate bei den Hauptwohnsitzen in Wien entspricht in Folge auch ein geringerer Anteil an Haushalten mit besicherter Verschuldung (siehe Tabelle 5). Zudem wird private Verschuldung traditionell bei Arbeitern, die häufiger in Wien als in Restösterreich vertreten sind, skeptisch betrachtet. Hier verbergen sich demnach auch klassenspezifische und kulturelle Komponenten. Die höhere Rate an unbesicherter Verschuldung bzw. das Überziehen des Kontos ist typisch für die in Wien häufiger anzutreffenden jungen Einpersonenhaushalte bzw. generell Haushalte am unteren Ende der Vermögensverteilung.

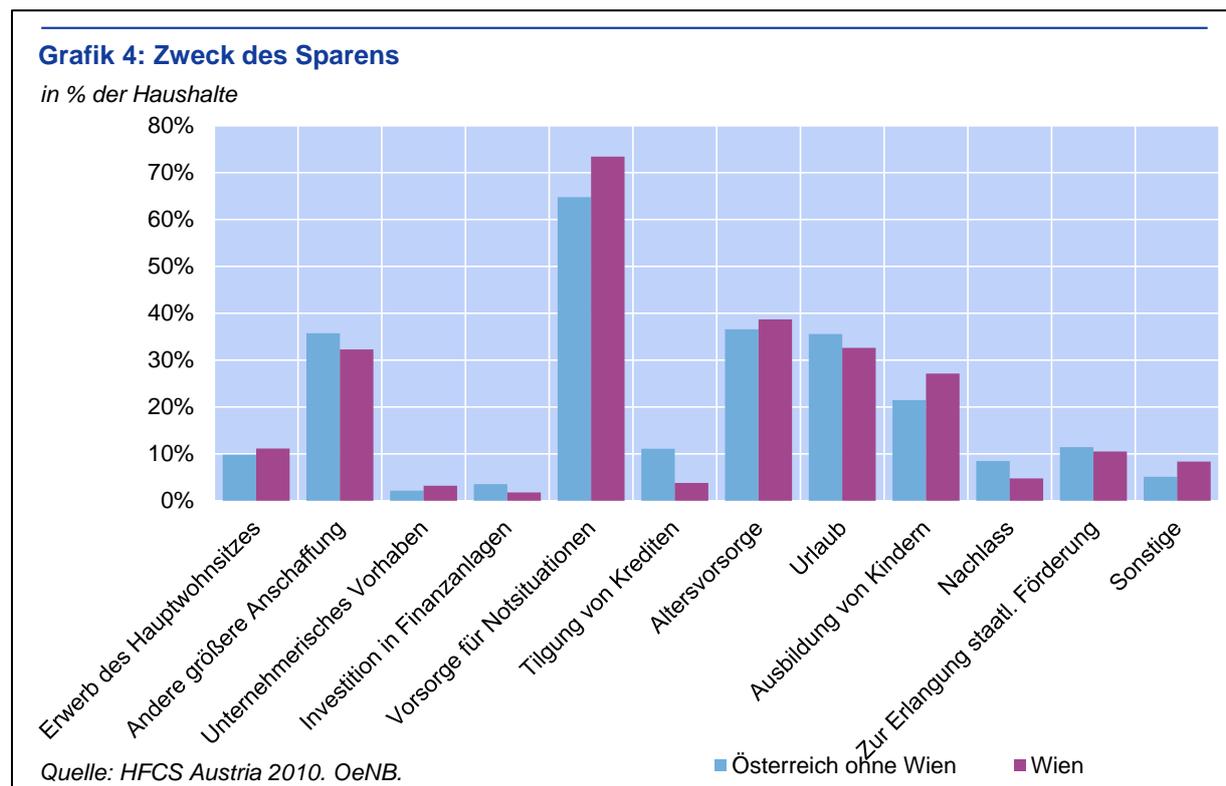
Ob ein Kraftfahrzeug nur ein Gebrauchsgut darstellt oder eine Form von Vermögen, ist umstritten. Doch sicherlich unterscheiden sich seine Verwendungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten auch geographisch. In Wien mit einem gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehrsnetz, wird ein Auto weniger notwendig sein als etwa im Waldviertel. Der PKW ist in Wien zwar die am weitesten verbreitete Sachvermögenskomponente. Mit einer Partizipationsrate von rund 54% ist das Eigentum an PKWs jedoch deutlich weniger verbreitet als in Restösterreich mit rund 81% (siehe Tabelle 5).

		Österreich	Wien	Restösterreich	
		Partizipation	Partizipation	Partizipation	
		in %	in %	in %	
Realvermögen	Kraftfahrzeuge	74,9	54,3	81,2	
	Hauptwohnsitz	47,7	19,8	56,2	
	Andere Wertgegenstände	23,6	39,9	18,6	
	Weiteres Immobilienvermögen	13,4	16,9	12,4	
	Unternehmensbeteiligungen (inkl. Landwirtschaften)	9,4	7,2	10,0	
Finanzvermögen	Girokonto	99,0	99,3	98,9	
	Sparkonten	87,1	83,9	88,1	
		Bausparvertrag	54,7	47,6	56,8
		Lebensversicherungen	38,0	39,9	37,4
		Geld, das andere dem Haushalt schulden	10,3	17,2	8,3
		Fonds	10,0	11,1	9,6
		Aktien	5,3	4,5	5,5
		Anleihen	3,5	5,0	3,1
		Anderes Finanzvermögen	2,3	2,3	2,2
	Verschuldung	Besicherte Verschuldung	18,4	7,8	21,6
		Hauptwohnsitz	16,6	5,3	20,1
		Andere Immobilien	2,4	2,8	2,2
Unbesicherte Verschuldung		21,4	27,4	19,5	
		Konto überzogen	13,6	20,1	11,7
		Unbesicherter Kredit	11,1	13,1	10,4
		Rückstand auf Kreditkarte	1,5	2,4	1,2

Quelle: HFCS-Austria 2010, OeNB.

## 6. SPAREN UND AUSGABEN – ÄHNLICH IN WIEN UND RESTÖSTERREICH

Die Sparzwecke der Menschen unterscheiden sich zwischen Wien und Restösterreich kaum. Erkennbar ist, dass die wichtigste Zielsetzung beim Sparen der Notgroschen ist. Die Altersvorsorge rangiert erst an zweiter Stelle, knapp gefolgt von Sparen für den Urlaub. Danach ist eine Vielfalt an Zielen des Sparens erkennbar. Jedenfalls zeigt sich bei den Sparmotiven nicht die besondere Stellung des kreditfinanzierten Eigenheims



Als wichtigste Fragen zum Konsum werden jene nach dem Lebensmittelkonsum zu Hause und außer Haus verstanden. Dabei handelt es sich in hohem Maß um Substitute, die aber einen großen Grad an Heterogenität aufweisen. Gefragt wurde im HFCS Austria 2010 nach den Ausgaben für Lebensmittel, die zu Haus konsumiert wurden und nach den Restaurantbesuchen. Ergebnis ist, eine unterschiedliche Bedeutung der zwei Ausgabeformen. In Wien nehmen außer Haus konsumierte Lebensmittel durchschnittlich eine größere Rolle ein.

	Restösterreich	Wien
Lebensmittel zuhause	4.640	4.320
Lebensmittel außer Haus	1.611	2.113
Lebensmittel insgesamt	6.251	6.432

Quelle: HFCS Austria 2010. OeNB.

Es sind demnach weder das Sparen noch die Ausgaben, welche die Vermögensunterschiede erklären (siehe Tabelle 6). Wir betrachten im Folgenden nur die Single-Haushalte in Wien und Restösterreich.

	Land	Wien
bis 25 Jahre	10.920	21.676
26-65 Jahre	154.483	74.939
66 und älter	98.842	134.837
Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB		

Die jüngste Single-Haushaltsgruppe setzt sich in der Universitätsstadt Wien stark aus Studenten zusammen. Da Bildungshintergrund ein wichtiger Indikator für eigenen Bildungserfolg ist und Bildung eine Variable ist, die mit Vermögen gut korreliert, überrascht die höhere Vermögensausstattung der Jungen in Wien nicht (Fessler et al. 2012d).

Die mittlere Altersgruppe der Single-Haushalte weist die größte Spreizung zwischen Wien und Restösterreich auf. Das Median-Bruttovermögen ist in Restösterreich mehr als doppelt so hoch wie in Wien. In dieser Lebensphase fallen unterschiedliche Erwerbsbiographien. In Wien finden sich weit mehr Akademiker unter den Single Haushalten. Akademiker starten später ins Berufsleben und ihre Vermögensakkumulation fällt dann stärker aus (höhere Erwerbseinkommen). Im Ruhestand sind es dann mehrheitlich (zu etwa 2/3) Frauen, welche die Gruppe der Single Haushalte ausmachen (Witwen, Scheidungen) und in dieser Altersphase haben die Wiener Haushalte vergleichsweise mehr an Vermögen. Das Muster der Vermögenspositionen in Wien und Restösterreich kann demnach plausibel nachgezeichnet werden, eine tiefergehende Betrachtung wird erst nach einigen Wellen des HFCS möglich sein.

## 7. ERBSCHAFTEN IN WIEN SELTENER UND NIEDRIGER - EINKOMMENSUNGLEICHHEIT IN WIEN HÖHER

In einem engen Zusammenhang mit der höheren Eigentümerquote am Land steht die Bedeutung des Erbens. In Wien wird weniger geerbt und auch der Median der Erbschaftswerte ist deutlich geringer als in Restösterreich.

	Restösterreich	Wien
Anteil der Haushalte mit Erbschaften	36,1%	32,9%
Median (konditional)	70.914	51.802
Quelle: HFCS Austria 2010. OeNB.		

Das Bruttohaushaltseinkommen setzt sich aus einer Vielzahl von Einkommenskomponenten zusammen (siehe Tabelle 9). Der konditionale Median liegt beim Einkommen aus Beschäftigung (selbstständig und unselbstständig) in Restösterreich höher als in den Wien; bei den anderen Komponenten ist es umgekehrt. Unternehmensbeteiligungen werden nur von wenigen Haushalten gehalten, erreichen aber einen beachtlichen Anteil von 21,9% am Bruttohaushaltseinkommen. Die Angaben zu den Einkommen aus Veranlagungen sind wenig informativ, da sie – wie oben angeführt - untererfasst wurden.

	Partizipation		Median (konditional)	
	Rest AT	Wien	Rest AT	Wien
Brutto Haushaltseinkommen	100%	100%	33.028	30.375
Einkommen aus unselbstständiger Beschäftigung	62%	57%	31.474	30.902
Einkommen aus selbstständiger Beschäftigung	15%	23%	19.362	11.900
Einkommen aus Pensionen	44%	36%	19.387	21.005
Einkommen aus öffentlichen Sozialtransfers (inkl. Arbeitsloseneinkommen)	32%	36%	4.121	4.800
Einkommen aus Anlagen (sowohl Finanz als auch Vermietung und Verpachtung)	77%	66%	199	176
Einkommen aus Unternehmensbeteiligungen (nicht selbständig beschäftigt)	4%	4%	3.260	7.122
Einkommen aus anderen Quellen	7%	9%	3.372	5.000

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Das Median Bruttohaushaltseinkommen ist in Wien um fast 10% niedriger als in Restösterreich. Die liegt nicht an geringeren Löhnen in der Bundeshauptstadt, sondern an den kleineren Haushaltsgrößen. Die Vermögenseinkommen zeigen die in der Einleitung besprochene Problematik der Untererfassung.

	Restösterreich	Wien
Gini-Koeffizient	0,411	0,446
Anteil des Top-1%	7,5%	9,4%
Anteil des Top-5%	20,4%	23,8%
Anteil des Top-10%	30,9%	33,9%
Anteil der unteren Hälfte	22,5%	20,9%

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

Sowohl die Top-Anteile am gesamten Einkommen sind in Wien größer als in Restösterreich, als auch der Ginikoeffizient liegt deutlich höher.

## 8. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Es zeigen sich zwar viele Ähnlichkeiten zwischen Wien und Restösterreich bei den Ressourcen privater Haushalte, beträchtliche Unterschiede ergeben sich aber beim Erben.

Der starke Unterschied beim Medianvermögen und in der Portfoliozusammensetzung zwischen Restösterreich und Wien geht nur zu einem geringen Teil zurück auf Einkommensunterschiede und auch die Konsumausgaben erklären nur relativ geringe Unterschiede; zudem liefert das Sparverhalten keinen Indikator zur Erklärung der Differenzen. Erhebliche Unterschiede bestehen beim Erben und in der Erbschaftshöhe. Kumuliert ergibt sich daher ein erheblicher Unterschied im Median des Nettovermögens.

Es gibt Unterschiede in der Zusammensetzung und in den Funktionen des Vermögens zwischen Wien und Restösterreich. Diese sind bei regionalen Vergleichen zu berücksichtigen. Auch die Struktur der Haushalte unterscheidet sich stark. So gibt es in Wien deutlich mehr Haushalte mit weniger Haushaltsmitgliedern. Insbesondere der Anteil an Einpersonenhaushalten ist höher als in Restösterreich. Die Vermögensausstattung dieser Single-Haushalte spiegelt aber eine Vielzahl an einander teils widersprechenden Entwicklungen wider.

Ein Ginikoeffizient von 0,86 für die Vermögensverteilung in Wien ist hoch. Und auch der Ginikoeffizient von 0,44 für die Einkommensverteilung ist vergleichsweise beträchtlich. Zwar wird er durch institutionelle Spezifika (wie sozialer Wohnbau), kleinere Haushalte tangiert, doch nicht relativiert. Der soziale Wohnbau wirkt positiv primär auf einkommensschwächere Haushalte. In einer Wohlfahrtsbetrachtung steht er in keinem direkten Substitutionsverhältnis zu privatem Vermögen. Die beträchtliche Vermögenskonzentration in Wien ist im HFCS untererfasst.

## LITERATURVERZEICHNIS

- Andreasch, M., Fessler, P., Schürz, M. 2013 HFCS des Eurosystems – Möglichkeiten und Einschränkungen von Ländervergleichen im Euroraum. In: Statistische Nachrichten 9/2013. 842-851
- Andreasch, M., Lindner, P. 2014. „Micro and macro data: A comparison of the Household Finance and Consumption Survey with Financial Accounts in Austria“ ECB Working Paper Series (forthcoming).
- Albacete, N., P. Lindner, K. Wagner, S. Zottel. 2013. Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2010. Methodological Notes for Austria. Monetary Policy & the Economy Q3/12 – Addendum.
- Albacete, N., M. Schürz 2013. Vergleich der Einkommensmessung für Haushalte in Österreich: HFCS versus EU-SILC in: Statistiken Q2/2013.
- Bover, Olympia. 2008. Wealth inequality and household structure US vs. Spain. Documentos de Trabajo 0804. Banco de España.
- Cowell, F., Kariagiannaki, A. McKnight. 2012. Mapping and Measuring the Distribution of household wealth: a cross-country analysis. GINI Discussion Paper 71.
- Davies, J., A. Shorrocks 2000. The Distribution of Wealth. In: Atkinson, A. B. and F. Bourguignon (eds.), Handbook of Income Distribution, Volume 1. Amsterdam: Elsevier. 605 – 675.
- Davies, J., S. Sandstrom, A. Shorrocks and E. Wolff. 2007. Estimating the Level and Distribution of Global Household Wealth. UNU-WIDER Research Paper 2007/77.
- Davies, J., 2009. Wealth and economic inequality. In: The Oxford Handbook of Economic Inequality. Oxford University Press. 127-150
- ECB. 2013a. The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey. Results from the First Wave. In: Statistics Paper Series 1 (April).
- ECB. 2013b. The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey. Methodological Report for the first wave. In: Statistics Paper Series 2 (April).
- Fessler, P., M. Schürz. 2010. Informationen zum kleinen Häuselbauer. In: Wirtschaft und Gesellschaft 36(2). 181–198.
- Fessler, P., P. Mooslechner, M. Schürz. 2012a. Household Finance and Consumption Survey in Österreich, Welle 2010: Erste Ergebnisse. In: Geldpolitik und Wirtschaft Q3/2012.
- Fessler, P., P. Mooslechner, M. Schürz. 2012b. Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich in: Sozialbericht 2011 – 2012 BMASK.
- Fessler, P.; Mooslechner, P., Schürz, M. 2012c. Wiener Reichtumsbericht. In: Wiener Sozialpolitische Schriften Band 6
- Fessler, P./Mooslechner, P./Schürz M. 2012d. Intergenerational Transmission of educational attainment in Austria. In: Empirica 39 (1), 65–86.
- Humer, S., M. Moser, M. Schnetzer, M. Ertl, Kilic A. 2014. Über die Bedeutung von Kapitaleinkommen für die Einkommensverteilung Österreichs in: Wirtschaft und Gesellschaft 1/2014

Schürz, Martin 2012. Kriterien zur Beurteilung von Vermögensverteilungen in: Arbeiterkammer Verteilungspolitik Band 1

MICHAEL MESCH:<sup>41</sup>

## DIE BERUFSSTRUKTUR DER BESCHÄFTIGUNG IN WIEN 2001-2012

### 1. EINLEITUNG

Zu jenen Indikatoren, welche über die Richtung des Strukturwandels und mithin die Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit von hoch entwickelten und hochrangigen urbanen Zentren Aufschluss geben können, zählen der Wandel der Bildungs- und der Berufsstruktur der Beschäftigung. Verbesserungen der Bildungs- bzw. der Berufsstruktur der städtischen Beschäftigung zeigen fortschreitende Spezialisierung der urbanen Wirtschaft auf wissensintensive Dienstleistungs- und Fertigungsbereiche an.

In diesem Beitrag soll anhand von Volkszählungs- und Mikrozensusdaten untersucht werden, in welche Richtung sich die Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien während des Zeitraums 2001-12 verschob. Im Vordergrund steht dabei die Frage, ob – wie aufgrund von standorttheoretischen Überlegungen und internationalen Vergleichen zu erwarten ist – ein Berufsstrukturwandel zugunsten von hoch qualifizierten Angestelltenberufen erfolgte. Änderungen der berufsbezogenen Qualifikationsstruktur der Beschäftigung ergeben sich nicht nur aus dem Branchenstrukturwandel, sondern auch aus dem brancheninternen Berufsstrukturwandel. In diesem Zusammenhang soll geklärt werden, ob eine etwaige berufsstrukturelle Verschiebung in Richtung auf hoch qualifizierte Angestelltenberufe auf Branchenstruktureffekte und/oder brancheninterne Berufsstruktureffekte (qualifikationsbezogene Aufwertung von Sparten und Branchen) zurückgeht.

### 2. SPEZIALISIERUNG UND WIRTSCHAFTSSTRUKTURELLER WANDEL IN HOCHRANGIGEN URBANEN ZENTREN

Hoch entwickelte Volkswirtschaften, deren Unternehmen relativ nahe an der Technik- bzw. Effizienzgrenze operieren, müssen auf innovationsorientierte Wachstumsstrategien setzen.<sup>42</sup> Standorttheoretische Überlegungen lassen erwarten, dass sich hochrangige urbane Zentren mit Hauptstadtfunktion in diesen Ländern vor allem auf wissensintensive Marktdienstleistungen, auf öffentlich finanzierte Dienst-

---

<sup>41</sup> : Michael Mesch ist Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien und geschäftsführender Redakteur der Quartalszeitschrift „WuG“

<sup>42</sup> Siehe dazu Bock-Schappelwein et al. (2012, 2013). Zu den empirischen Werten von Indikatoren, welche die Spezialisierung auf wissensintensive Wirtschaftszweige (Spitzentechnik-Industriezweige, Hochtechnik-Industriezweige, wissensintensive Dienstleistungen) messen, in den EU-Ländern siehe Schiersch, Gornig (2013).

leistungen (Gesundheits-, Bildungswesen, öffentliche Verwaltung) und auf hochrangige Funktionen (Hauptverwaltung etc.) im Bereich anderer Marktdienstleistungen spezialisieren.

Neuere Ansätze der Standorttheorie<sup>43</sup> wie die „Neue Wirtschaftsgeografie“ tragen der Tatsache Rechnung, dass die Standortentscheidungen von Unternehmen nicht unabhängig voneinander sind, sondern Wechselwirkungen zwischen ihnen bestehen. Die zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebene räumliche Verteilung von Aktivitäten beeinflusst also die Standortbedingungen für neu hinzukommende Betriebe.

Bei den Agglomerationseffekten lassen sich (unternehmens-)interne Effekte (Skaleneffekte) und externe Effekte (Interdependenzen zwischen Betrieben) unterscheiden, bei letzteren Effekten wiederum Lokalisationseffekte (externe Effekte zwischen Betrieben einer Branche) und Urbanisationseffekte (externe Effekte zwischen Betrieben verschiedener Branchen).

Zu den Lokalisationseffekten zählen beispielsweise technische Externalitäten innerhalb einer Branche: Sind Firmen räumlich konzentriert, so kann implizites Wissen über technische und organisatorische Innovationen von Firma zu Firma sickern (Wissens-Spillovers, innovative Milieus). Die Vorteile eines regional konzentrierten branchenspezifischen Arbeitsmarktes bestehen darin, dass Unternehmen leichter qualifizierte und angemessen spezialisierte Arbeitskräfte finden.

Urbanisationseffekte sind beispielsweise die wechselseitigen Vorteile (Kosten- und Nachfrageeffekte), die sich aus der regionalen Konzentration von End- und Zwischengüterproduzenten ergeben. Diese Vorteile steigen mit der Größe des regionalen Marktes.

Für wissensintensive, spezialisierte „gebundene“ Dienstleistungen (d. s. solche, die die gleichzeitige physische Anwesenheit von Produzenten und Konsumenten erfordern) sind ein großes Marktgebiet und interne Agglomerationsvorteile von entscheidender Bedeutung: Sie benötigen ein größeres Marktgebiet, um das Kaufkraftvolumen, welches für das Überleben ihrer Anbieter erforderlich ist (die „untere Grenze der Reichweite“) zu erreichen. Derartige gebundene Dienste werden daher vorwiegend in großen Zentren angeboten. Dort können die betreffenden Unternehmungen auch Skalenerträge erzielen: Diese internen Ballungsvorteile kommen u. a. durch eine höhere Auslastung der Kapazitäten zustande.

Für wissensintensive „ungebundene Dienstleistungen“ erweisen sich die Verfügbarkeit und die Zugangskosten zu den benötigten Inputs (v. a. hoch qualifizierte WissensbearbeiterInnen, Informationen und Wissen) sowie externe Agglomerationsvorteile (Lokalisations- und/oder Urbanisationseffekte) als bestimmend für die Standortwahl. Zu den hier relevanten Urbanisationseffekten gehören Kontaktvorteile, eine hohe Informations- und Wissensdichte (insbesondere in Bezug auf nicht kodifiziertes Wissen), welche Wissens-Spillovers begünstigt, ein innovatives Milieu, die Größe des Absatzmarktes, die räumliche Nähe (Standortgemeinschaft) von anderen Unternehmungen aus diesen Branchen, von Unternehmenszentralen von Großfirmen aus der Sachgüterproduktion und dem tertiären Sektor, von öffentlichen Forschungseinrichtungen und Universitäten, ein großes und differenziertes Angebot an hoch qualifizierten Arbeitskräften, die hochwertige Infrastruktur im Verkehrs- und im Telekombereich, das reiche Angebot an Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Daraus resultiert für komplexe und nicht standardisierbare Dienstleistungen dieses Typs eine erhebliche räumliche Konzentration. Nur größere Städte und deren Umfeld bieten die relevanten externen Agglomerationsvorteile (Verfügbarkeit von hoch qualifizierten Arbeitskräften, differenziertes Angebot von Wirtschafts- und anderen intermediären Diensten, Wissens-Spillovers, generell höhere Informationsdichte).

---

<sup>43</sup> Siehe dazu Maier, Tödting (2006) Kapitel 5, S. 95ff.

Empirische Daten zur Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur der europäischen Großstädte bestätigen die theoretischen Erwartungen:<sup>44</sup> Hoch entwickelte Großstädte sind auf Marktdienstleistungen und hier vor allem auf wissensintensive Dienste spezialisiert. Sofern diese hochrangigen urbanen Zentren Hauptstädte sind, bilden sie auch national dominierende Zentren öffentlich finanzierter Dienstleistungen.

Beides trifft auch auf Wien zu, wie einschlägige Studien über die Wiener Wirtschaftsstruktur in den letzten Jahren zeigen.<sup>45</sup> Anhand der Lokalisationskoeffizienten der Erwerbstätigen 2008 belegen Mayerhofer et al. (2010, S. 100f) die Spezialisierung Wiens auf Marktdienste im Allgemeinen (LQ 105,8; hoch entwickelte europäische Großstädte 107,9), im Besonderen auf wissensintensive Dienstleistungen wie Finanzdienste (LQ 108,5 bzw. 131,8) und Sonstige Marktdienstleistungen (darunter die Unternehmensbezogenen Dienste) (LQ 114,5 bzw. 114,1), aber auch auf den Fremdenverkehr (LQ 108,1 bzw. 105,8) sowie Verkehr und Nachrichtenwesen (LQ 105,4 bzw. 100,9) und schließlich die Nicht-Marktdienste (Bildungs-, Gesundheits-, Sozialwesen, öffentliche Verwaltung etc.) (LQ 113,1 bzw. 100,0).

Wandel in der Beschäftigungsstruktur resultiert zum einen aus Verschiebungen zwischen Branchen (Branchenstruktureffekt), zum anderen aus Verschiebungen innerhalb der einzelnen Branchen (brancheninterner Strukturwandel). Letztere ergeben sich aus Änderungen der Anteile von Industrie- bzw. Dienstleistungssparten (ÖNACE-Gruppen = Dreistellern) innerhalb von Branchen (ÖNACE-Abteilungen = Zweistellern) sowie innerhalb der Sparten aus Anteilsänderungen von Unternehmungen, z. B. durch Unternehmensgründungen bzw. -schließungen und durch unterschiedliches Unternehmenswachstum. Ein adäquates Bild des Strukturwandels und folglich der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit von Städten liefert daher nur eine gemeinsame Analyse des Strukturwandels zwischen und innerhalb der Branchen.<sup>46</sup>

Ursachen der weiter anhaltenden Verschiebungen in der Branchenstruktur der Beschäftigung urbaner Zentren zugunsten des tertiären Sektors können erstens branchenweise unterschiedliche Produktivitätstrends sein, zweitens Veränderungen in der Zusammensetzung der Nachfrage der privaten Haushalte nach Sachgütern und Dienstleistungen, und zwar infolge von unterschiedlichen Einkommenselastizitäten der Nachfrage, von Geschmacksänderungen, von exogen induzierten Änderungen der relativen Preise, aber auch infolge von Änderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung etc. Drittens können tertiäre Branchen auch aufgrund von überproportionalem Wachstum der intermediären Nachfrage und der Endnachfrage (Investitionen, Exporte) von Seiten der Unternehmungen an Bedeutung gewinnen. Viertens fördern die oben ausgeführten Besonderheiten der städtischen Standortbedingungen die Tertiärisierung der Beschäftigung.<sup>47</sup>

Die Studie von Mayerhofer et al. (2010, S. 101ff) zur Wettbewerbsfähigkeit Wiens fördert mehrere hoch relevante Ergebnisse bezüglich des Beschäftigungsstrukturwandels in Wien in den 1990er- und 2000er-Jahren zutage:

1.) verlief der Beschäftigungsstrukturwandel in Wien 1991-2008, gemessen am „Index of Compositional Structural Change“ (ISC), um fast die Hälfte rascher als im Durchschnitt der europäischen Großstädte. Angesichts des empirisch erwiesenen positiven Einflusses strukturellen Wandels auf Produkti-

---

<sup>44</sup> Vgl. Mayerhofer, Fritz, Pennerstorfer (2010) 99ff.

<sup>45</sup> Siehe Mayerhofer, Fritz, Pennerstorfer (2010); Mesch (2007a).

<sup>46</sup> Vgl. Janger (2012) 628.

<sup>47</sup> Zu den Ursachen der Tertiärisierung der Beschäftigung siehe: Baumol (2001); Kratena (2005); Mesch (2005a); Schettkat, Yocarini (2003).

vitätsentwicklung und Wirtschaftswachstum ist schon dieses Faktum allein grundsätzlich positiv zu bewerten.<sup>48</sup>

Zweifellos war die erhebliche Beschleunigung des Beschäftigungsstrukturwandels in Wien während der 1990er-Jahre v. a. eine (indirekte) Folge der Ostöffnung ab 1989 und des österreichischen EU-Beitritts 1995. Diese historischen Umbrüche wirkten als „Strukturpeitsche“, zwangen die Wiener Unternehmen, die Modernisierungs- und Rationalisierungsanstrengungen wesentlich zu verstärken.<sup>49</sup>

2.) wird anhand des Entropiemaßes gezeigt, dass sich die Wiener Branchenbeschäftigungsstruktur 1991-2008 der durchschnittlichen Struktur europäischer Großstädte annäherte. Wien nahm also in besonderem Maße an der deutlichen Strukturkonvergenz im europäischen Städtesystem teil.

3.) Gleichzeitig nahm der Branchenspezialisierungsgrad Wiens, gemessen am Hirschman-Herfindahl-Index, nicht etwa ab, sondern zu. Aus den Ergebnissen 2 und 3 kann geschlossen werden, dass die Branchenspezialisierungstendenz in Wien verstärkt mit jenen anderer hoch entwickelter Großstädte im europäischen System gleichgerichtet ist.

4.) Die branchenbezogene Spezialisierung erfolgte in Wien zwischen 1991 und 2008 v. a. in Richtung auf wissensintensive Marktdienste, genauer gesagt auf die überwiegend unternehmensbezogenen „Sonstigen Marktdienste“, und zugunsten des Fremdenverkehrs.

5.) Mayerhofer et al. (2010) ordnen erstmals die Branchen gemäß ÖNACE-2008-Klassifikation nach ihrer Qualifikationsintensität, und zwar sowohl die Sachgüter- als auch die Dienstleistungsbranchen. Hinsichtlich der Entwicklung der unselbstständigen Beschäftigung zwischen 2000 und 2008 zeigt sich, dass im Wiener Dienstleistungssektor die Branchen mit mittlerer, angestelltenorientierter Qualifikation (+1,6% p. a.) und die Branchen mit hoher Qualifikation (+0,8% p. a.) die höchsten Zuwachsraten verzeichneten und in der Sachgüterproduktion ausschließlich die Beschäftigung in Branchen mit hoher Qualifikation zunahm (+1,6% p. a.), während sie in allen anderen Sachgüterbranchen deutlich abnahm. Diese Resultate belegen zum einen die Bedeutung des Strukturwandels zwischen Branchen für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Wiens und zum anderen die sektorunabhängig generelle Richtung des Beschäftigungsstrukturwandels in Wien, nämlich zugunsten von wissensintensiven Aktivitäten.

Janger (2013) zeigt anhand der Indikatoren (1) strukturbereinigte F&E-Intensität des Unternehmenssektors und (2) Qualität der Exporte der Sachgüterbranchen die qualitäts- und wissensbezogene Branchenaufwertung (upgrading) in Österreich, d. h. die Verbesserung der Qualitäts- und Wissensintensität der Produktion innerhalb der Branchen.

Diese branchenbezogene Aufwertung resultiert aus der fortschreitenden Spezialisierung auf wissensintensive Sparten und/oder dem Aufstieg auf der Produktqualitätsleiter in den einzelnen Sparten. Beides bedingt die Ausweitung von Innovations- und F&E-Aktivitäten, also die Verschiebung zu Berufen und Tätigkeiten mit höheren Qualifikationsanforderungen, d. h. verstärkten Bedarf an mittel und hoch qualifizierten Beschäftigten.

Die angeführten empirischen Resultate belegen den Beitrag von Branchenstrukturwandel und brancheninternem Strukturwandel zu den Verschiebungen der Beschäftigungsstruktur in Richtung auf wissensintensive Aktivitäten und somit zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft.

---

<sup>48</sup> Vgl. Mayerhofer (2005).

<sup>49</sup> Siehe dazu Mayerhofer (2006, 2007); Mayerhofer et al. (2007).

### 3. BERUFSSTRUKTURELLER WANDEL DER BESCHÄFTIGUNG IN WIEN – GENERELLE TENDENZEN

Bezüglich der Qualifikationen der Erwerbstätigen bietet der Mikrozensus zwei wichtige Indikatoren, nämlich zum einen Daten über den höchsten formalen Ausbildungsabschluss (im Rahmen der schulischen Ausbildung und im Rahmen der Berufsausbildung [Lehrabschluss, Meisterprüfung]) nach der internationalen Bildungsklassifikation ISCED-97 („International Standard Classification of Education“) und zum anderen Daten über den ausgeübten Beruf gemäß der internationalen Berufssystematik ISCO-08 („International Standard Classification of Occupations“), die das Element der Bildungsqualifikation stark berücksichtigt (siehe dazu Kapitel 3.1). Während die Bildungsabschlüsse der Berufstätigen lediglich das Potenzial des verfügbaren Humankapitals anzeigen, liefern Daten zur Berufsstruktur der Beschäftigung Hinweise auf das tatsächlich aktivierte Humankapital und das Ausmaß seiner Spezialisierung.

Hoch entwickelte Volkswirtschaften wie Österreich spezialisieren sich zunehmend auf wissensintensive Aktivitäten. In noch stärkerem Maße gilt das für hochrangige urbane Zentren in ebendiesen Ländern, so auch für Wien, wie in Kapitel 2 anhand einschlägiger Literatur gezeigt wurde. Zum Nachweis der fortschreitenden Spezialisierung auf wissensintensive Aktivitäten werden dort erstens Indikatoren des (Beschäftigungs-)Strukturwandels zwischen Branchen und zweitens Indikatoren für den Strukturwandel innerhalb von Branchen herangezogen. Weitere Indikatoren, welche über die Richtung des Strukturwandels und mithin die Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit von hoch entwickelten und hochrangigen urbanen Zentren Aufschluss geben können, sind der Wandel der Bildungs- bzw. der Berufsstruktur der Beschäftigung. Mit anderen Worten: Verbesserungen der Bildungs- bzw. der Berufsstruktur der städtischen Beschäftigung zeigen fortschreitende Spezialisierung der urbanen Wirtschaft auf wissensintensive Dienstleistungs- und Fertigungsbereiche an. In diesem Beitrag gilt das Augenmerk dem Indikator Berufsstrukturwandel der Beschäftigung.

Änderungen der Struktur der berufsbezogenen Qualifikationen der Erwerbstätigen resultieren aus:<sup>50</sup>

- 1.) dem Strukturwandel zwischen Branchen (ÖNACE-Abteilungen) (Branchenstruktureffekt);
- 2.) dem Strukturwandel innerhalb der einzelnen Branchen. Dieser wiederum kann verschiedene Ursachen haben:
  - a) Verschiebungen zwischen Sparten (ÖNACE-Gruppen) innerhalb der einzelnen Branchen (Spartenstruktureffekt);
  - b) Veränderungen der Unternehmensstruktur innerhalb der einzelnen Sparten, durch Ein- bzw. Austritt von Unternehmen und/oder Verschiebungen zu schneller wachsenden Unternehmen (Unternehmensstruktureffekt);
  - c) Berufsstrukturverschiebungen in den einzelnen Unternehmen (Berufsstruktureffekt). Solche ergeben sich aus fortschreitender Arbeitsteilung und Spezialisierung, aus der Diffusion neuer Techniken, insbesondere der universellen Anwendung der modernen Informations- und Kommunikationstechni-

---

<sup>50</sup> Vgl. dazu Bock-Schappelwein et al. (2012) 43ff.

ken (IKT) (qualifikationsverzerrter technischer Fortschritt<sup>51</sup>), damit verbundenen und zusätzlichen organisatorischen Anpassungen sowie überhaupt aus Prozess- und Produktinnovationen.

d) Veränderungen der Tätigkeitsstruktur in einzelnen Berufen (Tätigkeitsstruktureffekt), ebenfalls aus den unter c) genannten Gründen. Die Tätigkeiten werden anspruchsvoller und komplexer hinsichtlich der Aufgabeninhalte und Qualifikationsanforderungen,<sup>52</sup> ihre Struktur verschiebt sich in den hoch entwickelten Ländern tendenziell zugunsten von analytischen Nicht-routinetätigkeiten, interaktiven Nicht-routinetätigkeiten und manuellen Nicht-routinetätigkeiten sowie zulasten von kognitiven Routinetätigkeiten und manuellen Routinetätigkeiten.<sup>53</sup>

Die in Kapitel 2 angesprochene qualitäts- und wissensbezogene Aufwertung von Branchen und der Aufstieg von Unternehmen auf der Produktqualitätsleiter in den einzelnen Sparten spiegeln sich in den Effekten 2a) bis 2d) wider, denn derartiger brancheninterner Strukturwandel bedingt verstärkte Nachfrage nach Personen mit höherer berufsbezogener Qualifikation. Während anhand der Veränderungen der branchenbezogenen Berufsstrukturen der Beschäftigung Aufschlüsse über die Richtung des Strukturwandels in den einzelnen Wirtschaftsklassen gewonnen werden können, erlauben die Mikrozensusdaten aus verschiedenen Gründen keine Aussagen über die Bedeutung der Effekte 2a) bis 2d) im Einzelnen.

### 3.1 Berufe nach ÖISCO-08

Seit 2011 kommt in Österreich die neue Systematik der Berufe ÖISCO-08 zur Anwendung.<sup>54</sup> Die ÖISCO-08 ist die nationale Version der „ISCO-08 International Standard Classification of Occupations“ der ILO. Sie löste die vorhergegangene Klassifikation ÖISCO-88 ab.

Die ISCO-Berufssystematik, welche im Vergleich zu früheren Berufsklassifikationen (etwa der „Österreichischen Berufssystematik“ ÖBS) verstärkt das Element der Bildungsqualifikation (höchster formaler Bildungsabschluss) berücksichtigt, sieht auf der höchsten Aggregationsebene auch in der aktuellen Version ÖISCO-08 zehn „Berufshauptgruppen“ (Einsteller) vor. Die Erfassungsbereiche der einzelnen Berufshauptgruppen gemäß ÖISCO-08 sind jedoch in keinem Fall deckungsgleich mit den Erfassungsbereichen der jeweiligen Vorläufer-Berufshauptgruppen aus ÖISCO-88.<sup>55</sup> Die Anzahl der Untergliederungen in den (unverändert) drei Hierarchieebenen darunter (Berufsgruppen, Berufsuntergruppen, Berufsgattungen) wurde jeweils deutlich erhöht. Auf der zweiten Hierarchieebene beträgt die Anzahl der „Berufsgruppen“ nun 43 statt bisher 28:

<1> „Führungskräfte“: Die bisher auf der Zweisteller-Ebene für den Bereich der Privatwirtschaft bestehende Unterscheidung zwischen „Geschäftsleitern und Geschäftsbereichsleitern in großen Unternehmen“ und „Leitern kleiner Unternehmen“ wurde beseitigt. Die neue Struktur besteht aus vier Berufsgruppen: <11> „Geschäftsführer, Vorstände, leitende Verwaltungsbedienstete und Angehörige gesetzgebender Körperschaften“, <12> „Führungskräfte im kaufmännischen Bereich“, <13> „Führungskräfte in der Produktion und bei speziellen Dienstleistungen“, <14> „Führungskräfte in Hotels und Restaurants, im Handel und in der Erbringung sonstiger Dienstleistungen“. Im Gegensatz zu den Berufshauptgruppen 2 bis 9 ist die Hauptgruppe 1 nicht einem bestimmten ausbildungsbezogenen Anforderungsniveau zugeordnet. (Laut MZ-AKE hatten im Durchschnitt der Jahre 2011 und 2012 von den

<sup>51</sup> Siehe Violante (2008).

<sup>52</sup> Vgl. Bock-Schappelwein (2013), Bock-Schappelwein et al. (2012), Baethge (2011).

<sup>53</sup> Vgl. Spitz (2005).

<sup>54</sup> Siehe dazu Statistik Austria (2011), Zeller (2010).

<sup>55</sup> Zu den Beziehungen der Berufshauptgruppen aus ISCO-88 zu jenen aus ISCO-08 siehe im Einzelnen Zeller (2010), Übersicht 2, S. 1121.

Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) am Arbeitsort Wien in der Berufshauptgruppe <1> 48% einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, 18% eine BHS-Matura, 15% einen Lehrabschluss und jeweils 7% eine AHS-Matura bzw. einen BMS-Abschluss.)

<2> „Akademische Berufe“: <21> „Naturwissenschaftler, Mathematiker und Ingenieure“, <22> „Akademische und verwandte Gesundheitsberufe“, <23> „Lehrkräfte“, <24> „Betriebswirte und vergleichbare akademische Berufe“, <25> „Akademische und vergleichbare Fachkräfte in der Informations- und Kommunikationstechnologie“, <26> Juristen, Sozialwissenschaftler und Kulturberufe“. Für die Zuordnung eines Berufs zur Hauptgruppe 2 ist eine Qualifikation auf tertiärem Bildungsniveau erforderlich, und zwar ein Abschluss einer Universität, Hochschule, Fachhochschule oder Akademie. In der ISCO-88 wurden KindergärtnerInnen und VolksschullehrerInnen je nach Ausbildung in Berufshauptgruppe <2> oder <3> klassifiziert. Sie werden nun einheitlich der Hauptgruppe <2> zugeordnet.

<3> „Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe“: <31> „Ingenieurtechnische und vergleichbare Fachkräfte“, <32> „Assistenzberufe im Gesundheitswesen“, <33> „Nicht akademische betriebswirtschaftliche und kaufmännische Fachkräfte und Verwaltungsfachkräfte“, <34> „Nicht akademische juristische, sozialpflegerische, kulturelle und verwandte Fachkräfte“, <35> „Informations- und Kommunikationstechniker“. Der Hauptgruppe 3 werden Berufe mit folgenden Bildungsanforderungen zugeordnet: Abschluss eines Kollegs, BHS-Matura, AHS-Matura oder Abschluss einer Akademie für medizinisch-technische Dienste.

Voraussetzung für die Einstufung eines Berufs in den Hauptgruppen <4> bis <8> ist ein BMS- oder Lehrabschluss.

<4> „Bürokräfte und verwandte Berufe“: <41> „Allgemeine Büro- und Sekretariatskräfte“, <42> „Bürokräfte mit Kundenkontakt“, <43> „Bürokräfte im Finanz- und Rechnungswesen, in der Statistik und in der Materialwirtschaft“, <44> „Sonstige Bürokräfte und verwandte Berufe“.

<5> „Dienstleistungsberufe und Verkäufer“: <51> „Berufe im Bereich personenbezogener Dienstleistungen“, <52> „Verkaufskräfte“, <53> „Betreuungsberufe“, <54> „Schutzkräfte und Sicherheitsdienstete“.

<6> „Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei“: <61> „Fachkräfte in der Landwirtschaft“, <62> „Fachkräfte in Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd“, <63> „Landwirte, Fischer, Jäger und Sammler für den Eigenbedarf“.

<7> „Handwerks- und verwandte Berufe“: <71> „Bau- und Ausbaufachkräfte sowie verwandte Berufe, ausgenommen Elektriker“, <72> „Metallarbeiter, Mechaniker und verwandte Berufe“, <73> „Präzisionshandwerker, Drucker und kunsthandwerkliche Berufe“, <74> „Elektriker und Elektroniker“, <75> „Berufe in der Nahrungsmittelverarbeitung, Holzverarbeitung und Bekleidungsherstellung und verwandte handwerkliche Fachkräfte“.

<8> „Bediener von Anlagen und Maschinen und Montageberufe“: <81> „Bediener stationärer Anlagen und Maschinen“, <82> „Montageberufe“, <83> „Fahrzeugführer und Bediener mobiler Anlagen“.

<9> „Hilfsarbeitskräfte“: <91> „Reinigungspersonal und Hilfskräfte“, <92> „Hilfsarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei“, <93> „Hilfsarbeiter im Bergbau, im Bau, bei der Herstellung von Waren und im Transportwesen“, <94> „Hilfskräfte in der Nahrungsmittelzubereitung“, <95> „Straßenhändler und auf der Straße arbeitende Dienstleistungsberufe“, <96> „Abfallentsorgungsarbeiter und sonstige Hilfsarbeitskräfte“. Berufe der Hauptgruppe <9> erfordern keine über die Pflichtschule hinausgehende formale oder arbeitsplatzspezifische Ausbildung.

<0> „Angehörige der regulären Streitkräfte“: <01> „Offiziere in regulären Streitkräften“, <02> „Unteroffiziere in regulären Streitkräften“, <03> „Angehörige der regulären Streitkräfte in sonstigen Rängen“. Innerhalb dieser Berufshauptgruppe erfordert jede der drei Berufsgruppen ein anderes ausbildungs-

bezogenes Anforderungsniveau gemäß ISCO, nämlich das vierte (Offiziere), das zweite (Unteroffiziere) bzw. das erste (sonstige Ränge).

### 3.2 Datenquelle Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung

Einzig Quelle zu den ausgeübten Berufen der Erwerbstätigen ist nun die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.<sup>56</sup> Der Mikrozensus ist eine Haushaltsbefragung. Die Stichprobenbasis für den Mikrozensus ist das Zentrale Melderegister (ZMR), d. h. befragt und erfasst werden potenziell alle Personen, die in Österreich wohnhaft und gemeldet sind (Inländerkonzept), unabhängig davon, ob sich ihr Arbeitsort im Inland oder im Ausland befindet. Die Stichprobe umfasst pro Quartal jeweils rd. 45.000 Personen. Da es sich bei der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung um eine Stichprobenerhebung handelt, sind die Ergebnisse mit Zufallsschwankungen behaftet. Werte mit weniger als hochgerechnet 6.000 Personen sind stark zufallsbehaftet, und Werte mit weniger als hochgerechnet 3.000 Personen sind statistisch nicht interpretierbar.

Nach dem ILO-Konzept gilt eine Person dann als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche zumindest eine Stunde gearbeitet hat. Um jedoch Verzerrungen durch die Häufung von geringfügig Beschäftigten in bestimmten Dienstleistungsbranchen (Aufblähen der dortigen Kopffzahlen, Überzeichnen des betreffenden Arbeitsvolumens) zu korrigieren, werden in der vorliegenden Untersuchung wenn möglich die geringfügig Beschäftigten (definiert als Personen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit unter 12 Stunden) aus dem betrachteten Personenkreis ausgeschlossen.

Personen in Elternkarenz mit aufrechter Dienstverhältnis, deren Karenz nicht länger als 22 Monate dauert, sowie Lehrlinge zählen ebenfalls zu den Erwerbstätigen.

Von der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung nicht erfasst werden hingegen

- Personen, die in Österreich arbeiten, aber nicht gebietsansässig sind (EinpendlerInnen aus dem Ausland);
- Präsenz- und Zivildienstler;
- Erwerbstätige in Anstaltshaushalten;
- Erwerbstätige unter 15 Jahren.

Leiharbeitskräfte werden im Mikrozensus nicht generell in der ÖNACE-2008-Abteilung 78 „Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften“, sondern in jener Wirtschaftstätigkeit klassifiziert, in der sie tatsächlich arbeiten.

Im Falle einer Mehrfachbeschäftigung geben die Auskunftserteilenden im Mikrozensus selbst an, welches Beschäftigungsverhältnis als die Haupteinwerbstätigkeit angesehen werden soll.

### 3.3 Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung 2001-12

Die Grundgesamtheit dieser Untersuchung sind, wenn nicht Hinweise auf eine Abweichung erfolgen, die am Arbeitsort Wien tätigen Erwerbspersonen ohne die geringfügig Beschäftigten (definiert über eine Wochenarbeitszeit von 1 bis 11 Stunden). Erfasst werden somit die in Wien wohnansässigen und beschäftigten Berufstätigen sowie die aus den anderen Bundesländern zur Arbeit nach Wien einpen-

---

<sup>56</sup> Zu den Ausführungen in diesem Abschnitt siehe v. a. Chalupa, Knittler (2013). Bis 2001 bildeten die Volkszählungen die wichtigste Datenquelle bezüglich der Berufe.

delnden Berufstätigen, nicht aber die in Wien wohnansässigen, aber außerhalb Wiens arbeitenden Berufstätigen.

Im Hinblick auf ihren Erwerbsstatus besteht die obige Grundgesamtheit aus folgenden Personenkategorien:

- Erwerbstätige:
  - Selbstständig Erwerbstätige und Mithelfende:
    - Selbstständige. Selbstständige sind InhaberInnen von Betrieben bzw. Personen, die auf eigene Rechnung arbeiten.
    - Mithelfende Familienangehörige. Dies sind Personen, die ohne förmliches Arbeitsverhältnis im Betrieb eines Familienangehörigen mithelfen.
  - Unselbstständig Erwerbstätige (einschließlich KarenzgeldbezieherInnen, aber ohne Präsenz- und Zivildienstler und ohne geringfügig Beschäftigte):
    - Angestellte, Vertragsbedienstete und BeamtInnen;
    - ArbeiterInnen;<sup>57</sup>
    - Lehrlinge;
- Arbeitslose.

Tabelle 1 zeigt die Zahl der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) am Arbeitsort Wien im Jahr 2001 und im Durchschnitt der Jahre 2011 und 2012 nach ÖISCO-08-Berufshauptgruppen, die Anteile derselben an der Gesamtheit und die jeweiligen Anteilsänderungen im Beobachtungszeitraum (siehe dazu auch Abb. 1). Tabelle 2 präsentiert die entsprechenden Daten bezüglich der 42 ÖISCO-08-Berufsgruppen.

**Tabelle 1: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien nach ÖISCO-08-Berufshauptgruppen 2001 und 2011/12**

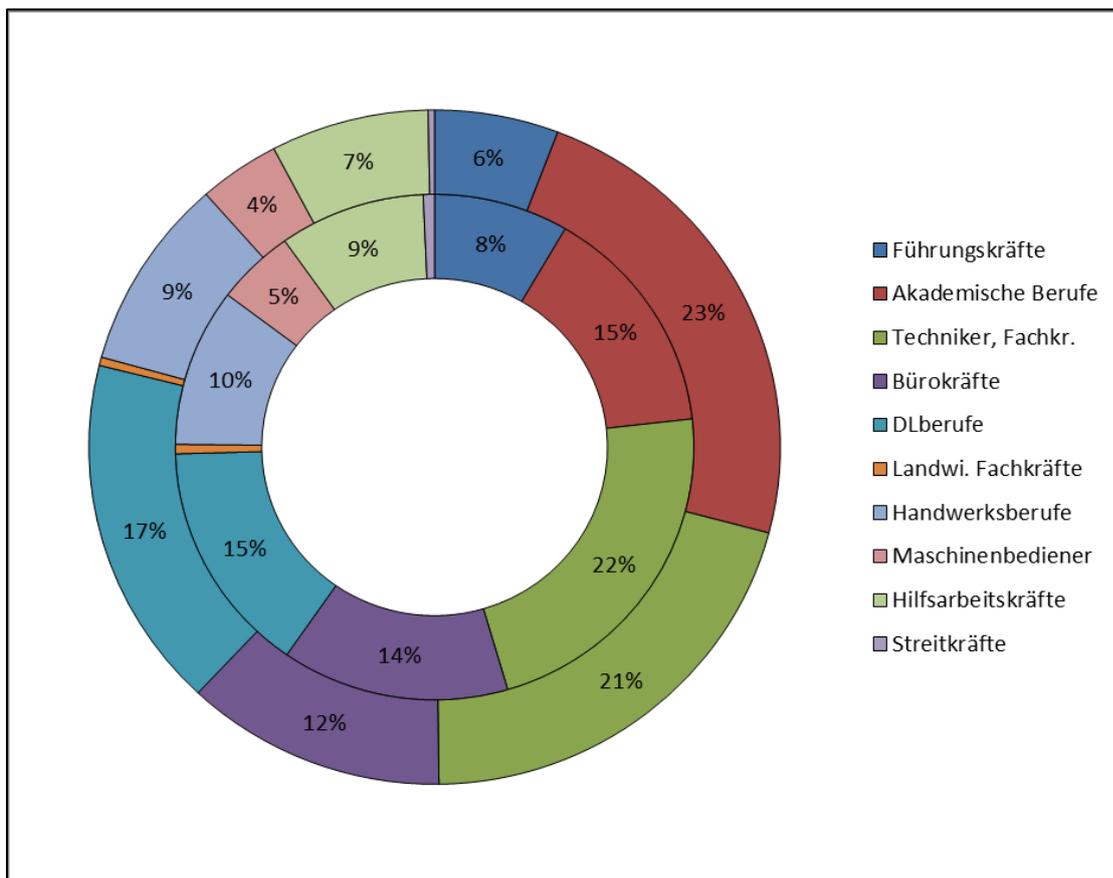
Berufsgruppen	Zahl d. Erwerbspers. (Tsd.)		Anteil an Gesamt (%)		Anteilsänd. (%-punkte)
	VZ 2001	MZ ø 2011/12	VZ 2001	MZ ø 2011/12	
(1) Führungskräfte	67,7	52,9	8,4	5,8	-2,6
(2) Akademische Berufe	119,6	212,3	14,8	23,3	8,5
(3) Techniker u. gleichrang. nichttechn. Berufe	179,5	189,0	22,2	20,7	-1,5
(4) Bürokräfte u. verwandte Berufe	115,0	110,7	14,2	12,2	-2,1
(5) Dienstleistungsberufe u. Verkäufer	120,4	153,7	14,9	16,9	2,0
(6) Fachkräfte in Land- u. Forstwirtschaft	5,0	3,5	0,6	0,4	-0,2
(7) Handwerks- u. verwandte Berufe	81,4	84,2	10,1	9,2	-0,8
(8) Bediener v. Anlagen u. Masch., Monteure	39,9	35,0	4,9	3,8	-1,1
(9) Hilfsarbeitskräfte	73,7	67,5	9,1	7,4	-1,7
(0) Angehörige d. regulären Streitkräfte	5,9	2,5	0,7	0,3	-0,5
Gesamt	808,2	911,1	100,0	100,0	

Quellen: Volkszählung 2001 bzw. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2011 und 2012 (jeweils Durchschnittswerte der beiden Jahre); eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten. Grundgesamtheit: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte (WAZ 1-11 Std.) Die berufsbezogenen Daten der VZ 2001 wurden im Nachhinein von ÖISCO-88 auf ÖISCO-08 umgeschlüsselt.

<sup>57</sup> Die Zuordnung zu Arbeitern bzw. Angestellten sollte jeweils nach der kollektivvertraglichen Einstufung im Betrieb erfolgen, im öffentlichen Dienst je nach dienstrechtlicher Stellung (Beamte/r, Angestellte/r, Vertragsbedienstete/r).

**Abbildung 1: Anteile der Berufshauptgruppen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen (ohne geringf. Beschäftigte) am Arbeitsort Wien 2001 und 2011/12**

(innerer Ring: 2001; äußerer Ring: 2011/12)



Quelle: Tabelle 1.

**Tabelle 2: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien nach ÖISCO-08-Berufsgruppen 2001 und 2011/12**

Berufsgruppen	Zahl d. Erwerbspers. (Tsd.)		Anteil an Gesamt (%)		Anteilsänd. (%-punkte)
	VZ 2001	MZ ø 2011/12	VZ 2001	MZ ø 2011/12	
(11) Gesch.führer, Vorstände, leit. Verw.bed.	5,4	5,1	0,7	0,6	-0,1
(12) Führungskräfte im kaufmänn. Bereich	24,6	25,0	3,0	2,7	-0,3
(13) Führungskräfte in d. Prod. u. bei spez. DL	23,8	14,9	3,0	1,6	-1,3
(14) Führ.kräfte im FV, Handel, sonst. DL	13,9	7,8	1,7	0,9	-0,9
(21) Naturwiss., Mathematiker u. Ingenieure	17,6	28,6	2,2	3,1	1,0
(22) Akad. u. verwandte Gesundheitsberufe	16,0	20,9	2,0	2,3	0,3
(23) Lehrkräfte	32,7	47,4	4,0	5,2	1,2
(24) Betriebswirte u. vergleichb. akad. Berufe	19,4	42,6	2,4	4,7	2,3
(25) Akad. u. vergleichb. Fachkr. in d. IKT	11,8	27,9	1,5	3,1	1,6
(26) Juristen, Sozialwiss., Kulturberufe	22,0	44,8	2,7	4,9	2,2
(31) Ingenieurtechn. u. vergleichb. Fachkräfte	42,8	36,9	5,3	4,1	-1,2
(32) Assistenzberufe im Gesundheitswesen	30,5	35,5	3,8	3,9	0,1
(33) Nichtakad. kaufm., Verwaltungsfachkr.	83,7	88,2	10,4	9,7	-0,7
(34) Nichtakad. jurist., sozialpflg., kult. Fachkr.	15,3	14,2	1,9	1,6	-0,3
(35) Informations-, Kommunikationstechniker	7,2	14,1	0,9	1,5	0,7
(41) Allgemeine Büro- und Sekretariatskräfte	58,2	55,6	7,2	6,1	-1,1
(42) Bürokräfte mit Kundenkontakt	25,1	22,5	3,1	2,5	-0,6
(43) Bürokr. im Finanz-, Rechnungsw., Mat.wi.	24,2	25,1	3,0	2,7	-0,2
(44) Sonstige Bürokräfte u. verw. Berufe	7,6	7,6	0,9	0,8	-0,1
(51) Berufe im Bereich personenbez. DL	43,6	54,7	5,4	6,0	0,6
(52) Verkaufskräfte	54,9	63,8	6,8	7,0	0,2
(53) Betreuungsberufe	16,2	22,5	2,0	2,5	0,5
(54) Schutzkräfte u. Sicherheitsbedienstete	5,7	12,6	0,7	1,4	0,7
(61) Fachkräfte in d. Landwirtschaft	4,9	3,4	0,6	0,4	-0,2
(62) Fachkräfte in d. Forstwirtschaft	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
(71) Baufachkräfte sowie verwandte Berufe	26,2	36,0	3,2	3,9	0,7
(72) Metallarbeiter, Mechaniker, verw. Berufe	26,6	16,9	3,3	1,9	-1,4
(73) Präzisions-, Kunsthandwerker, Drucker	4,8	4,5	0,6	0,5	-0,1
(74) Elektriker u. Elektroniker	12,8	18,9	1,6	2,1	0,5
(75) Ber. d. Nahr.m.-, Holzverarb., Bekleid.her.	11,1	8,0	1,4	0,9	-0,5
(81) Bediener stationärer Anlagen u. Masch.	8,7	6,0	1,1	0,7	-0,4
(82) Montageberufe	3,1	2,3	0,4	0,2	-0,1
(83) Fahrzeugführer, Bediener mob. Anlagen	28,1	26,7	3,5	2,9	-0,5
(91) Reinigungspersonal u. Hilfskräfte	37,1	31,8	4,6	3,5	-1,1
(92) Hilfsarbeiter in d. Land- und Forstwirtsch.	0,3	0,3	0,0	0,0	0,0
(93) Hilfsarb. im Bau, Warenherst., Transport	21,6	18,8	2,7	2,1	-0,6
(94) Hilfskr. in d. Nahrungsmittelzubereitung	8,1	9,4	1,0	1,0	0,0
(95) Straßenhändler, verw. DLkräfte	0,3	0,2	0,0	0,0	0,0
(96) Abfallentsorg.arb., sonst. Hilfsarbeitskr.	6,4	7,0	0,8	0,8	0,0
(01) Offiziere in regulären Streitkräften	1,3	1,4	0,2	0,2	0,0
(02) Unteroffiziere in regulären Streitkräften	3,0	0,9	0,4	0,1	-0,3
(03) Angehörige d. Streitkräfte in so. Rängen	1,7	0,1	0,2	0,0	-0,2
Gesamt	808,2	911,1	100,0	100,0	

Quellen: Volkszählung 2001 bzw. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2011 und 2012 (jeweils Durchschnittswerte der beiden Jahre); eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten. Grundgesamtheit: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte (WAZ 1-11 Std.) Die berufsbezogenen Daten der VZ 2001 wurden im Nachhinein von ÖISCO-88 auf ÖISCO-08 umgeschlüsselt.

1.) Die Tertiärisierung der Beschäftigung kann anhand von drei Merkmalen der Berufstätigen gemessen werden: erstens anhand des Produktionsschwerpunkts des Betriebs, dem ein Berufstätiger angehört, zweitens anhand der Berufszugehörigkeit und drittens anhand der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit. Da über die Tätigkeitsverteilung in Österreich keine Daten vorliegen, bleiben nur die ersten beiden Möglichkeiten der Messung. Der Anteil des Dienstleistungssektors (ÖNACE-2003-Abteilungen

<50-99>) an der Gesamtheit der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) am Arbeitsort Wien erhöhte sich von 82,1% (2001) auf 82,9% (2009/10).<sup>58</sup>

Zur empirischen Bestandsaufnahme der Tertiärisierung der Beschäftigung unter Bezugnahme auf das Merkmal des ausgeübten Berufs wurden alle Berufsgruppen laut ISCO-08-Systematik jeweils einer von drei Kategorien zugeordnet: den Land- und forstwirtschaftlichen Berufen, den Fertigungsberufen oder den Dienstleistungsberufen:

- Land- und forstwirtschaftliche Berufe: Fachkräfte in der Land- und Forstwirtschaft <6>, Land- und forstwirtschaftliche Hilfsarbeiter <92>;
- Fertigungsberufe: Handwerks- und verwandte Berufe <7>, Bediener stationärer Anlagen und Maschinen <81>, Montageberufe <82>, Hilfsarbeiter im Bergbau, Baugewerbe, in der Warenherstellung und im Transportwesen <93>, Hilfskräfte in der Nahrungsmittelzubereitung <94>;
- Dienstleistungsberufe: Führungskräfte <1>, Akademische Berufe <2>, Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe <3>, Bürokräfte und verwandte Berufe <4>, Dienstleistungsberufe und Verkäufer <5>, Fahrzeugführer und Bediener mobiler Anlagen <83>, Reinigungspersonal und Hilfskräfte <91>, Straßenhändler und verwandte Dienstleistungskräfte <95>, Abfallentsorgungsarbeiter, sonstige Hilfsarbeitskräfte <96>, Angehörige der regulären Streitkräfte <0>.

Der Anteil der Erwerbspersonen in Dienstleistungsberufen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen erhöhte sich in Wien in den 2000er-Jahren ausgehend von einem bereits sehr hohen Niveau weiter, nämlich von 84,1% (2001) auf 86,3% (2011/12). Das Ausmaß der berufsbezogenen Tertiärisierung der Beschäftigung geht somit nicht unerheblich über das Ausmaß der sektorbezogenen Tertiärisierung der Beschäftigung hinaus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nicht nur der weit überwiegende Teil der in Betrieben des tertiären Sektors tätigen Erwerbspersonen Dienstleistungsberufe ausübt, sondern auch rund die Hälfte der in Betrieben der Sachgüterproduktion tätigen Personen. Der Anteil der Fertigungsberufe fiel im Beobachtungszeitraum von 15,2% auf 13,2%, eine Folge der anhaltenden Deindustrialisierung der Beschäftigung Wiens und der fortgesetzten ‚inneren Tertiärisierung‘ der Beschäftigung in den Betrieben, Sparten und Branchen der Sachgüterproduktion.

2.) Die Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien verschob sich während der 2000er-Jahre deutlich zugunsten der hoch qualifizierten Angestelltenberufe: Der Anteil der drei Hauptgruppen <1> Führungskräfte, <2> Akademische Berufe und <3> Technische und nichttechnische Fachkräfte an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen stieg von 45,4% um 4,4 Prozentpunkte auf 49,8% (siehe Tabelle 1). Bereits rund die Hälfte der am Arbeitsort Wien Beschäftigten ist somit den hoch qualifizierten WissensbearbeiterInnen in Berufen mit mindestens Maturaniveau zuzuordnen.

Hervorzuheben ist, dass der Anteilszuwachs der hoch qualifizierten Angestelltenberufe zwischen 2001 und 2011/12 ausschließlich auf die Dynamik der Beschäftigungsentwicklung im Bereich der am höchsten qualifizierten Berufskategorie, nämlich der Akademischen Berufe, zurückgeht. Deren Anteil nahm von 14,8% um nicht weniger als 8,5 Prozentpunkte auf 23,3% zu.

Dieser sehr starke Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung in Richtung auf die am höchsten qualifizierten Angestelltenberufe ist als eindeutiger Beleg für den Strukturwandel der Wiener Wirtschaft zugunsten von wissens- und humankapitalintensiven Aktivitäten zu werten.

Die Erwerbspersonenquote der Managementberufe verringerte sich während der Beobachtungsperiode um 2,6 Prozentpunkte. Im absoluten und relativen Rückgang der Zahl der Führungskräfte spiegelt sich vermutlich die Tendenz zu flacherer Hierarchie in den Betrieben wider.

Die Zahl der Techniker und nichttechnischen Fachkräfte auf Maturaniveau erhöhte sich zwar, ihr Anteil ging aber um 1,5 Prozentpunkte zurück. In dieser Berufshauptgruppe stand Anteilsverlusten der Inge-

<sup>58</sup> Berechnet auf der Grundlage der VZ 2001 und der Mikrozensus – Arbeitskräfteerhebungen 2009 und 2010 (Durchschnittswert der beiden Jahre).

nieurtechnischen Fachkräfte <31>, der Nichtakademischen kaufmännischen und Verwaltungsfachkräfte <33> und der Nichtakademischen juristischen, sozialpflegerischen und kulturellen Fachkräfte <34> ein Anteilsgewinn der Informations- und Kommunikationstechniker <35> gegenüber, während der Anteil der Assistenzberufe im Gesundheitswesen <32> an der Gesamtheit der Berufstätigen nahezu unverändert blieb (siehe Tabelle 2).

Die anhaltende Zunahme der Beschäftigung von Technischen und nichttechnischen Fachkräften zeigt, dass zumindest im Aggregat keine Substitution von Angestellten in Fachkräfteberufen durch Angestellte in Akademischen Berufen erfolgte. Ob in einzelnen Dienstleistungsbranchen derartige Verdrängungsprozesse stattfanden, wird noch zu prüfen sein (siehe Kapitel 4).

Innerhalb der Hauptgruppe der Akademischen Berufe verzeichneten alle sechs Berufsgruppen Anteilswachse an der Gesamtheit der Erwerbspersonen, wobei die höchsten Quotenanstiege auf die Betriebswirte und vergleichbare akademische Berufe <24> sowie die Juristen, Sozialwissenschaftler und Kulturberufe <26> entfielen.

Im Bereich der Managementberufe schließlich verloren drei von vier Berufsgruppen Beschäftigungsanteile. Lediglich der Anteil der obersten Kategorie, der Berufsgruppe der Geschäftsführer, Vorstände und leitenden Verwaltungsbediensteten <11>, blieb fast unverändert.

3.) Der Anteil der Angestelltenberufe insgesamt (Berufshauptgruppen <1-5>) an der Gesamtheit der am Arbeitsort Wien tätigen Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) nahm auch in den 2000er-Jahren weiter zu, nämlich von 74,5% um 4,4 Prozentpunkte auf 78,9%. Dieser Zuwachs geht ausschließlich auf die Beschäftigungsdynamik im Bereich der hoch qualifizierten Angestelltenberufe <1-3> zurück, deren Erwerbspersonenquote wie festgestellt um 4,4 Prozentpunkte stieg, während jene der mittel qualifizierten Angestelltenberufe (Hauptgruppen <4> und <5>) bei rund 29% verharrte.

Im Bereich der mittel qualifizierten Angestelltenberufe wiederum, die einen Lehr- oder BMS-Abschluss voraussetzen, standen einander zwei Entwicklungstendenzen gegenüber, die einander hinsichtlich der Anteilsänderungen fast aufhoben. Zum einen verringerte sich die Zahl der Büroangestellten <4>, und ihr Beschäftigungsanteil fiel um 2 Prozentpunkte. Zum anderen stieg die Zahl der in Dienstleistungsberufen und im Verkauf tätigen Erwerbspersonen <5> deutlich, und ihre Berufstätigenquote erhöhte sich um 2 Prozentpunkte.

Die meisten der Berufe der Hauptgruppe <5> weisen einen hohen Anteil an interaktiven Nichtroutine-tätigkeiten auf. Baethge (2011, S. 450f) definiert interaktive Tätigkeiten als solche, „die unmittelbar bedürfnisbezogen auf ein konkretes Gegenüber gerichtet sind, dessen Wille die Richtschnur für das Arbeitshandeln abgibt“. Das Bedürfnis der KundInnen im Warenaustausch, der KlientInnen in der Betreuung, der PatientInnen im Pflegewesen usw. zu präzisieren und gemeinsam Wege zu seiner Befriedigung zu erarbeiten, macht den Kern interaktiver Dienstleistungsarbeit aus. Das Gegenüber ist nicht nur Adressat, sondern zugleich Mitproduzent der Tätigkeit.

In der Hauptgruppe der Bürokräfte <4> verzeichneten alle vier Berufsgruppen Anteilsverluste, wobei jene der Allgemeinen Büro- und Sekretariatskräfte <41> mit Abstand am höchsten ausfielen (siehe Tabelle 2). Bezüglich der Hauptgruppe <5> sind für alle vier Berufsgruppen – Personenbezogene Dienstleistungsberufe <51>, Verkaufskräfte <52>, Betreuungsberufe <52>, Sicherheitsbedienstete <53> – Anteilsgewinne zu konstatieren.

Alles in allem sind im Bereich der Angestelltenberufe somit drei Haupttendenzen auszumachen: erstens der sehr ausgeprägte Strukturwandel zugunsten der Akademischen Berufe, also der am höchsten qualifizierten WissensbearbeiterInnen, zweitens eine bedeutende Verschiebung zugunsten der mittel qualifizierten, überwiegend interaktiven Angestelltenberufe und drittens eine erhebliche Verlagerung zulasten der mittel qualifizierten Büroangestellten.

4.) Für die Polarisierungsthese, die besagt, dass sich die Beschäftigung in dienstleistungsorientierten Berufsgruppen tendenziell polarisiere, hohen Zuwächsen in Berufsfeldern mit hohen Qualifikationsanforderungen auch hohe Zuwächse in wenig anspruchsvollen Dienstleistungsberufen gegenüberstünden, findet sich in den Daten für Wien keine Evidenz. Wie aus Tabelle 1 zu entnehmen ist, verringerte sich der Erwerbspersonenanteil der Hilfsarbeitskräfte <9> zwischen 2001 und 2011/12 um 1,7 Prozentpunkte. Und diese rückläufige Tendenz betraf in besonderem Maße Dienstleistungshilfskräfte: Der Anteil der quantitativ bei Weitem bedeutendsten Berufsgruppe der Dienstleistungshilfskräfte, nämlich jener der Reinigungs- und Hilfskräfte <91>, an der Gesamtheit der Berufstätigen am Arbeitsort Wien reduzierte sich um 1,1 Prozentpunkte (siehe Tabelle 2).

5.) Wie Mayerhofer et al. (2010, S. 100) konstatieren, ist die Deindustrialisierung (Rückgang des Beschäftigungsanteils der Sachgüterproduktion) in Wien „schon weiter fortgeschritten ... als selbst im hoch entwickelten Teilsample“ der europäischen Vergleichsstädte. Zwischen 1991 und 2008 verringerte sich der auf die Erwerbstätigen Bezug nehmende Lokalisationsquotient der Sachgütererzeugung (verarbeitende Industrie, produzierendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau) um 12,7 Prozentpunkte auf 66,7 (Vergleichswert der hoch entwickelten europäischen Großstädte: 82,0). Auch die Beschäftigung im Bauwesen ist nach noch überdurchschnittlichen Werten 1991 mittlerweile unter den Durchschnitt vergleichbarer Städte gefallen.

Beide Fakten – Niveau und Entwicklungstendenz der Beschäftigung im Sachgüterbereich – spiegeln sich auch in der Berufsstruktur der Beschäftigung bzw. deren Veränderung wider: Der Erwerbspersonenanteil der Handwerksberufe <7> und der Maschinenbediener <8> beträgt 2011/12 nur noch 13,1%, und zwischen 2001 und 2011/12 sank dieser Anteil um 1,9 Prozentpunkte.

Die Anteilsentwicklungen der einzelnen Berufsgruppen in den Hauptgruppen <7> und <8> verliefen nicht einheitlich: Während Baufachkräfte <71> sowie Elektriker und Elektroniker <74> jeweils Anteile gewannen, verloren alle anderen Gruppen, wobei die Metallarbeiter und Mechaniker <72> den mit Abstand höchsten Anteilsverlust erlitten.

Fassen wir zusammen: Der Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien während der 2000er-Jahre erfolgte sehr ausgeprägt zugunsten der am höchsten qualifizierten WissensbearbeiterInnen (Akademische Berufe), in geringerem Maße auch zugunsten der mittel qualifizierten, überwiegend interaktiven Dienstleistungsberufe (Betreuungsberufe, personenbezogene Dienstleistungsberufe, VerkäuferInnen, Sicherheitsbedienstete), und zulasten der mittel qualifizierten Büroangestellten, deren Routinetätigkeiten verstärkt der Automatisierung unterlagen, zulasten der mittel qualifizierten Fertigungsberufe und zulasten der Hilfskräfte.<sup>59</sup>

Empirische Studien wie jene von Autor et al. (2003) und Spitz (2005) zeigen, dass sich in den hoch entwickelten Ländern seit den 1980er-Jahren der Anteil der Arbeitsinputs für analytische Nichtroutinetätigkeiten, für interaktive Nichtroutinetätigkeiten und für manuelle Nichtroutinetätigkeiten jeweils signifikant erhöhte, während kognitive Routinetätigkeiten und manuelle Routinetätigkeiten jeweils deutlich an Bedeutung verloren.

Diese Entwicklung zu komplexeren Tätigkeiten war überall zu finden: in allen Qualifikationsstufen, in allen Altersgruppen und auf der Ebene der einzelnen Berufe (Tätigkeitsstruktureffekt in einzelnen Berufen). Die ausgeprägteste Tendenz in Richtung auf analytische und interaktive Nichtroutinetätigkeiten zulasten von kognitiven Routinetätigkeiten betraf die hoch qualifizierten Beschäftigten (Universitäts- und FachhochschulabsolventInnen).

Interpretiert werden diese Ergebnisse im Sinne der nuancierten Version der Hypothese des qualifikationsverzerrten technischen Fortschritts von Autor et al. (2003): Die empirischen Resultate bestätigen

---

<sup>59</sup> Zu den Veränderungen der Berufsstruktur in Österreich siehe Mesch (2005b, 2005c, 2007b); Horvath et al. (2012).

die Rolle der neuen Universaltechnik, der modernen IKT, als Treiber dieser Veränderungen der Tätigkeitsstruktur. Während die IKT-Produktionsmittel tendenziell Arbeitskräfte, welche v. a. kognitive und manuelle Routinetätigkeiten ausführen, substituieren, sind IKT-Produktionsmittel und mittel und hoch qualifizierte Arbeitskräfte, die in erster Linie analytische und/oder interaktive Nichtrouinetätigkeiten ausführen, komplementär.

Im Großen und Ganzen entsprechen die für Wien festgestellten Veränderungen der Berufsstruktur der Beschäftigung während der 2000er-Jahre in den Haupttendenzen den obigen Ergebnissen: sehr starker Anteilszuwachs der Arbeitskräfte in Akademischen Berufen, deren Profile in hohem Maße aus analytischen Nichtrouinetätigkeiten bestehen; erheblicher Anteilszuwachs von mittel qualifizierten Arbeitskräften in Dienstleistungsberufen, deren Profile vor allem interaktive und manuelle Nichtroutine-tätigkeiten enthalten (Betreuungsberufe, personenbezogene Dienstleistungsberufe, VerkäuferInnen usw.); deutliche Anteilsverluste jeweils von Beschäftigten in Angestelltenberufen mit hohem Anteil kognitiver Routinetätigkeiten (Bürokräfte), von mittel sowie gering qualifizierten Beschäftigten in Fertigungsberufen und von gering qualifizierten Beschäftigten in Dienstleistungshilfsberufen mit jeweils hohen Anteilen manueller Routinetätigkeiten.

Ob diese Veränderungen in der Wiener Berufsstruktur der Beschäftigung auf Branchenstruktureffekte und/oder brancheninternen Strukturwandel zurückgehen, wird noch zu klären sein. Daten zu den Tätigkeitsstrukturen liegen, wie bereits erwähnt, für Österreich leider nicht vor.

6.) Wie unterscheiden sich die Entwicklungstendenzen der Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien während der 2000er-Jahre von jenen in den 1990er-Jahren?<sup>60</sup>

- Die Strukturverschiebung zu den hoch qualifizierten Angestelltenberufen <1-3> verlangsamte sich in den 2000er-Jahren deutlich gegenüber der Vordekade. Während der Anteil der Akademischen Berufe zwischen 2001 und 2011/12 etwa doppelt so stark stieg wie in den 1990er-Jahren, verloren sowohl die Führungskräfte als auch die Technischen und nichttechnischen Fachkräfte Beschäftigungsanteile – ganz im Gegensatz zu den 1990er-Jahren, als sich der Anteil der beiden Hauptgruppen jeweils um rd. 2,5 Prozentpunkte erhöhte.
- Im Unterschied zu den 2000er-Jahren, als der Anteil der mittel qualifizierten Angestelltenberufe <4-5> weitgehend unverändert blieb, weil der Anteilsrückgang im Bereich der Büroangestellten durch den Anteilszuwachs im Bereich der Dienstleistungs- und Verkaufsberufe ausgeglichen wurde, war der entsprechende Anteil in den 1990er-Jahren um fast 2 Prozentpunkte gefallen. Die Hauptgruppe <5> der überwiegend interaktiven Dienstleistungsberufe hatte in diesem Jahrzehnt einen leichten Anteilsverlust erfahren.
- Aus den bisher dargelegten Diskrepanzen ergibt sich, dass die Gesamttendenz in Richtung auf die Angestelltenberufe <1-5> in den 1990er-Jahren noch ausgeprägter (rd. 7 Prozentpunkte Anteilszuwachs) war als in der Folgedekade (+4,4 Prozentpunkte).
- Der Anteil der Hilfskräfte an der Gesamtheit der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) war in den 1990er-Jahren leicht gefallen, während in den 2000er-Jahren der entsprechende Anteilsverlust rd. 2 Prozentpunkte betrug.
- Die Anteilseinbuße der Handwerksberufe und Maschinenbediener <7-8> fiel zwischen 1991 und 2001 (-6,6 Prozentpunkte) mehr als dreimal so stark aus wie in den 2000er-Jahren.

---

<sup>60</sup> Zu Letzteren siehe Mesch (2007a), insbesondere Tabelle 17 auf S. 50.

## 4. BRANCHENSTRUKTURWANDEL ALS URSACHE BERUFSSTRUKTURELLER VERSCHIEBUNGEN

In den folgenden beiden Kapiteln soll untersucht werden, ob Branchenstruktureffekte und/oder brancheninterner Berufsstrukturwandel zu den festgestellten Verschiebungen der Berufsstruktur der Beschäftigung am Arbeitsort Wien in Richtung auf hoch qualifizierte Angestelltenberufe, d. h. wissensintensive Aktivitäten, beigetragen haben.

Das zur Klärung derartiger Fragestellungen üblicherweise herangezogene Verfahren der Komponentenzerlegung kann aufgrund mangelhafter Datenbasis nicht zur Anwendung gelangen. Wegen des zweifachen Klassifikationsbruchs (Bruch in der Berufssystematik zwischen ÖISCO-88 und ÖISCO-08, Bruch in der Branchensystematik zwischen ÖNACE 1995 bzw. 2003 und ÖNACE 2008<sup>61</sup>) ist es in Bezug auf Wien nicht möglich, für Beginn und Ende des Beobachtungszeitraums miteinander konsistente Kreuzklassifikationen der Beschäftigung nach Berufen und Wirtschaftsklassen zu erstellen. Diese kurze Studie muss sich folglich darauf beschränken, einfachere Indikatoren herauszuarbeiten, welche zwar nicht über das Ausmaß von Branchenstruktur- bzw. Berufsstruktureffekten Aufschluss geben, aber die Richtung beider anzeigen.

In Bezug auf die Richtung der Branchenstruktureffekte wird dabei folgendermaßen vorgegangen:

1.) Die tertiären Wirtschaftsklassen Österreichs (47 ÖNACE-2008-Abteilungen) werden nach ihrer Wissens- und Humankapitalintensität sortiert, und zwar anhand von zwei Maßzahlen: a) nach dem Anteil der ÖISCO-08-Berufshauptgruppen <1-3> (Führungskräfte, Akademische Berufe, Technische und nichttechnische Fachkräfte) an der jeweiligen Gesamtheit der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) und b) nach dem Anteil der Personen mit zumindest Maturaabschluss (höchster formaler Ausbildungsabschluss AHS-Matura, BHS-Matura, Kolleg-, Akademie-, Fachhochschul- oder Universitätsdiplom).<sup>62</sup>

2.) Aus dem resultierenden Streudiagramm werden mittels Clusteranalyse tertiäre Branchengruppen gebildet, die jeweils nach ihrer Wissens- und Humankapitalintensität, gemessen anhand der zwei obigen Kennzahlen, möglichst ähnlich sind.

3.) Diese auf der Grundlage von österreichischen Daten erstellte Gruppierung der tertiären Branchen nach der Wissensintensität wird im nächsten Schritt für die Analyse der Richtung der Beschäftigungsentwicklung im Wiener Dienstleistungssektor zwischen 2001 und 2010-12 herangezogen. Gewannen tertiäre Branchengruppen hoher Wissens- und Humankapitalintensität in signifikantem Maße Beschäftigungsanteile, während gering wissensintensive Dienstleistungsbranchengruppen Anteilseinbußen verzeichneten, so wäre dies als Beleg für einen positiven Beitrag von Branchenstruktureffekten zum Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung in Richtung auf hoch qualifizierte Angestelltenberufe zu werten.

---

<sup>61</sup> Zu den Klassifikationsunterschieden zwischen ÖNACE 2003 und ÖNACE 2008 siehe Karner, Rainer (2009).

<sup>62</sup> Zu den Branchentypologien des WIFO siehe Mayerhofer, Palme (2001); Peneder (2007, 2010); Janger (2012, 2013).

**Tabelle 3: Anteil der ÖISCO-08-Berufshauptgruppen <1-3> und der MaturantInnen an der jeweiligen Gesamtheit der Erwerbspersonen der tertiären ÖNACE-2008-Abteilungen in Österreich 2010-12 (in %)**

		ISCO 1-3	Matura
Sehr hohe Qualifikation	(90) Kreative, künstlerische DL	80,0	68,7
	(85) Erziehung und Unterricht	83,0	75,9
	(75) Veterinärwesen	75,0	76,2
	(72) Forschung und Entwicklung	89,2	84,1
	(70) Unternehmensberatung	76,9	71,4
	(63) Informationsdienstleistungen	81,5	64,7
	(62) DL der Informationstechnik	89,0	72,7
	(60) Rundfunkveranstalter	87,9	71,0
Hohe Qualifikation	(74) Sonst. freiberufl., wiss., techn. DL	73,8	58,9
	(73) Werbung und Marktforschung	76,8	65,5
	(71) Technische Büros, Labors	73,6	61,5
	(69) Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüf.	71,8	64,4
	(59) Filmbranche; Tonstudios, Musikverlage	67,5	66,7
	(51) Luftfahrt	45,6	77,3
Mittelhohe Qualifikation	(94) Int.vertretungen, Vereine, relig. Vereinig.	56,5	58,9
	(91) Bibliotheken, Archive, Museen	57,1	61,7
	(86) Gesundheitswesen	64,9	42,0
	(68) Grundstücks- und Wohnungswesen	56,6	43,1
	(66) Börsen, Makler, Fondsmanagement	70,1	41,4
	(65) Versicherungen, Pensionskassen	60,1	50,0
	(64) Finanzdienstleistungen	46,1	64,3
	(61) Telekommunikation	62,7	49,2
Mittlere Qualifik.	(58) Verlagswesen	60,9	52,6
	(93) Unterhaltung, Sport, Erholung	52,3	34,0
	(88) Sozialwesen (ohne Heime)	50,1	44,5
	(84) Öff. Verwaltung, Verteidigung, SV	45,6	34,1
	(82) Sonst. wirtsch. DL f. Unternehmen	35,1	42,0
	(79) Reisebüros, Reiseveranstalter	27,2	54,2
	(78) Arbeitskräftevermittlung, -überlassung	43,9	29,0
	(77) Vermietung von beweglichen Sachen	34,4	39,7
Mittelniedrige Qualifikation	(95) Reparatur von Gebrauchsgütern	38,2	19,2
	(92) Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	30,3	35,1
	(87) Heime (ohne Erholungsheime)	38,0	22,6
	(80) Wach-, Sicherheitsdienste, Detekteien	25,2	24,9
	(52) Lagerei, sonst. DL f. Verkehr	31,4	24,6
	(37) Abwasserentsorgung	34,0	22,0
	(46) Großhandel	39,8	27,7
Niedrige Qualifikation	(97) Private Haushalte mit Hauspersonal	2,2	25,8
	(96) Sonst. Persönliche DL	9,3	7,3
	(81) Gebäudebetreuung	5,1	14,0
	(56) Gastronomie	18,9	17,7
	(55) Beherbergung	17,5	22,8
	(53) Postdienste	11,6	16,8
	(49+50) Landverkehr; Schifffahrt	17,3	13,8
	(47) Einzelhandel	23,0	19,2
	(38+39) Abfallwirtschaft, Rückgewinnung etc.	23,8	19,6
	(45) Kfz-Handel, -Reparatur	21,9	12,0

Quellen: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2010 bis 2012 (jeweils Durchschnittswerte der drei Jahre); eigene Berechnungen auf dieser Grundlage. Grundgesamtheit: Erwerbspersonen ohne geringfügig Beschäftigte (WAZ 1-11 Std.).

Tabelle 3 zeigt die 47 (konsolidierten<sup>63</sup>) tertiären Wirtschaftsklassen (ÖNACE-2008-Abteilungen) Österreichs mit den jeweiligen Anteilen hoch qualifizierter Angestelltenberufe (ÖISCO-08-Berufshauptgruppen <1-3> Führungskräfte, Akademische Berufe, Technische und nichttechnische Fachkräfte) bzw. der MaturantInnen (höchster formaler Bildungsabschluss gemäß ISCED-97 <3A> AHS-Matura, <4> BHS-Matura, <5B> Akademie, Kolleg oder <5A, 6> Fachhochschule, Universität) an der Gesamtheit der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) im Durchschnitt der Jahre 2010-12. Datenquellen sind die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen der betreffenden drei Jahre.

Eine kompetente Leistung in den Berufen der Hauptgruppe <2> setzt einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss voraus, in den Berufen der Hauptgruppe <3> eine Matura, und in den Berufen der Hauptgruppe <1> erfordert sie Fähigkeiten des dritten oder vierten ISCO-Anforderungsniveaus.<sup>64</sup> Obwohl fast alle Berufe der Hauptgruppen <1-3> somit auf Maturaniveau oder darüber liegen, weichen die beiden branchenbezogenen Kennzahlen der Wissens- und Humankapitalintensität in vielen Fällen z. T. erheblich voneinander ab. In 34 von 47 tertiären Wirtschaftsklassen liegt der Anteil der hoch qualifizierten Angestelltenberufe über dem jeweiligen MaturantInnenanteil. Dies bedeutet, dass in diesen Wirtschaftsklassen mehr oder weniger große Teile der hoch qualifizierten Beschäftigten einen Beruf über ihrem formalen Bildungsniveau ausüben. Im Bereich der Informationsdienstleistungen <63> bspw. beträgt der MaturantInnenanteil 64,7%, der Anteil der Erwerbspersonen in hoch qualifizierten Angestelltenberufen jedoch 81,5%. In 13 Dienstleistungsbranchen wiederum übertrifft der MaturantInnenanteil jenen der Berufshauptgruppen <1-3> jeweils – ein Anzeichen dafür, dass Teile der Gruppe der hoch qualifizierten Beschäftigten unter ihrem Ausbildungsniveau eingesetzt werden. So beläuft sich in der ÖNACE-Abteilung <79> Reisebüros und Reiseveranstalter der MaturantInnenanteil auf 54,2%, aber nur die Hälfte davon sind in diesem Bildungsniveau entsprechenden Berufen tätig (Anteil von ÖISCO-08 <1-3> 27,2%).

Zieht man den berufsbezogenen Indikator der Wissensintensität heran, so ergibt sich eine nicht unerheblich von der bildungsbezogenen Branchenrangordnung (gemäß MaturantInnenanteil) abweichende Hierarchie der tertiären Wirtschaftsklassen. Die Bewertung der Wissens- und Humankapitalintensität der Dienstleistungsbranchen mittels beider Kennzahlen bringt zweifellos ein vollständigeres Bild der einzelnen Wirtschaftsklassen zutage.

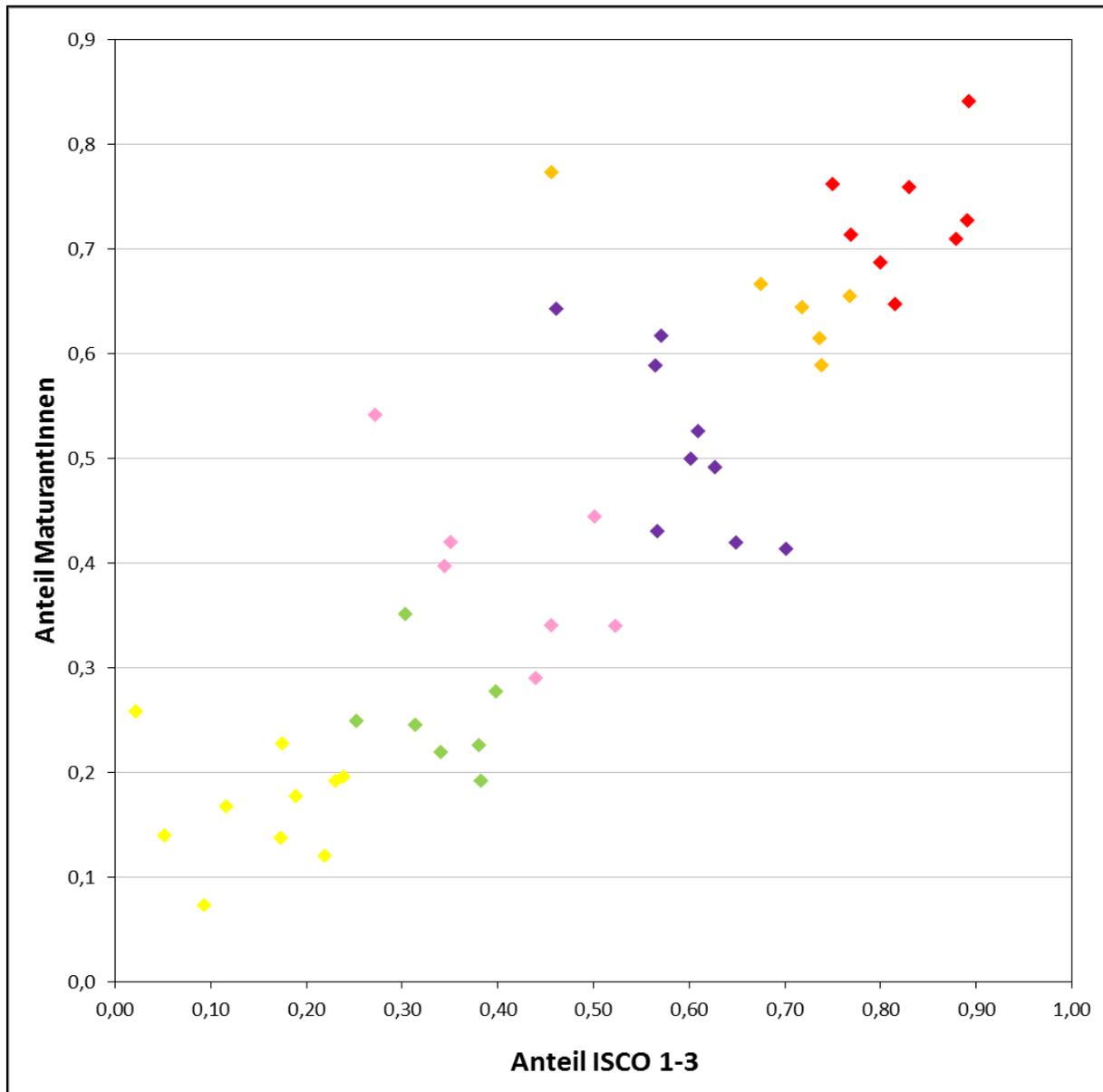
Abbildung 2 beinhaltet das Streudiagramm der 47 (konsolidierten) österreichischen Dienstleistungsbranchen (ÖNACE-2008-Abteilungen) nach dem jeweiligen Erwerbspersonenanteil der ÖISCO-08-Berufshauptgruppen <1-3> (horizontale Achse) und jenem der MaturantInnen (vertikale Achse). Mittels Clusteranalyse wurden die tertiären Wirtschaftsklassen nach ihrer Wissens- und Humankapitalintensität gruppiert. Die hier verwendete einfache Clusteranalyse erfolgte mit dem Programm „NeuroXL Clusterizer“, das auf einer MS-Excel-Oberfläche aufsetzt. Unter allen ausgeführten Varianten wurde letztlich jene ausgewählt, die sechs Cluster bildet. Diese Variante kommt der Idealvorstellung möglichst kompakter Punktwolken am nächsten.

In Tabelle 2 sind die Dienstleistungsbranchen bereits in die sechs angesprochenen Gruppen gegliedert: von der Kategorie 1 der Wirtschaftsklassen mit sehr hoher Qualifikation der Beschäftigten (sehr hoher Anteil der hoch qualifizierten Angestelltenberufe und sehr hoher MaturantInnenanteil) bis zur Kategorie 6 der Wirtschaftsklassen mit niedriger Qualifikation der Beschäftigten (niedriger Anteil der ÖISCO-08-Hauptgruppen <1-3> und niedriger Anteil von Personen mit mindestens Maturaabschluss).

<sup>63</sup> Die ÖNACE-2008-Abteilungen <49> Landverkehr und <50> Schifffahrt bzw. <38> Abfallwirtschaft, Rückgewinnung und <39> Beseitigung von Umweltverschmutzungen wurden wegen der sehr geringen Größe der jeweils letzteren zusammengefasst.

<sup>64</sup> Siehe dazu im Einzelnen Statistik Austria (2011).

**Abbildung 2: Streudiagramm der 47 tertiären ÖNACE-2008-Abteilungen in Österreich 2010-12 nach dem Anteil der ÖISCO-08-Berufshauptgruppen <1-3> und jenem der MaturantInnen an der jeweiligen Gesamtheit der Erwerbspersonen**



Datenquelle: siehe Tabelle 3.

Die folgende branchenbezogene Analyse der Beschäftigungsentwicklung in Wien zwischen 2001 und 2010-12 beschränkt sich auf den Dienstleistungssektor der Stadtwirtschaft, auf den rd. 83% der Erwerbspersonen entfallen.<sup>65</sup>

Wie entwickelten sich die Beschäftigtenanteile der sechs tertiären Branchengruppen in Wien zwischen 2001 und 2010-12? Zur Beantwortung dieser Frage werden die einschlägigen Daten aus der Volkszählung 2001 und aus den Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen der Jahre 2010 bis 2012 herange-

<sup>65</sup> Da in der Sachgüterproduktion neben Ingenieuren, Informationstechnikern usw. mit akademischem Abschluss oder HTL-Matura mittel qualifizierte FacharbeiterInnen in Fertigungsberufen mit stärker berufsspezifischer Ausbildung (Lehre, Fachschule) für die Erhaltung bzw. Weiterentwicklung der branchen- bzw. spartenspezifischen Wissensbasis, inkrementelle Innovationen und den Aufstieg auf der jeweiligen Produktqualitätsleiter große Bedeutung zukommt, müsste für eine adäquate Einschätzung der Wissens- und Humankapitalintensität der Branchen andere Indikatoren als im Dienstleistungssektor angewendet werden.

zogen. Grundgesamtheit ist jeweils die Gesamtheit der Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte.

Die Gesamttendenz ist eindeutig: Während die vier tertiären Branchengruppen mit sehr hoher bis mittlerer Qualifikation der Beschäftigten jeweils Anteile an der Gesamtheit der Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien gewannen, verloren die beiden Branchengruppen mit mittelniedriger bzw. niedriger Qualifikation der Arbeitskräfte jeweils deutlich an Gewicht. (Der Anteil aller 49 tertiären ÖNACE-2008-Abteilungen bzw. 47 konsolidierten Dienstleistungsbranchen blieb zwischen 2001 (82,7%) und 2010-12 (82,3%) weitgehend unverändert.) In Wien fand somit in den 2000er-Jahren eine signifikante Verschiebung der Branchenstruktur der Beschäftigung in Richtung auf wissens- und humankapitalintensive Dienstleistungsaktivitäten statt. Diese Branchenstruktureffekte trugen positiv zum festgestellten Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung zugunsten von hoch qualifizierten Angestelltenberufen bei.

**Tabelle 4: Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) in den tertiären Branchen am Arbeitsort Wien 2001 und 2010-12**

	Erwerbspers. (Tsd.)	Anteil an Gesamt %		Veränd. 2001- 2010-12		
		VZ 2001	MZ 2010-12		VZ 2001	MZ 2010-12
<i>ÖNACE-2008-Abteilungen</i>						
Sehr hohe Qualifikation	(90) Kreative, künstlerische DL	9,1	12,1	1,1	1,3	0,2
	(85) Erziehung und Unterricht	52,7	67,3	6,5	7,4	0,9
	(75) Veterinärwesen	0,2	0,4	0,0	0,0	0,0
	(72) Forschung und Entwicklung	4,1	6,1	0,5	0,7	0,2
	(70) Unternehmensberatung	7,8	11,3	1,0	1,2	0,3
	(63) Informationsdienstleistungen	4,0	4,6	0,5	0,5	0,0
	(62) DL der Informationstechnik	18,3	23,8	2,3	2,6	0,3
	(60) Rundfunkveranstalter	3,9	5,0	0,5	0,5	0,1
<b>Kategorie 1</b>		<b>100,2</b>	<b>130,5</b>	<b>12,4</b>	<b>14,3</b>	<b>1,9</b>
Hohe Qualifikation	(74) Sonst. freiberufl., wiss., techn. DL	4,1	6,3	0,5	0,7	0,2
	(73) Werbung und Marktforschung	7,9	10,2	1,0	1,1	0,1
	(71) Technische Büros, Labors	15,1	15,7	1,9	1,7	-0,1
	(69) Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüf.	16,8	21,9	2,1	2,4	0,3
	(59) Filmbranche; Tonstudios, Musikverlage	3,2	3,0	0,4	0,3	-0,1
	(51) Luftfahrt	1,4	1,4	0,2	0,2	0,0
<b>Kategorie 2</b>		<b>48,5</b>	<b>58,5</b>	<b>6,0</b>	<b>6,4</b>	<b>0,4</b>
Mittelhohe Qualifikation	(94) Int.vertretungen, Vereine, relig. Vereinig.	12,9	13,8	1,6	1,5	-0,1
	(91) Bibliotheken, Archive, Museen	3,2	4,4	0,4	0,5	0,1
	(86) Gesundheitswesen	54,3	68,4	6,7	7,5	0,8
	(68) Grundstücks- und Wohnungswesen	13,8	15,8	1,7	1,7	0,0
	(66) Börsen, Makler, Fondsmanagement	4,2	8,8	0,5	1,0	0,4
	(65) Versicherungen, Pensionskassen	11,3	9,7	1,4	1,1	-0,3
	(64) Finanzdienstleistungen	28,5	37,0	3,5	4,1	0,5
	(61) Telekommunikation	14,5	12,6	1,8	1,4	-0,4
	(58) Verlagswesen	5,5	6,0	0,7	0,7	0,0
<b>Kategorie 3</b>		<b>148,3</b>	<b>176,5</b>	<b>18,4</b>	<b>19,4</b>	<b>1,0</b>
Mittlere Qualifik.	(93) Unterhaltung, Sport, Erholung	4,0	5,5	0,5	0,6	0,1
	(88) Sozialwesen (ohne Heime)	13,0	12,8	1,6	1,4	-0,2
	(84) Öff. Verwaltung, Verteidigung, SV	64,5	74,7	8,0	8,2	0,2
	(82) Sonst. wirtsch. DL f. Unternehmen	2,8	4,0	0,3	0,4	0,1
	(79) Reisebüros, Reiseveranstalter	3,7	5,6	0,5	0,6	0,2
	(78) Arbeitskräftevermittlung, -überlassung	2,8	4,4	0,3	0,5	0,1
	(77) Vermietung von beweglichen Sachen	2,7	2,0	0,3	0,2	-0,1
	<b>Kategorie 4</b>		<b>93,5</b>	<b>109,1</b>	<b>11,6</b>	<b>12,0</b>
Mittelniedrige Qualifikation	(95) Reparatur von Gebrauchsgütern	0,9	1,5	0,1	0,2	0,0
	(92) Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	2,2	2,6	0,3	0,3	0,0
	(87) Heime (ohne Erholungsheime)	7,6	12,0	0,9	1,3	0,4
	(80) Wach-, Sicherheitsdienste, Detekteien	3,9	5,4	0,5	0,6	0,1
	(52) Lagerei, sonst. DL f. Verkehr	7,7	11,8	1,0	1,3	0,3
	(37) Abwasserentsorgung	0,2	0,3	0,0	0,0	0,0
	(46) Großhandel	58,2	40,8	7,2	4,5	-2,7
<b>Kategorie 5</b>		<b>80,8</b>	<b>74,4</b>	<b>10,0</b>	<b>8,2</b>	<b>-1,8</b>
Niedrige Qualifikation	(97) Private Haushalte mit Hauspersonal	0,8	1,8	0,1	0,2	0,1
	(96) Sonst. Persönliche DL	10,5	9,3	1,3	1,0	-0,3
	(81) Gebäudebetreuung	23,5	25,9	2,9	2,8	-0,1
	(56) Gastronomie	29,4	37,3	3,6	4,1	0,5
	(55) Beherbergung	8,7	11,8	1,1	1,3	0,2
	(53) Postdienste	9,1	7,4	1,1	0,8	-0,3
	(49+50) Landverkehr; Schifffahrt	29,9	25,2	3,7	2,8	-0,9
	(47) Einzelhandel	65,1	69,1	8,1	7,6	-0,5
	(38+39) Abfallwirtschaft; Rückgewinnung	3,3	1,3	0,4	0,1	-0,3
	(45) Kfz-Handel, -Reparatur	17,0	11,9	2,1	1,3	-0,8
<b>Kategorie 6</b>		<b>197,4</b>	<b>201,0</b>	<b>24,4</b>	<b>22,1</b>	<b>-2,4</b>
<b>Gesamt</b>		<b>808,2</b>	<b>911,1</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	

Quellen: VZ 2001; Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2010-12 (jeweils Durchschnittswerte der drei Jahre); eigene Berechnungen auf dieser Grundlage. Grundgesamtheit jeweils: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte; VZ: Lebensunterhaltskonzept; MZ: Erwerbspersonen ohne jene mit einer WAZ < 12 Std.

Mit Abstand am deutlichsten erhöhte sich der Beschäftigtenanteil der tertiären Branchengruppe mit sehr hoher Qualifikation der Arbeitskräfte, nämlich von 12,4% um 1,9 Prozentpunkte auf 14,3% (siehe Tabelle 4).

Die bedeutendsten Beiträge zum Anteilszuwachs der Dienstleistungsbranchen mit sehr hoher bis mittelhoher Qualifikation der Beschäftigten leisteten das Bildungs- und das Gesundheitswesen (+0,9 %-pkte. bzw. +0,8 %-pkte.) sowie die Finanzdienstleistungen. Deutliche Anteilszuwächse an der Gesamtheit der Erwerbspersonen verzeichneten unter den besonders humankapitalintensiven tertiären Branchen zudem die Unternehmensberatung, die Dienstleistungen der Informationstechnik, die Wirtschaftsklasse Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung sowie die Wirtschaftsklasse Börsen, Makler, Fondsmanagement. Erhebliche Anteilsverluste hinzunehmen hatten unter den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen lediglich die Telekommunikation und das Versicherungswesen.

Die höchsten Beiträge zum Anteilsrückgang der beiden tertiären Branchengruppen mit mittelniedriger bzw. niedriger Qualifikation der Arbeitskräfte entfielen auf den Großhandel (-2,7 %-pkte.), den Landverkehr (-0,9 %-pkte.), die Wirtschaftsklasse Kfz-Handel und -Reparatur (-0,8 %-pkte.) sowie den Einzelhandel. Auch der Erwerbspersonenanteil der Postdienste und des Bereichs Abfallwirtschaft und Rückgewinnung fiel jeweils deutlich. Starke Anteilsgewinne unter den wenig wissens- und humankapitalintensiven Dienstleistungsbranchen verzeichneten die Gastronomie und das Heimwesen.

## 5. BRANCHENINTERNER STRUKTURWANDEL ALS URSACHE BERUFSSTRUKTURELLEN WANDELS

Wenden wir uns schließlich der Frage zu, ob neben dem Strukturwandel zwischen Branchen auch die brancheninternen Verschiebungen in der Berufsstruktur der Beschäftigung zu dem festgestellten Strukturwandel zugunsten der sehr hoch qualifizierten WissensbearbeiterInnen und der mittel qualifizierten, überwiegend interaktiven Dienstleistungsberufe beigetragen haben.

Der qualifikationsbezogene Beschäftigungsstrukturwandel innerhalb der einzelnen Branchen resultiert - wie bereits konstatiert - aus Verschiebungen zwischen Sparten, aus Veränderungen der Unternehmensstruktur in den einzelnen Sparten, aus technik-, organisations- und marktbedingten Berufsstrukturverschiebungen in den einzelnen Unternehmen sowie aus Veränderungen der Tätigkeitsstrukturen in den einzelnen Berufen.

Wegen des erwähnten zweifachen Klassifikationsbruchs (bei ÖISCO und ÖNACE) liegen in Bezug auf Wien keine miteinander konsistenten Kreuzklassifikationen der Beschäftigung nach Berufen und Wirtschaftsklassen für Beginn und Ende des Beobachtungszeitraums vor. Die größtmögliche Abdeckung des Beobachtungszeitraums ist zu erzielen, wenn man hinsichtlich der Berufssystematik die ÖISCO-88-Gliederung und hinsichtlich der Branchensystematik die ÖNACE-2003-Klassifikation heranzieht. Einschlägige Daten aus der Volkszählung 2001 und den Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen der Jahre 2009 und 2010 erlauben einen Vergleich der branchenbezogenen Berufsstrukturen der Beschäftigung (Erwerbspersonen ohne geringfügig Beschäftigte) am Arbeitsort Wien des Jahres 2001 mit den entsprechenden Durchschnittswerten der Jahre 2009/10 (siehe Tabellen 5 und 6). Diese Daten über die Veränderungen der branchenbezogenen Berufsstrukturen der Beschäftigung geben, wie bereits festgestellt, Aufschlüsse über die Richtung des Berufsstrukturwandels in den einzelnen tertiä-

ren Wirtschaftsklassen, ermöglichen aber keine Aussagen über die Bedeutung der oben angeführten Einzelkomponenten des brancheninternen Beschäftigungsstrukturwandels.

**Tabelle 5: Veränderungen der Berufsstrukturen der Beschäftigung in den tertiären Wirtschaftsklassen am Arbeitsort Wien 2001-2009/10: Anteile der Berufssegmente an der jeweiligen Gesamtzahl der Erwerbspersonen (in %)**

Berufssegment <i>Wirtschaftsklassen (konsolidierte ÖNACE-2003-Abteilungen)</i>	Hoch qual. Angest.ber.			Mittel qual. Angest.ber.			Angestelltenberufe			Fertigungsberufe mittl. Qualif.		
	2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.	2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.	2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.	2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.
Kfz-Handel u. -Repar., Tankst. <50>	27,2	30,3	3,1	21,2	21,7	0,5	48,4	51,9	3,6	40,5	45,0	4,5
Großhandel <51>	63,5	61,0	-2,5	21,8	24,4	2,6	85,3	85,3	0,1	7,4	6,2	-1,2
Einzelhandel, Reparatur <52>	39,2	40,9	1,8	45,8	46,7	0,9	84,9	87,6	2,7	7,6	5,9	-1,7
Beherberg.- u. Gaststättenwesen	22,0	18,6	-3,4	54,0	63,2	9,2	76,0	81,8	5,8	4,6	2,5	-2,1
Verkehrswesen <60-62>	19,4	20,8	1,5	18,1	18,7	0,6	37,5	39,6	2,0	55,2	55,0	-0,2
Lagerung, Spedition, Reisebüros	46,5	40,1	-6,4	31,9	28,6	-3,3	78,4	68,6	-9,7	10,3	19,8	9,5
Nachrichtenübermittlung <64>	43,9	51,8	7,9	37,0	30,3	-6,6	80,9	82,2	1,3	10,0	8,1	-1,8
Versicherungswesen <66>	65,2	79,1	13,9	30,7	15,9	-14,8	96,0	95,0	-0,9	1,5	3,8	2,4
Bankwesen <65, 67>	46,0	44,7	-1,2	49,4	52,8	3,4	95,4	97,5	2,2	1,4	0,2	-1,2
Realitätenwesen, Vermietung <70-71>	35,9	45,9	10,1	15,7	18,8	3,2	51,6	64,8	13,2	6,2	4,6	-1,6
Datenverarbeitung <72>	82,6	87,5	4,8	12,6	10,3	-2,3	95,3	97,8	2,6	2,3	1,2	-1,1
Forschung u. Entwicklung <73>	74,7	94,8	20,1	17,7	5,2	-12,4	92,3	100,0	7,7	3,4	0,0	-3,4
Unternehmensbez. Dienstl. <74>	52,6	59,5	6,9	20,5	19,7	-0,8	73,1	79,2	6,1	6,8	3,9	-2,9
Öffentl. Verwaltung, Sozialvers. <75>	40,9	40,5	-0,4	43,9	44,1	0,2	84,8	84,6	-0,2	3,1	3,6	0,5
Unterrichtswesen <80>	74,6	79,6	5,1	17,4	16,4	-1,0	92,0	96,0	4,1	1,6	0,5	-1,1
Gesundheits- u. Sozialwesen <85>	52,0	52,6	0,6	33,3	36,7	3,4	85,3	89,2	4,0	3,1	2,9	-0,2
Entsorgung <90>	14,8	19,4	4,6	12,1	11,0	-1,1	26,9	30,4	3,4	17,2	22,5	5,3
Interessenvertretungen, Vereine <91>	51,1	48,5	-2,6	38,7	40,2	1,5	89,8	88,7	-1,1	2,3	4,6	2,3
Kultur, Sport u. Unterhaltung <92>	64,9	69,3	4,4	20,4	15,5	-4,9	85,3	84,7	-0,5	5,4	5,0	-0,5
Wäscherei, Körperpfl., Bäder <93>	18,5	10,1	-8,4	59,2	69,5	10,3	77,7	79,6	1,9	14,2	13,2	-1,0
Haushaltsdienste <95>	3,3	2,2	-1,1	19,0	28,1	9,1	22,3	30,3	8,0	4,9	0,0	-4,9
<i>Dienstleistungen &lt;50-95&gt;</i>	48,2	51,0	2,8	31,3	32,5	1,2	79,5	83,5	4,0	8,6	6,6	-1,9
<b>Gesamt</b>	<b>45,7</b>	<b>48,3</b>	<b>2,6</b>	<b>28,0</b>	<b>29,2</b>	<b>1,3</b>	<b>73,7</b>	<b>77,5</b>	<b>3,8</b>	<b>14,2</b>	<b>12,5</b>	<b>-1,7</b>

Quellen: VZ 2001; Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2009 und 2010 (jeweils Durchschnittswerte der beiden Jahre); eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten.

Grundgesamtheit: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte (WAZ <12 Std.).

**Tabelle 6: Veränderungen der Berufsstrukturen der Beschäftigung in den tertiären Wirtschaftsklassen am Arbeitsort Wien 2001-2009/10: Anteile der Angestellten-Berufshauptgruppen an der jeweiligen Gesamtzahl der Erwerbspersonen (in %)**

Angestellten-Berufshauptgruppen Wirtschaftsklassen (konsolidierte ÖNACE-2003-Abteilungen)	Führungskräfte			Akademische Berufe			Fachkräfte			Büroangestellte			Pers.bez. DLberufe		
	2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.	2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.	2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.	2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.	2001	2009/10	Ä 01-10 %-pkte.
Kfz-Handel u. -Repar., Tankst. <50>	11,7	11,0	-0,7	1,0	1,4	0,4	14,5	17,9	3,4	11,7	11,0	-0,7	9,5	10,7	1,2
Großhandel <51>	20,1	16,4	-3,7	5,0	7,0	2,0	38,4	37,6	-0,8	16,2	15,6	-0,6	5,6	8,8	3,2
Einzelhandel, Reparatur <52>	16,2	12,7	-3,5	2,7	4,2	1,5	20,2	24,0	3,8	10,5	9,0	-1,6	35,2	37,7	2,5
Beherberg.- u. Gaststättenwesen	15,5	13,9	-1,5	0,8	1,0	0,3	5,7	3,6	-2,1	7,7	7,6	-0,1	46,4	55,6	9,2
Verkehrswesen <60-62>	7,1	10,3	3,1	1,4	1,8	0,4	10,8	8,7	-2,1	14,7	10,9	-3,8	3,5	7,8	4,4
Lagerung, Spedition, Reisebüros	10,1	11,4	1,3	2,2	3,9	1,8	34,2	24,7	-9,5	28,4	24,3	-4,1	3,5	4,2	0,7
Nachrichtenübermittlung <64>	11,6	11,5	-0,1	6,9	9,0	2,1	25,5	31,3	5,8	35,9	29,0	-6,9	1,1	1,4	0,3
Versicherungswesen <66>	8,5	2,8	-5,7	10,7	14,5	3,8	46,1	61,8	15,8	29,8	15,9	-13,8	1,0	0,0	-1,0
Bankwesen <65, 67>	8,9	7,8	-1,1	7,1	11,6	4,5	29,9	25,3	-4,6	47,8	52,7	4,9	1,6	0,1	-1,5
Realitätenwesen, Vermietung <70-71>	8,0	8,4	0,4	3,4	6,0	2,5	24,4	31,5	7,1	13,2	18,1	4,9	2,5	0,8	-1,7
Datenverarbeitung <72>	15,9	15,3	-0,6	29,2	34,5	5,4	37,5	37,6	0,1	10,7	10,3	-0,3	1,9	0,0	-1,9
Forschung u. Entwicklung <73>	10,4	5,0	-5,4	35,7	50,4	14,6	28,5	39,4	10,9	12,5	5,2	-7,2	5,2	0,0	-5,2
Unternehmensbez. Dienstl. <74>	9,2	6,9	-2,3	17,1	27,3	10,2	26,3	25,4	-1,0	17,1	15,0	-2,1	3,4	4,7	1,3
Öffentl. Verwaltung, Sozialvers. <75>	5,2	2,6	-2,6	12,5	14,2	1,7	23,2	23,7	0,5	29,2	28,7	-0,5	14,7	15,4	0,7
Unterrichtswesen <80>	3,3	3,2	-0,1	50,9	57,6	6,6	20,3	18,8	-1,5	6,8	8,7	1,9	10,5	7,7	-2,8
Gesundheits- u. Sozialwesen <85>	1,9	1,4	-0,4	16,9	18,5	1,7	33,3	32,6	-0,7	7,8	8,0	0,2	25,5	28,6	3,2
Entsorgung <90>	5,7	10,8	5,1	1,6	1,4	-0,2	7,5	7,1	-0,4	10,9	11,0	0,1	1,3	0,0	-1,3
Interessenvertretungen, Vereine <91>	11,3	6,0	-5,3	17,9	18,8	0,9	21,8	23,7	1,8	31,9	33,7	1,8	6,8	6,4	-0,4
Kultur, Sport u. Unterhaltung <92>	7,8	9,1	1,3	34,1	40,4	6,3	23,0	19,8	-3,2	13,9	10,9	-3,1	6,5	4,6	-1,9
Wäscherei, Körperpf., Bäder <93>	8,7	1,4	-7,3	0,8	1,0	0,3	9,0	7,6	-1,4	5,2	5,8	0,5	54,0	63,7	9,7
Haushaltsdienste <95>	1,5	2,2	0,7	0,1	0,0	-0,1	1,6	0,0	-1,6	1,1	0,0	-1,1	17,9	28,1	10,2
Dienstleistungen <50-95>	9,7	7,8	-1,9	13,8	18,6	4,9	24,8	24,6	-0,2	17,0	16,4	-0,6	14,3	16,1	1,8
Gesamt	9,9	8,0	-2,0	12,2	16,8	4,6	23,6	23,5	-0,1	15,8	15,6	-0,2	12,2	13,6	1,4

Quellen: VZ 2001; Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungen 2009 und 2010 (jeweils Durchschnittswerte der beiden Jahre); eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten.

Grundgesamtheit: Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ohne geringfügig Beschäftigte (WAZ <12 Std.).

Tabelle 5 zeigt die Anteile der hoch qualifizierten Angestelltenberufe (ÖISCO-88-Berufshauptgruppen <1-3> Führungskräfte, Akademische Berufe, Technische und nichttechnische Fachkräfte), der mittel qualifizierten Angestelltenberufe (Berufshauptgruppen <4+5> Büroangestellte, Personenbezogene Dienstleistungsberufe und Verkaufskräfte), der Angestelltenberufe insgesamt (Hauptgruppen <1-5>) und der mittel qualifizierten Fertigungsberufe (ÖISCO-88-Berufshauptgruppen <7+8> Handwerksberufe; Anlage-, Maschinen-, Fahrzeugbediener, Montierer) an der jeweiligen Gesamtheit der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) in den einzelnen (konsolidierten<sup>66</sup>) tertiären Wirtschaftsklassen am Arbeitsort Wien 2001 und 2009/10.

In 13 von 21 tertiären Wirtschaftsklassen stieg der Beschäftigungsanteil der hoch qualifizierten Angestelltenberufe. Sehr starke relative Zuwächse (> 10 %-pkt.) sind für Forschung und Entwicklung, Versicherungswesen und Realitätenwesen zu vermerken. Unter den fünf beschäftigungsstärksten Branchen verzeichneten die Unternehmensbezogenen Dienste und das Unterrichtswesen einen starken Anstieg (5-10 %-pkt.), Einzelhandel und Gesundheitswesen einen leichten Zuwachs (< 5 %-pkt.), und in der Öffentlichen Verwaltung stagnierte die Quote der hoch qualifizierten Angestelltenberufe. Ein starker Rückgang dieses Anteils erfolgte lediglich in zwei tertiären Wirtschaftsklassen, nämlich den wenig wissensintensiven und sehr heterogenen Klassen „Lagerung, Spedition, Reisebüros“ und „Wäscherei, Körperpflege, Reinigung“.

In der großen Mehrzahl der tertiären Wirtschaftsklassen erfolgte in den 2000er-Jahren innerhalb des Segments der hoch qualifizierten Angestelltenberufe eine erhebliche Umschichtung zulasten der Führungskräfte und der Technischen und nichttechnischen Fachkräfte sowie zugunsten der Akademischen Berufe (siehe Tabelle 6): Der Beschäftigungsanteil der Führungskräfte verringerte sich in 15 von 21 Dienstleistungsbranchen, jener der Fachkräfte in 12 tertiären Wirtschaftsklassen. Hingegen stieg der Anteil der Erwerbspersonen in Akademischen Berufen in 19 von 21 tertiären Wirtschaftsklassen am Arbeitsort Wien, und in den beiden übrigen erfuhr er fast keine Änderung. Somit ist erwiesen, dass auch der brancheninterne Berufsstrukturwandel zur Verschiebung der Berufsstruktur der Beschäftigung in Richtung auf die Akademischen Berufe beitrug.

Sehr starke relative Zuwächse (> 10 %-pkt.) erfolgten in den beiden hoch wissens- und humankapitalintensiven Wirtschaftsklassen Forschung und Entwicklung sowie Unternehmensbezogene Dienstleistungen.

Aus den Anteilsverlusten der Fachkräfte in zwölf Dienstleistungsbranchen bei gleichzeitigen Anteilsgewinnen der Akademische Berufe ausübenden Erwerbspersonen darf nicht auf Verdrängungseffekte zwischen beiden Beschäftigtengruppen geschlossen werden. In fast allen tertiären Wirtschaftsklassen Wiens stieg zwischen 2001 und 2009/10 die Zahl der Technischen und nichttechnischen Fachkräfte. Ausnahmen bildeten der Großhandel, das Verkehrswesen und der Fremdenverkehr. Im Großhandel erfolgte keine Substitution von Fachkräften durch Beschäftigte in Akademischen Berufen, denn einer deutlichen Abnahme der Zahl der Fachkräfte (-6.200) stand eine weitgehende Stagnation im Beschäftigtensegment der Akademischen Berufe gegenüber. Ähnliches gilt für das Versicherungswesen: Während sich die Zahl der Fachkräfte um mehr als ein Drittel (-1.300) reduzierte, blieb die Zahl der Erwerbspersonen in Akademischen Berufen fast unverändert. Nur für den Fremdenverkehr können geringe Verdrängungseffekte zwischen Beschäftigten in Akademischen Berufen und Fachkräften nicht ausgeschlossen werden: Dort sank die Zahl der Technischen und nichttechnischen Fachkräfte von 2.200 auf 1.800, während sich jene der Akademische Berufe ausübenden Erwerbspersonen von 300 auf 500 erhöhte.

---

<sup>66</sup> Zusammengezogen wurden erstens die ÖNACE-2003-Abteilungen <60> Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen, <61> Schifffahrt und <62> Flugverkehr, zweitens die Abteilungen <65> Kreditwesen und <67> „Mit dem Kreditwesen verbundene Tätigkeiten“ sowie drittens die Abteilungen <70> Realitätenwesen und <71> Vermietung beweglicher Sachen.

Zu jenen Dienstleistungsbranchen, in denen zwischen 2001 und 2009/10 die Zahl der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) am Arbeitsort Wien deutlich zurückging, zählten neben dem Großhandel und dem Verkehrswesen die Nachrichtenübermittlung, das Versicherungswesen sowie Kfz-Handel und -Reparatur. Auch in den letzten drei Wirtschaftsklassen erfolgte keine Substitution von Fachkräften und Beschäftigte in Akademischen Berufen: Im Bereich Kfz-Handel und -Reparatur blieb sowohl die Zahl der Fachkräfte als auch jene der Akademische Berufe ausübenden Erwerbspersonen unverändert. Und in der Versicherungsbranche und der Nachrichtenübermittlung erhöhte sich die Zahl der Fachkräfte jeweils.

Der Beschäftigungsanteil der mittel qualifizierten Angestelltenberufe nahm, wie aus Tabelle 5 zu entnehmen ist, in 11 tertiären Wirtschaftsklassen zu, in einer blieb er fast konstant, und in 9 verringerte er sich. Diese Anteilsänderung resultierte in vielen Fällen aus gegenläufigen Tendenzen: In 10 Dienstleistungsbranchen erhöhte sich jeweils der Beschäftigungsanteil der Personenbezogenen Dienstleistungsberufe und Verkaufskräfte und reduzierte sich jener der Büroangestellten. Insgesamt stieg der Beschäftigungsanteil der Personenbezogenen Dienstleistungsberufe, deren Tätigkeitsprofile von interaktiven Tätigkeiten dominiert werden, in 12 von 21 tertiären Branchen, und jener der Büroangestellten, deren Tätigkeitsprofile hohe Anteile von kognitiven Routinetätigkeiten aufweisen, die der Standardisierung und Automatisierung eher zugänglich sind, ging in 14 von 21 tertiären Wirtschaftsklassen zurück. Sowohl der Rückgang der Erwerbspersonenzahl in der Versicherungsbranche als auch jener in der Nachrichtenübermittlung ist überwiegend auf die Rationalisierung im Bereich der Büroangestellten zurückzuführen.

Der brancheninterne Strukturwandel trug, das zeigen die obigen Ergebnisse, auch zur im Kapitel 3 konstatierten Verschiebung der Wiener Beschäftigungsstruktur zugunsten der interaktiven Angestelltenberufe mittlerer Qualifikation bei.

In der beschäftigungsstärksten Wirtschaftsklasse des Wiener Dienstleistungssektors, den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen, stieg die Zahl der Erwerbspersonen in den 2000er-Jahren sehr stark, nämlich von 75.300 2001 auf 98.900 2009/10. Die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen <74> sind eine überaus heterogene Wirtschaftsklasse. Sie schließt zum einen wissensintensive Dienste wie Rechts- und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung, Marktforschung, Technische Büros, naturwissenschaftliche Untersuchung, Design u. a. ein, welche sich durch einen hohen Anteil an besonders qualifizierten Berufstätigen auszeichnen, zum anderen aber auch Dienstleistungssparten mit überwiegend gering qualifizierten Arbeitskräften (Reinigung, Bewachung etc.). Der Beschäftigungsanteil der Akademischen Berufe erhöhte sich von 17,1% um 10,2 %-pkt. auf 27,3% (Tabelle 6). Gleichzeitig reduzierte sich der Anteil der Technischen und nichttechnischen Fachkräfte von 26,3% um 1 %-pkt. auf 25,4%, obwohl die Zahl der Fachkräfte von 19.800 auf 25.100 zunahm. Die Zahl der Führungskräfte verharrte bei rd. 7.000, ihr Anteil an der Branchengesamtheit fiel aber von 9,2% um 2,3 %-pkt. auf 6,9%. Die Zahl der Erwerbspersonen in Personenbezogenen Dienstleistungsberufen und im Verkauf verdoppelte sich fast von 2.500 auf 4.700, ihr Anteil stieg von 3,4% um 1,3 %-pkt. auf 4,7%. Selbst die Zahl der Büroangestellten erhöhte sich in den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen, nämlich von 12.900 auf 14.900. In diesem besonders dynamischen Bereich der produktionsbezogenen Dienstleistungen nahm also die Beschäftigung abgesehen von den Führungskräften in allen Segmenten der Angestelltenberufe zu. Der Beschäftigungsanteil der Angestelltenberufe insgesamt stieg von 73,1% um 6,1 %-pkt. auf 79,2% (siehe Tabelle 5).

Die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen zählten zu jenen 15 Wirtschaftsklassen des Wiener tertiären Sektors, in denen sich der Anteil der Angestelltenberufe an der jeweiligen Gesamtheit der Erwerbspersonen (ohne geringfügig Beschäftigte) zwischen 2001 und 2009/10 erhöhte. In zwei Wirtschaftsklassen blieb dieser Anteil fast unverändert, und in vier Branchen nahm er ab.

Das aus den Handwerksberufen <7> und den Maschinen-, Anlagen-, Fahrzeugbedienern und Monteuren <8> bestehende Segment der „Fertigungsberufe mittlerer Qualifikation“ nimmt in nur zwei Wiener Dienstleistungsbranchen die dominante Position in der Beschäftigung ein, nämlich im Verkehrswesen und in Kfz-Handel und -Reparatur (vgl. Tabelle 5). In Letzterer stieg der Beschäftigungsanteil der Fertigungsberufe sogar, und in Ersterer blieb er konstant. Auch in zwei weiteren tertiären Wirtschaftsklassen mit relativ großer Bedeutung von mittel qualifizierten Fertigungsberufen erhöhte sich deren Anteil jeweils, und zwar im Bereich von Lagerung und Spedition <63> sowie in der Entsorgung <90>. In der Mehrzahl der Wiener Dienstleistungsbranchen, nämlich in 13, nahm allerdings der Beschäftigungsanteil des Segments der mittel qualifizierten Fertigungsberufe jeweils ab, in 2 änderte er sich kaum, in 6 stieg er.

Auch zum anteilmäßigen Rückgang der Beschäftigung von Hilfskräften im Wiener Dienstleistungssektor trugen brancheninterne Berufsstruktureffekte bei: In 15 von 21 Wirtschaftsklassen fiel ihr Anteil, in 2 blieb er weitgehend unverändert, und in 4 nahm er zu. In drei tertiären Wirtschaftsklassen entfallen auf die Hilfskräfte hohe Beschäftigungsanteile: in den beiden kleinen Branchen Entsorgung und Haushaltsdienste sowie in Realitätenwesen und Vermietung <70-71>.

## 6. ZUSAMMENFASSUNG: BERUFSSTRUKTURWANDEL ALS INDIKATOR FÜR DIE RICHTUNG DER URBANWIRTSCHAFTLICHEN SPEZIALISIERUNG

Die Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien verschob sich zwischen 2001 und 2012 deutlich zugunsten der hoch qualifizierten Angestelltenberufe. Bereits rund die Hälfte der Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien ist den Angestelltenberufen mit mindestens Maturaniveau (Führungskräfte, Akademische Berufe, Technische und nichttechnische Fachkräfte) zuzuordnen. Getragen wurde die Beschäftigungsdynamik in diesem Berufssegment vorwiegend von der Entwicklung im Bereich der Akademischen Berufe: Die betreffende Erwerbspersonenzahl verdoppelte sich während des Beobachtungszeitraums nahezu, und ihr Anteil stieg von 15% auf 23%. Dieser sehr starke Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung in Richtung auf die am höchsten qualifizierten Angestelltenberufe ist als eindeutiger Beleg für den Strukturwandel der Wiener Wirtschaft zugunsten von wissens- und humankapitalintensiven Aktivitäten zu werten. Auch die Zahl der Technischen und nichttechnischen Fachkräfte nahm weiterhin zu, nämlich um rd. 10.000. Die starke Dynamik der Nachfrage nach hoch qualifizierten Angestellten in Akademischen Berufen ist also nicht die Folge von Verdrängungseffekten gegenüber den Fachkräften, denn auch auf Branchenebene lassen sich so gut wie keine Hinweise auf derartige Substitutionseffekte finden.

Neben dem sehr ausgeprägten Strukturwandel zugunsten der Akademischen Berufe sind im Bereich der Angestelltenberufe zwei weitere Haupttendenzen auszumachen: eine Verschiebung zugunsten der mittel qualifizierten, überwiegend interaktiven Angestelltenberufe und eine Verlagerung zulasten der mittel qualifizierten Büroangestellten, deren kognitive Routinetätigkeiten verstärkt der Standardisierung und Automatisierung unterlagen.

Entsprechend der in Wien schon sehr weit fortgeschrittenen Deindustrialisierung verringerten sich auch der Beschäftigungsanteil der mittel qualifizierten Fertigungsberufe und jener der Hilfskräfte, wobei sich die Zahl der Ersteren kaum änderte, jene der Letzteren aber signifikant fiel.

Änderungen der berufsbezogenen Qualifikationsstruktur der Beschäftigung ergeben sich zum einen aus dem Strukturwandel zwischen Branchen, zum anderen aus dem brancheninternen Berufsstrukturwandel.

Die Analyse des Branchenstrukturwandels innerhalb des Wiener Dienstleistungssektors, auf den rd. 83% der Erwerbspersonen entfallen, bringt eine eindeutige Gesamttendenz zutage: Während die vier tertiären Branchengruppen mit sehr hoher bis mittlerer Qualifikation der Beschäftigten jeweils Anteile an der Gesamtheit der Erwerbspersonen am Arbeitsort Wien gewannen, verloren die beiden Branchengruppen mit mittelniedriger bzw. niedriger Qualifikation der Arbeitskräfte jeweils deutlich an Gewicht. In Wien fand somit in den 2000er-Jahren eine signifikante Verschiebung der Branchenstruktur der Beschäftigung in Richtung auf wissens- und humankapitalintensive Marktdienstleistungen statt und auf ebensolche öffentliche Dienstleistungen (Bildungswesen, Gesundheitswesen etc.), welche für die Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Herausforderungen von entscheidender Bedeutung sind. Diese Branchenstruktureffekte trugen positiv zum festgestellten Wandel der Berufsstruktur der Beschäftigung zugunsten von hoch qualifizierten Angestelltenberufen bei.

Der Anteil der Erwerbspersonen in Akademischen Berufen stieg am Arbeitsort Wien in 19 von 21 tertiären Wirtschaftsklassen, und in den beiden übrigen erfuhr er fast keine Änderung. Somit ist erwiesen, dass sich auch der brancheninterne Berufsstrukturwandel zugunsten der Verschiebung der Berufsstruktur der Beschäftigung in Richtung auf die am höchsten qualifizierten Angestelltenberufe auswirkte. Gleiches gilt bezüglich des Anteilszuwachses der interaktiven Angestelltenberufe mittlerer Qualifikation.

# LITERATURVERZEICHNIS

- Autor, David; Levy, Frank; Murnane, Richard, The Skill Content of Recent Technological Change: An Empirical Exploration, in: Quarterly Journal of Economics 118/4 (2003) 1279-1333.
- Baethge, Martin, Qualifikation, Kompetenzentwicklung und Professionalisierung im Dienstleistungssektor, in: WSI Mitteilungen 9 (2011) 447-455.
- Baumol, William J., Paradox of the services: exploding costs, persistent demand, in: Raa, Schettkat (Hrsg.) (2001) 3-28.
- Bock-Schappelwein, Julia, Stellenwert von Aus- und Weiterbildung sowie fachübergreifenden und sozialen Kompetenzen in einem Umfeld technologischer und wirtschaftlicher Veränderungen, in: WIFO-Monatsberichte 86/2 (2013) 149-157.
- Bock-Schappelwein, Hölzl, Werner; Julia; Janger, Jürgen; Reinstaller, Andreas, Die Rolle von Bildung für die wirtschaftlichen Perspektiven Österreichs, in: WIFO-Monatsberichte 86/2 (2013) 121-133.
- Bock-Schappelwein, Julia; Janger, Jürgen; Reinstaller, Andreas, Bildung 2025 – Die Rolle von Bildung in der österreichischen Wirtschaft (=WIFO-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, Wien 2012).
- Chalupa, Johannes; Knittler, Käthe, Erwerbstätige in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und im Mikrozensus. Konzeptionelle und quellenbedingte Unterschiede, in: Statistische Nachrichten 3 (2013) 238-246.
- Horvath, Thomas; Huemer, Ulrike; Kratena, Kurt; Mahringer, Helmut, Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2010 bis 2016 (=WIFO-Studie im Auftrag des Arbeitsmarktservice Österreich, Wien 2012).
- Janger, Jürgen, Strukturwandel und Wettbewerbsfähigkeit in der EU, in: WIFO-Monatsberichte 85/8 (2012) 625-640.
- Janger, Jürgen, Strukturwandel als Indikator für die Qualifikationsnachfrage der Wirtschaft, in: WIFO-Monatsberichte 86/2 (2013) 135-147.
- Karner, Thomas; Rainer, Norbert, Die Implementierung der ÖNACE 2008 im Unternehmensregister der STATISTIK AUSTRIA, in: Statistische Nachrichten 7 (2009) 607-617.
- Kratena, Kurt, Strukturwandel und Dynamik im tertiären Sektor – eine Input-Output-Analyse, in: Mesch (Hrsg., 2005) 87-146.
- Maier, Gunther; Tödting, Franz, Regional- und Stadtökonomik I. Standorttheorie und Raumstruktur (Wien <sup>4</sup>2006).
- Maier, Gunther; Tödting, Franz; Tripl, Michaela, Regional- und Stadtökonomik II. Regionalentwicklung und Regionalpolitik (Wien <sup>3</sup>2006).
- Mayerhofer, Peter, Structural Preconditions of City Competitiveness. Some Empirical Results for European Cities (= WIFO Working Paper 260, Wien 2005).
- Mayerhofer, Peter, Wien in einer erweiterten Union. Ökonomische Effekte der Ostintegration auf die Wiener Stadtwirtschaft (Wien, Münster 2006).

- Mayerhofer, Peter, Wiens Beschäftigungssystem unter neuen Rahmenbedingungen, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 31/1 (2007) 11-40.
- Mayerhofer, Peter, *Stadtwirtschaft im Wandel: Strukturelle Veränderungen und sektorale Positionierung Wiens im nationalen und internationalen Vergleich* (Wien 2013); erscheint in diesem Band.
- Mayerhofer, Peter (Koord.); Fritz, Oliver; Pennerstorfer, Dieter, *Dritter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens* (WIFO-Studie, Wien 2010).
- Mayerhofer, Peter; Fritz, Oliver; Platsch, D., ‚Twin-City‘ Wien – Bratislava. Teil 2: Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsmarkt der zentraleuropäischen ‚Twin-City‘ Wien – Bratislava im europäischen Vergleich: Eine Bestandsanalyse (=WIFO-Studie, Wien 2007).
- Mayerhofer, Peter; Palme, Gerhard, *Sachgüterproduktion und Dienstleistungen: Sektorale Wettbewerbsfähigkeit und regionale Integrationsfolgen*, Teilprojekt 6/1, in: dies. (Koord.), *PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung* (=WIFO-Studie, Wien 2001).
- Mesch, Michael, *Einleitung: Zur Tertiärisierung der österreichischen und der Wiener Wirtschaft*, in: Schmee, Mesch (2000a) 11-38.
- Mesch, Michael, *Die Tertiärisierung der österreichischen und der Wiener Wirtschaft: ein kurzer Überblick*, in: Prenner, Mesch (2000b) 1-28.
- Mesch, Michael (Hrsg.), *Der Wandel der Beschäftigungsstruktur in Österreich. Branchen – Qualifikationen – Berufe* (Wien 2005).
- Mesch, Michael, *Strukturwandel in Produktion und Beschäftigung: ein Überblick*, in: Mesch (Hrsg.) (2005a) 15-86.
- Mesch, Michael, *Der Wandel der beruflichen Struktur der österreichischen Beschäftigung 1991-2001*, in: Mesch (Hrsg.) (2005b) 219-285.
- Mesch, Michael, *Die Berufslandschaft in Österreich 1991-2001. Die Beschäftigung nach Berufshauptgruppen und Wirtschaftsbereichen*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 31/1 (2005c) 41-80.
- Mesch, Michael, *Die Bildungs- und die Berufsstrukturen der Beschäftigung in den Wirtschaftsklassen Wiens 1991-2001* (=Materialien zu *Wirtschaft und Gesellschaft* 101, Wien 2007a).
- Mesch, Michael, *Der Wandel der Branchen- und Berufsstruktur der österreichischen Beschäftigung seit Anfang der 1990er-Jahre* (=Materialien zu *Wirtschaft und Gesellschaft* 104, Wien 2007b).
- Peneder, Michael, *A sectoral taxonomy of educational intensity*, in: *Empirica* 34/3 (2007) 189-212.
- Peneder, Michael, *Technological regimes and the variety of innovation behaviour: Creating integrated taxonomies of firms and sectors*, in: *Research Policy* 39/3 (2010) 323-334.
- Prenner, Peter; Mesch, Michael, *Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im tertiären Sektor Wiens in den achtziger und neunziger Jahren* (=Materialien zu *Wirtschaft und Gesellschaft* 77, Wien 2000)
- Raa, Thijs ten; Schettkat, Ronald (Hrsg.), *The Growth of Service Industries. The Paradox of Exploding Costs and Persistent Demand* (Cheltenham 2001).
- Schettkat, Ronald; Yocarini, Lara, *The Shift to Services: A Review of the Literatur* (=IZA Discussion Paper No. 964, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn 2003).
- Schiersch, Alexander; Gornig, Martin, *Eurozone: Konvergenz bei Spitzentechnologien, Divergenz bei wissensintensiven Dienstleistungen*, in: *DIW Wochenbericht* 37 (2013).

- Schmee, Josef; Mesch, Michael (Hrsg.), Dienstleistungsstandort Wien. Beschäftigung – Innovation – Wettbewerbsfähigkeit (Frankfurt am Main u.a. 2000).
- Spitz, Alexandra, Technical Change, Job Tasks and Rising Educational Demands: Looking Outside the Wage Structure (= ZEW Arbeitspapier, Mannheim 2005).
- Statistik Austria, Systematik der Berufe – ÖISCO-08 (Wien 2011).
- Statistik Austria (Hrsg.), Arbeitskräfteerhebung 2011. Ergebnisse des Mikrozensus (Wien 2012); [http://www.statistik.at/web\\_de/services/publikationen/3/index.html](http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/3/index.html).
- Violante, Giovanni L., Skill-Biased Technical Change, in: Durlauf, Steven; Blume, Lawrence (Hrsg.), The New Palgrave Dictionary of Economics (Basingstoke 22008).
- Zeller, Margaretha, Die neue Systematik der Berufe – ÖISCO-08, in: Statistische Nachrichten 12 (2010) 1119-1125.

PETER MOSER:<sup>67</sup>

## URBAN KNOWLEDGE – PRODUKTION VON STADTWISSEN AM BEISPIEL DER WOHNUNGSBEDARFSPROGNOSE FÜR WIEN 2011- 2025

Wer heute – Mitte 2013 - an den einschlägigen Stellen im Internet über die „Wohnungsbedarfsprognose für Wien 2011-2025“ etwas erfahren möchte, erhält als Antwort: „Kein Suchergebnis“. Das ist kein Zufall. Es ist auch nicht auf eine Schwäche der verwendeten Suchmaschinen zurückzuführen. Im Gegenteil, die Nicht-Veröffentlichung ist kommunalpolitisch verordnet und wird von der Kommunaladministration folgsam exekutiert. Die mit der Prognosenarbeit von der Stadt beauftragten Forschungsteams sind – gemäß den generellen Richtlinien für Auftragnehmer - vertraglich so lange zur Geheimhaltung verpflichtet, bis die Stadt das Produkt, den Bericht, „freigibt“. Im vorliegenden Fall waren die beiden Forschungsinstitute besonders eindringlich ersucht worden, keine Analyseergebnisse und schon gar keine Zahlen „nach außen“ weiterzugeben. Das geschieht auch mit diesem Text nicht.

Dass mit öffentlichen Geldern finanzierte, sozialwissenschaftliche Stadt- und Wohnforschungsarbeiten der Öffentlichkeit vorenthalten werden, ist eine weit in die Vergangenheit reichende, leider zu wenig angeprangerte Praxis. Das Nicht-, bzw. das selektive Publizieren ist nur ein Teilaspekt einer noch zu schreibenden Geschichte, die die unterschiedlichen Machtpositionen von Auftraggeber und -nehmer und deren Beziehung vor, während und nach einem Forschungsprojekt zu thematisieren hätte. Die Selektion der Projektbeteiligten, die Vergabepraktiken, die Verteilung und die Bedingungen der inhaltlichen Verantwortlichkeit, die Formen der Qualitätssicherung und vieles andere mehr sind einige der Aspekte, die einzubeziehen wären. Zu dieser Geschichte würde auch die Frage gehören, welcher Wissensbedarf überhaupt befriedigt werden soll und welche Kriterien für bzw. gegen eine öffentliche Projektbeauftragung maßgeblich waren und sind. Das Meta-Thema könnte also heißen „Die Produktion von Stadtwissen“. Das Projekt „Wohnungsbedarfsprognose für Wien 2011 - 2025“ wird als aktuelles Fallbeispiel für die Generierung kommunalpolitisch relevanten Wissens über die Entwicklung der Stadt betrachtet.

---

<sup>67</sup> Peter Moser: Architekturstudium an der TU Wien (1965 - 73). Es folgen dem Studium entsprechende berufliche Arbeiten und gewerkschaftliche Aktivitäten. 1979 - 1981 postgraduales Studium der Politologie am Institut für Höhere Studien in Wien. Nach einschlägiger Berufstätigkeit in Innsbruck (Stadtplanungsamt) und Wien (Institut für Stadtforschung) folgt 1990 die Gründung des selbstverwalteten Forschungsbetriebes „SRZ urban+regional research“ in Wien. Autor und Ko-Autor zahlreicher sozialwissenschaftlicher Studien (Stadt- und Wohnforschung, Arbeitswissenschaft, Sozialpolitik) im Auftrag von politischen Institutionen, Gebietskörperschaften, der Republik Österreich und der Europäischen Union. Lebt in Wien.

# 1. DER WOHNUNGSBEDARF ALS POLITIKUM

Das Wort Wohnungsbedarfsprognose lässt auf den ersten Blick nicht den Schluss zu, als würde es sich bei diesem sozialwissenschaftlichen Produkt um eine politisch gewichtige Angelegenheit handeln. Hinter der simplen Kernfrage, wie viele Wohnungen die Stadt wohl brauchen wird, bleiben politisch und ökonomisch relevante Impulse aber nicht lange verborgen: Es geht um die Dotierung des Wohnbauförderungsbudgets bzw., falls erforderlich, um andere Formen der Wohnbaufinanzierung, es geht um Budgets für die Wohnbaulandbeschaffung, um das knappe und immer teurer werdende Gut „Boden“, um wirtschafts- und beschäftigungspolitische Maßnahmen und die städtische Wertschöpfung, die mit der Bau- und Sanierungstätigkeit verknüpft sind; es geht darüber hinaus auch um Mietrechtsregelungen, die die Mobilität im Wohnungsbestand betreffen. Die Arbeit an der Prognose reduziert sich nicht auf das Ermitteln eines Neubauerfordernisses. Sie impliziert die intensive Beschäftigung mit allen Aspekten der Wohnungsversorgungspolitik der Stadt. Wer plausibel argumentiert sagen will, wie viele Wohnungen die Stadt brauchen wird, muss auch ebenso glaubhaft sagen können, wie viele Wohnungen es in der Stadt schon gibt, wie viele davon bewohnt werden, wie viele verloren gehen, wie viele Haushalte umziehen usw. usf. Wenn man auf diese Fragen keine plausiblen Antworten hat, wenn es zu dieser komplexen Thematik kein Wissen in der Stadt gibt, dann haben Lobbyisten aller Art ein leicht zu beschallendes Terrain vor sich.

„In den kommenden 25 Jahren brauchen wir in Österreich um zehn Prozent mehr Wohnungen - das sind 800.000 Einheiten (...) 300.000 davon (entfallen) auf Wien. In der Bundeshauptstadt (gibt) es aber nur knapp 90.000 Einheiten Baulandreserven. “, (...)

„Würde man in Wien auf bestehende Gebäude zwei Stöcke draufsetzen, hätte man Platz für 100.000 Wohnungen“,

sagte der Obmann der Fachgruppe Immobilien- und Vermögenstreuhänder in der Wirtschaftskammer Österreich, Michael Pisecky, und machte diesen „Aufstockungsvorschlag“ im Herbst 2012 bei einer Studienpräsentation der Baustoff- und Immobilienwirtschaft.<sup>68</sup> Demnach ergibt sich ein jährliches Neubauerfordernis von 12.000 Wohneinheiten für Wien. Sechs Monate früher ließ sich der Bedarf auf jährlich 10.000 Wohnungen beziffern, folgt man demselben Mann – er ist auch Geschäftsführer der s-Real-Immobilien –, und seiner Verlautbarung im Immobilien-Monitor:

„In den nächsten 20 Jahren braucht die österreichische Bundeshauptstadt 200.000 neue Wohneinheiten. (...)

Der Flächenmangel ist nur ein Punkt: Fehlende Fördermittel sind weiterhin daran beteiligt, dass derzeit der Bedarf an Neubauten nicht gedeckt wird. In der Theorie entstehen in Wien pro Jahr 8.500 bis 10.000 neue Wohnungen, tatsächlich werden aber nur 6.000 bis 6.500 der Bauvorhaben realisiert. Von diesen wiederum unterliegen drei Viertel einer Förderung. Somit fehlen jährlich 2.000 bis 3.000 Wohnungen, wodurch die Wohnungsknappheit in Wien weiter ansteigt.“<sup>69</sup>

Aber nicht nur der leichtfertige Umgang mit Neubaubedarfszahlen oder behaupteten Fertigstellungsmengen ist charakteristisch für die Medienarbeit der einschlägigen Interessensgruppen. Sie wissen auch, dass das Neubauerfordernis von Gebäudeabbrüchen und von der Zuwanderung nach Wien abhängig ist:

<sup>68</sup> Quelle: Die Presse, 25.9.2012, „Wohnungsnachfrage: Wien muss aufgestockt werden“

<sup>69</sup> PISECKY, Michael in; Immobilien-Monitor, 18. 2. 2013

„Pro Jahr werden ca. 160 Gebäude aus der Gründerzeit abgerissen. (...)

Jedes Jahr verschwinden etwa 170 Häuser dieser Art, etwa ein Prozent des Gesamtbestandes in Wien. Wenn dieser Trend so weitergeht, wird das Zinshaus ein immer knapper werdendes Gut im Wiener Immobilienmarkt.“

Für das Publizieren solcher Zahlen spielt es offenbar keine Rolle, dass es seit 2003 in Wien keine Dokumentation der Wohnungsabbrüche mehr gibt, dass also niemand wirklich weiß, wie groß der durch Gebäudeabbrüche jährlich entstehende Wohnungsverlust ist. Auch die Stadt Wien weiß und wusste es schon bei der Arbeit an der Wohnungsbedarfsprognose 2008-2020 nicht. In der von der Stadt online-gestellten Information über diese 2008er-Prognose erfährt man, dass die Wohnungsverluste nun doch nicht so hoch angenommen werden wie in der auf der 2005er Bevölkerungsprognose der ÖROK aufbauenden Vorläufer-Wohnungsbedarfsprognose:

Die Analyse des Wohnungsabganges (durch Abbruch, Umnutzung oder Zusammenlegung von Kleinwohnungen) führte im Vergleich zur früheren Wohnungsbedarfsprognose zu einem reduzierten Ersatzbedarf. Eine genauere Analyse des Abgangs zwischen 1991 und 2001 zeigte, dass die frühere Prognose den bereits vollzogenen Abgang bei Gründerzeitwohnungen deutlich überschätzte. Dafür unterschätzte sie den Abgang bei Zwischenkriegsbauten und den jüngeren Bauten.

Vermutlich hat in den ältesten Beständen bereits eine Sättigung beim Abgang stattgefunden (Rückgang beim Abbruch von Gründerzeithäusern und der Zusammenlegung von Kleinwohnungen). Die Sättigung beim Abgang in den Zwischenkriegsbauten steht bevor (Gemeindebauten sind weitgehend "durchsaniert"). Der künftig zu erwartende Gesamtabgang wird daher nun auf 2.500 bis 3.000 Wohnungen pro Jahr reduziert (bisher: 3.722 pro Jahr bis 2011, danach 3.610 pro Jahr).<sup>70</sup>

Die in der Pressemeldung erwähnte „*genauere Analyse des Wohnungsabganges zwischen 1991 und 2001*“ ersetzt freilich nicht die fehlende Empirie des Abganges für die Periode bis 2007. Aus der Logik der Zusammenhänge der Wohnungsmarktkomponenten musste aber ein geringerer Verlust im Altbestand angenommen werden, weil die zusätzlichen Menschen ja irgendwo wohnten: Wegen der tatsächlich erhobenen, starken Zunahme der Hauptwohnsitze und gleichzeitiger geringerer Bautätigkeit im geförderten Wohnbau war für Wien keine Wohnungsnot zu konstatieren. Es war also naheliegend, die Annahmen über die Bestandsreserven (Senkung der Wohnungsabgänge) und die Haushaltsbildungszahlen einem geringeren Neubaubedarf entsprechend zu „adaptieren“ Die amtliche Stadtforschung informiert daher über folgende „*Haupttendenzen*“, die bei der im „*Szenario zwei angenommenen Bremsung der Haushaltsbildung berücksichtigt (werden)*“:<sup>71</sup>

- Bei wachsendem Nachfrageüberhang bleiben junge Erwachsene länger im elterlichen Haushalt.
- Die Bildung neuer Haushalte im Zuge der Trennung von Paaren wird erschwert. Aus dem Ausland kommende Zuwanderinnen und Zuwanderer ziehen eher zu bestehenden Haushalten der jeweiligen ethnischen Gruppe zu (anstatt neue Single- oder Paarhaushalte zu gründen).
- Junge Zuwanderinnen und Zuwanderer aus dem Inland bilden eher Wohngemeinschaften, anstatt neue Singlehaushalte zu gründen.

Diese Formulierungen verschleiern, dass es sich hier nicht um wissenschaftliche Evidenzen sondern nur um Hypothesen handelt, die man sicherlich ernst nehmen kann und soll. Als Thesen sind sie jedoch für Wien ebenso wenig empirisch belegt wie die bis 2007 angenommenen Wohnungsabbrüche. Beim Rekurrieren auf die Leistungsfähigkeit des Wiener Wohnungsbestands konzidiert die

---

<sup>70</sup> Wien.at: „Szenarien für den Wohnungsbedarf 2008 bis 2020 – Wohnungsbedarfsprognose“, online-status 21.1. 2013.

<sup>71</sup> ebenda.

Stadt in ihrer amtlichen Mitteilung wenigstens, dass Bestandsreserven nicht unendlich ausgeschöpft, also für den Wohnsitzzuwachs sorgen können:

Der Spielraum für weitere Nachfragedeckung durch Mobilisierung von Wohnungsreserven ist aus diesem Grund und wegen der starken Reservemobilisierung zwischen 2001 und 2007 ziemlich eingeschränkt.<sup>72</sup>

Vier Jahre nach dieser amtlichen Mitteilung wäre es angebracht gewesen, dass sich die amtliche Stadtforschung dieser Botschaft wieder erinnert und bedenkt, dass man nicht ewig mit den Dunkelziffern der Bestandsnutzungsformen jonglieren darf, ohne dass dies als „Beschönigung“ – in welche Richtung auch immer – erkannt würde. Zu Beginn der Arbeiten an der Wohnungsbedarfsprognose 2011-2025 gab die externe Expertin Eva Bauer, die wohnwirtschaftliche Referentin des Verbands der Gemeinnützigen Bauvereinigungen, auf die Frage, „*wie viele von den im Jahre 2001 unbewohnten 80.000 Wohnungen denn nun noch verfügbar seien*“, eine Antwort, die unter anderem auch darauf hinweist, dass die Bestandsreserven irgendwann aufgebraucht sein würden:

„Als tatsächliche Reserve habe ich damals (bei der Arbeit an der Wohnungsbedarfsprognose 2008) im Jahr 2001 rund 12.000 Wohnungen beziffert. Und davon ist aber mittlerweile ein guter Teil „verbraucht“ worden, weil seither die Zahl der Hauptwohnsitze stärker gestiegen ist, als Wohnungen gebaut worden sind. Außerdem werden in Wien jährlich auch etwa 2.000 bis 3.000 Wohnungen abgerissen. Das mit der Verfügbarkeit ist nicht so einfach zu beantworten. Das können beispielsweise auch Wohnungen in Häusern sein, die gerade umgebaut werden oder leer gelassen werden, weil in zwei bis drei Jahren ein Umbau vorgesehen ist. (...) Und da wird dann einige Jahre nicht vermietet.“<sup>73</sup>

Das mehr oder weniger „beliebige“ Variieren von Schätzwerten für Komponenten des Wohnungsbedarfs wird eher früher als später durchschaubar und die dahinter liegenden jeweiligen Intentionen werden erkennbar. Außerdem können auch Experten mit anderen als den wohnungspolitischen Absichten der Stadt, das nötige know-how vorausgesetzt, solche „Modifikationen“ vornehmen:

„Die Stadt Wien hat kürzlich eine Wohnungsbedarfsprognose fertig gestellt.<sup>74</sup> Dort geht man von einem Bedarf von rund 9.000 Wohnungen pro Jahr aus. Bei unseren Berechnungen kommen wir (IIBW) auf eine höhere Zahl, etwa 11.000 bis 12.000 Wohnungen pro Jahr. Leider haben wir für Wien eine sehr schlechte Datenbasis über die Errichtungszahlen.“<sup>75</sup>

Es ist in besonderem Maße dieses im obigen Zitat angesprochene Datenmanko, das die grundsätzlich sehr wichtige Erarbeitung von Szenarien der Wohnungsentwicklung dadurch in ihr Gegenteil verkehrt, indem – überspitzt ausgedrückt – fehlende empirische Daten durch Schätzwerte ersetzt werden und die Szenarientwicklung zu einer Matrixrechnung mit beliebig vielen Freiheitsgraden je nach opportunem Resultat mutiert.

---

<sup>72</sup> Wien.at: „Entwicklung der Wohnversorgung 2001 bis 2007 - Wohnungsbedarfsprognose“, online-status 21.1. 2013.

<sup>73</sup> BAUER, Eva zit. von Martin Putschögl im Interview in: derStandard.at, 20. August 2011.

<sup>74</sup> Hier ist die WB-Prognose 2011 bis 2025 angesprochen, von der im Frühjahr 2012 ein vorläufiges Szenarien-Resultat über den Neubaubedarf im Rahmen des vom WIFO veranstalteten Wohnsymposiums veröffentlicht wurde.

<sup>75</sup> AMANN, Wolfgang (2012) im Interview mit dem immonet vom 12. Juli 2012.

## 2. DER FORSCHUNGS-AUFTRAG

Wie viele Wohnungen braucht die Stadt? Bis zum Beginn der 1990er Jahre wurde diese Frage, vereinfacht ausgedrückt, folgendermaßen bearbeitet: Der Wohnungsbedarf ergab sich aus der Differenz zwischen der zum Zeitpunkt des Prognosehorizonts erwarteten Haushaltszahl und der bis dahin erzielbaren Wohnbauleistung, die in Fortsetzung des bisherigen Neubautrends und einem „erwünschten“ Wert für die Größe der Wohnung (Wohnräume oder Nutzfläche pro Person) errechnet wurde. So entstand meist ein Fehlbestand, der angesichts langer Warteschlangen von Wohnungssuchenden bedrohlich wirkte. Diese Bedrohung würde – so die scheinbar zwingende Logik - verschwinden, wenn man die quantitative Bauleistung noch weiter steigerte. Frühere, gleich große Fehlbestände und Wohnungssuchendenzahlen hatten jedoch keineswegs jenes Bedrohungspotenzial für die Wohnungsversorgung. Dieser Umstand hätte längst deutlich machen können, dass diese Art der Bedarfsprognose die widersprüchlichsten Interpretationen erlaubte, und zwar je nach politischer und/oder ökonomischer Interessenslage.<sup>76</sup>

Etwa ab der Mitte der 1990er Jahre wurde begonnen, das Prognostizieren in zweierlei Hinsicht, nämlich qualitativ und quantitativ, zu ändern: Zum einen wurde versucht, die normative Bedarfssetzung durch Kenntnisse über die tatsächlich realisierte Wohnungsnachfrage treffsicherer zu machen. Erste Ansätze eines Wohnungsmarktmonitorings wurden – initiiert durch die außeruniversitäre Stadtforschung – realisiert. Die zweite substantielle Änderung konterkarierte diesen in Gang gebrachten Qualitätsschub nur wenige Jahre später: Der gerade begonnene Aufbau einer Datenbank wurde finanziell nicht mehr weiter unterstützt; gleichzeitig wurden die bisher in 10 Jahresintervallen durchgeführten Großzählungen im Jahre 2001 (bundesweit) zum bislang letzten Mal durchgeführt.

Am stadtpolitischen Stellenwert von Wohnungsbedarfsprognosen<sup>77</sup> hat sich in dieser Zeit dennoch nichts geändert: Nach wie vor wird den jeweils publizierten Zahlen über den Neubaubedarf und dem damit eng verknüpften finanziellen Förderungs- und Grundstücksbedarf hohe politische Brisanz beigemessen: Große Mengen nicht genutzter Wohnungen sind für die Kommunalpolitik gleichermaßen bedrohlich wie zu geringe jährliche Neubauleistungen. In beiden Fällen wird die Wohnungsversorgungspolitik für solche „Fehlleistungen“ verantwortlich gemacht. Stehen viele Wohnungen leer, dann lauten die Vorwürfe: Falsche Bodenallokation, Verschleuderung von öffentlichen Förderungsgeldern, Finanzierung von Überproduktion, ungezügelter Mietpolitik. Werden zu wenige Wohnungen gebaut, dann wird mit Wohnungsnot, Überbelag und Mietexplosion politisch gedroht.

### 2.1 Aufgabenstellung

Eine Neudurchrechnung der Vorläuferprognose aus dem Jahre 2009 (2007) schien der Stadt vor allem aus zwei Gründen notwendig geworden zu sein:

- ein unerwartet starkes und in den früheren Prognosen unterschätztes Bevölkerungswachstum,

---

<sup>76</sup> Siehe dazu CZASNY, Karl „Zur gesellschaftspolitischen Funktion von Prognosen des Wohnungsbedarfs“ in *STADTRAUMZEIT* Nr. 2/1995, S.12ff.

<sup>77</sup> „...prognostische Analysen bilden die Voraussetzung für die in der Zukunft wirksam werdenden Maßnahmen von Politik und Verwaltung im Bereich der Wohnversorgung“, zit. aus WAGNER-PINTER, M. et al, Berichtssystem Wohnen „Prognose 98 – Wohnversorgung in Wien“, Vorwort; Wien 1997.

- Zunahme von Berichten und Meldungen in den Medien über den Wiener Wohnungsmarkt, mit denen die Wiener Wohnungspolitik unter Druck gesetzt wurde (Wohnkostensteigerung, „Mietenexplosion“, Wohnungsknappheit, endlose Wartelisten von Wohnungssuchenden, explodierende Grundstückspreise, fehlende Wohnbauförderungsmittel, Kritik am Mietrechtsgesetz u.a.m.).

So wie die Vorläuferprognose beinhaltete auch der Aktualisierungsauftrag (Prognosehorizont 2011-2025) die beiden folgenden Aufgabenstellungen:

1. Darstellung der Entwicklung des Wohnungsbestands und seiner Nutzung seit 2001,
2. Erstellung von Prognoseszenarien.

In einem dritten Teil wurde darüber hinaus verlangt,

3. Auswirkungen von Wohnungsmarktänderungen auf die Haushaltsbildung in Wien empirisch zu belegen.

Mit dieser zusätzlichen Forschungsaufgabe sollte das Augenmerk auf die Anpassungsfähigkeit der Wiener Haushalte an sich ändernde Wohnungsmarktverhältnisse gerichtet werden: Was geschieht, bzw. geschah bisher, wenn eine „bedarfsgerechte“ Wohnungsversorgung wegen anhaltender Marktanspannung (Nachfrageüberhang) nicht mehr erreicht wurde? Angesichts schrumpfender, bzw. mittel- bis kurzfristig nicht verfügbarer Wohnbauförderungsmittel, die das wichtigste wohnungspolitische Steuerungsinstrument sind, wird die Frage nach den Folgen einer Verschlechterung der Wohnsituation besonders brisant. Dem medialen Getöse der Immobilien- und der Bauwirtschaft musste die Stadt „fundiert“ entgegenreten: Die Darstellung des gegenwärtigen Wohnungsbestands in Wien, insbesondere der Kapazitäten seiner Teilbereiche, wurde zur zentralen Aufgabe des Projekts. Ein wissenschaftlich produziertes Bild der Wohnungswirklichkeit und eine darauf aufbauende Abschätzung der zukünftigen Leistungsfähigkeit des Wohnungsbestands sollten eine argumentative Basis für die kommunale Wohnungspolitik sein, mit der gegen diverse Behauptungen oder Bedrohungsszenarien von Lobbyisten jeglicher Art auftreten zu können. Die Realisierung eines solchen Anspruchs, der sich auch in der Erwartungshaltung der Auftraggeberseite widerspiegelte, setzt Rahmenbedingungen voraus, von denen einige wesentliche jedoch nicht gegeben waren.

## 2.2 Rahmenbedingungen

Schon bei der Erstellung der Prognose 2007 war die Datenproblematik in hohem Maße virulent geworden. Sie war nicht nur den damaligen Projektmitarbeitern und -expertinnen bekannt, sondern auch der Auftraggeberseite, nämlich den mit der Projektbetreuung befassten Sachbearbeitern der Stadt: Der Mangel empirischer Evidenz der quantitativen Veränderungen im Wohnungsbestand, wie etwa der jährlichen Wohnungstür- und -abgänge, oder des Wandels der Nutzung der Wohnungen, war schon 2007 beklagt worden. Die Tatsache, dass die Stadt Wien seit 2001, dem Jahr der letzten amtlichen Großzählung, mit der Umstellung auf die Registerzählung säumig war und auch die Bau- und Wohnbauförderungsstatistiken nur mehr lückenhaft oder gar nicht weiterführte, hatte schon damals die Plausibilität der Aussagen über die Bestandsentwicklung stark beeinträchtigt. Bei Auftragserteilung für die Prognose 2011-2025 hatte sich an dem Faktum, dass Wien seit nunmehr zehn Jahren die für die Wohnversorgungspolitik wichtigsten Zählungen nicht mehr durchführt, nichts geändert. Trotz dieses der Auftraggeberseite bekannten Fehlens von für die Szenarien grundlegenden Statistiken wurde die Projektarbeit zur Aktualisierung der Wohnungsbedarfsprognose ausgeschrieben und der Auftrag auch vergeben.

Den Auftrag nehmenden Forschungsinstitutionen war die Datenproblematik auch nicht gänzlich unbekannt, weshalb man angeboten hatte, jene Bestandsveränderungen, die vom Mangel an statistischer Evidenz am stärksten betroffen waren, möglichst plausibel mittels „alternativer“ Indikatoren lösen zu wollen. Dies bedeutete, dass die empirische Basis der als Indikatoren herangezogenen Variablen qualitativ besser sein sollte und dass man sich über die theoretische Plausibilität der Indikatoren einigen oder zumindest verständigen musste. Beiden Anforderungen wurde im Laufe der Projektarbeit nur sehr beschränkt entsprochen, wie im Folgenden noch gezeigt werden wird.

## 2.3 Durchführungsstruktur

Das Stadtforschungsreferat der Magistratsabteilung 18 (MA 18) und das Referat Wohnbauforschung der MA 50 der Stadt Wien beauftragten gemeinsam im Jahre 2011 aus einer Reihe von Anbietern das ÖIR (Österreichisches Institut für Raumplanung) mit der Erstellung der Wohnungsbedarfsprognose. Das ÖIR hatte für diesen Forschungsauftrag eine Projektgemeinschaft mit dem SRZ (Stadt- und Regionalwissenschaftliches Zentrum) gebildet, das schon mit früheren Prognoseprojekten beauftragt worden war.<sup>78</sup> Auf der „doppelköpfigen“ Auftraggeberseite, die ebenfalls mit wissenschaftlichem Fachpersonal ausgestattet war, übernahm das Stadtforschungsreferat der MA 18 von Anfang an die Leitungsfunktion sowie eine Reihe von Aufgaben im Bereich der Datenbereitstellung. Zwei externe Fachleute waren von der Stadt zusätzlich eingeladen worden, in einer „Lenkungsgruppe“ mitzuwirken, die ansonsten nur aus Mitarbeitern der beiden beauftragenden Magistratsabteilungen bestand. Diese beiden Externen sollen - „ehrenamtlich“ und unehonoriert - Teil- und Endergebnisse der Arbeit begutachten und kommentieren. Dafür waren in größeren Zeitabständen Lenkungsgruppenkonferenzen vorgesehen. Für die Kommunikation über Zwischenergebnisse und Arbeitsfortschritte waren darüber hinaus Projektbesprechungen zwischen den Auftragnehmern und der Leitung des Stadtforschungsreferats der MA 18 nach Bedarf eingerichtet.

# 3. WISSEN – WAS UND WIE

## 3.1 Know-that

Sowohl die Szenarienberechnungen – das ist die Prognose im engeren Sinne - als auch die Darstellung von Wohnungsmarkteffekten auf die Haushaltsbildung sind in höchstem Maße davon abhängig, wie plausibel die empirische Evidenz über die Entwicklung und den status quo des Wiener Wohnungsbestands erbracht werden kann. Das Kernkriterium für diese Plausibilität sind das Vorhandensein und die Qualität von quantitativen Daten über den Bestand zu einheitlichen Messzeitpunkten. Vereinfacht ausgedrückt, hängt die Plausibilität primär vom Wissen darüber ab,

- wie viele Wohnungen es in Wien in gleichbleibenden Jahresabständen jeweils gab,
- wie viele Wohnungen auf welche Art und Weise jeweils neu hinzukommen bzw. verloren gehen,

---

<sup>78</sup> Der Autor dieses Beitrages war wissenschaftlicher Mitarbeiter des SRZ. Die im Zuge der Projektarbeit gemachten Erfahrungen sind die empirische Basis der hier ausgeführten kritischen Betrachtungen.

- wie viele Wohnungen von welchen Haushalten (Personenanzahl) in welcher Form (als Haupt- oder Nebenwohnsitz) bewohnt werden.

Diese statistischen Kenntnisse sind als Mindestanforderungen, als minimales „know-that“ zu bezeichnen. Je nach dem angestrebten oder beauftragten Detaillierungsgrad wären darüber hinaus noch eine Reihe anderer empirischer Evidenzen erforderlich, wie beispielsweise Wohnungszahlen differenziert nach Baualter, Gebäudetyp, Finanzierungsform, Nutzungsberechtigung, Stadtteil oder anderen Kriterien. Die Statistiken wären die Voraussetzung für die Abbildung der Entwicklung von Wohnungsteilbeständen und -märkten und dem Wandel der Bewohnerschaft (Alters- und Sozialstruktur der Haushaltsmitglieder, Wohndauer etc.) in den jeweiligen Bestandssegmenten.

Über dieses bundesweite, nicht nur auf die Stadt Wien bezogene statistische Erfordernis war man sich schon seit vielen Jahren relativ klar. Doch schon mit dem Beginn der Vorbereitungen für die Registerzählung verzögerten die Fragen nach den Verantwortlichkeiten und den zutreffenden gesetzlichen Regelungen sowie nach der Bezahlung der notwendigen Erhebungen den Umstellungsprozess.<sup>79</sup> Nach dem Jahre 2000 und insbesondere seit der Privatisierung des Statistischen Zentralamtes und seiner Umwandlung in die „Statistik Austria“ häuften sich die Auseinandersetzungen zwischen dem Bund (Republik Österreich) und den Ländern und der Statistik Austria: Sowohl über technische Details als auch über die Kosten des Umbaus in das Registerzählwesen gab es jahrelang kaum Fortschritte und daher auch nur sehr partielle, uneinheitliche statistische Produkte. Bis heute (2013) findet man in den Bundesländer- und Gesamtösterreichtabellen grundlegende Bau- und Wohnungsstatistiken mit dem Vermerk „Ohne Wien“. Es übersteigt die Thematik dieses Beitrages, die Ursachen und Gründe für diesen in über einem Jahrzehnt gewachsenen Zustand im Detail zu recherchieren, zu analysieren und die Verantwortlichkeiten für diese Misere aufzuzeigen. Man kann jedoch auch ohne sehr tief eindringende investigative Aktivitäten konstatieren, dass die Wien spezifischen Datenmängel in einem sehr großen Ausmaß vom Land bzw. der Stadt Wien selbst verschuldet sind: Das Bundesgesetz über das Gebäude- und Wohnungsregister (GWR-Gesetz) wurde 2004 erstmals verlautbart. Der Magistrat der Stadt Wien, im Besonderen die MA 37 (Baupolizei) hat sich jedoch nicht an der vollinhaltlichen Erfüllung dieses Gesetzesauftrages beteiligt, hat die gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen über die Baumaßnahmen an die Statistik Austria nicht gemacht, sondern hat statt dessen in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre ein eigenes „Gebäuderegister Wien“ (GRW) zu führen begonnen, in dem nur ein Bruchteil der im Bundes-GWR vorgesehenen Daten erfasst sind. Diese Daten waren für die von der MA 18 für die Rekonstruktion der Wohnungsbestandsentwicklung seit 2001 völlig unzulänglich.<sup>80</sup>

Bei den großen Städten und Gemeinden ist – verständlicherweise – der Bedarf an solchen grundlegenden Daten besonders groß. So überrascht es auch nicht, dass der Städtebund mit der Umstellung des Zählwesens sehr unzufrieden war und diese Kritik auch öffentlich kundtat:

Mangelnde Befüllungsdisziplin, fehlende Kommunikation, mangelhafte Schnittstellen, fehlerhafte Einspielung von Daten in bereits korrigierte Datensätze, all diese Argumente waren in der Vergangenheit von den verschiedenen betroffenen Stellen zu hören, warum das Adress-GWR-online nicht diese Datenqualität hat, die man sich wünschte. Da die Registerzählung, die die klassische „Volkszählung“ ersetzen soll, aber bereits im Jahr 2010 durchgeführt wird, sah der Österreichische Städtebund dringenden Handlungsbedarf: Sollte bis dahin die Datenqualität des Adress-GWR-online nicht deutlich angehoben werden, müssten die Städte und Gemeinden zusätzlich zur Registerzählung

<sup>79</sup> Siehe z.B.: RAINER, Norbert (2004), Statistik Austria, 105. Fachausschusssitzung für Statistik, 23. und 24. Juni 2004 zit.: „Gründe für die Verschiebung sind unter anderem, dass die Diskussion über Attribute der Verordnung des Adressregisters noch nicht abgeschlossen ist, dass die Verordnungen über Adressmerkmale und den Kostenersatz noch offen sind“.

<sup>80</sup> Quelle: Arbeitspapier der MA 18 über „Datenquellen der Wohnungsbedarfsprognose 2011“, Wien 2011.

Erhebungen vor Ort durchführen, um fehlende Daten zu erheben und nachzuführen. Sollte dieser Mehraufwand nicht vom Bund getragen werden, können die fehlenden Daten auf Grund der dafür nicht vorhandenen Ressourcen von den Städten und Gemeinden auch nicht erhoben werden.<sup>81</sup>

Betrachtet man die Rahmenbedingungen für die Durchführung der Wohnungsbedarfsprognose 2011-2025 nach Kriterien einer (idealtypischen) wissensbasierten Beratung für die Wohnungsversorgungspolitik, dann ist das eklatante Defizit in der Kategorie „know-that“ als größtes strukturelles Manko zu nennen. Von der Auftragsannahme bis zu den letzten „Korrekturen“ des Ergebnisberichts war die Forschungsarbeit, deren vorrangige Aufgabe die Rekonstruktion des Wiener Wohnungsbestands war, vom Umgang mit diesem fundamentalen Mangel dominiert. Es wäre lange vor der Auftragserteilung notwendig gewesen, der Beseitigung dieses Mangels amtsintern Priorität einzuräumen. Dies ist jedoch weder 2007 noch 2009 und auch 2011 nicht geschehen.<sup>82</sup>

Auch die im Jahre 2008 von der Stadt Wien in Auftrag gegebene „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung“ ist eher ein Beleg für einen weiteren „hausgemachten“ Beitrag zur Datenmisere: Obwohl die Mängel schon aus den Arbeiten an der Wohnungsbedarfsprognose 2007/08 bekannt waren, wurde die Chance, zumindest einen Teil des Datendefizits abzubauen, nicht wahrgenommen. Im Gegenteil: Die Erhebungsqualität wurde im Vergleich zu den Vorläufererhebungen<sup>83</sup> sogar noch schlechter: Fast alle wohnungspolitisch relevanten Eckdaten wurden nur mehr in der Hälfte der Stichprobenhaushalte erhoben. Grundlegende Fragen zur Haushaltsstruktur wurden entweder gänzlich weggelassen oder derart formuliert, dass die Antworten sehr divergente Rückschlüsse auf die Haushaltstypen erlaubten.<sup>84</sup> Damit war auch die Möglichkeit nicht mehr gegeben, den Wandel der Bewohnerstruktur anhand brauchbarer Stichproben hinreichend differenziert wenigstens zu drei Zeitpunkten abzubilden. Eine Folge dieser Planungs- und Gestaltungsfehler war, dass aus der „Sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung 2008“ (und den früheren, ähnlich aufgebauten Vorläufererhebungen) kein einziges Auswertungsergebnis für die Arbeit an der Wohnungsbedarfsprognose verwendbar war.

Das dreigliedrige Projektteam (Auftraggeber, -nehmer und externe Expertinnen) stand etwa ein halbes Jahr nach Arbeitsbeginn vor einem für alle evident gemachten Datendefizit, das in seinen wesentlichen Grundzügen durch nachstehende Versäumnisse in der Erhebungspraxis und der statistischen Zusammenführung entstanden ist:

- Seit 2003 werden in Wien die durch Abbrüche, Zu- und Umbauten (Zusammenlegungen) verloren gehenden bzw. hinzukommenden Wohnungen nicht mehr statistisch zusammengefasst.
- Auch Wohnungsverluste, die dadurch entstehen, dass Wohnungen dauerhaft zu anderen Zwecken als zum Wohnen verwendet werden (z.B. Umnutzung in Arztpraxen, Anwalts-, Notariatskanzleien, und sonstige Dienstleistungsbetriebe) werden nicht mehr erfasst, obwohl es dafür Handhabungen gibt (Erteilung von Benützungsbewilligungen).

---

<sup>81</sup> Quelle: Österreichische Gemeindezeitung (2009), Aus dem Städtebund : *Adress-GWR-online: Schulterschluss der betroffenen Stellen*,

<sup>82</sup> Dass die Datenmisere ein gravierendes Problem darstelle, wurde auch schon 2005 vom Leiter der MA 18 in einem Gespräch anlässlich seiner Amtsleitungsübernahme konstatiert.

<sup>83</sup> Die „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung 2008“ ist nach 1995 und 2003 die dritte Folge einer umfangreichen Primärerhebung in rund 8.000 Wiener Haushalten, die das „Leben in Wien“ mit den Methoden der mündlichen Befragung (ursprünglich face-to-face-, später nur mehr CAT-Interviews) abzubilden versuchte. Die Spielregeln, nach denen die Erhebungsthemen einbezogen und ihr Umfang und Differenzierungsgrad sich im Befragungsleitfaden niederschlugen, sind für außenstehende Sozialwissenschaftler schwer nachvollziehbar.

<sup>84</sup> Der Autor hatte die entsprechende Kritik im Jahre 2009 vorgetragen. Sie wurde von der Stadt jedoch nicht mehr berücksichtigt, weil die Befragungen schon im Gange waren. Das Referat Stadtforschung der MA 18 erklärte dazu, dass es sich damals bei der „Mehr-Themen-Omnibus-Befragung“ nicht durchsetzen habe können.

- Bis etwa 2003 konnte man für Wien spezifische Informationen auf die Bundesländer-Baustatistik der Statistik Austria zurückgreifen, um das Ausmaß der jährlichen Wohnungsneubauleistung, differenziert nach Bauträgertypen, zu erhalten. Für die Jahre danach gibt es keine umfassende Zählung, wie viele Wohnungen in Wien insgesamt errichtet wurden, weil die Stadt keine Daten an das bei der Statistik Austria eingerichtete Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) lieferte.<sup>85</sup>
- Die Wiener Wohnbauförderungsstatistik (im Kompetenzbereich der MA 50 bzw. der MA 25) führt zwar die Zusicherungsfälle (Gebäude), zählt aber nur ab einer gewissen Größenordnung (ca. 25) die Wohnungen, die im Zusicherungsfall beinhaltet sind. Weil darüber hinaus die Förderungszusicherung zahlenmäßig nicht ident mit der Errichtung, bzw. mit der Fertigstellung ist und außerdem die Bauzeiten unterschiedlich lange sind, lässt sich auch aus dieser unvollständig geführten Statistik die genaue Anzahl der jährlich mit Förderungsmitteln errichteten Wohnungen nicht ablesen.
- Da die gesamte Wohnungsneubautätigkeit ab 2003 in Wien statistisch nicht erfasst ist und der Teil der gefördert finanzierten Neubauwohnungen unvollständig und ungenau dokumentiert ist, gibt es auch kein als Differential aus Gesamt- und gefördert errichteter Menge ermittelbares Ergebnis für die jährliche frei finanzierte Wohnungsneubauleistung.
- Seit 2001 gibt es auch keine umfassende Zählung von Wohnungen nach ihrer Wohnsitzform. Im Zentralen Melderegister (ZMR) werden die Personenmeldungen, differenziert nach Haupt- und Nebenwohnsitz, registriert, aber nicht die entsprechend differenzierten „Haushalte“ bzw. „Bewohnerschaften“. Lediglich sogenannte Hauptwohnsitzwohnungen standen als registriertes Zählergebnis zur Verfügung; sie sind definiert über den Adresscode als Wohnungen, in denen mindestens eine Person ihren Hauptwohnsitz gemeldet hat. Ob und in welchem Ausmaß solche HWS-Wohnungen zusätzlich auch von Personen als Nebenwohnsitz(e) genutzt werden, war nicht zu ermitteln.

Nachdem dieser status quo des „know-that“, also das volle Ausmaß der Datenmängel und – unsicherheiten allen Projektbeteiligten offensichtlich gemacht worden war, sahen sich in erster Linie die beauftragten Forschungsinstitutionen vor folgende Handlungsoptionen gestellt:

(a) Stopp der Arbeiten an der Rekonstruktion der Bestandsentwicklung, statt dessen Dokumentation der Datenunsicherheiten, Empfehlung an die politisch zuständigen Ressorts (Stadträte der Geschäftsgruppen), kurz- und langfristig wirksame Schritte zur Mängelbeseitigung zu beschließen.

4. Fortsetzung der Arbeit an der Rekonstruktion der Bestandsentwicklung, jedoch Transparentmachung aller Freiheitsgrade, aller Annahmen und aller Schätzwerte, die fehlende Zählresultate substituieren. Das Produkt hätte nach dieser Option (b) eine Vielzahl von argumentativ nachvollziehbaren Versionen, wie sich im Laufe der letzten 12 Jahre die Wohnsituation in Wien verändert haben könnte. Auf jeder der Versionen könnten darüber hinaus – je nach Annahmen über die Entwicklung der demografischen Komponente (Bevölkerungs- und Haushaltswachstum) – Szenarien zum Neubaubedarf und der Versorgung im Bestand gerechnet werden.

5. Fortsetzung der Arbeit durch zwangsweise Einigung auf eine einzige Variante der Bestandsentwicklung. Auf dieser werden Prognoseszenarien aufgesetzt (wie bei Option b)

---

<sup>85</sup> Siehe STATISTIK AUSTRIA „Gebäude- und Wohnungsregister“ Das GWR enthält Adressdaten zu Grundstücken, Gebäuden und Nutzungseinheiten sowie Strukturdaten von Gebäuden, Wohnungen und sonstigen Nutzungseinheiten. Die Erstbefüllungsdaten stammten aus verschiedenen administrativen Datenquellen und früheren statistischen Erhebungen. Darauf aufbauend erfolgt die laufende Aktualisierung durch (...) die Erfassung von Baumaßnahmen. Meldepflichtig sind die Gemeinden und die Bezirkshauptmannschaften, letztere soweit bei diesen in Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben der örtlichen Baupolizei Daten anfallen. (Derzeit existieren im Burgenland, in Niederösterreich, in Salzburg und in der Steiermark diesbezügliche Verordnungen.) [http://www.statistik.at/web\\_de](http://www.statistik.at/web_de), Stand 15. 02. 2013.

6. Zurücklegen der Auftragsarbeiten, weil die Fortsetzung ohne Änderung der Rahmenbedingungen wissenschaftlich nicht mehr zu vertreten wäre.

Option (b) fand seitens der Auftragnehmerinstitute mit zunehmendem Arbeitsfortschritt eine gewisse Präferenz. Weil diese Option jedoch implizierte, dass die Autorenschaft für die jeweiligen Bestandsentwicklungsvarianten (Interpretationen von Indikatoren, Annahmen über Schätzwerte, etc.) auch im Projektbericht offen gelegt würde, stieß sie auf kategorische Ablehnung der städtischen Projektleitung (Referat Stadtforschung).

Option (d) – Zurücklegung des Auftrags – wurde nach einigen Überlegungen (finanzieller Verlust, nachhaltige Störung des Verhältnisses zur Stadt als Forschungsauftraggeberin, Klagsdrohung auf Vertragsbruch etc.) von den Auftragnehmenden Instituten ausgeschlossen.

Option (a) war in den Augen der Auftraggeberseite eine Nichterfüllung der angebotenen Leistung und hätte für die Auftragnehmerseite die gleichen oder zumindest sehr ähnlichen Folgen wie die Option (d).

Option (c) wurde schließlich realisiert. Sie entsprach vermutlich am besten der Erwartungshaltung der politischen Ressortführungen, bzw. was die administrativen Referatsleitungen dafür hielten: Es muss ein mit den Insignien der empirischen Sozialforschung versehenes Produkt geliefert werden, das die gegenwärtige und die kurz- bis mittelfristige Wiener Wohnungsversorgungspolitik mit Argumenten bedient, die schwer und wenn, dann nur sehr aufwändig widerlegbar sind. Die wichtigsten, weil für die politische Verwertung relevantesten, Bestandteile dieses Produkts waren demnach:

- die Nennung eines quantifizierten Neubaubedarfs (innerhalb der Bandbreite von zwei Szenarien),
- quantitativ untermauerte Befunde über die Leistungsfähigkeit des Wiener Wohnungsbestands.

Diesbezügliche Aussagen sollten möglichst plausibel, vorzugsweise sogar eindeutig sein. Das Explizieren von Wahrscheinlichkeiten würde der Verwertbarkeit des Produkts schaden, es würde nur Zweifel provozieren, würde die angestrebte argumentative Wirksamkeit gegen wohnungspolitische Bedrohungsszenarien schmälern und der politischen Opposition kostenfrei „Munition“ liefern.

Für die Lösung der Aufgabe nach den Vorgaben dieser Option (c) wäre freilich ein anderes Modell der Wissensproduktion denkbar gewesen. Gerade weil es einem seit April 2013 in Wien stadtwweit propagierten Werbeslogan<sup>86</sup> folgt, soll es hier nicht unerwähnt bleiben: Der außerordentlich hohe Mangel an empirischer Evidenz, die auf viele Gruppen und Akteure der Gesellschaft verteilten, fragmentierten Kenntnisse und die breit gestreuten politisch-ökonomischen Interessen sind nahezu prototypische Voraussetzungen für eine nach dem Muster einer „Urban Knowledge Arena“ einzu-richtende „WohnWissenArena“. Alle diese Kräfte, die Kenntnis- und Wissensträger wären in so einer Wissensarena organisiert zu versammeln, um Beiträge zu liefern zur Frage „Wie viele Wohnungen braucht(e) die Stadt?“<sup>87</sup> Inhaltliche Ansätze für so ein „Arena-Modell“ fanden sich schon im setting, das alle im dreiteiligen Projektteam arbeitenden Kräfte zusammengefasst hatte. Um das aktuell vorrangige Ziel der Option (c) zu erreichen, wären die enge Durchführungsstruktur (siehe Kap. 2.3) und das implementierte Prozedere im Sinne eines „Arena-Modells“ in einigen wichtigen Punkten zu erweitern und zu modifizieren gewesen, insbesondere durch die:

- Ausdehnung der Erhebungsmethoden,

---

<sup>86</sup> Siehe Stadt WIEN (2013): „Wien hat 1,7 Millionen Gehirne. Nutzen wir sie. Smart City Wien“ wien.at Nr. 4/2013, S.1.

<sup>87</sup> Diese Frage steht hier pars pro toto. In einer diesbezüglichen „Wohnwissensarena“ wäre selbstverständlich der gesamte Themenkomplex zu behandeln, der in der Projektaufgabe formuliert ist.

- Einbindung weiterer Kenntnis- und Wissensträger,
- Suspendierung des Auftraggeber-Auftragnehmer-Machtverhältnisses bei inhaltlichen Fragestellungen.

Ohne auf diesen unter den gegebenen Verhältnissen naiv (oder idealistisch) anmutenden Vorschlag hier im Detail einzugehen, wäre ihm doch zu konzедieren, dass er ein Exempel für die „mode 2“-Wissensproduktion darstellen hätte können. Zentrales Paradigma dieser Form der Wissensproduktion ist das Erreichen von „social robustness“. Die Protagonistinnen und Protagonisten<sup>88</sup> dieser Qualität von „Wissen“ sprechen freilich nicht von einem Konsens, der durch das vorherrschende Machtgefälle zwischen Auftraggeber und –nehmer erzwungen wird. Sie plädieren vielmehr für den offenen Diskurs aller Wissensträger – nicht exklusiv auf die „scientific community“ beschränkt –, sondern in einer „Urban Knowledge Arena“, bzw. im gegenständlichen Fall in einer „WohnWissenArena“, die sich selbst auch eine Art „Arbeitsverfassung“, ein Regelwerk für die Integration von Wissen geben müsste. Im „Idealfall“ wäre das in einer solchen „WohnWissenArena“ generierte Produkt in hohem Maße konsensual, „sozial robust“, politisch tragfähig – und man bräuchte es nicht verstecken.<sup>89</sup>

Nach so einem Modell der Wissensgenerierung wurde in Wien schon in den Jahren 2006/2007 der Wiener FTI-Strategieentwicklungsprozess „WienDenktZukunft“ ausgelegt. Das war zwar ein unvergleichlich umfangreicherer Themenkomplex, für den ein entsprechend mehrgleisiges und mehrstufiges Verfahren der Beitragssammlung gerechtfertigt war. Man könnte argumentieren, dass ein solches Modell der Wissensbeschaffung im Falle der Wohnungsbedarfsprognose 2011-2025 unangemessen und zu aufwändig sei, zumal es, betrachtet man nur die unmittelbare politische Verwertbarkeit, lediglich um zwei Zahlen – den Neubaubedarf und die Wohnungsbestandsreserven – ginge. Diese Argumentation geht jedoch am Kern des Vergleichs vorbei: Es sind nicht die relativen stadtpolitischen Gewichte der Themen (Standortpolitik für die FTI-Einrichtungen versus Wohnungsbedarf) sondern die strukturelle Ähnlichkeit der Ausgangssituationen (siehe oben), die eine Wissensarena als zielführende Form der Wissensgenerierung nahelegen.

## 3.2 Know-how

Ohne das minimale „know-that“ nützt das beste Wissen über die Zusammenhänge der verschiedenen Komponenten und Faktoren der Wohnungsversorgung wenig bis gar nichts. Dieses „know-how“ konnte und kann nur über Jahre und Jahrzehnte durch hypothesen- und theoriegeleitete Analysen der erhobenen Quantitäten entstehen und wird auch in Zukunft nur in der kontinuierlichen analytischen Auseinandersetzung mit dem zu erhebenden statistischen Datenmaterial überprüft und weiterentwickelt werden können. Umgekehrt kann fehlendes „know-how“ über vorerst unerklärliche Phänomene der Wohnungsversorgung in der Stadt dazu führen, dass zusätzliche Zählungen und/oder Erhebungsmethoden für notwendig erachtet und der jeweils aktuelle status quo des „know-that“ erweitert werden.

„Know-that“ und „know-how“ bedingen einander. Nur in ihrem Zusammenspiel entsteht Wissen, im gegenständlichen Fall „Wohnwissen“ als Teil eines umfassenderen „Stadtwissens“. Im Projekt Wohnungsbedarfsprognose waren know-how-Träger und -Trägerinnen in allen drei Gruppen des Projekt-

<sup>88</sup> Siehe u.a. NOWOTNY Helga, SCOTT Peter, GIBBONS Michael „Re-Thinking Science. Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty“, Cambridge 2004.

<sup>89</sup> Für eine ausführliche kritische Betrachtung dieser Wissensproduktion siehe MOSER, Peter (2013): „Integrating Urban Knowledge“ in ANDERSEN, H-T. und ATKINSON, R. (Hrsg.). „Production and Use of Urban Knowledge – European Experiences“, Verlag Springer, Dordrecht, Heidelberg, New York, London 2013, S. 17ff.

teams vorhanden: auf der Seite der Auftrag gebenden Referate des Magistrats der Stadt Wien, auf der Seite der Auftrag nehmenden Forschungsinstitute und in der Lenkungsgruppe. Der Großteil der für die Projektaufgaben erforderlichen know-how-Bereiche war durch Fachleute personell abgedeckt, die durch die entsprechende Ausbildung und durch meist langjährige wissenschaftliche Expertise qualifiziert waren. In einigen wohnwirtschaftlichen und demographischen Teilfragen waren jedoch auch know-how-Defizite erkennbar, wie z.B. bei manchen Wechselwirkungen von Wohnungsteilmärkten, bei Sickertheorien für Umzugsketten, bei Interdependenzen von gefördert und frei finanzierter Neubautätigkeit, bei Zusammenhängen von Einkommensentwicklung und Wohnkostenbelastung, bei Motiven der Haushaltsbildung, oder auch bei Fragen zum Meldeverhalten der Wohnbevölkerung. Durch ergänzende Studien wurde versucht, die meisten dieser know-how-Lücken zu schließen. Die für diese Fragestellungen angestrebte Theorienentwicklung kam jedoch nur selten über die Formulierung von Arbeitshypothesen hinaus, weil auch hier die benötigten empirischen Befunde und Evidenzen fehlen. Dies hatte zur Folge, dass auch im know-how-Bereich – bedingt durch das Beharren auf der Ausführung des Projektauftrags im Sinne der oben erwähnten Option (c) – der Konsens in zahlreichen Fällen durch Zwang<sup>90</sup> anstatt durch Erweiterung des wissenschaftlichen Diskurses hergestellt wurde.

## 4. DIE PRODUKTION

Die in den beiden vorangehenden Kapiteln beschriebenen Defizite in den statistischen Evidenzen und in einigen Theoriefeldern mussten unter den dargelegten Rahmenbedingungen (Handlungsoption (c)) beseitigt oder als Erhebungs- und Untersuchungsbedarf deklariert werden, falls dadurch die Erreichung der Projektziele nicht substantiell beeinträchtigt würde. Die Darstellung der Datenproblematik und die Versuche, auf anderen als den im Projektplan angebotenen Wegen, die sich als nicht zielführend erwiesen hatten, brauchbare Quellen und Analysegrundlagen zu erschließen, hatten einen vorher nicht in dem Maße kalkulierbaren Arbeitszeitaufwand verursacht. Dieser Forschungsaufwand hatte Erkenntnisse zutage gefördert, die nicht zur unmittelbar angestrebten politischen Verwertung des Produkts beitrugen. Derartige Erkenntnisse liegen zwar in der „Natur“ von Forschungsarbeiten, was jedoch nicht von allen Beteiligten so gesehen wird: Die Auftrag gebende Seite betrachtete solche Sachverhalte als Nicht-Erfüllung von ursprünglich angebotenen Dienstleistungen, die in der Eigenverantwortung der Auftrag nehmenden Institute läge und daher auch nicht finanziell abgegolten werden müsse.<sup>91</sup>

Im Folgenden wird an der Bearbeitung von drei Hauptaufgaben aufgezeigt, welche Auswirkungen die dargestellten Produktionsverhältnisse auf das Rollenverhalten der Beteiligten und auf die Qualität des Produktes haben.

---

<sup>90</sup> Dies betraf u.a. die auf Veränderungen von Haushaltsstrukturdaten aufbauende Interpretation, die vom amtlichen Stadtforschungsreferat angezweifelt wurden. Diese Zweifel wurden zwar vom Berichtsautor akzeptiert, jedoch als nicht so hinreichend argumentiert befunden, dass die eigene Auswertung deshalb zu korrigieren gewesen wäre. Das Angebot des Berichtsautors, die amtliche Interpretation als Alternative neben die eigene zu stellen, wurde abgelehnt. Stattdessen wurde unter dem Titel „Konsolidierung der Interpretation“ der Versuch unternommen, die amtliche Interpretation (ohne entsprechende Kennzeichnung) als einzige im Bericht erscheinende zu erzwingen.

<sup>91</sup> Im Arbeitskonferenzprotokoll des Autors wird die Auftrag gebende Projektleitung zitiert: „Es liegt im Ermessen und im eigenen Risiko der Forschungsinstitute, Arbeiten auszuführen, die letztlich nichts zum angestrebten Ergebnis beitragen.“

## 4.1 Quantitative Bestandsveränderungen 2001 bis 2011

Da über die meisten Komponenten der Wohnungsbestandsentwicklung nach 2001 keine Zählergebnisse, bzw. nur Fragmente statistischer Evidenz existieren, war man genötigt, sich wenigstens über einen Teil der Schätzwerte zu einigen. Aus der Analyse der Stromzählerdaten zum Jahr 2011, die im anschließenden Kapitel 4.2 etwas näher erläutert wird, wurde eine Gesamtwohnungsanzahl für 2011 abgeleitet, die jener für das Jahr 2001 gegenübergestellt wurde. Wie der dabei errechnete Wohnungszuwachs von rund 70.000 Einheiten im Laufe dieser zehn Jahre zustande gekommen ist, darüber musste diskutiert werden, weil es über die Ursachen des Wohnungsabgangs (Gebäudeabbrüche, Zusammenlegungen, dauerhafte Umnutzungen) und über die „Quellen“ des Wohnungszugangs (Umbauten, Anbauten Neubauten, dauerhafte Umnutzungen), wie schon vorne erwähnt, keine oder nur unzulängliche Erhebungsergebnisse gibt.

Der zweite Konsens (nach der Einigung über den Gesamtwohnungsbestand 2011) wurde über die Komponente „Fertigstellungen“ erzielt: Die Schätzwerte der gesamten jährlichen Wohnungsneubauleistung in Wien seit 2003 wurden von allen Projektbeteiligten akzeptiert und „festgeschrieben“.<sup>92</sup> In Verbindung mit der Datenzeitreihe der Hauptwohnsitze aus dem Zentralen Melderegister wurden durch diese Festlegung den Schätzwerten der anderen Komponenten Bandbreiten bzw. Grenzen aufgezwungen. Das bedeutet, dass die angenommene Zahl des jährlich durch Abbrüche verursachten Wohnungsabgangs nicht immer konstant gehalten werden kann, wenn z.B. die Hauptwohnsitzwohnungen und die Fertigstellungen stark gegenläufige Entwicklungen „aufweisen“.<sup>93</sup>

Die jährlichen Bestandsveränderungen in diesem ersten 2000er Jahrzehnt basieren daher auf

- einem Konsens über die geschätzten jährlichen Wohnungsneubauten,
- einem Konsens über den Gesamtwohnungsbestand 2011 und auf den
- Hauptwohnsitzmeldungen (Jahresdurchschnitt) im ZMR.

Über die Schätzwerte für die anderen Zugangs- und Abgangskomponenten gab es vergleichsweise „weiche“ Einigungen, die das Gesamtvolumen über das Jahrzehnt, aber nicht für jedes einzelne Jahr betrafen. Für die Jahresschritte wurde nur der jeweilige Wohnungszuwachs, also der Saldo aus den Zu- und Abgangskomponenten, entsprechend den beiden vereinbarten Zeitreihen (jährliche Fertigstellungen und HWS-Wohnungen) so nachmodelliert, dass die angenommenen Gesamtvolumina stimmten. Jede Änderung eines Schätzwertes dieser beiden Eckdaten hätte eine Revision der gesamten Modellrechnung zur Folge gehabt. Unter den Auftragsbedingungen und der deklarierten Unveränderbarkeit des Projektbudgets wurden daher derartige Konsensänderungen, die die Modellierung der Bestandsentwicklung betrafen, nicht mehr vorgenommen.

---

<sup>92</sup> Die Schätzwerte wurden von den gbv übernommen, die diese Werte schon in eigenen Berechnungen verwendet hatten.

<sup>93</sup> Wenn z.B. die Hauptwohnsitze zahlenmäßig von einem Jahr zum nächsten mehr zunehmen als die Zahl der im selben Zeitraum neu errichteten Wohnungen, dann erklärt sich das aus a) einem Wohnungszugang durch Umwandlung von Geschäfts- in Wohnräume, in denen neue Hauptwohnsitze errichtet wurden, b) aus Hauptwohnsitzgründungen in vorher leeren oder Nebenwohnsitzwohnungen, c) aus Ummeldungen von Neben- in Hauptwohnsitze. Die Gründe (b) und (c) implizieren keine Veränderung des Gesamtbestands an Wohnungen, sondern nur eine Veränderung der Nutzungsform der Wohnungen. Der Grund (a) bewirkt hingegen einen Wohnungszuwachs (so wie der Neubau). Schließt man die Gründe (b) und (c) hypothetisch aus und ändert ebenso hypothetisch nichts am Anteil der Nebenwohnsitz- und der Leerwohnungen am Gesamtbestand, dann folgt daraus zwangsläufig, dass der Wohnungsverlust in dieser Periode nicht so groß angenommen werden darf, dass der rechnerische Gesamtbestand die Zahl der bewohnten Wohnungen unterschreitet. Das klingt einerseits sehr trivial, zeigt jedoch andererseits, wie leicht Bestandsveränderungen durch Annahmenänderungen „modelliert“ werden können.

## 4.2 Wandel der Wohnungsnutzung 2001 bis 2011

Unter „Wohnungsnutzung“ sind hier Antworten auf folgende grundsätzliche Fragen zu verstehen:

ob eine Wohnung überhaupt bewohnt ist oder leer steht,

ob sie, falls sie bewohnt ist, als Haupt- oder nur als Nebenwohnsitz dient,

ob sie, falls sie nicht bewohnt ist, überhaupt für eine Bewohnung zur Verfügung steht, also „auf dem Markt“ zur Wohnnutzung angeboten wird.

Darüber hinaus gehende Fragen, wie z.B. jene nach der Anzahl der Personen, die die Wohnung nutzen, oder etwa nach dem Verhältnis zwischen Haushalts- und Wohnungsgröße, werden im anschließenden Kapitel 4.3 thematisiert.

Aussagen zur grundsätzlichen Wohnungsnutzung betreffen die Kernfrage nach der Leistungsfähigkeit des Wohnungsbestands, nach den Kapazitäten seiner Reserven, nach der prinzipiellen Möglichkeit des Wohnungswechsels (Mobilitätsreserve) und letztlich auch nach dem Ausmaß des mittel- und langfristigen Wohnungsleerstands. Je nachdem, wie diese Fragen zur Nutzung der verschiedenen Segmente des Wohnungsbestands beantwortet werden, haben diese Antworten – gemeinsam mit den Aussagen über die zukünftige Entwicklung der Haushalte – einen eminent wichtigen Stellenwert für die Prognose des Neubauerfordernisses und die damit zusammenhängende Dotierung von Landeswohnbauförderungsmitteln.

Wenn man, beispielsweise, sagen würde – nachweislich belegt oder nur behauptet, gut begründet geschätzt oder nur konsensual angenommen –, dass es noch für etliche Jahre leere, ungenutzte Wohnungen im Bestand gebe, die den Bedarf der zusätzlich zu erwartenden Haushalte decken könnten, wenn man sie nur „mobilisierte“, „auf den Markt brächte“ und leistbar machte, dann wäre eine Steigerung der Wohnungsneubautätigkeit – insbesondere der mit öffentlichen Förderungen zusätzlich finanzierten – politisch schwierig zu argumentieren. Dies ist ein konstruiertes Beispiel, es gab jedoch in der gar nicht so weit zurückliegenden Vergangenheit eine Situation, an der die gewichtige Bedeutung von Aussagen über die Versorgungskapazität des Wohnungsbestands recht anschaulich erkennbar gemacht werden konnte: Das mit dem „Berichtswesen Wohnen“ von der Stadt Wien beauftragte Stadtforschungsinstitut der „Synthesis“ publizierte für das Jahr 1997 eine Anzahl von Wohnungswechslerhaushalten im Wohnungsbestand, die fast doppelt so groß war wie die vom SRZ und anderen Forschungsbetrieben ermittelte. Es kam darüber zu einem für österreichische Verhältnisse nahezu einmaligen Diskurs zwischen den beiden Forschungsbetrieben, der in dem kleinen, nur in der stadtforscherischen „community“ bekannten Bulletin des SRZ ausgetragen wurde.<sup>94</sup> Die Massenprintmedien (Kurier, Die Presse, u.a.) waren zwar informiert, zogen aber nach anfänglichen Zusagen ihre Bereitschaft, darüber zu berichten, wieder zurück.

Viel bedauerlicher als die Nichtexistenz eines öffentlichen Forums für den wissenschaftlichen Disput war die Tatsache, dass die Stadt Wien selbst, das Büro des damaligen (1998) Wohnbaustadtrats, an einer Diskussion über die beiden weit auseinander klaffenden Befunde zur Leistungsfähigkeit des Wohnungsbestands gar nicht interessiert war. Die hohe Wohnungswechslerzahl (der „Synthesis“) bescheinigte dem Wiener Wohnungsbestand indirekt nicht nur eine große Mobilitätsreserve, welche Umzüge überhaupt erst ermöglicht, sondern implizit auch eine große Menge aktivierbarer, noch ungenutzter Reserven für künftige wohnungssuchende Haushalte. Damit wurde die Möglichkeit der Umschichtung von Wohnbauförderungsmitteln vom Neubau in die Sanierung und in die Wohnbeihilfe sozialwissenschaftlich unterstützt. Schon bald darauf wurde im Wiener Landtag die „Allgemeine

---

<sup>94</sup> EIZINGER, C. & WAGNER-PINTER, M. (1998) „Der Wohnungsmarkt in Wien“, in *STADTRAUMZEIT* Nr. 1/1998, S.8ff.

Wohnbeihilfe“ als drittes Hauptstück des WWFSG<sup>95</sup> beschlossen, das 2001 in Kraft trat und die Möglichkeit des Wohnbeihilfebezugs auf den gesamten Wohnungsbestand ausdehnte.<sup>96</sup> Unter den damals (2002) geltenden Anspruchsberechtigungsregeln wurden rund 58.000 Haushalte als wahrscheinlichstes Empfängerpotenzial für diese neue Wohnbeihilfe errechnet.<sup>97</sup> Das musste budgetiert werden, was nicht durch Zuschüsse aus dem allgemeinen Landeshaushalt sondern durch Umschichtung von Zusicherungen innerhalb der Wohnbauförderung zu bewerkstelligen war. In der Tat ist Ende der 1990er Jahre eine drastische Reduktion von Förderzusicherungen für den Wohnungsneubau festzustellen: Nach den Jahren 1999 und 2000 wurde in den beiden Folgejahren die Zahl der Neubaufertigstellungen (gefördert und frei finanzierte) nahezu halbiert. Dieser Rückgang ist zwar zweifellos nur zu einem kleinen Teil auf die Einführung der neuen allgemeinen Wohnbeihilfe zurückzuführen. Dennoch hat die nicht weiter diskutierte, jedoch kritikwürdige, sozialwissenschaftlich argumentierte „Leistungsfähigkeit“ des Wohnungsbestands in den letzten 1990er Jahren zur politischen Legitimierung der Reduktion der Neubauförderung und zur Fortsetzung des „Schweinezyklus in der Wohnungspolitik“ beigetragen:

„Witzigerweise kommen die Stimmen derer, denen seinerzeit (zu Beginn der Wohnbauoffensive Anfang der 1990er Jahre, Anm. Moser) die Ausweitung des Wohnungsangebotes gar nicht groß genug sein konnte, und jener, die jetzt (gegen Ende der Wohnbauoffensive, Anm. Moser) nach einer Reduktion der Fördermittel rufen, oft aus denselben Lagern. (...) aus ökonomischer Sicht ist (dieser Populismus) nichts anderes als der Motor für eine Art von wohnungspolitischen Schweinezyklus, bei dem die sowohl für die Bauwirtschaft als auch das Wohnungswesen so wichtige Kontinuität unter die Räder kommt.“<sup>98</sup>

Die Instrumentalisierung sozialwissenschaftlicher Produkte im Dienste politischer Intentionen ist bekanntlich nichts Neues. Die völlig unterentwickelte oder auch behinderte öffentliche Debatte über divergente Studienergebnisse macht die (einseitige) Instrumentalisierung noch leichter: Auch im Falle der Wohnungsbedarfsprognose 2011-2025 war die Stadt, bzw. waren die Auftrag gebenden Magistratsabteilungen überhaupt nicht an einer Präsentation der Vielfalt möglicher Analyseergebnisse interessiert. In Bezug auf die Wohnungsnutzungsdaten befand sich das Projektteam nun in einer prekären Lage:

- Trotz der Vergabe von Adresscodes je Personenmeldung (angeblich wohnungsspezifisch) ist es nicht gelungen, zu einem Stichtag die Anzahl reiner HWS-, reiner NWS- und gemischter HW/NWS-Wohnungen zu ermitteln. Verwertbar waren nur jährliche Zahlen von Hauptwohnsitzwohnungen (in denen aber auch Personen nur nebenwohnsitzlich gemeldet sein konnten). Zu NWS-Wohnungen gab es keine statistische Evidenz.
- Um annähernd die Nutzungsform der Nicht-Hauptwohnsitzwohnungen zu ermitteln, wurden die zu einem einzigen Messungsjahr (2011) verfügbaren Daten der Stromzähler herangezogen.

In Kombination mit den im Jahresablauf gemessenen Stromverbrauchsmengen und im kleinräumigen Abgleich mit den gezählten Hauptwohnsitzwohnungen konnte ein Wohnungsgesamtbestand ermittelt werden. Aus der Differenzmenge (Wohnungen insgesamt minus HWS-Wohnungen) konnten nur noch die ganzjährig leeren (unbewohnten) Wohnungen als jene herausgefiltert werden, denen zwar ein Stromzähler zuordenbar aber kein Stromverbrauch nachweisbar war. Darüber konnte

<sup>95</sup> Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz

<sup>96</sup> Auf diesen wohnungspolitischen Hintergrund wurde schon 1997 hingewiesen und vor einer leichtfertigen Umschichtung der Wohnbauförderungsmittel gewarnt. Siehe dazu CZASNY, K. & MOSER, P. „Wohnungsmarkt Wien – Modell und Wirklichkeit“, in: *STADTRAUMZEIT* Nr. 2/1997, S.10-11.

<sup>97</sup> Siehe MOSER, P. et al (2002) „Erfahrungen mit der allgemeinen Wohnbeihilfe in Wien“, Wien Dez. 2002, S. 58.

<sup>98</sup> CZASNY, K. (1997) „Vom Schweinezyklus in der Wohnungspolitik“, in: *STADTRAUMZEIT* Nr. 2/1997, S.15.

man sich im Projektteam einigen, dass eine solche Wohnung ganzjährig leer steht, also wahrscheinlich nicht als Teil der Mobilitätsreserve zur Verfügung steht, für die man eine durchschnittliche Leerstandsdauer von nur etwa 3 bis 4 Monaten (bis zu ihrer Wiederbenutzung nach einem Auszug) ansetzte. Wie man ganzjährige Leerstellungen interpretieren sollte (Sanierungsfälle, Ausschusswohnungen, Hortungen, o.a.m.), ob sie demnach überhaupt je wieder „auf den Markt“ kommen würde, darüber konnte inhaltlich keine Übereinstimmung im Projektteam hergestellt werden. Auch (Nicht-HWS-)Wohnungen, deren Stromzähler unterdurchschnittliche Verbrauchswerte aufweisen, können Teilmengen verschiedener Nutzungsformen zugeordnet werden, weil dieser geringe Stromverbrauch unterschiedliche, nicht eindeutig angebbare Ursachen haben kann:

- Wohnung wurde erst kurz vor Jahresende bezogen
- Wohnung schon Monate vor Jahresende verlassen und nicht wieder bezogen
- Wohnung wird zwar ganzjährig, aber nur sporadisch genutzt
- Wohnung ist ein Hauptwohnsitz und liegt in einem für ganzjähriges Wohnen gewidmetem Kleingartengebiet, wird aber in den Wintermonaten nicht bewohnt
- Wohnung hatte wegen eines Auszugs und späteren Neueinzugs im selben Jahr eine Nutzungspause, also einen kurzfristigen Leerstand (Mobilitätsreserve)
- Wohnung hatte im Laufe des Jahres mehrere Nutzerwechsel („Transitwohnung“)

Niedrige Jahresstromverbrauchsmengen lassen also keine eindeutigen Schlüsse auf die Form der Wohnungsnutzung und in weiterer Folge auch nicht auf die Verfügbarkeit dieser Wohnungen hinsichtlich ihres Beitrags zur Wohnungsversorgung zu. Wie akribisch und auf kleinräumiger Basis auch immer man sich bemüht, die „fraglichen“ Wohnungen nach ihrer potenziellen „Marktpräsenz“ zu etikettieren, die Mühe kann das Zählen nicht ersetzen.<sup>99</sup> Darüber hinaus war noch prinzipiell zu unterstellen, dass die zu interpretierenden Daten von Stromzählern stammen, die während des ganzen Messintervalls (das ist das Jahr 2011) am Wohnungsstandort existierten. Wie viele Stromzähler es gibt, an denen nicht nur eine einzelne, sondern mehrere Wohneinheiten hängen – z.B. in kleinen Wohnheimen – und bis zu welchem Ausmaß es sich hierbei um Haupt- oder Nebenwohnsitzmeldungen handelt, war auch nicht überprüfbar und konnte nur durch Einigung auf eine Mengenanname „quantifiziert“ werden. Da die Stromzählerdaten nur für ein einziges Messungsjahr zur Verfügung standen, war es auch nicht möglich zu überprüfen, ob die angestellte Gegenrechnung mit dem Wohnungsbestand 2001 hinreichend korrekt ist. Mit Stromzählerdaten für dieses letzte Jahr der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung hätte man wenigstens eine solche Kontrollrechnung anstellen können.

Angesichts der aufgezeigten Unwägbarkeiten und der großen Zahl von Freiheitsgraden für die Angabe von Schätzwerten, ist unschwer zu erkennen, dass die Produktion von „Wissen“ in höchstem Maße fragil ist und ein akzeptabler Grad von „Robustheit“ eine umso breitere Vielfalt an Kenntnisinputs und entsprechenden Diskurs verlangen würde anstelle eines aufoktroierten Konsenses.. Einige in diversen Arbeitskonferenzen getroffene Übereinkünfte überdauerten nicht die gesamte Projektlaufzeit, nicht alle Änderungen waren gleichermaßen folgenreich, manche betrafen nur kleinere, wenig bedeutsame Untermengen.

Ein gravierender Konsensbruch hatte jedoch die vorher gemeinsam getragene Darstellung der Bestandsnutzungsentwicklung massiv gefährdet. Er betraf die Annahmen über die Entwicklung der

---

<sup>99</sup> Es wäre sogar wert zu analysieren, ob der für all die Schätzungen und Annahmendispute angestrengte Zeit- und Kostenaufwand mit letztlich sehr zweifelhaften Resultaten nicht teurer kommt als eine nach den Regeln der empirischen Sozialforschung durchgeführte Primärerhebung.

Leerstehungen und der Nebenwohnsitzbildung, deren Änderung von der Projektleitung erst kurz vor Projektabschluss verlangt wurde. Jüngste Rückgänge von Nebenwohnsitzmeldungen von Personen (nicht Haushalten!) sollten auf Wunsch des Stadtforschungsreferats von allen Projektbeteiligten als Argument dafür akzeptiert werden, dass die vorher einhellig akzeptierte langfristige Dynamik der Nebenwohnsitzwohnungen nicht fortgeschrieben werden dürfte. Der wichtigste Effekt dieser vom Stadtforschungsreferat angeregten Änderung wäre, dass ein abgeschwächtes, oder „am besten“ gar kein Wachstum der Nebenwohnsitzwohnungen keinen Verbrauch von Bestandsreserven zur Folge hätte und auch keinen Neubaubedarf mehr begründen würde. In weiter Folge würde das bedeuten, dass die Bestandsreserven entgegen allen bisher dazu gefundenen Analyseergebnissen und Einschätzungen für einen signifikant längeren Zeitraum als wohnversorgungspolitische Komponente kalkuliert werden könnten.

Unter anderen als den Procederebedingungen der vorne beschriebenen Option (c) wäre die von der amtlichen Stadtforschung vorgeschlagene Annahmenänderung konflikt- und problemlos in eine wissenschaftliche Diskussion – mit offenem Ausgang - integrierbar gewesen. Unter dem Konsenszwang und der Verweigerung der Auftraggeberseite, eigene zwar durchaus diskussionswürdige aber nicht konsensfähige Beiträge auch selbst zu verantworten, kommt es jedoch zu beträchtlichen, sehr fragwürdigen Verwerfungen der professionellen Rollen der Projektbeteiligten:

- Schon 2008 hatte die amtliche Stadtforschung öffentlich darüber informiert, dass die Bestandsreserven in den 2000er Jahren stark reduziert worden seien.<sup>100</sup>
- Die beauftragten Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter nehmen die vorher konsensuale Einschätzung der Bestandsreserven zurück und zwingen sich zur Formulierung „Unter der Annahme, dass die Nebenwohnsitzgründungen ...“. Eine argumentative Begründung für diese Annahme wird weggelassen, ebenso jeglicher Hinweis auf die „Urheberschaft“ der neuen Annahme.
- Von den externen, in die Lenkungsgruppe eingeladenen Experten werden zwar Zweifel an der aufoktroierten Annahme geäußert, mit einer Änderung der statistischen Referenzgrößen für das Jahr 2001 kommt man jedoch der von der amtlichen Stadtforschung erwünschten „Null-Dynamik“ der Nebenwohnsitze in den 2000er Jahren entgegen.<sup>101</sup>

In allen drei Gruppen der Projektbeteiligten gibt es ausreichendes know-how über die Zusammenhänge, das Wechselspiel der Komponenten der Wohnungsversorgung und die Abhängigkeit der Freiheitsgrade für Schätzwerte von der Verfügbarkeit und Plausibilität empirischer Evidenz. Diese im Prinzip für die Wissensproduktion positiv zu schätzende Kompetenz wird durch den Konsenszwang im Sinne der Verhinderung politisch unerwünschter Forschungsergebnisse in ihr Gegenteil verkehrt.

### 4.3 Wohnungsmarkt und Haushaltsgründung

Nach der traditionellen Methodik der Wohnungsbedarfsprognosen konstituieren überbelegte Wohnungen einen Bedarf. Dieser hängt davon ab, was bzw. wie die Gesellschaft einen „Überbelag“, bzw. eine wünschenswerte Standardbelegung für Wohnungen definiert. Stehen die dafür erforderlichen Daten – wie viele Personen welchen Alters und in welchen Haushaltsbeziehungsverhältnissen wohnen in wie großen Wohnungen? – in einigermaßen konsistenten Zeitreihen (mit einigermaßen

<sup>100</sup> Siehe Kapitel 1, und Fußnote 5.

<sup>101</sup> Das Wissen darüber, welche Interpretationen statistischer Ergebnisse man ohne „Regelbruch“ ändern kann, gehört ebenfalls zum know-how von Expertinnen und Experten.

gleicher Erhebungsmethode) zur Verfügung, dann lässt sich aus der Gegenüberstellung der Ist-Struktur mit der normativ gesetzten Soll-Struktur vergleichsweise leicht ein Bedarf errechnen, ein Fehlbestand auf Grund qualitativer Fehlbelegung. Würde die Wohnungsneubautätigkeit sich an diesem so ermittelten Bedarf orientieren, dann wäre das Problem dennoch keineswegs gelöst, weil vielleicht

- viele kleine Haushalte in Wohnungen mit mehr Wohnräumen oder mehr Wohnfläche umziehen wollen, als es der gesetzte Standard vorsieht;
- viele große Haushalte sich einen Umzug in eine „standardmäßig adäquat große“ Wohnung nicht leisten können,
- etliche große bzw. wachsende Haushalte die Mehrgenerationenphase mit ihrer Wohnflächenknappheit als vorübergehend akzeptiert oder so eine Überbelagsdauer sich länger zumutet als es ein gesetzter Standard vorsieht,
- etliche wieder klein gewordene, geschrumpfte Haushalte lieber in der nun standardmäßig „unterbelegten“ Wohnung bleiben, weil der Wechsel in eine der Haushaltsgröße „angemessen große“ Wohnung fast immer mit einer Steigerung der laufenden Wohnkosten verbunden ist,
- viele Kinder länger in Ausbildungsphasen sind und daher auch länger im elterlichen Haushalt verbleiben.

Damit sind einerseits die Problematik der Normsetzung und auch die dafür benötigten empirischen Befunde angesprochen; andererseits zeigen die exemplarisch angeführten Thesen über Haushaltsgründungen, dass die dafür relevanten Faktoren Erhebungs- und Analysearbeiten erforderlich machen, die jenen für die traditionelle Wohnungsbedarfsberechnung benötigten Forschungsaufwand weit übersteigen. Weder für die traditionelle Methode noch für eine Vorgehensweise, die die Wohnungsnachfrageentwicklung bei der Prognose der Wohnungsversorgung berücksichtigen sollte, konnten hinreichend empirische Befunde ausfindig gemacht werden. Die Aufgabe, mittels eines über mehrere Jahrzehnte reichenden Rückblicks zu zeigen, ob und wie Wohnungsmarktanspannungen die Gründung von Bewohnerhaushalten beeinflussen würden, war unter den Bedingungen des Projektauftrages nicht zu erfüllen. Mehr als Thesengerüste und Interpretationsvarianten von schwachen Anzeichen des Wandels von Bewohnerstrukturen, die letztlich die Notwendigkeit, bzw. das bisherige Versäumnis von Forschungsarbeiten noch deutlicher machten, wäre seriöserweise nicht lieferbar gewesen.

Das in diesem Themenkomplex vorfindliche theoretische und empirische Defizit war noch gravierender als jenes in den schon beschriebenen anderen Arbeitsbereichen (Rekonstruktion der Entwicklungen des Bestands und der Wohnungsnutzungen). Umso dringlicher wäre ein breiter, auch im Bericht nachvollziehbarer Diskurs gewesen. Das Aufzeigen der Vielfalt der möglichen Zusammenhänge wäre der Sache, einen Beitrag zur Wissensgenerierung zu liefern, dienlicher gewesen – das war aber offensichtlich nicht die Sache, die eingefordert war: Die Konsensverpflichtung und die Eliminierung von Zweifeln standen in noch krasserem Gegensatz zu den wissenschaftlichen Forschungserfordernissen. Die amtliche Stadtforschung verlangte sogar, dass die äußerst vorsichtig formulierten Analyseresultate als quantifizierte Faktoren in die Szenarienberechnung einfließen sollten. Die kurzfristige politische (mediale) Verwertbarkeit drängte die Grundregeln empirischer Sozialforschung in diesem Teil der Arbeit nahezu vollständig aus dem Bewusstsein.

## 5. RESÜMEE – KEIN SCHLUSS

Der Entzug der empirisch fundierten Grundlagen bei gleichzeitigem Bedeutungszuwachs und Bedrohungspotenzial der Prognosen hat weitreichende Folgen: Wo nichts gewusst wird, muss alles geglaubt werden. Die Politik instrumentalisiert die (noch vorhandene) Reputation der Wissensproduzenten in der Gesellschaft, entzieht ihnen jedoch gleichzeitig das sozialwissenschaftliche Fundament. Forschungsarbeit wird durch Expertenmeinung und Expertinnenannahmen ersetzt. Eine Widerlegung oder Untermauerung ist mangels empirischer Erhebungsarbeit nicht oder nur marginal möglich. Der Zweifel, der offene, transparente Diskurs, der nachvollziehbare Disput als kreativer Faktor der Generierung von Stadtwissen wird einer fragwürdigen Auftragsgefälligkeit geopfert. Das politisch-administrative Fachpersonal der öffentlichen Hand hat in dieser Situation leichtes Spiel, Loyalität zu demonstrieren und das politisch erwünschte „wissenschaftliche“ Expertenresultat durchzusetzen, letztlich auch unter Androhung der Nicht-Bezahlung der Arbeitsleistung der beauftragten Forscherinnen und Forscher.

Das Modell der wissensbasierten oder zumindest wissensunterstützten Politik wird in dieser Entwicklung einerseits noch opportunistisch genutzt, jedoch andererseits substanziell ausgehöhlt und tendenziell entsorgt. Dagegen aufzutreten, wird anscheinend immer wieder nötig sein.

## LITERATURVERZEICHNIS

- AMANN, Wolfgang (2012) in immonet.at, Interview von MELZER, Helmut; 12. Juli 2012  
<http://www.immonet.at/de/wohnbauxperte-amann-im-interview-i.htm>
- BAUER, Eva (2011) in derstandard.at, Interview mit PUTSCHÖGL, Martin, 26. August 2011  
<http://derstandard.at/1313025222851/Wohnungswirtschaft-Zentrale-Anlaufstelle-fuer-Bautraeger>
- CZASNY, Karl (1995) „Zur gesellschaftspolitischen Funktion von Prognosen des Wohnungsbedarfs“  
in StadtRaumZeit Nr. 2/1995, S.12ff; Wien 1995.
- CZASNY, Karl, MOSER, Peter (1997) „Wohnungsmarkt Wien – Modell und Wirklichkeit“  
in StadtRaumZeit Nr. 2/1997, S.10-11; Wien 1997.
- EIZINGER, Christian, WAGNER-PINTER, Michael „Der Wohnungsmarkt in Wien“  
in: StadtRaumZeit Nr. 1/1998, S.8ff; Wien 1998.
- DIE PRESSE.com (2012); „Wohnungsnachfrage: Wien muss aufgestockt werden“;  
online 25. Sept. 2012;  
[http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1294163/Wohnungsnachfrage\\_Wien-muss-aufgestockt-werden](http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1294163/Wohnungsnachfrage_Wien-muss-aufgestockt-werden)
- MMOBILIEN-MONITOR (2013a), „Massiver Neubaubedarf in Wien“, online 18. Februar 2013  
<http://www.immobilien-monitor.at/wohnen/massiver-neubaubedarf-in-wien>
- IMMOBILIEN-MONITOR (2013b), „Immer mehr Altbauten in Wien werden Abgerissen“,  
online 28. Mai 2012;  
<http://www.immobilien-monitor.at/wohnen/1100-immer-mehr-altbauten-in-wien-werden-abgerissen>
- MOSER, Peter, MÜHLEGGER, Robert et al (2002) „Erfahrungen mit der allgemeinen Wohnbeihilfe  
in Wien“, Forschungsarbeit des SRZ im Auftrag der Stadt Wien MA 50, Wien 2002.
- MOSER, Peter (2013) „Integrating Urban Knowledge“ in: ANDERSEN, H-T. und ATKINSON, R.  
(Hrsg.) „Production and Use of Urban Knowledge – European Experiences“,  
Verlag Springer, Dordrecht, Heidelberg, New York, London 2013.
- NOWOTNY, Helga, SCOTT Peter, GIBBONS Michael (2004) „Re-Thinking Science. Knowledge and  
the Public in an Age of Uncertainty“, Verlag Polity Press, Cambridge 2004.
- ÖGZ Österreichische Gemeindezeitung (2009), Aus dem Städtebund : Adress-GWR-online: Schul-  
terschluss der betroffenen Stellen, [http://www.staedtebund.gv.at/gemeindezeitung/aus-dem-staedtebund/aus-dem-staedtebund-details/artikel/adress-gwr-online-schulterschluss-der-betroffenen-stellen.html?tx\\_felogin\\_pi1\[forgot\]=1](http://www.staedtebund.gv.at/gemeindezeitung/aus-dem-staedtebund/aus-dem-staedtebund-details/artikel/adress-gwr-online-schulterschluss-der-betroffenen-stellen.html?tx_felogin_pi1[forgot]=1)
- PISECKY, Michael (2013) zit in: Immobilien-Monitor, 18. 2. 2013  
<http://www.immobilien-monitor.at/wohnen/massiver-neubaubedarf-in-wien>
- RAINER, Norbert (2004), Statistik Austria, „Zum aktuellen Stand betreffend Adress-GWR-Online.“  
In Österreichische Gemeindezeitung, Archiv, Aus dem Städtebund, Wien 2004;  
<http://www.staedtebund.gv.at/gemeindezeitung/aus-dem-staedtebund/aus-dem-staedtebund->

details/artikel/fachausschuss-fuer-statistik-register-sorgen-weiter-fuer-diskussionen.html?tx\_felogin\_pi1[forgot]=1

STADT WIEN (2013) - Presse- und Informationsdienst (MA 53): wien.at Nr. 4/2013, [http://clubwien.at/fileadmin/user\\_upload/Club\\_wien.at/wienat\\_heftarchiv/pdfs/wien\\_at\\_Infoblatt-2013-04.pdf](http://clubwien.at/fileadmin/user_upload/Club_wien.at/wienat_heftarchiv/pdfs/wien_at_Infoblatt-2013-04.pdf)

ANDREAS WEIGL:<sup>102</sup>

## DIE „GASTARBEITER“-WANDERUNG NACH WIEN – VERSUCH EINES RESÜMEES

### 1. EINE ÄRA GEHT ZU ENDE

Mit dem EU-Beitritt Kroatiens am 1. Juli 2013 wurde erstmals ein Staat in die Europäische Union aufgenommen, der in der österreichischen Migrationsgeschichte als Herkunftsland von „Gastarbeitern“<sup>103</sup> eine, wenn auch bescheidene Rolle gespielt hat. Insofern ist die unaufgeregte Reaktion der österreichischen Öffentlichkeit auf diesen Erweiterungsschritt der Europäischen Union einigermaßen bemerkenswert. Nun kann man die grundsätzlich freundliche Kommentierung des Beitritts Kroatiens auch als antiserbischen Reflex verstehen. Dagegen spricht aber, dass auch die rezente Aufhebung der Visum-Pflicht für serbische und montenegrinische Staatsbürger zu keinen merklichen Veränderungen des wienspezifischen Wanderungsgeschehens geführt hat. Dieses wird bekanntlich seit einigen Jahren durch den Zuzug aus einigen EU-Ländern wie Deutschland, Rumänien und zuletzt auch Ungarn und nur mehr im geringeren Maß durch Zuwanderung aus ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken geprägt. Selbst die Zuwanderung aus der Türkei, die seit geraumer Zeit praktisch nur noch aus einer begrenzten Anzahl von Familienzusammenführungen besteht, ist dadurch in der Wahrnehmung merklich in den Hintergrund getreten. Dazu mag auch das türkische „Wirtschaftswunder“ beigetragen haben, welches die Motivation türkischer Arbeitsmigrantinnen und –migranten nach Österreich zuzuwandern bis zu einem gewissen Grad bremst, obwohl außerhalb der Zentralräume in der Türkei nach wie vor eine erhebliche, verdeckte Arbeitslosigkeit besteht.<sup>104</sup>

Es mehren sich also Anzeichen, dass das österreichische Migrationsgeschehen im Allgemeinen und das Wiener im Besonderen einem tiefgreifenden strukturellen Wandel durchläuft – nicht nur was die Herkunftsgebiete der Migrantinnen und Migranten anlangt. Denn auch das Qualifikationsprofil vieler Zuwanderer der Gegenwart und nicht zuletzt die Organisationsform der Wanderung haben mit der ursprünglichen Anwerbung und Kontingentierung nichts mehr gemein. Grund genug für eine vorsichtige Bilanz jener Arbeitsmigration aus Südosteuropa und der Türkei die als Gastarbeiterwelle im kollektiven Gedächtnis verankert ist, eine Bilanz die freilich keinen endgültigen Schlussstrich ziehen kann sondern die langfristigen, bis in die Zukunft reichenden Wirkungen dieser Phase der Wiener Wanderungsgeschichte im Auge behalten sollte. Zunächst gilt es aber eine Begriffsbestimmung zu

---

<sup>102</sup> Andreas Weigl, Studium der Wirtschaftsinformatik und Geschichte an der Universität Wien. 1984-2008 Tätigkeit in der amtlichen Statistik und der Magistratsdirektion der Stadt Wien, darunter 1998-2005 stellvertretender Leiter des Statistischen Amtes. Seit 2008 Mitarbeiter des Wiener Stadt- und Landesarchivs, Leiter Wissenschaftliche Projekte und Kooperationen. 2010-2011 Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Stadtgeschichtsforschung, ab 2011 Vorsitzender des Österreichischen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung. Seit 2001 Privatdozent am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien mit Schwerpunkt historische Demographie.

<sup>103</sup> Bei dem Begriff handelt es sich natürlich um einen Euphemismus. Im Folgenden wird dennoch aus Gründen der Lesbarkeit auf eine weitere Setzung in Anführungszeichen verzichtet.

<sup>104</sup> Die Zahl der verdeckt Arbeitslosen wird je nach politischer Orientierung der Forscher auf 8 bis 15 Millionen geschätzt. Die hohe Arbeitslosigkeit in der Türkei ist ein maßgeblicher Faktor, weshalb der Türkei die von der EU zugesagte Arbeitnehmerfreizügigkeit bisher nicht gewährt wurde.

treffen, denn unter Gastarbeiterwanderung werden zum Teil recht unterschiedlich weit gefasste Migrationsbewegungen in der einschlägigen Literatur subsumiert. Eine besonders enge Definition beschränkt die Gastarbeiterwanderung auf den von etwa Mitte der 1960er Jahre bis zum ersten Ölpreisschock 1973 stattgefundenen Wanderungsschub der durch ein zunächst stark reglementiertes Wanderungsregime geprägt war und dessen Basis bilaterale Verträge zwischen Österreich und der Türkei bzw. Jugoslawien bildeten. Es gibt allerdings gute Gründe diese Gastarbeiterwanderung nicht 1973 enden lassen zu wollen, sondern auch die darauf folgende Phase des Familiennachzugs bei gleichzeitigem Beschäftigtenabbau und schließlich auch die Phase der Aktivierung von Migrationsnetzen mit Jugoslawien und der Türkei im Zuge der „Migrationskrise“ der Jahre 1989 bis 1993 diesem Wanderungstyp zuzurechnen. Nach dieser hier in der Folge weiter verwendeten Periodisierung endete die Gastarbeiterwanderung erst mit dem Ausbruch des jugoslawischen Bürgerkriegs. Selbst danach kam es jedoch noch einige Jahre zu einem Zustrom von Arbeitsmigranten und –migranten aus Ex-Jugoslawien der zumindest teilweise weder als Flüchtlingsmigration noch als Familienzusammenführung zu werten ist. Der in den Blick genommene Zeitraum umfasst also, was den Zeitpunkt der Zuwanderung anlangt, etwa die Periode von Mitte der 1960er bis Mitte der 1990er Jahre.

Welches demographische Gewicht haben nun diese Migrantengruppen in der Gegenwart? Ein sehr verlässlicher Indikator dafür ist das Geburtsland der Wohnbevölkerung wie es im Rahmen der Registerzählung von 2011 und der Volkszählung von 2001 erhoben wurde. Demnach waren im Oktober 2011 rund 9% der Wohnbevölkerung Wiens in Ex-Jugoslawien (mit Ausnahme Sloweniens) und rund 4% in der Türkei geboren (Statistik Austria, Statcube, Registerzählung 2011). Darunter sind natürlich zum Teil auch in den letzten beiden Jahrzehnten Zugewanderte inkludiert. Aus einem Vergleich der Ergebnisse der Volkszählung von 2001 und der Registerzählung von 2011 kann allerdings auf das Gewicht der rezenten Wanderungsbewegungen geschlossen werden. Demnach hat sich die Zahl der in Ex-Jugoslawien Geborenen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts um etwa 30.000, die der in der Türkei Geborenen um rund 20.000 erhöht. Das entsprach allerdings nur mehr weniger als einem Drittel des gesamten Zuwachses der im Ausland geborenen Wohnbevölkerung in diesem Jahrzehnt.

Geburtsland	31.10.2011				15.05.2001				2001-2011
	Staatsbürgerschaft		Gesamt		Gesamt		Gesamt		Zuwachs
	Österreich	in %	Ausländisch	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.
Österreich	1.138.687	84,9	51.121	13,7	1.189.808	69,4	1.183.834	76,4	5.974
Ausland 1)	203.168	15,1	321.251	86,3	524.419	30,6	366.289	23,6	158.130
(ehem.) Jugoslawien 2)	55.865	4,2	97.316	26,1	153.181	8,9	124.812	8,1	28.369
Türkei	30.886	2,3	35.457	9,5	66.343	3,9	47.321	3,1	19.022
Zusammen	1.341.855	100,0	372.372	100,0	1.714.227	100,0	1.550.123	100,0	164.104

1) Einschließlich unbekannt. 2) Ohne Slowenien.

Quelle: Statistik Austria; eigene Berechnungen

Neben diesen Großzählungsergebnissen liegen über das Einreisejahr für einen weiter zurück reichenden Zeitraum für ganz Österreich Ergebnisse einer Zusatzerhebung zur Arbeitskräfteerhebung 2008 vor, die angesichts des großen Gewichts der Zuwanderung nach Wien innerhalb der österreichischen Zuwanderung durchaus auch für Wien aussagekräftig sind. Nach dieser Erhebung kam es bei der dauerhaften Zuwanderung von Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien zu den größten

Veränderungen. Von den in Serbien Geborenen stammten 2008 rund 60% aus der Phase der Gastarbeiterwanderung, unter den von der Flüchtlingswelle infolge des jugoslawischen Bürgerkriegs besonders betroffenen Bosniern etwa ein Drittel. Unter den in der Türkei Geborenen waren rund die Hälfte bis 1990 zugewandert. Während jedoch die Zuwanderung aus Serbien ab den 1990er Jahren sich sehr deutlich abschwächte, um in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre wieder etwas anzusteigen, verlief der Rückgang bei den Türkinnen und Türken kontinuierlicher (Statistik Austria 2009).

Auf Wien bezogen ergab eine im Jahr 2011 durchgeführte Befragung von rund 1000 AK-Mitgliedern im Rahmen einer Studie über die Beschäftigungssituation von Personen mit Migrationshintergrund einen Anteil von rund 25-30% vor 1990 zugewandelter Migranten ex-jugoslawischer und türkischer Herkunft. Etwa die Hälfte der ex-jugoslawischen und türkischen Frauen die im Rahmen dieser Studie befragt wurden war erst in den 1990er Jahren zugewandert (Riesenfelder/Schelepa/Wetzel 2011). Der Grund für den kontinuierlicheren Verlauf der türkischen Zuwanderung liegt in der in den letzten beiden Jahrzehnten überragenden Bedeutung von Familienzusammenführungen für die Zuwanderung von Türkinnen und Türken der bei keiner anderen Migrantengruppe im gleichen Ausmaß gegeben ist. Erst die Inkraftsetzung der restriktiven Zuwanderungsbestimmungen ab 2006 sorgte auch bei dieser Gruppe für eine gewisse Zäsur.

Während also gerade in den letzten beiden Jahrzehnten das demographische Gewicht der Gastarbeiter unter der Bevölkerung ausländischer Herkunft (im Ausland Geborene und in Österreich geborene ausländische Staatsbürger) auf Grund des Auslaufens des eigentlichen Migrationsprozesses abgenommen hat, ist jenes der „zweiten und dritten Generation“ im Steigen. Das hat nicht nur mit dem Ende der Gastarbeiterwanderung zu tun, sondern ist nicht zuletzt auf die höhere Fertilität von Frauen türkischer Herkunft, eingeschränkt auch jene ex-jugoslawischer Herkunft, zurückzuführen. Zuletzt lag der Anteil der Lebendgeborenen in Wien mit Migrationshintergrund bei 83%. D.h. vier von fünf Neugeborenen hatten zumindest einen Elternteil der im Ausland geboren wurde. Im Jahr 2012 kamen auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren ohne Migrationshintergrund 46 Lebendgeborene. Bei Frauen mit türkischem Migrationshintergrund waren es jedoch 92, bei jenen mit bosnischer Herkunft 76 und mit serbischer 68 und kroatischer 63. Das entspricht in etwa durchschnittlichen Kinderzahlen zwischen 1,2 (Frauen ohne Migrationshintergrund) und 2,4 (Frauen mit türkischem Migrationshintergrund). Insofern ist das zu erwartende künftige demographische Gewicht der zweiten und dritten Generation ganz erheblich. Derzeit überwiegt jedoch noch bei weitem die erste Generation. Nach der erwähnten AK-Studie liegt ihr Anteil unter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wohl noch um und teilweise sogar über 80%.

Die gegenwärtige Wiener Gastarbeiterpopulation zerfällt demnach in drei Gruppen: die erste, die zweite (dritte) Generation und die Gruppe der „Nachzügler“, die durch Familienzusammenführung oder vereinzelt auch noch als Arbeitsmigranten seit etwa Mitte der 1990er Jahre in den letzten zwei Jahrzehnten aus Nachfolgestaaten Jugoslawiens oder aus der Türkei zugewandert sind. Diese drei Gruppen stellen die Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vor teilweise recht unterschiedliche Herausforderungen.

## 2. DIE WIRKUNGEN DER GASTARBEITERWANDERUNG AUF DEN WIENER ARBEITSMARKT

Voraussetzung für die Arbeitsmigration aus dem euromediterranen Raum war bekanntlich die sehr unterschiedliche nationale Faktorausstattung in den entwickelten Industrieländern Westeuropas einerseits und u.a. Jugoslawiens und der Türkei andererseits. Die bilateralen Anwerbeabkommen zwischen Ziel- und Herkunftsländern versprachen eine „win-win“-Situation. Von der als vorübergehend angedachten Beschäftigung von Arbeitskräften im Norden versprachen sich die Entscheidungsträger in den Herkunftsländern Know-how, Devisen und – das wird vielfach übersehen – eine Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes. In den Zielländern waren billige Arbeitskräfte gesucht, die vor allem bereit waren Tätigkeiten im sekundären Segment des Arbeitsmarktes zu übernehmen für die das inländische Arbeitskräfteangebot zunehmend ausdünnte. Auch sorgte der zunehmende Wohlstand der „Wirtschaftswunder“-Jahre für eine stark sinkende Bereitschaft inländischer Arbeitnehmer solche Jobs überhaupt anzunehmen.

Am Wiener Arbeitsmarkt machte sich seit Beginn der 1960er Jahre ein immer stärker fühlbarer Arbeitskräftemangel bemerkbar. Die Wirkung der Liberalisierung des Arbeitsmarktes für Nachkriegsflüchtlinge und Vertriebene war verpufft, die Ungarnflüchtlinge zum größeren Teil in die BRD oder Übersee weitergewandert. Eine Ausweitung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte behinderten die sehr restriktiven Regelungen der Ausländerbeschäftigung in Österreich. In einem innenpolitischen „Kuhhandel“, dem sogenannten „Raab-Olah-Abkommen“, einigten sich schließlich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter auf ein Kontingentverfahren nach dem Muster des Schweizer Saisoniermodells, welches die vereinfachte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte im Weg bilateraler Verträge ermöglichen sollte. Weil die Beschäftigung der „Gäste“ nach dem Rotationsmodell angedacht war und die Wirtschaft boomte hielt sich der gewerkschaftliche Widerstand in Grenzen. Das angedachte Modell funktionierte jedoch vorerst nicht nach Wunsch. Eine Änderung trat erst nach Abschluss der Abkommen mit der Türkei 1964 und Jugoslawien 1966 ein, aber selbst diese schienen durch die konjunkturelle Delle obsolet. Die Anwerbestelle der Wirtschaftskammer in Istanbul wurde sogar 1967 für einige Zeit geschlossen.<sup>105</sup> Erst danach kam es zu einem raschen Zustrom vor allem jugoslawischer, nach und nach auch türkischer Arbeiter. Die Zahl der Jugoslawen stieg in Wien von etwa 19.000 im Jahr 1968 auf 75.000 1973 rasant an (Meißl 2006, 684). Von den 1969 bis 1973 aus Jugoslawien Zugewanderten kam mehr als die Hälfte aus Serbien, etwa 10-15% aus Bosnien, Kroatien und der Vojvodina (Lichtenberger 1984, 170).

Die aus organisatorischen Gründen entstandene Zeitverzögerung beim Anlaufen der Gastarbeiterwanderung ist für die Beurteilung ihrer ökonomischen Wirkung insofern von Bedeutung, als in der Wiener Wirtschaft bei anhaltend hohen realen Wachstumsraten zwischen 3 und 5% ab Mitte der 1960er Jahre ein rasanter Deindustrialisierungsprozess einsetzte der besonders Branchen mit geringerer Produktivität traf, während Branchen mit stark produktivitätsorientiertem Wachstum ihren Beschäftigtenstand noch weitgehend hielten. Nach und nach wandelte sich die durch den Wiederaufbauboom und das „Wirtschaftswunder“ konservierte „Industriestadt“ Wien – einem internationalen Trend folgend – zur Dienstleistungsmetropole. Es kam vielfach zu Betriebsverlagerungen in das

---

<sup>105</sup> Für diesen Hinweis danke ich dem damaligen Leiter Siegfried Pfliegerl.

Umland und zu Schließungen (Weigl 2011, 10 f.). Dieser Prozess war bereits voll im Gange als die erste größere Gastarbeiterwelle einsetzte. Der den Strukturwandel hemmende Einfluss der Gastarbeiterwanderung auf den Wiener Wirtschaftsstandort kam daher nur eingeschränkt zum Tragen, am stärksten noch in der traditionell überdimensionierten Wiener Bauwirtschaft. In anderen Industriezweigen, in denen Gastarbeiter verstärkt tätig waren, hielt sich der strukturkonservierende Effekt offensichtlich in Grenzen, zumindest was den Produktionssektor anlangt. Gleichzeitig erlaubte die Arbeitsmigration aus Jugoslawien und der Türkei eine Prolongierung der seit 1953 bestehenden Hochkonjunktur in dem sie temporär die „Arbeitskräftebarriere“ verzögerte, die Nachfrageausweitung auf Grund der hohen Sparneigung der Gastarbeiter und der geringen öffentlichen Mittel die für sie aufgewendet wurden dämpfte und das günstige Investitionsklima perpetuierte (Butschek 1992, 202). Arbeitsmarktpolitische Alternativen bestanden zu diesem Zeitpunkt kaum. Eine sprunghafte Anhebung der weiblichen Erwerbsquoten – angesichts des gesellschaftspolitischen Klimas und des damaligen Baby-Booms eine kurzfristig ohnehin nicht sehr realistische Option – hätte keine wirkliche Alternative dargestellt, da es sich um kaum überschneidende Segmente des Wiener Arbeitsmarktes handelte. Zudem waren die Erwerbsquoten der Wienerinnen für damalige österreichische Standards ohnehin hoch. Die Tatsache, dass die „Landflucht“ der 1950er Jahre bis etwa Mitte 1970er Jahre kaum vermindert anhielt verweist zudem darauf, dass Gastarbeiter Jobs annahmen, die von heimischen Migrantinnen und Migranten nur mehr sehr eingeschränkt nachgefragt und als akzeptabel empfunden wurden (Aufhauser 1995, 239).

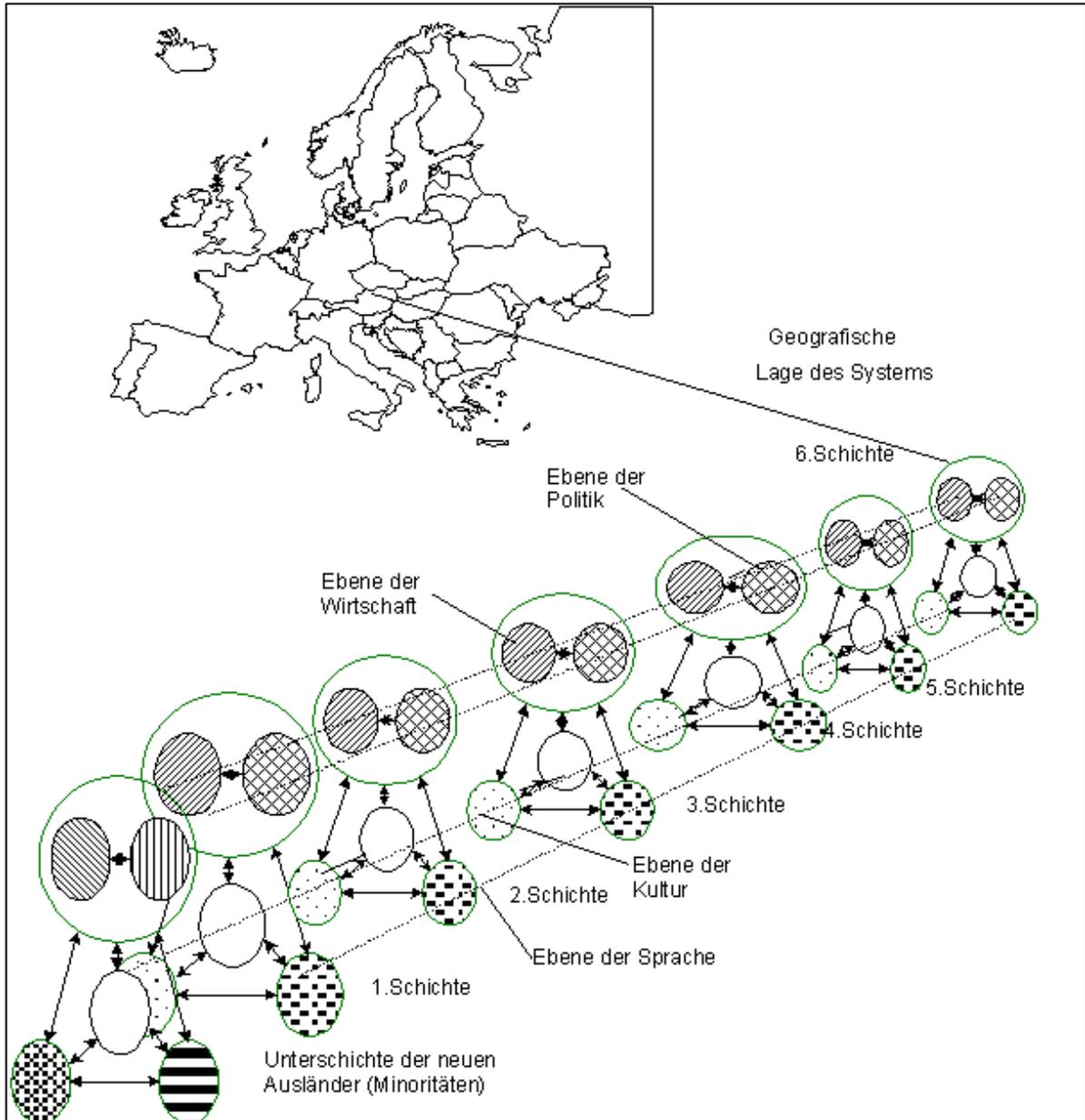
Für jugoslawische und türkische Zuwanderergruppen galt eine klare Dominanz der Migration aus rückständigen ländlichen Gebieten nach Wien. So rekrutierten sich die türkischen Zuwanderer fast ausschließlich aus ruralen Regionen der Türkei. Die jugoslawischen Gastarbeiter kamen zu Beginn der 1970er Jahre fast zu zwei Drittel aus ländlichen Zonen. Dies erklärt ihre erheblichen Bildungsdefizite.

Das mit Abstand niedrigste Bildungsniveau wiesen Migranten mit dem Geburtsland Türkei auf. Dieses Faktum war für die „strukturelle Integration“ (Hartmut Esser) der ersten Generation höchst bedeutsam, denn nicht nur waren die Rahmenbedingungen des Aufenthalts vorerst auf enge zeitliche Befristung ausgelegt, sondern die Bildungsferne der Migranten aus dem Heimatland wurde in das Zielland mitgenommen und konnte dort schon allein auf Grund des Erwachsenenalters der Gastarbeiter kaum aufgebrochen werden – ganz abgesehen davon, dass es dazu in den frühen 1970er Jahren auch noch weitgehend an Initiativen seitens österreichischer Institutionen mangelte. Dadurch konnte sich der Prozess der Unterschichtung voll entfalten. Gastarbeiter nahmen ökonomische und gesellschaftliche Positionen ein die zuvor von einer einheimischen Unterschicht besetzt waren. Diese rückte dadurch auf, betrachtete die neu Zugewanderten dennoch skeptisch und als Konkurrenz. Das lag an der komplexen Verschachtelung verschiedener miteinander vernetzter Unterschichtungsphänomene wie Siegfried Pflegerl schon 1977 in einer einschlägigen Studie gezeigt hat. Wohl hielt sich tatsächliche Konkurrenzierung am Arbeitsmarkt in bescheidenen Grenzen, was angesichts des Kontingentverfahrens und des Inländerprimats kaum verwundert. Berücksichtigt man jedoch neben der ökonomischen auch kulturelle und soziale Schichtungsphänomene bestanden doch erhebliche „Reibungspunkte“. Trennlinien zwischen „Aufsteigern“ unter den Arbeitsmigrantinnen und –migranten und sozial und ökonomisch schwachen einheimischen Gruppen wurden überschritten, was zu zunehmenden sozialen Spannungen und mehr oder minder offener Xenophobie auf der einen und Distanzierung und Isolation auf der anderen Seite führte.

Nach dem von Pflegerl erarbeiteten Schichtmodell stellte sich der durch die Gastarbeiterwanderung ausgelöste Umschichtungsprozess wie folgt dar:

Die Gesellschaft wird in diesem Modell durch die Ebenen Politik-Recht-Ethik, Religion-Kultur-Technologie-Wissenschaft-Kunst, Sprache-Kommunikation-Medien und Wirtschaft strukturiert. Wei-

ters wird von einer groben Schichtung der österreichischen/Wiener Gesellschaft in sechs Schichten ausgegangen (in Anlehnung an Haller 2008, 290), wobei die 6. Schicht die oberste und die 1. Schicht die unterste Schicht bildete. Die Schichten bilden Untersysteme in den Ebenen und sind mit diesen verbunden. Durch die Gastarbeiterwanderung haben sich in der österreichischen und Wiener Gesellschaft unter den beiden untersten heimischen Schichten, die selbst von den darüber befindlichen Schichten einem starken Abgrenzungs- und Entwertungsdruck ausgesetzt waren, **neue Unterschichten** bestimmter Migrantengruppen (etwa mit "türkischem oder jugoslawischen Migrationshintergrund" und überwiegend muslimischem "Kulturhintergrund") gebildet.



Zwischen den "heimischen" Unterschichten und den darunter positionierten neuen Unterschichten der Migranten (0. Schicht) bestand von Anfang an ein **realer Ressourcenkonflikt, wengleich sich dieser nicht unbedingt in der Konkurrenz um bestimmte Arbeitsplätze sondern vermittelt etwa im Besetzen öffentlicher Räume oder im Bildungszugang äußerte**. Daher wurden die neuen Migrantengruppen von der Bevölkerung dieser beiden Schichten und ihren Vertretungen seit ihrem Eintritt in die Gesellschaft in hohem Maße abwertend, ablehnend und ausgrenzend behandelt (Vgl. dazu John, Lichtblau 1990; Gürses/Kogoj/Mattl 2004). Umgekehrt mussten die neuen Migran-

tengruppen gerade in diese beiden "heimischen" Schichten" sozial "integriert" und aufgenommen werden: was immer man dabei unter "Integration" verstanden haben wollte und will.

Gab es also Ende der 1960er Jahre zur nun merklich anschwellenden Arbeitsmigration aus Jugoslawien und der Türkei kaum Alternativen kam es, von der Wirtschaftspolitik – vorerst noch wenig registriert – zu einer nachhaltigen Veränderung ihres organisatorischen Settings. Die neuen Arbeitskräfte kamen nun in der Regel als Touristen in das Land, was die Kettenmigration abseits institutioneller Anwerbung begünstigte. Dieser Verselbständigungsprozess hatte zwei weitreichende Konsequenzen:

1. Er öffnete die Tür für eine Welle von Familienzusammenführungen die bereits zu Beginn der 1970er Jahre einsetzte.
2. Er durchlöcherte das System der Kontingentierungen und damit das ursprünglich angedachte strikte System von „Anwerbung nach Bedarf, Zeitvertrag und Rückkehr“.

Mit der Wirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre schien der Höhepunkt der Gastarbeiterzuwanderung vorerst erreicht. Vor allem jugoslawische Gastarbeiter kehrten nun im nicht unerheblichen Maß in ihre Heimat zurück. Waren Mitte der 1970er Jahre noch rund 60.000 Jugoslawen in Wien beschäftigt, sank ihre Zahl bis Mitte der 1980er Jahre auf etwa 40.000, die der türkischen Arbeitnehmer blieb allerdings konstant (Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1980, 1985). Der „Abbau“ im Zeichen des Inländerschutzes funktionierte jedoch nicht so wie es sich die Sozialpartner vorgestellt hatten. Die Zeit nach dem ersten Ölpreisschock entwickelte sich zur „Hochblüte des Familiennachzugs“. 1974 lebten beispielsweise 42% der Gastarbeiter in Wien allein, 1981 nur noch 22%. Im Jahr 1974 betrug der Anteil der Vollfamilien 25%, 1981 42%. Insgesamt nahm der Ausländeranteil an der Bevölkerung daher auch in einer wirtschaftlich stagnativen Phase nicht ab. Um 1985 lebten etwa 60.000 Jugoslawen und 25.000 Türken in Wien.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahren begannen sich die Rahmenbedingungen der wienbezogenen Arbeitsmigration zunächst langsam, dann dramatisch erneut zu ändern. Hatte zuvor die Arbeitsmarktregulierung den Zustrom gebremst veränderte sich durch den Fall des Eisernen Vorhangs die Lage in einer Weise auf die Österreich fremdenrechtlich als traditionelles Asylland kaum vorbereitet war. Zudem entstand, ähnlich wie zu Beginn der 1970er Jahre, eine neue Hochkonjunktur die maßgeblich aus der deutschen Wiedervereinigung zu erklären ist und von der überproportional ost-österreichische Betriebe profitierten. Zwischen 1989 und 1991 kam es daher kurzfristig zum nahezu ungehinderten Zuzug nach Wien, der durch die einsetzende Flüchtlingswelle aus dem jugoslawischen Raum noch verstärkt wurde. Die Zahl der ausländischen Beschäftigten schnellte in wenigen Jahren sprunghaft nach oben, bis zum Ausbruch des jugoslawischen Bürgerkriegs 1991 auf 54.000 Jugoslawen und 21.000 Türken (Statistisches Jahrbuch 1991). Die Zuwächse entfielen nun auf die beiden Gruppen der Gastarbeiterwanderung zu gleichen Teilen auf Jugoslawen und Türken – ein wesentlicher Unterschied zur ersten Phase der Gastarbeiterwanderung.

Was die Migrationsmotive der Gastarbeiter anlangt, charakterisierte diese zweite Welle der Gastarbeiterwanderung eine Verschiebung die sich zum Teil aus der anhaltenden sich, verschärfenden Krise der Planwirtschaften in Ostmittel- und Südosteuropa erklärt. Nach Untersuchungen unter Wiener Gastarbeitern waren unter den später Zugewanderten 29% vor dem Auslandsaufenthalt arbeitslos. Die wichtigste Veränderung der Wanderungsmotive betraf jedoch die Zunahme nichterwerbsmotivierter Wanderungen. Seit Beginn der 1980er Jahre überstieg unter den Wiener Gastarbeitern die familienbedingte Zuwanderung bereits die erwerbsmotivierte. Von den im Zeitraum 1989-1991 nach Wien zuwandernden ausländischen Staatsbürgern hatten 56% bereits länger in der Stadt ansässige Verwandte (Weigl 2009). Der Familiennachzug verteilte sich freilich recht ungleichgewichtig. Nach der erwähnten Befragung Erwerbstätiger mit Migrationshintergrund aus dem Jahr 2011 waren

80% der türkischen Frauen, jedoch nur rund 40% der Ex-Jugoslawinnen aus familiären Gründen nach Wien gekommen.

Mit dem Ende der „Migrationskrise“ endete auch die Gastarbeiterwanderung. Was blieb war ein Nachhang an Familienzusammenführungen der bis in die Gegenwart reicht. Ab 1993 gingen die Zuwächse stark zurück, da die Neuzuwanderung aus den klassischen Gastarbeiterländern nur mehr im Rahmen beschränkter Familiennachzugsquoten möglich war. Nach dem Versuch, die Zunahme ausländischer Beschäftigter in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zu beschränken, kam es um die Jahrtausendwende zu einem neuerlichen deutlichen Anstieg. Nun hatten bereits zahlreiche Migrantinnen und Migranten der ersten Generation die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt. Der EU-Beitritt verpflichtete Österreich sich EU-Standards hinsichtlich der Gewährung von Beschäftigungsbewilligungen an Familienangehörige von Drittstaaten und an länger im Land befindliche Ausländer anzugleichen, was allerdings sehr hinhaltend umgesetzt wurde.

Die Nachzügler der Gastarbeiterwanderung waren und sind ebenso wie ihre Vorgänger mit dem Problem eines ungesicherten Aufenthaltsstatus konfrontiert. Österreichweit hatte nur jede und jeder zweite Zuwanderer aus der Türkei im Jahr 2008 eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, nur 60% der Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien. Selbst bei in Österreich geborenen Migrantinnen und Migranten mit ausländischer Staatsbürgerschaft lagen die entsprechenden Anteile bei lediglich 78%. bzw. 72,5% (Statistik Austria 2009). Dieser Umstand verschärfte einen Verdrängungswettbewerb zwischen den früher und später nach Österreich gelangten Migrantinnen und Migranten in dem freilich nicht nur ex-jugoslawische und türkische sondern auch andere Arbeitskräfte aus „Drittstaaten“ involviert sind. Dieser Verdrängungswettbewerb, der seit den 1990er Jahren voll im Gang ist, wird durch das Problem steigender Altersarbeitslosigkeit, von der ja auch Arbeitnehmer ohne Migrationshintergrund betroffen sind, erheblich verschärft. Arbeitnehmer mit ex-jugoslawischer Staatsbürgerschaft waren davon allerdings wesentlich weniger betroffen als türkische (Biffi 2002, 546, 549).

Dank der bis etwa Mitte der 1990er Jahre liberalen Einbürgerungspraxis in Wien erwies sich für die erste Generation nicht der Aufenthaltsstatus sondern zunehmend Altersarbeitslosigkeit als Hauptproblem. Dies nicht zuletzt weil die erste Generation zu 80-90% als Hilfsarbeiter oder angelernte Arbeiter im sekundären Segment des Arbeitsmarktes tätig waren. Nach der Befragung aus 2011 waren 64% der männlichen Arbeitnehmer mit türkischen Migrationshintergrund seit 2000 von Arbeitslosigkeit betroffen, 55% der türkischen Frauen, rund 45% der ex-jugoslawischen Arbeitnehmer, jedoch nur 12% der Nicht-Migranten (Riesenfelder/Schelepa/Wetzel 2011, 11). Das österreichische und Wiener Sozialsystem erwies sich allerdings als einigermaßen robust, um die schlimmsten Wirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit zu mildern.

Bei einer Gesamtbetrachtung der Wirkungen der Gastarbeiterwanderung auf den Arbeitsmarkt ist zu bedenken, dass auch ohne diese Form der Arbeitsmigration angesichts des beschleunigten Strukturwandels des Wiener Produktionssektors von der fordistischen Massenproduktion zu den postfordistischen „economies of scope“ und nicht zuletzt dem anhaltenden Tertiärisierungsprozess mit einem gewissen Anteil von „Modernisierungsverlierern“ zu rechnen gewesen wäre und das diese unter älteren, schlecht qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ja sehr wohl auch Personen inländischer Herkunft betroffen hat und betrifft. Insofern sorgte die von der Arbeitsmigration aus Jugoslawien und der Türkei bewirkte „Unterschichtung“ wohl teilweise für eine Entlastung älterer inländischer auf Kosten ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder solcher ausländischer Herkunft. Die damit verbundenen mittelfristigen sozialen Probleme bleiben dabei freilich unberücksichtigt und sind auch nur bedingt berechenbar. Was jedenfalls nicht oder nur in ganz geringem Ausmaß stattfand, war direkte Konkurrenz zwischen beiden Gruppen. Da Personen ausländischer Herkunft überproportional in strukturschwachen Branchen tätig waren, war auch die Langzeitarbeits-

losigkeit unter den Gastarbeitern höher, während das Verteilungsmuster ältere inländischer Langzeitarbeitslose ein durchaus heterogeneres Bild zeigt.

### 3. NACH DER „GASTARBEIT“

Auch wenn schon nach wenigen Jahren der Gastarbeiterwanderung manchen klar geworden war, dass die Arbeitsmigrantinnen und –migranten „gekommen waren um zu bleiben“, stand naturgemäß die Altersversorgung der Zuwanderer nicht auf der sozial- und gesundheitspolitischen Agenda. Bekanntlich gehörten die Migrantinnen und Migranten durchwegs den jüngeren Altersstufen bis zu einem Alter von 30 bis 35 Jahren an. Zudem waren sowohl im Bewusstsein der autochthonen Bevölkerung als auch der Personen jugoslawischer oder türkischer Herkunft der Verbleib als befristet gedacht. Somit stand ein Aufenthalt in Österreich im Pensionsalter vorerst gar nicht zur Debatte.

Ab den 1990er Jahren veränderte sich die Situation allmählich. Wohl kehrte tatsächlich ein Teil der Arbeitsmigranten im höheren Alter in ihre Heimat zurück, ein Teil jedoch blieb aus familiären Gründen oder aber auch weil die Lebensbedingungen in der alten Heimat eine Rückkehr nicht als wünschenswert erscheinen ließen und auch die sozialen Kontakte abgerissen waren, in Wien. Auch längere Phasen von Altersarbeitslosigkeit erschwerten Rückwanderungspläne, da sie das Erreichen des angestrebten Sparziels in manchen Fällen verunmöglichten und die für eine Rückkehr häufig erforderlichen Investitionen in Form von Immobilienerwerb verhinderten. Nicht zuletzt stellte das hohe sozialstaatliche Niveau Österreichs natürlich auch ein wichtiges Motiv des Verbleibs dar.

Auf Grund der zunächst kaum wahrgenommenen sozialpolitischen Bedeutung älterer Personen unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat sich die soziologische Altersforschung erst ab den späten 1990er Jahren mit den spezifischen Problemen alter Gastarbeiter beschäftigt und die Zahl einschlägiger Studien ist nach wie vor sehr überschaubar. Die Aussage des Soziologen Christoph Reinprecht, dass im Projekt der Arbeitsmigration das Alter eine Art „Leerstelle“ ist, erhält so eine doppelte Bedeutung. Sie trifft nicht nur auf das Lebensgefühl mancher Migranten, sondern auch mit Bezug auf die Forschungslage zu. Dennoch lassen sich aus den bisher vorliegenden Studienergebnissen einige Spezifika sozialer Probleme alter Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter ablesen, die erhebliche sozialpolitische Relevanz besitzen.

Wie nicht anders zu erwarten, führte das Erreichen des Pensionsalters zu einer nochmaligen Überprüfung der Migrationsentscheidung. Einschlägige Befragungen im Rahmen der in Wien Ende der 1990er Jahre durchgeführten Studie „Senior Plus“ haben ergeben, dass knapp jeder/e zweite Befragte der ursprünglich dauerhaft bleiben wollte diese Entscheidung auch im Alter beibehielt, ein Drittel zurückkehren wollte, während der Rest unschlüssig war. Als „konsequent bleibeorientiert“ waren allerdings nur 16% der Befragten zu bezeichnen, als „konsequent rückkehrorientiert“ sogar nur 8% (Reinprecht 2006: 51). Für die Mehrheit älterer Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen kennzeichneten den Übergang in die Pension also multiple Unsicherheiten. Ungeachtet der geäußerten Pläne stellte die Rückkehr in das Heimatland für Viele jedoch keine realistische Perspektive dar, wie beispielsweise eine Studie auf Basis einer Sekundäranalyse der ifes-Befragung „Leben in Wien II“ in Verbindung mit qualitativen Interviews mit älteren Migrantinnen aus dem ex-jugoslawischen Raum gezeigt hat. Auch für Formen des Pendelns fehlte es häufig an den ökonomischen Mitteln (Reinprecht 2007, 218 f.).

Nach dem Soziologen Reinprecht zogen jene, die sich entschieden hatten, langfristig zu bleiben, eher eine positive Bilanz. Insgesamt bewerteten im Rahmen der Senior Plus Studie 79% der befragten Migranten die Entscheidung nach Österreich zu kommen als richtig. Jedoch nur 27% erreichten die meisten der ursprünglichen Ziele, immerhin 26% hatten eher wenige bis keine Ziele erreicht. Immerhin 84% hatten das Gefühl den Lebensstandard verbessert zu haben, 72% unterstützten die Familie im Herkunftsland.

Diese Ergebnisse aus Befragungen können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ökonomische Situation der autochthonen älteren Bevölkerung im Durchschnitt ungleich besser als jene der Migrantinnen und Migranten war und ist. Schon allein die institutionellen Rahmenbedingungen der Gastarbeit erzwangen eine Tätigkeit in prekären Arbeitsverhältnissen. Das bedeutete für die Erwerbsverläufe hohe Volatilität, Unsicherheit und hohes Langzeit- und Altersarbeitslosigkeitsrisiko. Zudem sorgte die häufig überdurchschnittliche physische Beanspruchung unter Hilfsarbeiterinnen und -arbeitern ohnehin für eine ausgeprägtere gesundheitliche Gefährdung, die gerade in den Jahren vor Pensionsantritt besonders häufig eine Weiterführung der bisherigen Berufstätigkeit erschwerte. Entsprechend gering waren und sind die Pensionsansprüche. Nach der Studie Senior Plus erhielten 38% der befragten Migrantinnen und Migranten, aber nur 12% der Autochthonen eine vorzeitige Alterspension wegen verminderter Arbeitsfähigkeit (Reinprecht 2006, 61). Eine Studie aus 2003/04 erbrachte einen Anteil von 80% der Arbeitsmigranten die über keine normale Arbeitspension verfügten (Reinprecht 2007, 214). Die Armutsgefährdung bei den Ex-Jugoslawen war nach einer Untersuchung aus dem Jahr 2006 dreimal, bei Türken achtmal so hoch als bei den älteren Einheimischen (Unterwurzacher 2006: 96). Die Befragung „Leben in Wien II“ ergab einen Anteil von 60% der über 50Jährigen aus der Türkei und 37% aus Ex-Jugoslawien, die ihr Haushaltseinkommen als zu niedrig empfanden. Immerhin 18% bzw. 15% konnten sich bei Bedarf keine neue Kleidung leisten, 14% bzw. 11% die Rezeptgebühr nicht bezahlen (Reinprecht/Unterwurzacher 2006). Aus der ökonomischen resultierten und resultieren weitere Unsicherheiten. So fühlten sich 46% der über 50jährigen ArbeitsmigrantInnen psychosozial belastet, im Unterschied zu 26% der autochthonen Vergleichsgruppe. Besonders hoch ist das Belastungsgefühl bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit häufigen Phasen der Arbeitslosigkeit (Reinprecht 2006, 58).

Die aus der Heimat mitgenommenen Familientraditionen führen bei älteren Zuwanderern zu einer starken Bindung an die Kinder. Eine höhere Anzahl von Kindern wird mit Lebensqualität im Alter in enge Verbindung gesetzt, während gesundheitsspezifische Faktoren erst danach gereiht werden. Unter den Einheimischen spielt hingegen auch der soziale Status im Alter für das Wohlbefinden eine wichtige Rolle (Reinprecht 2006, 85 f.). Zudem sind hedonistische Ziele unter den Autochthonen präsenter. Darin spiegelt sich natürlich auch die ökonomische Ungleichheit im Vergleich beider Teilpopulationen.

Entgegen anders lautenden Vermutungen unterscheiden sich die Lebenserwartungen von Einheimischen und Migrantinnen und Migranten nicht gravierend. Bei in Österreich geborenen österreichischen Staatsangehörigen lag im Jahr 2011 die Lebenserwartung bei der Geburt bei 78,0 Jahren für Männer und 83,4 Jahren für Frauen. Bei Personen ausländischer Herkunft war die Lebenserwartung mit 78,9 Jahren für Männer geringfügig höher, für Frauen mit 83,3 Jahren etwa gleich hoch. Die Lebenserwartung bei Männern türkischer Herkunft lag mit 79,4 Jahren über dem Vergleichswert österreichischer Männer. Bei Frauen türkischer Herkunft fiel die Differenz zu den österreichischen Frauen mit 2,2 Jahren noch etwas größer aus. Die Sterblichkeit von Personen ausländischer Herkunft ist derzeit bis etwa zum 55. Lebensjahr deutlich niedriger als bei der einheimischen Bevölkerung. Erst in der Altersstufe ab 65 Jahren sind die Sterberaten der Frauen ausländischer Herkunft etwas höher. Das Problem einer „ageing society“ mit dem die autochthone Bevölkerung in Wien seit den 1960er und 1970er Jahren konfrontiert war, macht sich daher langsam auch unter den Migranten bemerkbar, wenn auch in absoluten Zahlen laut Registerzählung von 2011 erst rund 15.000 in

Ex-Jugoslawien geborene Personen der Wiener Wohnbevölkerung 65 Jahre und älter sind und lediglich etwa 3.000 in der Türkei Geborene. Das entsprach 10% der Ex-Jugoslawischen und 5% der türkischen Geburtsbevölkerung. Die demographischen Prognosen weisen aber auf eine stetig steigende Zahl von Personen dieser Altersgruppen unter den Gastarbeitern hin.

Eine sozial- und gesundheitspolitisch zunehmend Bedeutung gewinnende Aufgabe ist die interkultureller Altenpflege, ein Thema dem bisher relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das kommt nicht von ungefähr. Zum einen ist es, zumindest was die Migrantengruppe der Gastarbeiter anlangt, ein temporäres Problem. Bei der zweiten und dritten bereits in Österreich aufgewachsenen Generation ist mit jedenfalls wesentlich geringeren diesbezüglichen Herausforderungen zu rechnen, da sprachliche Probleme kein großes Kriterium darstellen. Zum anderen beschränkte sich die Notwendigkeit eines migrantengerechten Umgangs in den letzten Jahrzehnten primär auf den Akutbereich in Spitälern, noch kaum auf die dauerhafte Anstaltsbetreuung oder die Pflege zu Hause, denn türkische und zum Teil auch ex-jugoslawische Migranten stützen sich im höheren Alter bei Krankheit, Pflege und Alltagsbewältigung fast ausschließlich auf Ehepartner und Familie. Das führt zum Teil zu einer enormen Belastung für die Angehörigen und verstärkt die Bindung an die Herkunftskultur. Die Abhängigkeit von der Familie wird von den Betroffenen jedoch durchaus häufig als bedrückend empfunden, aber Alternativen kaum wahrgenommen. Nach der Studie „Integrationservice von und für ältere MigrantInnen“ aus dem Jahr 2005 nahmen nur 6% der Befragten einen sozialen Dienst in Anspruch. Das hat nicht nur mit der Mentalität zu tun sondern hat auch sprachliche Gründe. Der Bedarf an muttersprachlichen Informations-, Beratungs- und Betreuungsangeboten ist ganz erheblich. Nach der Studie würden 47% im Bedarfsfall muttersprachliche Beratung, Betreuung und/oder Pflege benötigen, 73% sehen die Bereitstellung muttersprachlicher Beratungsstellen als wichtig an, 68% muttersprachliches Informationsmaterial (Reinprecht 2007, 219 f.).

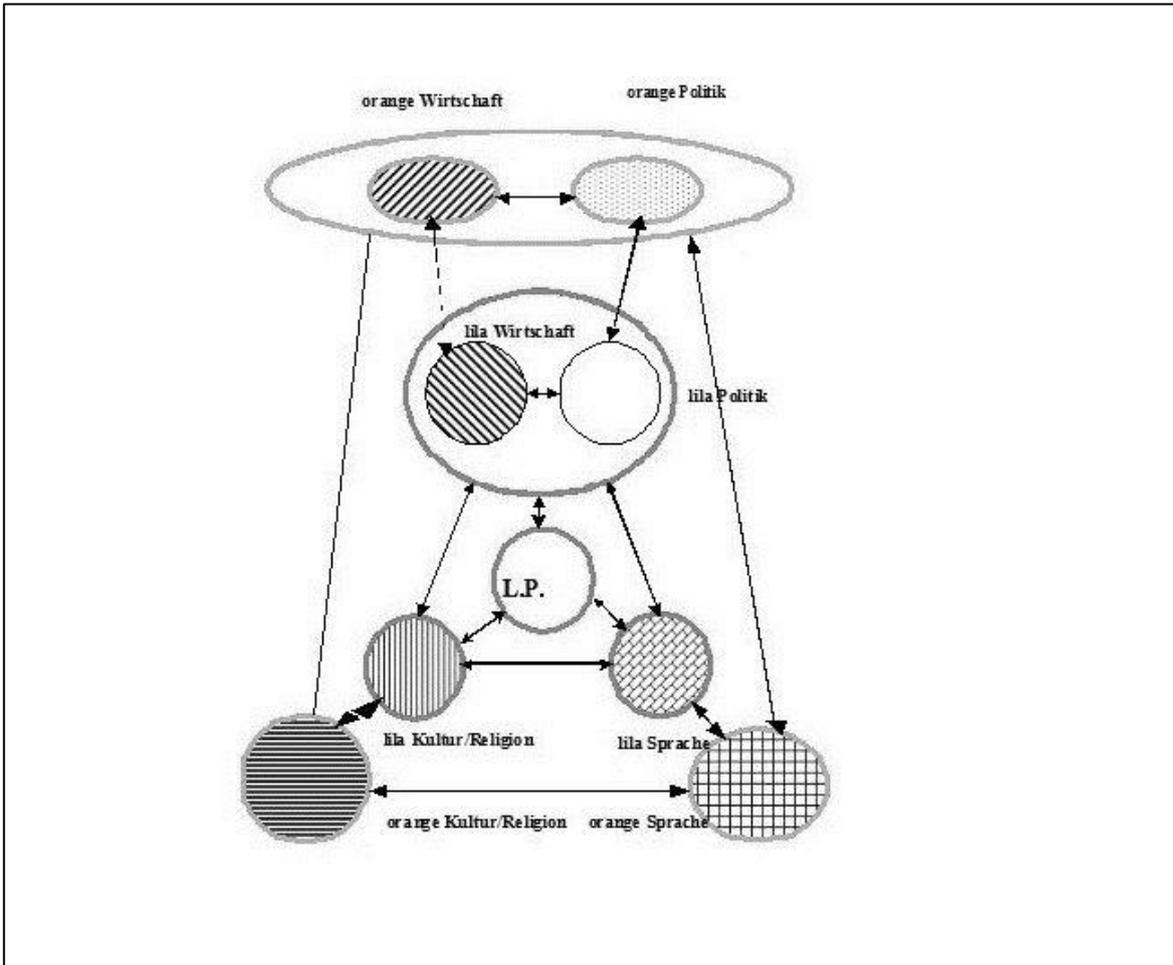
In der Literatur finden sich zahlreiche Hinweise darauf, dass für die Akzeptanz von sozialen Diensten und Versorgungsangeboten herkunftsbedingte Einflussfaktoren eine große Rolle spielen. So bilden stationäre Einrichtungen für Migrantinnen und Migranten aus der Türkei in weit geringerem Ausmaß eine Option wie für die anderer Migrantengruppen. Auch die Analyse der Wohnbedürfnisse bestätigt das. Das liegt nicht unbedingt an der Akzeptanz von Einrichtungen der Altenpflege an sich. Als entscheidender Punkt erweist sich vielmehr, inwieweit eine Wohn- und Pflegeeinrichtung auch den kulturellen Bedürfnissen der Älteren entgegen kommt. Die Ablehnung österreichischer Altenheime ist bei älteren Menschen türkischer Herkunft, wie eine Befragung zeigt, besonders groß auch und nicht zuletzt durch das Fehlen kultursensibler Angebote begründet. Die Körperpflege, das Essen und die Sprache erweisen sich als besonders kritische Punkte. Aber selbst unter dieser Gruppe besteht nur eine Minderheit darauf, im Alter in der Familie gepflegt zu werden und lehnt jede Art von Altenheim ab. Der Wunsch nach muslimischen/türkischen Altenheimen ist nicht zuletzt darum so ausgeprägt, weil diese Form der Gemeinschaft Sicherheit vermittelt (Altintop 2010).

## 4. DIE ZWEITE (UND DRITTE) GENERATION

Die Kinder der in der ersten Phase der Gastarbeiterwanderung Zugezogenen kamen in den 1970er und 1980er Jahren nach Wien oder wurden zum Teil schon in Wien geboren. Viele von ihnen litten unter einem doppelten Handicap. Zum einen kamen sie aus bildungsfernen Familien denen das Verständnis und auch die Kenntnisse fehlten, um ihren Bildungsweg in der neuen Umwelt adäquat

zu unterstützen. Zum anderen trafen sie auf ein Bildungssystem, welches auf nichtdeutschsprachige Schülerinnen und Schüler – sieht man einmal von westlichen Eliten ab – weitgehend unvorbereitet war. Der Nachzug von Kindern und das Versagen des Bildungssystems beim Umgang mit den spezifischen Problemen der in Österreich geborenen zweiten Migrantengeneration haben vor allem in den 1980er und 1990er Jahren dafür gesorgt, dass der Anteil der Pflichtschulabgänger in Wien im Vergleich zum übrigen Österreich kaum abnahm. Mit einer Rolle spielte auch die Verstärkung von Segregation die zu sehr hoher Konzentration von Kindern jugoslawischer und türkischer Eltern in einzelnen Schulen und Stadtteilen beitrug. Daher war der Bildungsstand der zweiten Generation im Durchschnitt selbst nach der Jahrtausendwende nicht wesentlich höher als jener der ersten (Biffl 2007, 18).

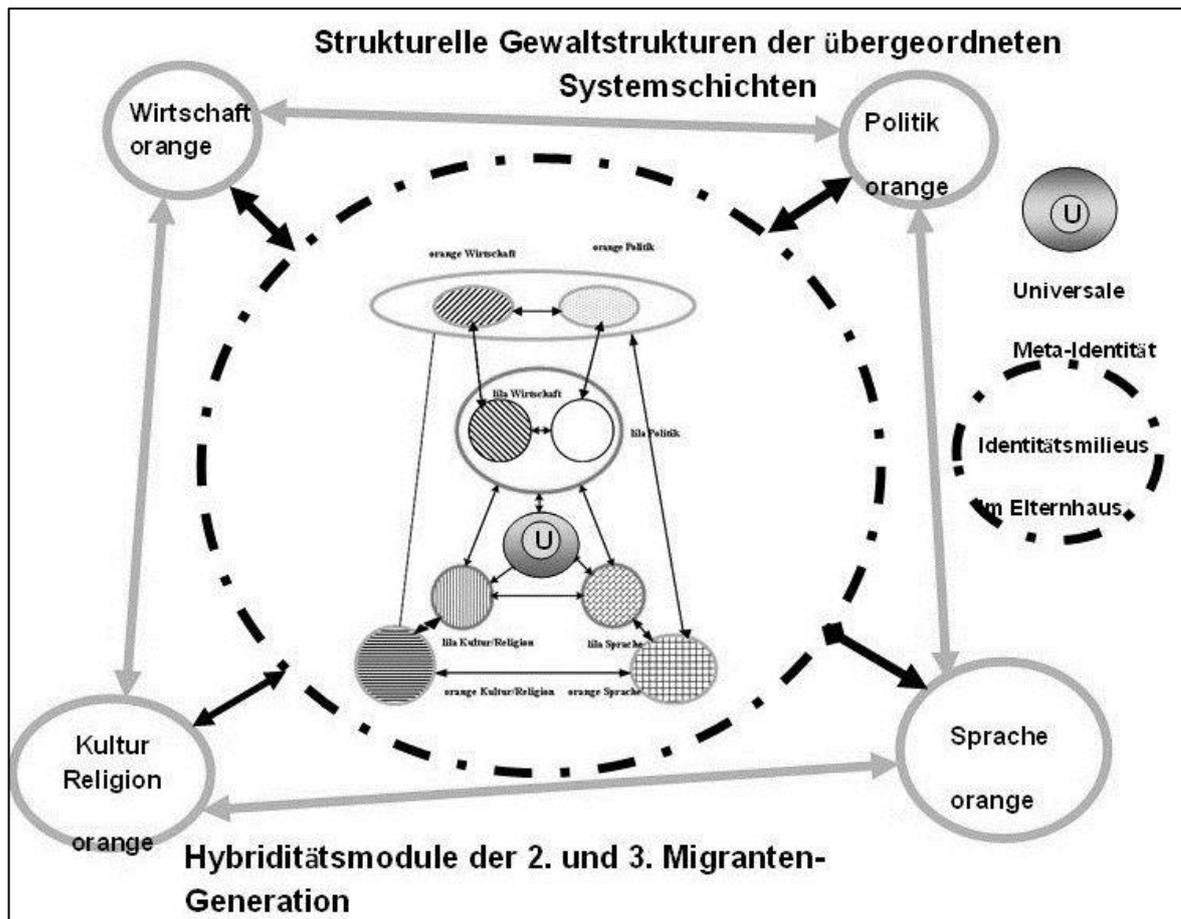
Migrantinnen und Migranten der ersten Generation hatten bei ihrer Ankunft eine Persönlichkeit, die schon in der Heimat geschwächt, durch soziale Not und Armut labilisiert und durch bestimmte ihren Unterschichtbedingungen entsprechende sprachliche, kulturelle, religiöse, wirtschaftliche und politische Elemente und Mängel geprägt sind.<sup>106</sup> Die Übernahme der sprachlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Elemente der untersten Schichten der Aufnahmegesellschaft<sup>107</sup>, wurde durch das ausgrenzende und ablehnende Verhalten (neuerdings Anti-Muslimismus und Anti-Türkismus als Spezialformen) der genannten Schichten enorm erschwert (Vgl. dazu Bunzl/Hafez 2009). Grafisch lässt sich deren Situation so darstellen (Pflegerl 2013):



Für einen nicht unerheblichen Teil der zweiten und dritten Generation stellt sich daher ebenso ein massives Identitätsproblem, wenn auch in einer komplexeren Form.

<sup>106</sup> In der folgenden Grafik als „lila“-Zone bezeichnet.

<sup>107</sup> In der folgenden Grafik als „orange“-Zone bezeichnet.



Das Leben der zweiten Generation wird von den Betroffenen daher selbst, wie auch in Studien häufig und treffend als hybrides „Zwischenleben“, als Leben in zwei Welten erlebt und beschrieben (Mitterauer 2002). Durch das Umfeld in der Schule, während der Berufsausbildung und bei der Freizeitgestaltung entsteht eine Distanz zu familiär tradierten Wertesystemen. „Beide Wertesysteme üben einen Druck aus, sich anzupassen. Anpassung an die eine Seite führt aber unweigerlich zu mehr Entfremdung auf der anderen Seite. Mehr Integration in Österreich bedeutet also mehr Diskrepanz zu den Eltern. Diese „Lose-Lose“-Situation führt bei den Jugendlichen zu einem inneren Konflikt“ (Hilde Weiss). Allerdings bietet das „Zwischenleben“ auch Chancen. Die Kenntnis zweier Kulturen, die Notwendigkeit sich keinem der beiden Wertesysteme vollständig zu unterwerfen, erhöht die Flexibilität, die Adaptionfähigkeit in beruflichen und privaten Wechsellagen.

Die Persönlichkeitsprofile der zweiten und dritten Generation der Migranten-Gruppen sind durch Module beider Sozialsysteme bestimmt (Bindestrich-Identität, Mehrfachidentität, Doppelidentität, Hybridität), wobei allerdings nur selten ein ausgewogenes **Gleichgewicht** der beiden Bezugssysteme möglich ist. Seit „9/11“ haben zusätzlich religiös unterlegte, aggressive Ausgrenzungsmechanismen bei Teilgruppen zu einer **Verstärkung** muslimischer **Herkunftssysteme** geführt, die nunmehr von der Mehrheitsgesellschaft als Integrations-Unwilligkeit und befremdliche Flucht in Parallelwelten angeprangert werden.

Sozialen Netzwerken kommt in dieser Situation große Bedeutung zu. Soziale Netzwerke bilden einen zentralen Aspekt sozialer Integration. Kontakte gelten als wichtige Ressource, als „soziales Kapital“ (Pierre Bourdieu). Ausschließlich innerethnische Beziehungen vertiefen zwar insgesamt soziale Ungleichheit, doch können sie andererseits psychisch aber auch ökonomisch in bestimmten kritischen Situationen äußerst hilfreich sein. Angehörige der zweiten Generation sind daher häufig

auf innerethnische Unterstützungen angewiesen. Im Besonderen gilt das etwa bei der Lehrstellensuche (Rosenberger/Sauer 2009).

Die Gründe für die Dominanz innerethnischer Beziehungen sind vielfältig. Von den Diskriminierungen erweist sich die durch Segregation geförderte Isolation bei Ex-jugoslawischen Jugendlichen, kaum jedoch diskriminierende Erfahrungen in der Schule, Nachbarschaft oder Öffentlichkeit als wichtiger Einflussfaktor (Weiss/Strodl 2007, 109 f.). Bei muslimischen Jugendlichen stehen hingegen religiös und kulturell bedingte Abweichungen von den Konsum- und Freizeitgewohnheiten der Autochthonen im Vordergrund. Die Kontaktabwehr verstärkt sich mit zunehmenden Alter bei jenem Teil der Jugendlichen, die aus einem stark religiös-ethisch orientierten Elternhaus stammen. Innerfamiliäre Spannungen treten in Familien mit Migrationshintergrund signifikant häufiger auf als unter jenen der autochthonen Bevölkerung. Diese Spannungen resultieren aber nicht nur aus Verboten interethnischer Kontakte sondern auch aus dem von den Eltern ausgeübten Aufstiegsdruck und einer von erster und zweiten Generation getragenen zwiespältigen Haltung zur Mehrheitsgesellschaft (Weiss/Strodl 2007, 97 f.).

Von den Jugendlichen der zweiten Generation fühlen sich rund 40% sehr oder eher traditionell erzogen. Dabei bestehen aber signifikante Unterschiede nach dem Herkunftsland der Eltern. 58% der Jugendlichen türkischer Herkunft findet die Erziehung traditionell, jedoch nur rund 30% der Jugendlichen anderer Migrantengruppen (Gapp 2007, 152). Verstärkend wirkt bei beiden großen Herkunftsgruppen wenn die Rückkehrorientierung der Eltern besonders ausgeprägt ist. Diese bildet eine wichtige Ursache für die Entwicklung einer zwiespältigen sozialen Identität der Jugendlichen. Bei einer Mehrheit der türkischstämmigen Jugendlichen tritt aber noch hinzu, dass sie die traditionellen Werthaltungen ihrer Eltern auch internalisiert haben. Mit zunehmendem Alter nehmen die daraus resultierenden Spannungen allerdings ab (Gapp 2007, 147 f.).

Eine Folgewirkung einer solchen Erziehung ist die Tradierung von Geschlechterrollen aus der Herkunftsgesellschaft der Eltern – allerdings in einer brüchigen, widersprüchlichen Form. So wird von Schülerinnen mit Migrationshintergrund einerseits zunehmend das „halbe/halbe“-Modell im Haushalt eingefordert, jedoch gleichzeitig das „male breadwinner“-Modell bevorzugt und eine längere Karenzzeit im Fall der Geburt eines Kindes angestrebt (Rosenberger/Sauer 2009). Das drei bis fünf Jahre niedrigere Durchschnittsalter bei der Erstgeburt bei ex-jugoslawischen und türkischen Migrantinnen deutet darauf hin, dass in der Realität biografische Opportunitätskosten nach wie vor niedriger bewertet werden als bei Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund. Das hat allerdings auch mit den nach wie vor bescheidenen Maturanten- und Akademikerquoten zu tun.

Eine entscheidende Veränderung ist in den Generationenbeziehungen insofern zu beobachten, als sich die Aufstiegsorientierung der Elterngeneration erheblich verstärkt zu haben scheint, was von den Jugendlichen auch als besondere Belastung empfunden wird. Dazu treten eigene Bildungsziele. Wie eine allerdings nicht repräsentative Panel-Befragung unter 92 Jugendlichen der zweiten Generation im Zeitraum 2007/2009 gezeigt hat, sind die angestrebten Bildungsabschlüsse durchaus ambitioniert. Dieser Befund erklärt sich nicht nur aus der unterschiedlichen Sozialisationsbiografie der ersten und zweiten Generation – ländliches (Ex-)Jugoslawien, Türkei versus großstädtisches Wien – sondern nicht zuletzt aus den höheren, manchmal überhöhten Aufstiegserwartungen, die von der ersten an die zweite Generation herangetragen werden. Nach der erwähnten Paneluntersuchung brachen etwa der Hälfte der befragten Schülerinnen und Schüler ihre Bildungskarriere ab. Das betraf sowohl Schülerinnen und Schüler der Kooperativen Mittelschule als auch der Handelsakademie. Matura und Studium blieben für diese Gruppe letztlich unrealistische Bildungsziele. Da lag nicht an der fehlenden Wertschätzung von Bildung durch die Eltern, wohl aber an den beschränkten Möglichkeiten der Eltern, konkrete Hilfe für den Lernerfolg geben zu können. Zu betonen ist allerdings, dass die in dieser Studie befragten Jugendlichen nicht zu den „Problemkindern“ aus dem migranti-

schen Milieu zählen, die Ergebnisse also einen gewissen Bias aufweisen (Rosenberger/Sauer 2009).

Das wird indirekt durch die mehrfach erwähnte Befragung von AK-Mitgliedern mit Migrationshintergrund bestätigt. Nach den Ergebnissen dieser Studie waren von den Befragten der ersten Generation 64% in Hilfs- oder angelernten Tätigkeiten beschäftigt, von den Befragten der zweiten Generation 47%. Ein weiteres Drittel der zweiten Generation war der Facharbeiterschicht zuzuordnen (Riesenfelder/Schelepa/Wetzel 2011, 14). Der Aufstieg der zweiten Generation verläuft demnach einigermaßen schaumgebremst. Das scheint nicht nur an den mangelnden Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern zu liegen. In Summe ist die ethnische Bindung der zweiten Generation zwar bedeutend schwächer als jene der ersten Generation und die Integrationsbereitschaft hoch, nicht jedoch die Bereitschaft zur Assimilation. Das äußert sich etwa in der Ablehnung interethnischer Heiraten. Die Abgrenzungskräfte der Mehrheitsgesellschaft, insbesondere der beiden angrenzenden Schichten der autochthonen Fach- und Hilfsarbeiter sind ein weiteres Hindernis des Aufstiegs.

## 5. FAZIT

Die kurzfristigen positiven Wirkungen der Gastarbeiterwanderung für den Wirtschaftsstandort Wien sind offenkundig. Zum einen gelang es dank dieser Wanderungsbewegung das hohe Wachstumsniveau der Wirtschaftswunderjahre so entscheidend zu verlängern, dass die Folgen der folgenden Rezession sich in bescheidenen Grenzen hielten, zum anderen erlaubte die Zuwanderungswelle von 1989-1991 die volle Ausnützung der deutschen Wiedervereinigungskonjunktur mit dem regionalökonomischen Effekt einer erheblichen innerösterreichischen Wachstumsverlagerung in die Ostregion. Arbeitsmarktpolitische Alternativen bestanden in beiden Fällen kaum oder wären jedenfalls kurzfristig kaum umsetzbar gewesen. Die mittelfristigen Folgen sind unzweifelhaft ambivalent zu beurteilen und vielschichtig. Während die Versorgung älterer und alter Angehörige der ersten Generation mit Bezug auf kultursensible Betreuungsangebote zukünftig mit überschaubarem Aufwand verbessert werden kann und auf ein entwickeltes Sozial- und Gesundheitssystem aufbaut, erweisen sich die Probleme im Bildungsbereich als hartnäckiger. Bei allen Versäumnissen die in diesem Bereich in der Vergangenheit passiert sind, ist darauf hinzuweisen, dass auch bei der autochthonen Bevölkerung bis in die Gegenwart der Bildungsstand der Eltern ein entscheidendes Diskriminierungskriterium darstellt. Die Bildungsferne der ersten Generation wird offensichtlich nur bedingt durch den gestiegenen Leistungsdruck der Eltern kompensiert. Das Wachsen ethnischer Ökonomien kann allerdings manche diesbezüglichen Defizite bis zu einem gewissen Grad abschwächen. Vor allem unter Angehörigen der zweiten Generation mit türkischem Migrationshintergrund sind nicht nur bei der relativ kleinen Schicht der Re-Ethnisierten, sondern bei einer Mehrheit erhebliche Defizite im Bereich des sozialen und kulturellen Kapitals (Pierre Bourdieu) festzustellen. Da die Mehrheitsgesellschaft als säkularisiert zu bezeichnen ist, wird sich dieser Mangel letztlich nur durch einen Säkularisierungsprozess in der türkisch-muslimischen Migrantengruppe vermindern lassen, für den es erst vorsichtige Anzeichen gibt. Nach einer rezenten ifes-Befragung unter 1000 Muslimen nimmt der Anteil der sich selbst als religiös bezeichnenden von 73% der Männer und 87% der Frauen der ersten Generation auf 57% bzw. 62% ab, ist aber vergleichsweise noch immer fast doppelt so hoch als unter Nicht-Muslimen (Die Presse, 23.4.2013).

Zu beachten ist allerdings, dass es sich gesellschaftspolitisch oft nur vordergründig um einen religiösen Konflikt zwischen „Einheimischen“ und Migrantengruppen handelt der in seinem Kern ein Konflikt einer individualisierten und selbstbestimmten Lebensweise versus einer Lebensweise, die sehr viel stärker auf Familie und kollektiven Traditionen basiert, ist. Dieser Umstand wurde bei der Behandlung der spezifischen Probleme alter muslimischer türkischer Gastarbeiter besonders deutlich.

Für die traditionell muslimisch geprägte Bevölkerung der ersten und zweiten Generation ist es daher wichtig möglichst eine große Palette zielgruppengerechte Hilfestellungen anzubieten. Gleichzeitig ist es erforderlich, in aller Offenheit festzuhalten, dass gewisse Rahmenbedingungen in Österreich unverrückbar sind. Dies sind vor allem die Grundwerte einer rechtsstaatlichen und demokratischen Rechtsordnung und insbesondere die Grund- und Menschenrechte, die Rolle von Mann und Frau, der Zugang zu Bildung und Meinungsfreiheit. Bei diesen Überlegungen ist auch die Wechselseitigkeit von Integrationsprozessen in Betracht zu ziehen.

Soziodynamisch ist allerdings festzuhalten, dass die 40 Jahre Gastarbeitertradition Spuren hinterlassen haben, die sich nicht von heute auf morgen verwischen lassen.

Jede Art von "Integrations"-Politik ist daher auch in Zukunft gut beraten davon auszugehen, dass es sich vor allem um ein politisches und soziales Schicht-Problem handelt, bei dem es das Verhältnis zwischen den neuen Migranten-Unterschichten und den beiden darüber befindlichen "heimischen" Unterschichten zu entspannen gilt.

**Tabelle 2: Wiener Wohnbevölkerung nach Bezirken und Geburtsland  
2012 1)**

Bezirk	Österreich	Nicht-Österreich	Ex-Jugoslawien 2)	Türkei	Gesamt	Anteil "Gastarbeiter"
1	11.061	5.207	685	114	16.268	4,9
2	60.868	35.998	9.648	3.986	96.866	14,1
3	57.021	28.487	6.828	2.338	85.508	10,7
4	20.224	10.765	1.871	583	30.989	7,9
5	32.168	20.903	5.989	2.395	53.071	15,8
6	20.203	9.914	1.968	640	30.117	8,7
7	20.555	9.754	2.117	606	30.309	9,0
8	16.484	7.446	1.283	357	23.930	6,9
9	26.578	13.390	2.789	636	39.968	8,6
10	116.001	66.594	22.294	12.921	182.595	19,3
11	64.404	27.870	8.842	4.882	92.274	14,9
12	58.293	31.323	10.230	4.694	89.616	16,7
13	40.320	10.511	1.771	449	50.831	4,4
14	63.093	23.155	7.397	2.239	86.248	11,2
15	41.384	32.143	11.923	4.308	73.527	22,1
16	60.890	36.675	13.911	5.907	97.565	20,3
17	35.006	18.483	6.721	1.836	53.489	16,0
18	33.876	14.286	3.265	849	48.162	8,5
19	50.226	18.666	2.996	1.180	68.892	6,1
20	50.407	33.570	10.338	6.215	83.977	19,7
21	111.718	34.798	8.873	4.148	146.516	8,9
22	127.682	37.583	7.725	3.374	165.265	6,7
23	76.023	19.240	5.046	2.038	95.263	7,4
Wien	1.194.485	546.761	154.510	66.695	1.741.246	12,7

1) Stand 31.12.2012. - 2) Ohne Slowenien.

Quelle: Statistik Austria, POPREG, Berechnung Magistrat der Stadt Wien, MA 23 - Wirtschaft, Arbeit und Statistik

## LITERATURVERZEICHNIS

- Altintop, Nevin, Wie sich türkischsprachige Migranten in Wien ihre Zukunft im Alter vorstellen (Dipl.Arb.), Wien 2010.
- Appelt, Erna, Frauen in der Migration – Lebensform und soziale Situation. In: Fassmann, Heinz; Stacher, Irene (Hgg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen, Wien 2003, 166-199.
- Aufhauser, Elisabeth, Wohnchancen – Wohnrisiken. Räumliche Mobilität und wohnungsbezogene Lebensführung in Wien im gesellschaftlichen Wandel (Abhandlungen zur Geographie und Regionalforschung 4), Wien 1995.
- Bauböck, Rainer: Migrationspolitik. In: Dachs, Herbert [u.a.]: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien 1997, 678-689.
- Bauböck, Rainer: „Nach Rasse und Sprache verschieden“. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute (Institut für Höhere Studien, Wien, Reihe Politikwissenschaft 31), Wien 1996. [http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw\\_31.pdf](http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_31.pdf)
- Bauböck, Rainer; Perchinig, Bernhard: Migrations- und Integrationspolitik. In: Dachs, Herbert [u.a.] (Hgg.), Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien 2006, 726-743.
- Bauböck, Rainer [u.a.] (Hgg.), Acquisition and Loss of Nationality. Policies and Trends in 15 European Countries. Bd. 2: Country Analyses. Amsterdam 2006, 19-63.
- Bunzl, John, Hafez, Farid (Hg.), Islamphobie in Österreich, Innsbruck-Wien-Bozen 2009.
- Biffi, Gudrun, Ausländische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. In: wifo-Monatsberichte 75 (2002), 537-550.
- Biffi, Gudrun, Forschungsstandort Wien: Zur Rolle der Humanressourcen, wifo, Wien 2007.
- Butschek, Felix, Der österreichische Arbeitsmarkt – von der Industrialisierung bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992.
- Fassmann Heinz: Transnationale Mobilität. Empirische Befunde und theoretische Überlegungen 2002.
- Gapp, Patrizia, Konflikte zwischen den Generationen? Familiäre Beziehungen in Migrantenfamilien. In: Weiss, Hilde (Hg.), Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation, Wiesbaden 2007, 131-153.
- Giffinger, Rudolf; Reeger, Ursula: Turks in Austria: backgrounds, geographical distribution, and housing conditions. In: Özüekren, Şule; van Kempen, Ronald (Hgg.): Turks in European cities: housing and urban segregation. Utrecht 1997, 41-66.
- Gürses, Hakan, Kogoj, Cornelia, Matzl, Sylvia (Hg.), Gastarbeiteri. 40 Jahre Arbeitsmigration (308. Sonderausstellung des Wien Museums), Wien 2004.
- Haller, Max: Die Österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und Sozialer Wandel. Frankfurt am Main 2008.

- Herzog-Punzenberger, Barbara: Die „2. Generation“ an zweiter Stelle? Soziale Mobilität und ethnische Segmentation in Österreich – eine Bestandsaufnahme. Im Auftrag des Wiener Integrationsfonds. [http://www.wif.wien.at/wif\\_site/downloads/Stud2Gen.pdf](http://www.wif.wien.at/wif_site/downloads/Stud2Gen.pdf).
- John, Michael, Lichtblau, Albert, Schmelztiel Wien – einst und jetzt. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten. Aufsätze, Quellen, Kommentare, Graz-Wien-Köln 1990.
- Latcheva, Rossalina, Obermann, Judith, Between Equal Opportunity and Marginalisation. A Longitudinal Perspective on the Social Integration of Migrants, Zentrum für Soziale Innovation, Wien 2006.
- Lichtenberger, Elisabeth, Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften, Wien-Köln-Graz 1984.
- Meißl, Gerhard, Ökonomie und Urbanität. Zur wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert und zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Peter Csendes, Ferdinand Opll (Hg.), Wien. Geschichte einer Stadt. Bd. 3, Wien-Köln-Weimar 2006, 651-737.
- Mitterauer, Michael, Wege nach Wien – Migration im Rückblick (Wiener Vorlesungen im Rathaus 86), Wien 2002.
- Obermann, Judith, Hochgerner, Josef, Latcheva, Rossalina, Edthofer, Julia, Mütter und Töchter – Türkische Immigrantinnen zwischen Ambivalenz und Autonomie. Bericht über eine qualitative Studie, gefördert vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank - ÖNB (P9773) 2006 <https://zsi.at/de/object/publication/1332>
- Perchinig, Bernhard: Von der Fremdarbeit zur Integration? Wien 2010. [http://www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/fachinformationen/servicepublikationen/sofid/Fachbeitraege/Migration\\_10-1\\_FB.pdf](http://www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/fachinformationen/servicepublikationen/sofid/Fachbeitraege/Migration_10-1_FB.pdf)
- Pflegel, Siegfried, Gastarbeiter zwischen Integration und Abstoßung, Wien-München 1977. [http://or-om.org/gastarbeiter\\_small.pdf](http://or-om.org/gastarbeiter_small.pdf)
- Pflegel, Siegfried: Autochtone Assigration oder der Anti-Sarrazin. Online Hypertext Manual für Migrationstheorie, Antirassismus und einen Universalistischen Humanismus. E.Book 2013. <http://or-om.org/krmigration.docx>
- Reinprecht, Christoph, Nach der Gastarbeit. Prekäres Altern in der Einwanderungsgesellschaft (Sociologica 9), Wien 2006.
- Reinprecht, Christoph, Alt nach der Gastarbeit. In: Fassmann, Heinz (Hg.), 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, Wien-Klagenfurt/Celovec 2007, 211-224.
- Reinprecht, Christoph, Unterwurzacher, Anne, Lebenslagen und Lebensqualität, Sonderauswertung des Datensatzes „Leben und Lebensqualität in Wien II, Forschungsbericht, Institut für Soziologie, Wien 2006.
- Riesenfelder, Andreas, Schelepa, Susanne, Wetzel, Petra, Beschäftigungssituation von Personen mit Migrationshintergrund in Wien, L&R Sozialforschung, Wien 2011.
- Rosenberger, Sieglinde, Sauer, Birgit, Welche Gegenwart, welche Zukunft? Keine/eine/doppelte Integration?“ (Forschungsbericht), Wien 2009.
- Rupnow, Dirk: Deprovincializing Contemporary Austrian History. Plädoyer für eine Geschichte Österreichs als Migrationsgesellschaft in transnationaler Perspektive. Klagenfurt 2011.

- Six-Hohenbalken, Maria, Familien mit Migrationshintergrund – Veränderungen in den ökonomischen und sozialen Beziehungen zum Herkunftsland Türkei. In: Fassmann, 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, 206-209.
- Statistik Austria, Integrationsbericht 2011. Vorschläge des Expertenrates. Wien 2011.
- Statistik Austria, Integrationsbericht 2012. Vorschläge des Expertenrates. Wien 2012.
- Statistik Austria, migration & integration. Zahlen.daten.indikatoren 2012, Wien 2013.
- Statistik Austria, Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008, Wien 2009.
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1980, 1985 Wien 1981, 1986, 1991, Wien 1992
- Unterwurzacher, Anne, Migrantische Armutslagen. In: Matthias Till, Ursula Till-Tentschert (Hg.), Armutslagen in Wien. Empirische Befunde zur Arbeits-, Geld- und Wohnsituation sowie spezifischen Disparitäten nach Migrationshintergrund und Geschlecht (Schriftenreihe des Instituts für Soziologie 40), Wien 2006, 71-96.
- Waldrauch, Harald, Sohler, Karin, Migrantenorganisationen in der Großstadt. Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien, Wien 2004.
- Weigl, Andreas, Hinter den Kulissen des Wirtschaftswunders. Kommunale Wirtschaftspolitik im „goldenen Zeitalter“ 1953 bis 1973 (Wiener Geschichtsblätter Beiheft 1/2011), Wien 2011.
- Weigl, Andreas, Migration und Integration. Eine widersprüchliche Geschichte (Österreich – Zweite Republik 20), Innsbruck-Wien-Bozen 2009.
- Weiss, Hilde, Strodl, Robert, Soziale Kontakte und Milieus – ethnische Abschottung oder Öffnung? Zur Sozialintegration der zweiten Generation. In: Weiss, Leben in zwei Welten, 97-129.
- Weiss, Hilde, Wittmann-Roumi Rassouli, Moujan, Ethnische Traditionen, religiöse Bindungen und „civic identity“. In: Weiss, Leben in zwei Welten, 155-188.
- Waldrauch, Harald, Sohler, Karin: Migrantenorganisationen in der Großstadt. Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien. Wien 2004.
- Wollner, Eveline, Ausländer/innenbeschäftigungspolitik und Migration. Zur Rolle des österreichischen Gewerkschaftsbundes und zur Bedeutung von Migration aus Weltsystemperspektive. Wien 2003. <http://www.grundrisse.net/grundrisse07/7auslaenderbesch.htm>

# KURT PUCHINGER:<sup>108</sup> DIE AGGLOMERATION WIEN: ENTWICKLUNG, CHANCEN UND RISIKEN

## 1. DAS MANAGEMENT EINER STÄDTISCHEN AGGLOMERATION IST EINE GROßE POLITISCHE UND WENIGER EINE PLANERISCHE HERAUSFORDERUNG

*„Eine **Agglomeration** ist nach Definition der Vereinten Nationen (UNO) von 1998 eine Kernstadt samt ihrem suburbanen Umland oder dem zumindest dicht besiedelten Umlandgebiet, das außerhalb der Stadtgrenzen liegt, aber direkt an sie angrenzt. Die **Agglomeration entspricht also der „Stadt“ im rein geographischen Sinne, ohne Berücksichtigung von administrativen Grenzen.**“ (Wikipedia)*

In der Wiener Situation handelt es sich bei diesen unberücksichtigten Grenzen nicht nur um Verwaltungsgrenzen, sondern insbesondere auch um politische Grenzen dreier Bundesländer, die bislang für die Entwicklung einer expliziten und gemeinsamen Standortpolitik in Richtung auf die Etablierung einer Wiener Metropolenregion nicht sehr hilfreich waren. Eigentlich handelt es sich objektiv bei der Entwicklung des Standorts Wien nicht nur um ein Thema dreier Bundesländer, sondern um ein österreichisches Thema, weil dieser Standort eben die einzige Metropole des Landes ist und noch dazu in einer einzigartigen Lage zur Nachbarhauptstadt Bratislava und in einer einzigartigen Lage innerhalb Zentraleuropas und der Donauregion. Obwohl diese Chancen die letzten hundert Jahre seit dem Anfang vom Ende der Monarchie politisch nicht wahrgenommen wurden, heißt das nicht, dass sie nicht nach wie vor bestehen und politisch wahrgenommen werden könnten. Die Stadt Wien war sich ihrer Verantwortung für die Entwicklung einer solchen Metropolenregion immer bewusst, hat zahllose regionalpolitische Maßnahmen und Projekte initiiert und unterstützt, aber der nachhaltige Erfolg ist ihr bislang versagt geblieben. In der offenen Diskussion um den neuen Stadtentwicklungsplan versuchte nunmehr die Wiener SPÖ einen neuerlichen Vorstoß in diese Richtung:

„Der neue STEP muss Aussagen treffen, wie die Entwicklung der gesamten Agglomeration Wien (also der Stadt und ihres Umlandes) mit ihren schon heute 2,5 Millionen EinwohnerInnen erfolgen soll. Das ist ein Prozess, der nicht nur in Abstimmung mit Niederösterreich und dem Burgenland (etwa in der Planungsgemeinschaft Ost), sondern auch mit den umgebenden Städten und Gemeinden erfolgen muss. Hier müssen neue stadregionale Strukturen und Instrumente entwickelt werden

---

<sup>108</sup> Kurt Puchinger: Studium der Raumplanung und Raumordnung an der TU Wien. Danach Universitätsassistent am Institut für Regionalforschung und Vertragsassistent am Institut für Östliche Raumplanung an der TU Wien. 1989 bis 2006 im freien Beruf. 2005 bis 2006 Vorsitzender des Fachbeirats für Stadtplanung und Stadtgestaltung der Stadt Wien. 2006 bis 2012 Leiter der Gruppe Planung der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion der Stadt Wien. Seit 2011 außerdem Priority Area Coordinator 10, EU-Strategie für den Donaauraum:

und gemeinsam (durch eine Gebietsreform, durch einen neuen Finanzausgleich, vielleicht bis hin zu einem Regionalparlament) Perspektiven für Betriebe, für die Verkehrsinfrastruktur oder für die Besiedelung erarbeitet werden. Gelingt das nicht, dann könnten die politisch-administrativen Grenzen die künftige Entwicklung Wiens einschränken und Wien im internationalen Städtewettbewerb verlieren.“

Möge dieser Initiative Erfolg beschieden sein, markiert doch die Umsetzung ihrer Inhalte den Unterschied zwischen optimaler und suboptimaler Chancenauswertung. Die Chancen und auch die Risiken am Standort bleiben nicht immer gleich, sie verändern sich insbesondere beeinflusst von der Wirkung längerfristiger europäischer und globaler Trends. Diese Trends und auch ihre Wirkungen im Interesse eines politischen Zielsystems zu beeinflussen ist die zentrale Aufgabe einer regionalen Entwicklungspolitik.

## 2. DIE WESENTLICHEN AM STANDORT WIEN WIRKSAM WERDENDEN TRENDS

Interessant sind vor allem diejenigen Trends, also diejenigen „großen Veränderungsprozesse“, die ihre Wurzeln in der globalen Ökonomie haben. Vor dem Hintergrund der „Globalisierung“ und immer stärkeren Vernetzung einiger Teile der globalen Gesellschaften bei gleichzeitigem sozial bedingtem Ausschluss von großen anderen Teilen dieser Gesellschaften denke ich, dass es wert ist, bezüglich des Metropolenstandorts Wien, drei Themen im Auge zu behalten:

### 2.1 Europäische Integration und ihre Gefährdung durch wieder auflebende, oft radikale Nationalismen

Die gesamte stadtwirtschaftlich positive Entwicklung des Standorts Wien in den letzten mehr als 10 Jahren war ganz eng mit dem europäischen Projekt verknüpft und mit den verbesserten Chancen, die sich aus der Osterweiterung der Union und der Entwicklung der europäischen Beziehungen zu den Balkanländern ergeben haben. Die traditionellen Beziehungen der Stadt Wien in diesen Raum haben dadurch einen neuen Auftrieb erhalten und den vielfältigen wirtschaftlichen Aktivitäten stark geholfen. Dieses Umfeld hat einen wesentlichen Einfluss darauf gehabt, dass Wien seine sozialen Standards und Qualitäten nicht nur halten, sondern auch ausbauen und festigen konnte. Wien als Stadt mit der höchsten Lebensqualität hat die dafür notwendigen Ressourcen und Handlungsspielräume zu einem wesentlichen Teil diesen Umfeldbedingungen zu verdanken.

In der letzten Dekade wuchs die Wiener Wirtschaft durchschnittlich fast doppelt so stark wie die Wirtschaft Österreichs. Der Träger des Wachstums ist vor allem die Dienstleistungsbranche, die ca. 83 Prozent zur Bruttowertschöpfung der Stadt Wien beiträgt und in der ca. 82 Prozent der Wiener Beschäftigten Arbeit finden (Statistik Austria 2010). Die bedeutendsten, in der Stadt vertretenen Branchen sind der Handel, mit einem Anteil von knapp 20 Prozent an allen Beschäftigten, gefolgt vom Verkehr (13,5 Prozent) und dem verarbeitenden Gewerbe (9,8 Prozent).

Die jüngsten Entwicklungen in der Region, die durchaus schleppende Akzeptanz europäischer Werte in Rumänien und Bulgarien z.B. und der Sonderfall Ungarn wiederholen in beunruhigender Weise eine Wende zum Nationalismus, die von etlichen, auch wichtigen europäischen Staaten, allen voran Deutschland und in dessen Sog fast natürlich auch Österreich, insbesondere von seiner Finanzministerin, vorgelebt wurde und wird. Die Ratsentscheidungen sind immer weniger nach vorne gerichtete europäische Entscheidungen und ermöglichen dadurch Regierungen wie in Ungarn neuerlich abstruse Blut- und Bodenphantasien als politische Orientierung zu propagieren und vor diesem Hintergrund gleichzeitig wesentliche Errungenschaften des Binnenmarktes außer Kraft zu setzen, wie z.B. in Form des Anlegeverbots im Zentrum Budapest für Passagierschiffe unter nicht-ungarischer Flagge. Das Beispiel mag eine Kleinigkeit betreffen, steht aber für den Beginn einer Reihe pragmatischer Maßnahmen, die sich mittelfristig absolut negativ auf den Standort Österreich und Wien auswirken können. Wien wird unter diesen sich wandelnden Vorzeichen mehr denn je auf politische Freunde und wirtschaftliche Netzwerke angewiesen sein, um sich wirkungsvoll positionieren zu können. Die bestehende Vielfalt an institutionellen Verflechtungen der Stadt Wien in den mittel- und osteuropäischen Raum und deren zunehmende Verknüpfung mit wirtschaftlichen Interessen bieten diesbezüglich eine gute Grundlage.

In diesem Zusammenhang kommt der Donaunraumstrategie, als regionalpolitischem Programm eine besondere Bedeutung zu, insbesondere weil sich hier für die Stadt Wien ein (völlig untypisches) langfristiges, europapolitisches Handlungsfeld ergeben hat. Die Stadt Wien könnte hier eine politische Führungsrolle übernehmen, eine Rolle, die gute Chancen hat in der Region auch anerkannt und akzeptiert zu werden. Wien als „heimliche Hauptstadt“ der Donauregion ließe sich auch gut mit der Wiener Bevölkerung kommunizieren.

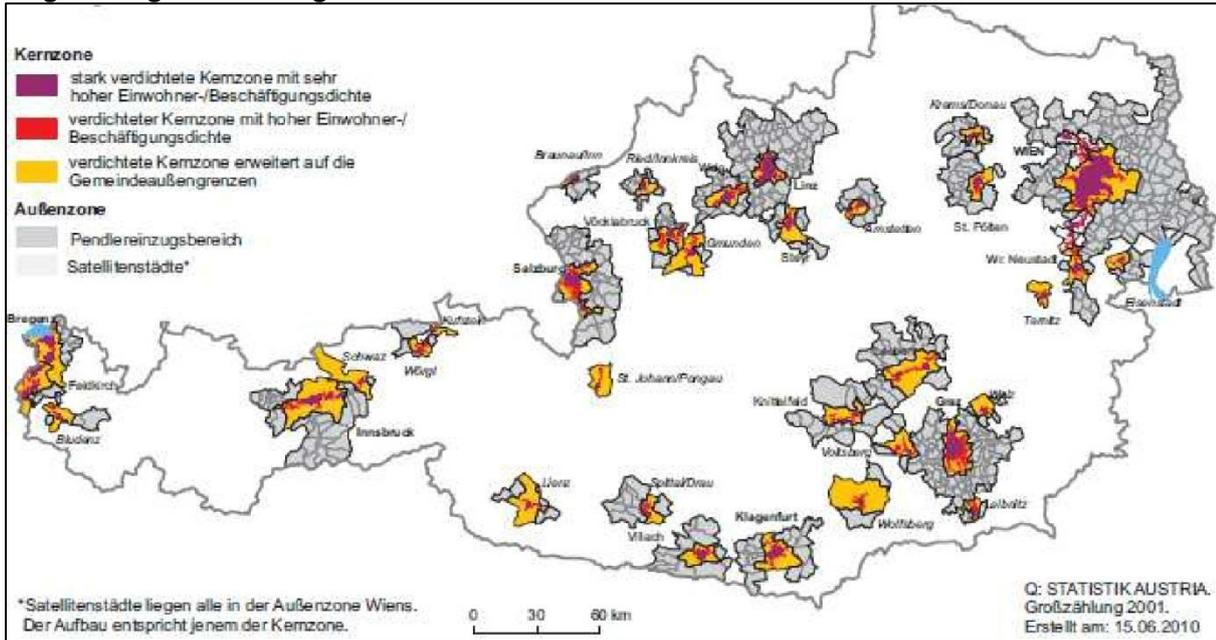
## 2.2 Bevölkerungswachstum, Demographie und der wachsende Widerspruch zwischen der funktionellen Region und den administrativen Grenzen

Das Bevölkerungswachstum in der Wiener Agglomeration ist als stabiler Trend anzuerkennen, solange sich auch das Europäische Umfeld von der Tendenz her gut entwickelt. Mit diesem Wachstum verstärkt sich jedenfalls der Sachverhalt einer „funktionellen Stadtregion“ deren gesellschaftliche Integration aber deutlich durch politisch-administrative Grenzen behindert wird.

Aktuelle Definitionen und Abgrenzungen von Stadtregionen basieren im Wesentlichen einerseits auf raumstrukturellen Merkmalen, wie beispielsweise der Bevölkerungs- und Bebauungsdichte und andererseits auf der Intensität und dem Ausmaß der Beziehungen und Verflechtungen zwischen Kernstädten, den Subzentren und deren Umland (Pendlerströme, Versorgungs- und Freizeitwege). So ergibt sich die räumliche Abgrenzung einerseits durch Zusammenfassung eines möglichst homogen strukturierten Gebietes und andererseits durch die Einzugsbereiche der Städte bezogen auf die Arbeitskräfte und Konsumpendlerverflechtungen. (KDZ, Stadtregionen in Österreich, ff)

*Nachfolgende Abbildung zeigt die räumliche Ausdehnung der durch die Statistik Austria festgelegten Stadtregionen.*

**Abgrenzung der Stadtregionen 2001 durch die Statistik Austria**



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: Großzählung 2001, erstellt am: 15.06.2010, [http://www.statistik.at/web\\_de/klassifikationen/regionale\\_gliederungen/stadtregionen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/stadtregionen/index.html), [5.07.2012]

In einer aktuellen Studie der Planungsgemeinschaft Ost (2012) wird die Metropolregion Wien als „Stadtregion+“ noch etwas weiter gefasst. Entsprechend der starken Pendlerverflechtungen und funktionalen Beziehungen mit der Kernstadt werden auch das gesamte Nordburgenland mit der Stadtregion Eisenstadt sowie die Stadt Wiener Neustadt und einige weitere Gemeinden in den Bezirken Baden und Tulln in den Planungsraum mit einbezogen. Insgesamt umfasst die Stadtregion+ neben 268 niederösterreichischen und burgenländischen Gemeinden die 23 Wiener Gemeindebezirke und zählte im Jahr 2010 2,6 Mio. EinwohnerInnen.

*„Die komplexen Herausforderungen zur Steuerung der Entwicklung von Stadtregionen können durch die derzeitigen Strukturen und bestehenden Instrumente nicht bewältigt werden. Die integrative Berücksichtigung der unterschiedlichen stadtreionalen AkteurlInnen und Raumansprüche sowie die Überwindung von Verwaltungsgrenzen (z.B.: Ländergrenze Wien-Niederösterreich) und -ebenen (Bund, Länder, Städte und Gemeinden) erfordert die Entwicklung und den Einsatz neuer Strukturen zur Koordination und Steuerung. Stadtreionale Governance ist daher mehr als Kooperation: „Stadtreionale Governance bezeichnet Steuerungskonzepte, die verstärkt auf Kooperation und Verhandlung ausgerichtet sind, und in welchen es vor allem um eine zielgerichtete Kombination unterschiedlicher Steuerungsinstrumente (direkte, indirekte) sowie verschiedener Steuerungsmechanismen (Hierarchie, Netzwerke, Markt) geht.“ (KDZ,ebenda)*

Die strategische Frage, die mit keiner Definition von Agglomeration zu beantworten ist, aber einer dringenden Antwort bedarf, ist diejenige nach der politischen Legitimation und finanztechnisch-administrativen Absicherung einer künftigen Agglomerationspolitik. Geschieht das über ein neues Regionalparlament, eine Gebietsreform einen neuen Finanzausgleich, oder was auch immer? Sicher ist dass die derzeitige Situation mit punktuellen sektoralen Übereinkommen zwischen den Bundesländern weder die Probleme lösen, noch die Chancen der Agglomeration in Richtung auf die Entwicklung einer echten, europäischen Metropolregion nutzen kann.

## 2.3 Der Markt entdeckt die Umwelt und die altersgerechte Lebensqualität für sich und sägt weiter an der Daseinsvorsorge

Der Markt hat lange gebraucht bis er das Thema Umwelt entdeckt hat, insbesondere das der städtischen Umwelt. Die Konzerne der Energietechnologie waren es, die das „Smart City“ Thema so richtig in Schwung gebracht haben, insbesondere die Fa Siemens mit ihrem „Smart Grid“ - Konzept. Das Umweltthema wird vermutlich eines der profitabelsten in den nächsten Jahrzehnten werden mit dem Bedarf an hohen Summen für Forschung und Entwicklung.

Das Umweltthema hat eine sehr bedeutende Schnittstelle zum Thema der Daseinsvorsorge und zur Aufrechterhaltung von öffentlichen (kommunalen) Dienstleistungen im Interesse der Qualität und der sozialen Gerechtigkeit. Der Trend will von der „sozialen Frage“ nichts wissen, der Trend ist „grün“, weil die Umwelt schließlich „alle“ betrifft, und profitabel. Diesen Trend wird man nicht aufhalten können, „grün“ ist aber nicht per se sozial. „Smart“ scheint als Trendwort längerfristig der „Nachhaltigkeit“ den Rang abzulaufen. „Smart“ - als Begriff selbst unverständlich (elegant?) – scheint in sich die Orientierung der Wissensgesellschaft („Lissabon Ziele“) mit der Nachhaltigkeit zu verbinden und ist jedenfalls generationsübergreifend und verpflichtet nicht eine Generation an die nächste zu denken. Auch Senioren können smart sein und in energietechnisch intelligent gesteuerten Wohnungen leben. „Elegant“, das ist der Begriff des privaten Sektors um wieder alle ins Boot zu holen und selbst diese kleine soziale Komponente, die in der Nachhaltigkeit noch verborgen war, nachhaltig verschwinden zu lassen. Formuliere nicht kürzlich jemand öffentlich, man sollte doch den bettelnden Personen wenigstens ihre Würde lassen, etwa ihre Eleganz?

Ich bin mir relativ sicher, dass „smart“ das Umweltthema vereinnahmen und ebenso versuchen wird die Herausforderungen der Wissensgesellschaft incl. der Humanwissenschaften in den Hintergrund zu drängen mit dem Ziel die öffentliche Daseinsvorsorge (Wasser, Abwasser, Müll, Verkehr, Gesundheit, Kinderbetreuung etc.) als völlig „un-smart“, weil dem Markt entzogen, erscheinen zu lassen.

Politisch wird angesichts dieses Trends zu klären sein, in welchem Ausmaß es die Öffentliche Hand für sozial verträglich erachtet sich an den Pilot- und Entwicklungskosten ( E-Mobility, Steuerungssysteme, Objekttechnologie, Haustechnik etc.) dieses smarten Trends zu beteiligen und unabhängig davon ist die soziale Frage sowohl europäisch als auch lokal zu stellen.

**Europa, Agglomeration und eine Smarte Umwelt** scheinen die Überschriften zu sein unter denen sich die großen Veränderungen mit Einfluss auf den Standort Wien abzeichnen. Politische Strategien sollten diese Einflüsse einkalkulieren und womöglich beim Nachdenken über Entwicklungsperspektiven diese zu ihrem Vorteil nutzen.

### 3. DIE LANGE PERSPEKTIVE FÜR DIE METROPOLREGION WIEN

#### 3.1 Standort in Europa, der Donauregion und CENTROPE

Der Standort Wien ist nach internationalen und auch seitens der ÖROK anerkannten fachlichen Kriterien die einzige Metropolregion in Österreich mit allen Prosperitätsmerkmalen, die eine solche Region kennzeichnet. Tatsächlich ist sie das aber nur auf dem Papier, weil sie politisch-administrativ empfindlich zersplittert ist und ihre Entwicklung nicht von einem einheitlichen politischen Willen vorangetrieben wird. Durch diese internen Widersprüche und divergierenden Interessen können die Stärken der Region nicht genutzt werden, solange diese inneren Widersprüche als bremsende Faktoren wirksam sind kann die Metropolregion Wien ihre Position, die ihr theoretisch in Europa und im Donauroum zukommen könnte, nicht realisieren. Alle Erfahrungen und insbesondere diejenigen aus dem CENTROPE Prozess belegen diese Einschätzung.

Die wohl schwierigste mittelfristige politische Herausforderung besteht darin, diesen Zustand zu überwinden und Schritt für Schritt eine robuste und demokratisch legitimierte Governance – Struktur für diese Region aufzubauen. Die Chance der Europäischen Union liegt nach wie vor in der Überwindung von nationalistischen Engstirnigkeiten, die Chance der Metropolregion Wien in der Überwindung von bundesländerspezifischen Engstirnigkeiten sowie der diesbezüglichen regionalpolitischen Abstinenz des Bundes. Etliche Konzepte für einen solchen Weg liegen in den Schubladen einschlägiger Fachinstitute (KDZ, ÖIR, EUFW etc.). Entschließt man sich nicht diese „heiße Kartoffel“ anzufassen, läuft man Gefahr in der mittel- und osteuropäischen Städtekonkurrenz wirklich hinten zu bleiben. Dass Bratislava bereits ein höheres BIP/Kopf hat als Wien sollte doch zu denken geben. Derzeit steht die Stadt Wien noch sehr gut da, insbesondere was sämtliche wesentlichen Prosperitätsmerkmale betrifft, die, wie bisher auch in Zukunft Beachtung verdienen.

#### 3.2 Wissensbasierte Entwicklung (Lissabon Strategie)

In einer Vergleichsstudie Europäischer Metropolen des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (oiip), im Auftrag der MA 27 wird festgestellt, dass sich die Vergleichsstädte in den ehemaligen kommunistischen Staaten als „Business Cities“ darstellen und dadurch ihre Vorteile bei Löhnen, Steuern und einer allgemeinen, wohlwollenden Einstellung gegenüber ausländischen Investoren vermarkten, im Gegensatz dazu aber der Trend bei München, Zürich und Barcelona immer mehr in die Richtung geht, sich als „Knowledge Cities“ zu vermarkten. Zürich bekennt sich dazu, dass ohne den Wissensstandort auch der Wirtschaftsstandort nicht möglich ist. Auch München lebt von der Dichte und Mischung der verschiedenen Branchen und Wissensstandorte. Ein Faktor, der laut Cluster Theorie zu einer gegenseitigen Befruchtung und innovationsfördernden Dynamik führt. Jene Städte, die sich als Wissensstädte positioniert haben bekennen sich auch zum Prinzip der „offenen Stadt“. Einer Stadt, die sich auch zu Migration und Vielfältigkeit der Kulturen und Ethnien, sowie auch Lebensweisen bekennt. Damit folgen sie den Theorien von Richard Florida, der die drei „T's“; Technologie, Toleranz und Talent als Voraussetzung für das Kommen oder Bleiben der „Creative Class“ sieht. Im Vergleich zu den übrigen Städten hat die Zukunftspositionierung Wiens eine starke regionale Orientierung. Wien sieht sich als Kultur- und Wissenszentrum einer Region. Die

Stadt will sich durch diese Positionierung als das Zentrum einer Wachstumsregion auch gegenüber den Metropolen im westlichen Europa behaupten. Um Wien als „Knowledge City“ der Region zu fördern und zu festigen, wäre es wichtig die Rahmenbedingungen für das Kommen und Bleiben der „Creative Class“ durch die Förderung des „Open City“ Konzeptes vorzubereiten.

Dabei gilt es weiterhin, auch in die mittelfristige Zukunft die Inhalte der Wiener Strategie für Forschung, Technologie und Innovation (FTI) zu verfolgen und umzusetzen und sich nicht auf das „Smart City“ – Thema reduzieren zu lassen.

Hauptziel der Strategie ist die Stärkung der Stadt Wien als Wissensstandort und es wurden bis 2015 folgende, von der Tendenz her nach wie vor gültigen, Ziele formuliert:

eine städtische Forschungsquote von vier Prozent, 22.000 Beschäftigte in Forschung und Entwicklung, 800 forschende Unternehmen, eine Akademikerquote von 20 Prozent, die Teilnahme von 200 kleinen und mittleren Unternehmen Wiens am 7. Forschungsrahmenprogramm der EU sowie die Verdoppelung des Frauenanteils in der betrieblichen Forschung.

Ein besonderes Merkmal der Wiener FTI-Politik ist die gezielte Clusterförderung. In den letzten zehn Jahren wurden mehrere thematisch ausgerichtete Forschungsförderungsfonds gegründet, welche zur Herausbildung international wahrgenommener Schwerpunkte beigetragen haben. Die räumliche Konzentration in Form von Wissensstandorten wird in der Wiener FTI-Strategie sowohl als vorteilhaft für die Sichtbarkeit nach außen als auch für die Schaffung eines fruchtbaren wissenschaftlichen Austausches nach innen beschrieben.

Bestehende Standorte wie das Biotech Zentrum Muthgasse (Life Sciences), das Vienna Biocenter (Life Sciences), das Media-Quarter Marx (Creative Industries), das Tech-Gate (Information- und Kommunikationstechnologie) oder das Umfeld der TU-Wien (u.a. Mathematik, Physik) sollen

weiter unterstützt werden. Darüber hinaus ist die Entwicklung einer begrenzten Anzahl neuer Standorte durch Stadtplanung und Wirtschaftsförderung geplant, wie z.B. in der Seestadt.

### 3.3 Siedlung in der Agglomeration

Die Siedlungsentwicklung ist unmittelbar mit der Thematik der Bevölkerungsentwicklung als treibender Komponente verbunden. Die Prognosen für das Wiener Stadtgebiet zeigen relativ stabil in Richtung der 2,0 Mio Einwohner - Marke. Die Frage ob es real und politisch bewältigbar ist, bei Wahrung sämtlicher Qualitätsparameter (Soziale Infrastruktur, Freiraum, Leistbarer Wohnraum, Einhaltung der Schadstoffwertgrenzen u.ä) den Bedarf einer solchen Anzahl von Personen, sowie den Flächenbedarf von dazu komplementären Arbeitsplätzen innerhalb der Stadtgrenzen abzudecken, ist nach wie vor nicht beantwortet (Nach einer Daumenregel braucht man für weitere 250.000 Einwohner noch 4 bis 5 mal die Fläche der Seestadt Aspern, 800 – 1000 ha neues Siedlungsgebiet, was ohne starken Eingriff in die derzeit landwirtschaftlichen Flächen nicht möglich sein wird, was wiederum die Frage aufwirft: landwirtschaftliche Produktion in Wien? In Simmering im Nahbereich der U3? Da es sich dabei um überwiegend private Flächen handelt, muss man sicher versuchen über 50% mehr an Flächen planerisch nachzudenken). Im Gegensatz dazu wissen wir, dass in der Agglomeration (NÖ und Bgld) Baulandreserven vorhanden sind, die weitaus höher sind als diese künftige Nachfrage, was wiederum das Thema der Metropolenregion berührt.

Heikel wird die Sache richtig dann, wenn die Knappheit an gewidmetem Bauland in Wien die Preisspirale am Grundstücksmarkt nach oben in Gang setzt und der geförderte Wohnbau auf der Strecke bleibt. An dieser Stelle kommen sämtliche Überlegungen ins Spiel, die geeignet sind die Grund-

stückssicherung für den geförderten Wohnbau zu erleichtern (besondere Widmung mit Vorkaufsrechten, Einrichtung eines zentralen Liegenschaftsmanagements auf höchster Verwaltungsebene, Bodenbevorratung als Investition beurteilen und nicht nach Kostenkategorien u.ä.).

Dazu kommt das Thema der Finanzierung der Sozialen Infrastruktur, insbesondere des Pflichtschulwesens und des Öffentlichen Verkehrs. Was die Reduktion der Kosten im Schulbau anbelangt, gibt es eine Reihe systematischer Überlegungen 50% der Kosten einzusparen, oder mit dem gleichen Geld doppelt so viele Schulklassen zu bauen, sowie bereits angewandte fachliche Methoden um den zeitlichen Verlauf des tatsächlichen Bedarfs optimal abschätzen zu können. Die Versorgung von neuen Wohngebieten mit entsprechenden Pflichtschulangeboten ist selbstverständlich; nicht selbstverständlich ist, dass jede neue Pflichtschule über ihre Funktionalität hinaus ein architektonisches Ereignis sein muss. Mit organisatorischen Maßnahmen (Eigenplanung, Wettbewerb für eine Standardschule u.ä.), Auswahl von „Standardgrundstücken“, Errichtung mit mehr als 2 Geschossen, Modulbauweise, Optimierung bei Baumaterialien und Beschaffungsvorgängen kann das Ziel einer Investitionskostenreduzierung pro Schüler von bis zu 50% erreicht werden.

Was die Einnahmenentwicklung anbelangt ist der Vorschlag Anliegerleistungen in einem bestimmten Zyklus wiederholt einzuheben sicher der brauchbarste, der bislang gemacht wurde und total gerechtfertigt durch die öffentlichen Verbesserungs- und Erhaltungsmaßnahmen im Bestand.

## 4. POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSERFORDERNISSE MIT LANGFRISTIGER WIRKUNG

### 4.1 Infrastruktur und Siedlungsentwicklung

#### 4.1.1 ÖV Netzentwicklung zugunsten Straßenbahntangentialen und Parallelführungen

Bezüglich des Öffentlichen Verkehrssystems sind m.E. die radialen Relationen ausreichend gut bedient, vielleicht mit einer Ausnahme, dem Sektor der „U5“ Richtung Nordwesten. Die U2-Süd sollte auf keiner Ebene mehr als Projekt weiterverfolgt werden. Im U-Bahnbereich sehe ich nur noch zwei vernünftige Investitionen und das ist die U1-Süd – Gabel nach Rothneusiedl und eine eventuelle Verlängerung der U3 Richtung Kaiser Ebersdorf. Viel wichtiger als jede neue U-Bahn sind tangentiale Straßenbahnverbindungen sowohl im Süden als auch Südosten („Verlängerung der Linie 18 bis zur U2“) und ein Nachdenken darüber, ob man die U6 nicht durch eine Wiederaufnahme der parallelen Straßenbahnlinien deutlich entlasten könnte, zu Kosten, die in keiner Relation zu dem von den Wiener Linien immer wieder ins Spiel gebrachten „U-Bahn-Kreuz“ mit dem Knoten beim Rathaus stehen. Überhaupt sollte man diese Phobie gegen Parallelführungen bei den Wiener Linien aufgeben, und diese Sache in Relation zu neuen U-Bahntrassen neu kalkulieren. Ideal wäre natürlich, wenn es gelänge die Bundes-U-Bahnmittel unter dem Titel „Bundeshauptstadt“ oder „Metropolitanregion Wien“ auf den Ausbau des Straßenbahnsystems umzulenken. Das Argument, dass die Tangentialen oh-

nehin von der ÖBB-Schnellbahn bedient werden, zählt nur auf einem Plan, weil die Frequenz von tw. 20 min kein innerstädtisches Angebot darstellt.

Im planerisch-methodischen Bereich ist im derzeit aktuellen STEP 05 eine ganz wesentliche Orientierung festgehalten, die nichts an ihrer Gültigkeit verloren hat: Planung in funktionellen Einheiten. Mit dieser Orientierung hat der STEP 05 eine erste, fachlich lang ersehnte, Abgrenzung gegenüber der Planungsgeografie in administrativ definierten Einheiten (z.B. Bezirksgrenzen) vollzogen. „Menschen leben und arbeiten nicht im Vergleich“, sagt unser Bürgermeister, noch in unmittelbarer Relation zu Bezirksgrenzen. Der Lebensmittelpunkt hat eine Adresse, die Netzwerke in denen sich die Menschen bewegen, sind von administrativen Grenzen im Wesentlichen unabhängig. Deshalb ist die in den „Zielgebieten“ angewandte Methode diejenige, die auch bei der Bewältigung zukünftiger Probleme helfen wird.

#### 4.1.2 NO-Umfahrung: eine wesentliche Wachstumsinfrastruktur

Die verkehrlichen Nachweise des Bedarfs einer NO-Umfahrung liegen seit langem vor. Im Zusammenhang mit der Wachstumsperspektive der Region gewinnen aber die dadurch bewirkten Verbesserungen der standörtlichen Erreichbarkeitsfaktoren für die Entwicklung von Betriebsflächen zunehmend an Bedeutung. 0,3 Mio mehr an Bevölkerung bedeutet auch einen zusätzlichen Bedarf an rd. 150.000 neuen Arbeitsplätzen. Der NO- Umfahrung mit ihren sowohl nach Wien als auch nach NÖ wirksamen Anschlussstellen sowie der verbesserten Erreichbarkeiten von linksseits der Donau liegenden Standorten vom Westen, sowie der verbesserten Erreichbarkeit von Wiener Hafen und Flughafen kommt, wenn das Wachstumsszenario hält, eine nahezu unverzichtbare Bedeutung zu. Wird im NO Wiens keine Vorsorge für die Neuansiedlung von Arbeitsplätzen getroffen, so ist die Wirkung einer extremen Steigerung der die Donau querenden Pendler mit allen negativen Effekten vorprogrammiert.

#### 4.1.3 Konzentration auf die Stadterweiterungsgebiete: Seestadt Aspern, Bahnhof Wien, Nordbahnhof, Nordwestbahnhof, Aspanggründe und Rothneusiedl

Die genannten Stadterweiterungsgebiete sind, mit Ausnahme von Rothneusiedl, in unterschiedlichem Reifegrad bereits in den Umsetzungsprozess gebracht worden und die Anbindung an den Öffentlichen Verkehr sind im Wesentlichen gelöst. Die Seestadt ist für Wien ein entscheidender Standort, nicht nur weil er derzeit der größte in Entwicklung ist, sondern weil dort das größte Potential für einen gesamtstädtisch wirksamen Entwicklungsimpuls gegeben ist. Die Vision für die Seestadt ist vielversprechend:

„Im 22. Gemeindebezirk im Nordosten Wiens entsteht Aspern Die Seestadt Wiens - die Stadt des 21. Jahrhunderts. Was sie einzigartig macht, ist ihre vielfältige Nutzung. Die Seestadt wird ein Ort sein, der alles hat, was modernes Wirtschafts-, Arbeits- und Privatleben ausmacht. Ein fünf Hektar großer See liegt im Zentrum und gibt dem neuen Quartier seinen Namen. Großzügige öffentliche Räume und die Nähe zum Nationalpark Donau-Auen einerseits sowie hochwertige Infrastruktur und nachhaltige Urbanität andererseits schaffen eine neue Qualität des Wohnens und Arbeitens. In fünfzehn Minuten ist man künftig am Flughafen Wien Schwechat und in einer halben Stunde in der City oder in Bratislava. Innerhalb der Seestadt erfahren FußgängerInnen, RadfahrerInnen und der öffentliche Verkehr eine Aufwertung. Ein hoher Anteil der Grundfläche ist dem öffentlichen Raum vorbehalten, für Plätze, Grün- und Erholungsflächen.“

Das Areal wird in zwei Etappen bis 2027 zur intelligenten Stadt. Aspern Die Seestadt Wiens wächst in Zusammenarbeit mit der Wiener Bevölkerung heran.“

Die Herausbildung eines Images als **der** smarte Stadtteil von Wien hat sicherlich gewisse Stärken, nur wenn das dann letztlich in einer technologisch „aufgemotzten“ Gartenstadt endet, ohne dass auch die vermarktbareren, hochbaulichen Signale an die Investorensseite ausgesendet werden, dann wurde eine große Chance vergeben. „Smart City“ hat das Image des experimentellen und dadurch auch kostenintensiven bzw. risikoreichen Realisierens an sich und bedarf unbedingt auch anderer Optionen, die die Möglichkeit eines sicheren Investments signalisieren. Wir können am Beispiel der Donauplatte und des neuen Hochhausturmes sehen, was bei solider Standortnutzung selbst in Zeiten großen Kriesengeredes möglich ist, zu verwirklichen.

Rothneusiedl ist ebenso ein Schlüsselstandort, dessen Entwicklung aber bislang aufgrund von hartnäckigen Eigentümerinteressen nicht vom Fleck gebracht werden konnte; ich bin überzeugt, dass sich ein zweiter Versuch, mit mehr Phantasie und v.a. Hartnäckigkeit seitens der Öffentlichen Hand jedenfalls lohnt, weil hier, wie in der Seestadt grundsätzlich ausgezeichnete Bedingungen für die Entwicklung von Wohn- und Büronutzung bestehen.

#### 4.1.4 Signalwirkung im Sportstättenbereich durch Verwirklichung des Viola Parks und Rapid-Stadions

Wien hat im Bereich von Sportstätten mit Sicherheit einen gewissen Nachholbedarf, sowohl was die Sanierung als auch den Neubau anbelangt. Sportstätten, das sind Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, ein Angebot an breite Bevölkerungskreise und Vereine. Trotzdem ist nicht gesagt, dass alles nur aus öffentlichen Mitteln finanziert werden muss und dass es nicht gelingen könnte, private Firmen, die ebenfalls Interesse an der Volksgesundheit haben, in die eine oder andere Finanzierung einzubinden. Die beiden zugkräftigsten Sportstätten in einer der zugkräftigsten Sportarten haben mit Sicherheit Potentiale einer Signalwirkung in sich. Ist man im Falle der Wiener Austria auch international herzeigbar, bereits professionell aufgestellt, so scheint es, dass bei den Strukturen von Rapid noch viel Spielraum nach oben gegeben ist. Meine Erfahrung sagt, dass der Neubau eines Stadions im Wesentlichen ein Development-Projekt ist, das, wenn es erfolgreich sein soll, den Regeln des Developments folgen sollte, die etwas anders sind als diejenigen, die erforderlich sind, um einen Fußballverein in Gang zu halten.

## 4.2 Flächenmanagement und Flächenvorsorge sind entscheidend für planerische Handlungsspielräume

### 4.2.1 Maßnahmen zur Sicherung von Grundstücken für den geförderten Wohnbau

Obwohl neuer Wohnraum in Wien benötigt wird, scheint in den bestehenden Stadtteilen eine „Verdichtung“ vielerorts nicht mehr möglich. Allenfalls durch Dachgeschossausbau oder eine bessere Nutzung von schlecht oder ungenutzten Gebäuden, Erdgeschoß-, Gewerbe- oder Verkehrsflächen. Sie sollen dem sozialen Wohnbau zugeführt werden, denn das sichert leistbares Wohnen. Das könnte durch die Einführung einer Widmungskategorie „Sozialer Wohnbau“ etwa für aufgelassene innerstädtische Bahn- und Kasernenareale erreicht werden. Nur durch eine Begrenzung der Grundkosten sind öffentliche Hand und gemeinnützige Bauträger in der Lage, entsprechende Flächen

auch in guten Lagen zu erwerben. Grundstücke sind eine elementare Komponente für Stadterweiterung. Wien vertritt den Standpunkt, dass Flächen, die als geeignet und erforderlich für die Stadterweiterung erkannt werden, dieser auch zur Verfügung stehen müssen. Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sind daher einzuladen sich an der Realisierung von Entwicklungsprojekten zu beteiligen. Andernfalls ist die Stadt bereit die Flächen zu einem angemessenen Preis zu übernehmen und der Entwicklung zuzuführen. Es soll künftig jedoch nicht möglich sein, dass Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer eine geordnete und effiziente Stadtentwicklung über Gebühr verzögern. Mit einer solch klaren Haltung und entsprechenden Instrumenten und Verfahren soll vermieden werden, dass Eingriffe in die Natur, Landwirtschaft etc. größer als notwendig ausfallen und nicht nachhaltige Strukturen („Fleckerlteppich“) entstehen.

#### 4.2.2 Betriebsflächen sinnvoll erhalten und den öffentlichen Raum aufwerten

Im Betriebsflächenkonzept wurden gemeinsam mit der WKW Aussagen darüber formuliert, welche der gewidmeten Betriebsflächen (für produzierende Betriebe) als solche gesichert und den gegenwärtigen Qualitätsanforderungen angepasst werden sollen und welche einem Änderungsprozess der dominanten Nutzung unterzogen werden können. Die bisherigen Erfahrungen und auch die Reaktion des Marktes hat gezeigt, dass eine Revision dieses Konzeptes Sinn macht und dass künftig nur solche Betriebsflächen im bebauten Stadtgebiet erhalten und entwickelt werden sollen nach denen plausibel eine potentielle Nachfrage nachgewiesen werden kann. Grundsätzlich wäre aber anzuerkennen, dass die Nachfrage nach solchen Standorten bereits seit Jahrzehnten in Europa drastisch zurückgeht und die auch künftig marktfähige Standorte sämtlich über einen relativ direkten Autobahnanschluss verfügen.

Wiens Stellung als Wirtschaftsdrehscheibe zwischen Ost und West muss weiter ausgebaut werden, die wirtschaftliche Dynamik, die Weltoffenheit und Modernität unserer Stadt mit sozialer Verantwortung und Verteilungsgerechtigkeit verbunden bleiben. Wiens Nummer-1-Position in Österreich bei Betriebsneugründungen und Betriebsansiedlungen aus dem Ausland muss gefestigt werden. Über allen diesen Zielen steht aber das eine große: in der Wirtschaftspolitik sollte wieder die Politik die Führungsrolle gegenüber einer rein profitorientierten Wirtschaft zurückgewinnen. Die Wirtschaftsstruktur Wiens soll vornehmlich durch unternehmerische und nicht durch spekulative Erwerbssprinzipien gekennzeichnet sein.

Bildung, Aus- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung werden der Schlüssel für ein dynamisches Wachstum der Beschäftigung sein. Soll Wien als führende zentraleuropäische Forschungsstadt weiterentwickelt werden, mit einem offenem, liberalem, kreativem und intellektuellem Klima, eine Forschungs- und Technologiestandort mit hohem Innovationspotential, so braucht es auch ein Gesamtkonzept für den Universitätsstandort Wien. Da innovative Wissensproduktion auch durch räumliche Nähe und Vernetzung verschiedener Wissensbereiche miteinander entsteht, stellt die Verlagerung einzelner Standorte ins Umland keine sinnvolle Option dar.

## 4.3 Regionale Steuerungs- und Verwaltungsstrukturen

### 4.3.1 Neustrukturierung der PGO (Planungsgemeinschaft Ost) zu einem Instrument der Metropolenpolitik

Die PGO ist ein bewährtes raumplanungspolitisches Instrument der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland. Für die Entwicklung und politische Steuerung einer Metropolenregion Wien („stadregion +“) liegt ihr Nachteil darin, dass nur die Länderebene repräsentiert ist und nicht auch die Gemeindeebene. Dadurch ist eine Strukturierung und politische Legitimierung von Planungs- und Entscheidungsprozessen („Multilevel Governance“) in geografisch kleineren Einheiten als der Bundesländereinheit nicht möglich. Die PGO kann – und dazu gibt es einige fachliche Expertisen, u.a. vom KDZ – mittelfristig sehr wohl zu einem Organisationsinstrument für eine Metropolenregion Wien weiterentwickelt werden. Vor dem Hintergrund der Wachstumsperspektiven der gesamten Region wird der Bedarf nach einem solchen Instrument immer dringlicher.

### 4.3.2 Übernahme einer Führungsrolle in der Donaoraumstrategie, Ausrichtung der Jahreskonferenz 2014

Die Donaoraumstrategie ist eines der wesentlichsten regionalpolitischen Vorhaben der EU mit einem hohen strategischen Wert für die Union. Wien ist seit Beginn an mit großem Engagement dabei und könnte nunmehr in der Phase der Umsetzung, die im Sinne der Strategie „Europe 2020“ jedenfalls mindestens die nächsten 8 Jahre umfassen wird, seine Position zum Nutzen des Standorts der Metropolenregion Wien ausbauen und festigen. Derzeit hat dieses regionalpolitische Konzept, außer auf Beamtenebene (Kommissar, Kommission, National Contact Points und Priority Area Coordinators) keine Führungsstruktur und Wien könnte schrittweise die politische Führung übernehmen, als eine in der gesamten Region anerkannte Stadt. Unmittelbares Ziel ist die 3. Jahreskonferenz 2014 in Wien auszurichten und die Zeit für den Aufbau einer politischen Führungsposition zu nutzen.

Die Implementierung der zweiten Makro-Regionalen Strategie der Europäischen Union, der Donaoraumstrategie, hat vor rund eineinhalb Jahren begonnen und ist, wie wir bei der 1. Jahreskonferenz im November 2012 in Regensburg sehen konnten, sehr gut unterwegs. Für mich besteht überhaupt kein Zweifel an der Tatsache, dass die Donauregion und damit die Metropolregion Wien eine zentrale Rolle in der wirtschaftlichen Dynamik Europas spielt und zukünftig verstärkt spielen wird.

Ein wesentlicher und stabiler Grund dafür ist die Brückenfunktion der Region zur Türkei, zur Schwarzmeer-Region, zum Südkaukasus und zu Zentralasien. In dieser Region verfügt auch die Stadt Wien über besonders stabile und freundschaftliche Beziehungen zu einer Reihe von Partnerstädten, die seit dem Beginn der Umsetzungsphase der Donaoraumstrategie einen erneuten Aufschwung erfahren haben. Und gerade die Dichte an Städten und urbanen Räumen in der Region sind ein weiterer zentraler Grund für die hervorragenden Entwicklungschancen des Donaoraums. Die Hauptstadtregionen des Donaoraums, deren wirtschaftliche Performance weit über dem nationalen Durchschnitt liegt, sind die Wachstumskatalysatoren für die Nationalstaaten, für die gesamte Donauregion, auch über die EU-Grenzen hinweg.

Die Donaustategie kann sich zu einem europäischen, politischen Rahmen entwickeln, in dem die Donauregion die Rolle einer Schlüsselregion spielt und selbst weit mehr externe und interne Kräfte in der Lage ist zu mobilisieren, als dies jemals durch externe Förderungen möglich ist.

Die Donaunraumstrategie ist insofern ein geniales politisches Konzept, weil sie eine wesentliche Basis nationaler Streitigkeiten – die Frage der Finanzierung – von vornherein ausgeschlossen hat. Dieses Konzept hat sich schon in der Konsultationsphase, in der die Stadt Wien, gemeinsam mit den anderen Bundesländern eine sehr aktive Rolle gespielt hat, bewährt, weil tatsächlich über Inhalte und Ziele diskutiert wurde und ein Handlungsrahmen (ein Aktionsplan) zustande gebracht wurde, der ausschließlich darauf gerichtet ist in der Donauregion gemeinsame Politiken zu entwickeln, die letztlich dazu führen sollen, die Prosperität und die Lebensqualität in der ganzen Region nachhaltig zu steigern und zu verbessern.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Entwicklung der Region und für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der Region ist die Stabilisierung der Verwaltung, sowohl dienstrechtlich als auch sozial. Die öffentliche Verwaltung ist das Instrument zur Umsetzung politischer Beschlüsse und die entscheidende Schnittstelle zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Nur auf der Basis einer stabilen und vor allem motivierten Verwaltung kann das Vertrauen der Bevölkerung und der Investoren gewonnen und die Verwaltung zu einem echten Dienstleister an der Gesellschaft weiter entwickelt werden.

In diesem Themenfeld hat die Stadt Wien große Verantwortung übernommen. Gemeinsam mit Slowenien wird von Wien aus der Schwerpunktbereich 10: „Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Intensivierung der Kooperationen“ des Aktionsplans der Strategie koordiniert.

Zur „Good Governance“ gehört heute auch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Entscheidungsfindungsprozesse. Eine der Aufgaben des Schwerpunktbereich 10 ist es daher, eine „Plattform Zivilgesellschaft“ aufzubauen, mit der die relevanten Dachverbände der Länder der Donauregion an der Umsetzung der EU-Strategie für den Donaunraum beteiligt werden sollen und für die Donaunraumstrategie als Schnittstelle und Informationsdrehscheibe zwischen Verwaltung, Politik und Bevölkerung dienen soll.

## 5. AUSBLICK

Die politischen Veränderungen in Europa haben Wien in eine hervorragende Position gebracht. Aus einer Randlage in der Nähe des Eisernen Vorhangs wurde eine europäische Zentrallage mit Nähe zu den stark wachsenden Märkten Osteuropas. Die gesamte Agglomeration (Metropolregion) wächst und die Stadtplanung muss auf die daraus resultierenden sozialen, technischen und ökologischen Anforderungen reagieren, sowie vorausschauend die Rahmenbedingungen schaffen für ein Leben, das wir heute noch nicht kennen, von Menschen, die heute noch nicht geboren sind.

Siedlung ist das Gefäß, das Konglomerat aus gebauter Kubatur, gestaltetem Freiraum und Landschaft innerhalb dessen sich Leben am städtischen Standort realisiert. Siedlung ist die über Jahrhunderte hinweg immer weiter gebaute physische Struktur, welche die Umsetzung urbanen Lebens ermöglicht und auch weiter ermöglichen soll. Siedlung ist in der Regel das passive Element in der Entwicklung einer urbanen Gesellschaft, die Gesellschaft selbst mit sämtlichen Bedürfnissen und Verhaltensweisen das aktive Element. Es ist nicht Ziel der Siedlungsentwicklung, gesellschaftliche oder individuelle Entwicklung zu determinieren, sondern deren Entfaltung in Vielfalt und auch Widersprüchlichkeit zu ermöglichen. Die Gestaltung des urbanen Lebens obliegt der Gesellschaft selbst und ihrer politischen Repräsentanz.

Was und wie es gebaut wird, unterliegt den herrschenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, den privaten Eigentumsregeln, den Regeln des Marktes, den Regeln der Arbeitswelt und dem Spielraum der Politik, diese Regeln zu modifizieren. Gesellschaftliche Widersprüche, wie z.B. der zwischen arm und reich, sind mit baulich-konstruktiven Maßnahmen nicht zu lösen. Wir wollen aber weiterhin das Nötige für das gute Leben in der Stadt beitragen. Unsere Entscheidungen sind maßgeblich dafür, wie städtischer Raum morgen genutzt werden kann.

In dem Maß, in dem sich die Gesellschaft entwickelt und absehbar weiter entwickeln wird, gilt es – anknüpfend an das Vorhandene – die richtigen Rahmenbedingungen für den Weiterbau der Stadt zu setzen. Die Rahmenbedingungen sowie die vor- und nachlaufenden Entscheidungsprozesse werden auch künftig die Einhaltung der bedarfs- und sozialorientierten Qualitätsstandards der Siedlungsentwicklung gewährleisten. Der Einsatz öffentlicher Mittel – sowohl investiver als auch der Fördermittel – wird wie bisher von der Gewährleistung dieser Standards durch die umsetzenden Entwicklungs- und Bauträgerfirmen abhängig gemacht.

Eine wesentliche Herausforderung liegt darin, die Anwendung dieser Qualitätsstandards in der gesamten funktionellen Stadtregion zu gewährleisten und diesbezüglich die Wirkung der Landesgrenze als eine Grenze zwischen zwei Welten nachhaltig zu reduzieren.

Die Qualität der Stadt definiert sich auch an der Qualität ihrer öffentlichen Infrastruktur. Der konsequente Antiprivatisierungskurs der Stadt Wien in allen Bereichen der Daseinsvorsorge hat einen ganz wesentlichen Anteil am guten Funktionieren der Infrastruktur und damit am positiven Abschneiden der Stadt in allen internationalen Standortrankings.

Die wachsende Dynamik der Bevölkerungsentwicklung in der Stadt und in der Agglomeration kombiniert mit Lerneifer und sozialer Verantwortung ist eine solide Basis für die künftige wirtschaftliche Prosperität, die weit über Landes- und Bundesgrenzen hinaus wirksam wird.

Der private Investitionssektor erkennt zunehmend den Wert eines klugen und verantwortungsbewussten Stadtmanagements zur Bewältigung sämtlicher Herausforderungen, die sich aus einer umweltbewussten Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Lebensqualität am Standort ergeben. Je mehr das spekulative Finanzkapital in kaum nachlassender Aktivität versucht, kleine Widersprüche zwischen Ländern oder Hierarchien dafür zu nutzen, um sich ein noch größeres Stück vom Kuchen der öffentlichen Finanzen zu sichern, desto dringlicher wird eine Kooperation der Gebietskörperschaften in der Metropolregion, desto dringlicher werden gemeinsame Konzepte und deren Umsetzung zur nachhaltigen Absicherung all jener öffentlichen Investitionen, die für die Daseinsvorsorge unabdingbar sind.

Die Bewältigung der Herausforderungen, die durch zunehmend komplexe Siedlungs- und Lebensstrukturen entstehen, bedarf einer Politik der Metropolregionsentwicklung, die durch Kooperation und Effizienzsteigerung, ohne Qualitätsverlust die erforderlichen Einsparungen gleichsam als Abfallprodukt zustande bringt und damit gleichzeitig die Gestaltungsspielräume der Politik erhöht, die „falschen Kosten“ für die Wirtschaft reduziert und in der Lage ist nachhaltige Impulse für Wachstum und Prosperität auszusenden.

Stadterweiterung ist ein Projekt, das nur gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren im Markt bewältigt werden kann: Grundeigentümer, Wohnbauträger und private Investitionen in Arbeitsplätze. Ziel ist es, diese Akteure zu gemeinsamem Handeln zu motivieren und an der Kostentragung der allgemein notwendigen Infrastruktur zu beteiligen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass sowohl die stadtwirtschaftliche als auch die privatwirtschaftliche Rentabilität gewährleistet bleiben. Das bedeutet, standortadäquate Nutzungsintensitäten zuzulassen. Nur dadurch und durch die Bevorzugung des öffentlich geförderten Wohnraums kann das Niveau der Lebensqualität und der Wohnzufriedenheit auch künftig aufrechterhalten werden. Bürgerbeteiligung

und Elemente der direkten Demokratie sind ein Mehrwert für die Stadtentwicklung. Anzustreben ist die Beteiligung derjenigen Bürgerinnen und Bürger, die die künftigen Bewohner der Stadtentwicklungsgebiete repräsentieren, deren Bedürfnisse vorrangig abgedeckt werden sollen; diejenigen, die schon dort sind bzw. ohnehin schon alles haben sollen davon überzeugt werden, dass ihre oftmals negative Einstellung zu Projekten der Stadtentwicklung letztlich die Zukunftschancen für alle verringert.

Wien ist eine Stadt der Möglichkeiten und Chancen, neue (Geschäfts-) Ideen zu realisieren und produktiv zu wirtschaften. Die Vielzahl unterschiedlicher Unternehmen erfordert auch eine Vielfalt verfügbarer Unternehmensstandorte, seien es Hochhäuser oder auch Standorte in traditionellen Gründerzeitgebieten. Oftmals sind aber diesen Bedarfen durch „Wohnzonenfestsetzungen“ harte Grenzen gesetzt.

Wien behauptet seine Position als kleiner aber feiner Standort im Zentrum Europas und innerhalb der Donauregion und ist als Metropolregion der führende Faktor für die Bedeutung Österreichs in einer global vernetzten Welt. Regionale Kooperationen und internationale Vernetzung stärken Wien als mitteleuropäische Metropole. Durch den Auf- und Ausbau alltagstauglicher Kooperationsstrukturen unter Einbeziehung sämtlicher Gemeinden in der Agglomeration werden geeignete Mechanismen und Entscheidungsfindungsverfahren entwickelt, um sowohl die Vorteile als auch die Lasten einer gemeinsamen Agglomerationspolitik gerecht unter allen Beteiligten zu verteilen. Eine gemeinsame Nahverkehrspolitik und Siedlungspolitik (Wohnbauförderung) sind dabei Kernelemente, um das Wachstum in der Agglomeration bewältigen zu können. Darüber hinaus muss Wien als Stadt und Region der Europäischen Union Verantwortung bei der Weiterentwicklung der europäischen Regionalpolitik übernehmen. Am Standort Wien bedeutet das, die transeuropäischen Infrastruktur-Netzentwicklungen mit entsprechenden Teilprojekten zu unterstützen.

„Governance“ ist gefragt, was nicht mehr und auch nicht weniger bedeutet als zielführende Kooperation zwischen politisch-administrativen Einheiten, der Zivilgesellschaft und der Realwirtschaft, sowie untereinander, um verlorenes Terrain der Politik gegenüber dem Finanzkapital schrittweise wieder zu gewinnen.

Die Wienerinnen und Wiener schätzen die durch ihre Steuerleistung finanzierten, Angebote für Kinder, Schule, Mobilität, Gesundheit, Alter und Erholung und sehen sich zunehmend als aktive Mitgestalter ihrer Zukunft in einer solidarischen Stadtgesellschaft, die alle Menschen einschließt, die hier wohnen oder arbeiten oder beides.

# STADTPUNKTE

Die Studienreihe „Stadtpunkte“ wird von der Abteilung Kommunalpolitik der AK Wien herausgegeben und behandelt aktuelle kommunalpolitische Themen.

Sie soll in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen.

## **Aktuelle Ausgaben:**

- Nr. 1 PendlerInnenstudie Wien**, Andreas Riesenfelder, 2011
- Nr. 2 Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung in Wien**, Verkehrsplanung Käfer GmbH, 2011
- Nr. 3 Wiens Stadtwirtschaft im Konjunkturzyklus**, Jürgen Bierbaumer-Polly, Peter Mayerhofer, 2011
- Nr. 4 Verkehr in der Stadt**, Veranstaltungsreihe 2010/2011, Michael Klug (Hg.), 2012
- Nr. 5 Qualität im Arbeitsumfeld**, Gisa Ruland, 2012
- Nr. 6 Kommunaler Ausverkauf**, Peter Prenner (Hg.), 2013
- Nr. 7 Wohnen im Arsenal**, Wandel der Wohnbedingungen im Zuge der Privatisierung, Peter Moser, 2013
- Nr. 8 Wiens Konjunktorentwicklung im nationalen, intra- und interregionalen Vergleich**, Jürgen Bierbaumer-Polly, Peter Mayerhofer, 2013
- Nr. 9 BürgerInnenbeteiligung in der Stadt – Zwischen Demokratie und Ausgrenzung?**, Katharina Hammer (Hg.), 2013
- Nr. 10 Wiens Industrie in der wissensbasierten Stadtwirtschaft: Wandlungsprozesse, Wettbewerbsfähigkeit, industriepolitische Ansatzpunkte**  
Peter Mayerhofer, 2014
- Nr. 11 Migrantische Ökonomie in Wien**, Susi Schmatz, Petra Wetzels, 2014
- Nr. 12 Wien wächst – Herausforderungen zwischen Boom und Lebensqualität**, Peter Prenner (Hg.), 2014
- Nr. 13 Wiener Herausforderungen - Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnung und Einkommen**, Josef Schmee (Hg.), 2015

**Sämtliche Studien sind kostenlos erhältlich bei:**

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Abteilung Kommunalpolitik

Prinz-Eugen-Straße 20 – 22, 1040 Wien

Tel: +43 (0) 1 501 65 – 3047

E-Mail: [stadt@akwien.at](mailto:stadt@akwien.at)

oder als PDF:

<http://wien.arbeiterkammer.at>



# Arbeiterforellen?

**AK Stadt:** ArbeitnehmerInnen-Interessen im urbanen Raum

**Bestellung:** [stadt@akwien.at](mailto:stadt@akwien.at) oder  
telefonisch 01 501 65 DW 3047

PDF-Download unter  
[wien.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften/akstadt](http://wien.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften/akstadt)

4 x im Jahr. Gratis abonnieren.





**GERECHTIGKEIT MUSS SEIN**

